

04.04.2006

## Antrag

### der Landesregierung

auf Zustimmung zu  
einem Staatsvertrag  
gemäß Artikel 66 Satz 2  
der Landesverfassung

**Bilaterale Verträge zur grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschen und Österreich sowie den Niederlanden und multilateraler Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Österreich und Spanien**

Die Landesregierung hat den Bilateralen Verträgen zur grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich sowie den Niederlanden und multilateraler Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Österreich und Spanien zugestimmt.

Als Anlage übersende ich den Staatsvertrag in doppelter Ausfertigung mit der Bitte, die Zustimmung des Landtags gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung herbeizuführen.

Zuständig ist das Innenministerium.

Je zwei Überstücke zur Weiterleitung an die Fraktionen sind beigelegt.

gez. Jürgen Rüttgers

Datum des Originals: 04.04.2006/Ausgegeben: 06.04.2006

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).



**Vertrag**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Republik Österreich**  
**über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen**  
**Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten**

Die Bundesrepublik Deutschland  
 und  
 die Republik Österreich –

im Bestreben, durch partnerschaftliche Zusammenarbeit der internationalen Kriminalität sowie grenzüberschreitenden Gefahren wirksamer zu begegnen,

in Ergänzung

- des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (im Folgenden als „SDÜ“ bezeichnet) sowie des darauf aufbauenden, in die Europäische Union überführten Schengener Besitzstandes,
- des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen,
- des Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen,
- des Abkommens vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen –

sind wie folgt übereingekommen:

**Teil I**

**Vertragsgegenstand, Verhältnis  
 zu sonstigen Regelungen, Behörden**

**Artikel 1**

**Vertragsgegenstand**

Die Vertragsstaaten verstärken die Zusammenarbeit bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten, sowie bei der Verfolgung von Straftaten.

**Artikel 2**

**Verhältnis zu sonstigen Regelungen**

(1) Soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, erfolgt die Zusammenarbeit im Rahmen des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten sowie der internationalen Verpflichtungen der Vertragsstaaten.

(2) Die innerstaatlichen Unterrichtungspflichten gegenüber der jeweiligen nationalen polizeilichen Zentralstelle sowie das Verfahren der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch nationale Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol), bleiben von diesem Vertrag unberührt.

**Artikel 3**

**Behörden, Grenzgebiete**

- (1) Behörden im Sinne dieses Vertrages sind
- auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
- die Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder (im Folgenden: Polizeibehörden) sowie
  - die Staatsanwaltschaften und Gerichte (im Folgenden: Justizbehörden),
- auf Seiten der Republik Österreich
- der Bundesminister für Inneres, die Sicherheitsdirektionen, die Bundespolizeidirektionen und außerhalb des Wirkungsbereiches der Bundespolizeidirektionen die Bezirksverwaltungsbehörden (im Folgenden: Polizeibehörden) sowie
  - der Bundesminister für Justiz, die Staatsanwaltschaften und Gerichte (im Folgenden: Justizbehörden).
- (2) Grenzgebiete im Sinne dieses Abkommens sind
- in der Bundesrepublik Deutschland
- in Baden-Württemberg die Regierungsbezirke Freiburg, Stuttgart und Tübingen,
  - in Bayern die Regierungsbezirke Schwaben, Oberbayern und Niederbayern,
- in der Republik Österreich
- die örtlichen Zuständigkeitsbereiche der Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich.

Als Grenzgebiet gilt auch ein Eisenbahnzug auf dem Streckenabschnitt von der Staatsgrenze bis zum ersten fahrplanmäßigen Anhaltebahnhof. Entsprechendes gilt für Tagesausflugsschiffe bis zur nächsten Anlegestelle.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweilige innerstaatliche Zuständigkeitsverteilung hinsichtlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und über Änderungen in der Bezeichnung der Behörden.

**Teil II**

**Allgemeine Formen der Zusammenarbeit**

**Artikel 4**

**Allgemeine Kooperationsmaßnahmen**

Die Behörden der Vertragsstaaten ergreifen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten alle zur Verstärkung ihrer Zusammenarbeit geeigneten Maßnahmen. Insbesondere sorgen die Behörden für

1. eine Intensivierung des Informationsaustausches und der Kommunikationsstrukturen, indem sie

- einander Informationen über Sachverhalte, Täterverbindungen und typisches Täterverhalten ohne Angaben personenbezogener Daten mitteilen,
- zum Zwecke der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung einander direkt auch über bevorstehende polizeilich relevante Ereignisse und Aktionen ohne Angaben personenbezogener Daten möglichst so rechtzeitig unterrichten, dass die erforderlichen Maßnahmen zeitgerecht getroffen werden können,
- sich gegenseitig bedeutsame Informationen, mit Ausnahme personenbezogener Daten, für die Einsatzplanung im täglichen Dienst und für besondere Anlässe mitteilen und dazu vorsorglich auch Erkenntnisse über Ereignisse übermitteln, deren Auswirkungen auf das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaates übergreifen können,
- gemeinsame Verzeichnisse mit Angaben über Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten erstellen und diese jeweils aktualisieren,
- bis zur Umstellung auf europäisch einheitliche Ausstattungen und Frequenzen Funkverbindungen auch durch Austausch von Geräten halten und zur Verbesserung der Telekommunikationsmöglichkeiten, insbesondere des Funkverkehrs entlang der Grenze, gemeinsam Vorschläge für eine kostengünstige Realisierung erarbeiten;

2. eine Intensivierung der Kooperation bei Einsätzen und Ermittlungen zur Verfolgung von Straftaten sowie zur Gefahrenabwehr, indem sie

- die Kräfte in den gegenüberliegenden Grenzgebieten möglichst nach abgestimmter Planung einsetzen,
- bei Bedarf gemeinsame Einsatzleitungen und Befehlsstellen bilden,
- bei Bedarf gemeinsame Einsatzgruppen nach Maßgabe des Artikels 19 bilden,
- bei Bedarf gemeinsame Ermittlungsgruppen nach Maßgabe des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen bilden,
- bei Bedarf gemeinsame Programme zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten planen und durchführen,
- regelmäßig und bei Bedarf Besprechungen durchführen, um die Qualität der Zusammenarbeit zu überprüfen, neue Strategien zu erörtern, Einsatz-, Fahndungs- und Streifenpläne abzustimmen, statistische Daten auszutauschen und Arbeitsprogramme zu koordinieren,
- sich nach Absprache der zuständigen Stellen gegenseitig Hospitationen ermöglichen,
- Vertreter des anderen Vertragsstaates zur Teilnahme an besonderen Einsätzen als Beobachter einladen.

#### Artikel 5

##### Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung

Zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Fortbildung stellen die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten einander nach Absprache Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung, schaffen die Möglichkeiten zur Teilnahme von Bediensteten des jeweils anderen Vertragsstaates an solchen Veranstaltungen, erarbeiten gemeinsame Programme für die Fortbildung und führen gemeinsame grenzüberschreitende Seminare und Übungen durch.

#### Artikel 6

##### Unterstellung von Beamten der Polizeibehörden

(1) Bei dringendem Bedarf können zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Verfolgung von Straftaten Beamte der Polizeibehörden des einen Vertragsstaates den zuständigen Stellen des anderen Vertragsstaates ausnahmsweise zur Wahrnehmung polizeilicher Vollzugsaufgaben einschließlich hoheitlicher Befugnisse unterstellt werden.

(2) Die Unterstellung setzt voraus, dass zwischen den zuständigen Stellen beider Vertragsstaaten Einvernehmen hergestellt wird.

(3) Bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung liegt ein dringender Bedarf im Sinne von Absatz 1 insbesondere vor, wenn der Erfolg einer erforderlichen polizeilichen Maßnahme ohne einen Einsatz von Beamten gemäß Absatz 1 vereitelt oder ernsthaft gefährdet würde, bei der Verfolgung von Straftaten, wenn ohne den Einsatz von Beamten gemäß Absatz 1 die Ermittlungen aussichtslos oder wesentlich erschwert wären.

(4) Die nach Absatz 1 unterstellten Beamten dürfen nur unter der Leitung und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des anderen Vertragsstaates hoheitlich tätig werden. Sie sind dabei an das Recht des anderen Vertragsstaates gebunden. Das Handeln der unterstellten Beamten ist dem Vertragsstaat zuzurechnen, dem sie unterstellt worden sind.

#### Artikel 7

##### Zusammenarbeit auf Ersuchen

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten leisten einander im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten auf Ersuchen Hilfe.

(2) Die Polizeibehörden leisten einander nach Maßgabe des Artikels 39 Absatz 1 Satz 1 SDÜ Hilfe insbesondere durch:

- Eigentümer- und Halterfeststellungen sowie Fahrer- und Führerermittlungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,
- Auskünfte zu Führerscheinen, Schifferpatenten und vergleichbaren Berechtigungen,
- Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,
- Feststellungen zu Aufenthaltstiteln,
- Feststellung von Telefonanschlusshabern und Inhabern sonstiger Telekommunikationseinrichtungen,
- Identitätsfeststellungen,
- Ermittlungen zur Herkunft von Sachen, beispielsweise bei Waffen, Kraftfahrzeugen und Wasserfahrzeugen (Verkaufswegbefragungen),
- polizeiliche Erkenntnisse aus Datensammlungen und polizeilichen Unterlagen sowie Auskünfte aus öffentlich zugänglichen behördlichen Datensammlungen,
- Rauschgift-, Waffen- und Sprengstoffsofortmeldungen sowie Meldungen von Geld- und Wertzeichenfälschungen,
- Informationen zur praktischen Durchführung grenzüberschreitender Observationsmaßnahmen, grenzüberschreitender Nachhelfe und kontrollierter Lieferungen,
- Feststellung der Aussagebereitschaft einer Auskunftsperson,
- polizeiliche Befragungen und Vernehmungen,
- Spurenabklärungen und
- Abstimmung und Einleitung erster Fahndungsmaßnahmen.

(3) Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens unzuständig, leitet sie das Ersuchen an die zuständige Behörde weiter. Dies gilt auch dann, wenn die zuständige Behörde eine

Justizbehörde ist. Die ersuchte Behörde unterrichtet die ersuchende Behörde über die Weiterleitung und die für die Erledigung des Ersuchens zuständige Behörde. Die zuständige Behörde erledigt das Ersuchen und übermittelt das Ergebnis an die ersuchende Behörde zurück.

(4) Ersuchen der Polizeibehörden nach den Absätzen 1 und 2 werden über die nationalen polizeilichen Zentralstellen der Vertragsstaaten übermittelt und erledigt. Unbeschadet des Satzes 1 können Ersuchen über den in Artikel 39 Absatz 3 Satz 2 SDÜ geregelten Fall hinaus unmittelbar zwischen den zuständigen Polizeibehörden übermittelt und erledigt werden, soweit

1. sich der grenzüberschreitende Dienstverkehr auf Straftaten bezieht, bei denen der Schwerpunkt der Tat und ihrer Verfolgung in den Grenzgebieten im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 liegt, oder
2. eine direkte Zusammenarbeit aufgrund von tat- oder täterbezogenen Zusammenhängen im Rahmen abgrenzbarer Fallgestaltungen zweckmäßig ist und das Einvernehmen der jeweiligen nationalen Zentralstellen vorliegt.

Artikel 39 Absatz 3 Satz 3 SDÜ findet keine Anwendung. Die Zentralstelle ist zu unterrichten, soweit eine Benachrichtigung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vorgesehen ist.

(5) Artikel 39 Absatz 2 SDÜ findet keine Anwendung.

### Teil III

#### Besondere Formen der Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

##### Artikel 8

###### Ersuchen um Beweissicherung bei Gefahr im Verzug

(1) Bei Gefahr im Verzug können nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Ersuchen um Spuren- und Beweissicherung einschließlich der Durchführung von körperlichen Untersuchungen sowie um Durchsuchung und Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft und die nach innerstaatlichem Recht insoweit anordnungsbefugten Vollzugsbeamten gestellt werden. Die Ersuchen sind unmittelbar an die zuständige Justiz- oder Polizeibehörde zu richten.

(2) Die Erledigung des Ersuchens einschließlich der Prüfung, ob die Voraussetzungen der Gefahr im Verzug gegeben sind, richtet sich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates.

(3) Ist das Ersuchen nach Absatz 1 nicht von einer Justizbehörde gestellt worden, ist die zuständige Justizbehörde unverzüglich über die Stellung des Ersuchens einschließlich der besonderen Umstände des Falles, die auf Gefahr im Verzug schließen lassen, zu unterrichten.

(4) Soweit das Recht des ersuchten Vertragsstaates für die Anordnung oder Aufrechterhaltung der Maßnahme im ersuchten Vertragsstaat eine richterliche Anordnung erfordert, wird eine Anordnung oder Erklärung des nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates zuständigen Gerichts unverzüglich durch den ersuchenden Vertragsstaat nachgereicht. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die maßgeblichen Vorschriften ihres innerstaatlichen Rechts.

(5) Die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen an den ersuchenden Vertragsstaat bedarf eines förmlichen Rechtshilfeersuchens der zuständigen Justizbehörde. Ist die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen eilbedürftig, kann die ersuchte Behörde die Ergebnisse unmittelbar an die ersuchende Behörde übermitteln. Ist die ersuchte Behörde keine Justizbehörde, bedarf die Übermittlung der Ergebnisse der vorherigen Zustimmung der zuständigen Justizbehörde.

##### Artikel 9

###### Ersuchen um körperliche Untersuchung

(1) Soweit das Recht des ersuchten Vertragsstaates es zulässt, leisten die Vertragsstaaten einander Rechtshilfe durch körperliche Untersuchung des Beschuldigten sowie sonstiger Personen.

(2) Ersuchen nach Absatz 1 werden nur bewilligt, wenn

1. die Untersuchung zur Feststellung verfahrenserheblicher Tatsachen erforderlich ist und in angemessenem Verhältnis zur Schwere der Tat steht,
2. eine Untersuchungsanordnung einer nach innerstaatlichem Recht zuständigen Stelle des ersuchenden Vertragsstaates vorgelegt wird oder aus einer Erklärung einer solchen Stelle hervorgeht, dass die Voraussetzungen der körperlichen Untersuchung vorliegen, wenn sich der Beschuldigte oder die sonstige Person im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates befände, und
3. der ersuchende Vertragsstaat im Ersuchen angibt, ob an dem gewonnenen Material im ersuchenden Vertragsstaat molekulargenetische Untersuchungen vorgenommen werden sollen.

##### Artikel 10

###### Übermittlung und Abgleich von DNA-Profilen und -Identifizierungsmustern sowie anderem erkennungsdienstlichem Material

(1) Im Zuge eines laufenden Ermittlungs- oder Strafverfahrens sowie bei vermissten Personen oder unbekanntem Leichen leisten die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit ihrem jeweiligen innerstaatlichen Recht einander Amts- und Rechtshilfe durch Abgleich von DNA-Profilen und -Identifizierungsmustern. Die Erkenntnisse aus dem Abgleich werden den zuständigen Stellen des ersuchenden Vertragsstaates so schnell wie möglich mitgeteilt. Hierbei findet das Interpol-DNA-Datenformular in der jeweils gültigen Fassung Verwendung. Sollten Auftypisierungen des biologischen Materials zur Erhöhung der biostatistischen Aussagekraft für erforderlich erachtet werden, wird der ersuchte Vertragsstaat, soweit möglich und verhältnismäßig, diese Auftypisierung des biologischen Materials veranlassen. Die dadurch anfallenden Kosten werden dem ersuchten Vertragsstaat erstattet.

(2) Hat der Abgleich nach Absatz 1 keinen Treffer ergeben, speichert der ersuchte Vertragsstaat das nach Absatz 1 für Zwecke des Abgleichs übermittelte DNA-Profil oder -Identifizierungsmuster nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts in seiner Datenbank, wenn der ersuchende Vertragsstaat hierum ersucht.

(3) Liegt kein DNA-Profil oder -Identifizierungsmuster einer im ersuchten Vertragsstaat aufhältigen bestimmten Person vor, leistet der ersuchte Vertragsstaat Amts- und Rechtshilfe durch die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials von dieser Person sowie die Übermittlung des gewonnenen DNA-Profiles oder -Identifizierungsmusters, wenn

1. der ersuchende Vertragsstaat mitteilt, zu welchem Zweck dies erforderlich ist,
2. der ersuchende Vertragsstaat eine nach seinem Recht erforderliche Untersuchungsanordnung oder -erklärung der zuständigen Stelle vorlegt, aus der hervorgeht, dass die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials vorliegen, wenn sich die bestimmte Person im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates befände, und
3. die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates vorliegen.

Die dadurch anfallenden Kosten werden dem ersuchten Vertragsstaat erstattet.

(4) Ersuchen können auch durch die zuständigen Polizeibehörden beider Vertragsstaaten übermittelt und auf demselben Weg beantwortet werden.

#### Artikel 11

##### Grenzüberschreitende Observation

Für grenzüberschreitende Observationen gilt Artikel 40 SDÜ mit folgenden Ergänzungen:

1. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens können die zuständigen Beamten auch eine Person observieren, bei der ernsthaft anzunehmen ist, dass sie zur Identifizierung oder Auffindung der Person führen kann, die im Verdacht steht, an einer auslieferungsfähigen Straftat beteiligt zu sein. Satz 1 ist auch in den Fällen anwendbar, in denen wegen der besonderen Eilbedürftigkeit der Angelegenheit die vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates nicht eingeholt werden kann. Unbeschadet der Regelung in Nummer 9 richtet sich das weitere Verfahren nach Artikel 40 Absatz 2 SDÜ.
2. Eine grenzüberschreitende Observation ist auch zum Zwecke der Vollstreckung einer rechtskräftig verhängten freiheitsentziehenden Sanktion zulässig, wenn zu erwarten ist, dass die noch zu vollstreckende freiheitsentziehende Sanktion oder die Summe der noch zu vollstreckenden freiheitsentziehenden Sanktionen mindestens vier Monate beträgt.
3. In der Bundesrepublik Deutschland sind Ersuchen an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht zu richten und direkt zu übermitteln, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll. Sofern bekannt ist, dass eine andere als die in Satz 1 bezeichnete Staatsanwaltschaft in derselben Sache bereits ein Verfahren führt, ist das Ersuchen an diese Staatsanwaltschaft zu richten.
4. In der Republik Österreich sind Ersuchen an denjenigen Gerichtshof erster Instanz als Bewilligungsbehörde zu richten und direkt zu übermitteln, in dessen Sprengel die Grenze voraussichtlich überschritten wird.
5. Die Übermittlung kann auch über die nationalen Zentralstellen oder über die einsatzführenden Polizeibehörden erfolgen.
6. Eine Kopie des Ersuchens ist außer den nationalen Zentralstellen gleichzeitig zuzuleiten

in der Bundesrepublik Deutschland

- der Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg und der Landesjustizverwaltung Bayern, soweit diese nicht allgemein oder im Einzelfall auf eine Übersendung der Kopie verzichten,
- dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart und dem Bayerischen Landeskriminalamt in München,
- dem Zollkriminalamt in Köln,

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle des Zollkriminalamtes auch dessen sachliche Zuständigkeit betroffen ist,

in der Republik Österreich

- dem Gerichtshof erster Instanz, in dessen Sprengel die Grenze voraussichtlich überschritten wird,
- den Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich,
- den für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich in Zollsachen zuständigen Finanzstrafbehörden I. Instanz (Zollfahndungen),

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle der Finanzstrafbehörden auch deren sachliche Zuständigkeit betroffen ist.

7. Der Grenzübertritt ist in Fällen einer Observation nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 SDÜ zunächst unverzüglich mitzuteilen

in der Bundesrepublik Deutschland

- dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart und dem Bayerischen Landeskriminalamt in München,
- dem Grenzschutzpräsidium Süd und
- den Bundesgrenzschutzämtern Stuttgart und München,

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden betroffen ist,

in der Republik Österreich

- den Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich,

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden betroffen ist.

Die Unterrichtung nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 Buchstabe a in Verbindung mit Absatz 5 SDÜ erfolgt unverzüglich durch die in Satz 1 genannten Stellen. Das nachträgliche Ersuchen nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 Buchstabe b SDÜ wird entsprechend den Nummern 4 bis 6 übermittelt.

8. Die Bewilligung der grenzüberschreitenden Observation erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des bewilligenden Vertragsstaates.
9. Eine grenzüberschreitende Observation nach Artikel 40 Absatz 2 SDÜ zur Strafverfolgung ist auch bei Verdacht einer nicht in Artikel 40 Absatz 7 SDÜ angeführten Straftat zulässig, sofern es sich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates um eine auslieferungsfähige Straftat handelt.
10. Änderungen der Zuständigkeiten nach den Nummern 4 bis 8 werden dem anderen Vertragsstaat mitgeteilt.
11. Wird die observierte Person auf frischer Tat bei der Begehung einer nach dem Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt wird, auslieferungsfähigen Straftat betroffen, dürfen die observierenden Beamten, die unter der Leitung des ersuchten Vertragsstaates tätig sind, die Person festhalten. Die festgehaltene Person darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaates lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden. Ihr dürfen während der Beförderung Handfesseln angelegt werden. Die von der verfolgten Person mitgeführten Gegenstände dürfen bis zum Eintreffen von Beamten der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates vorläufig sichergestellt werden. Straftat im Sinne des Satzes 1 ist auch die strafbare Teilnahme an einer Straftat.
12. Erforderliche technische Mittel dürfen von den Beamten des einen Vertragsstaates auch auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingesetzt werden, soweit dies nach dessen innerstaatlichem Recht zulässig ist und der sachleitende Beamte des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die technischen Mittel eingesetzt werden sollen, ihrem Einsatz im Einzelfall zugestimmt hat. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die im Einzelfall mitgeführten technischen Mittel.
13. Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten werden.

**Artikel 12****Nachteile**

(1) Für die grenzüberschreitende Nachteile gilt Artikel 41 SDÜ mit folgenden Ergänzungen:

1. Außer zu den in Artikel 41 Absatz 1 SDÜ genannten Zwecken ist eine grenzüberschreitende Nachteile im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten auch bei der Verfolgung von Personen zulässig, die sich innerhalb einer Entfernung von höchstens 150 Kilometern bis zur Grenze einer Kontrolle zum Zweck der Fahndung nach Personen entziehen, die der Begehung einer auslieferungsfähigen Straftat verdächtig sind oder zu einer Freiheitsentziehenden Sanktion verurteilt worden sind, derentwegen eine Auslieferung zulässig erscheint.
2. Die Nachteile findet auch über die Luft- und Wassergrenzen statt.
3. Die nachteilenden Beamten üben das Recht der Nachteile zu den in Nummer 1 und in Artikel 41 Absatz 1 SDÜ genannten Zwecken auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung für alle auslieferungsfähigen Straftaten unter Einräumung des Festhalterechts nach Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b SDÜ aus.
4. Artikel 11 Nummer 2 gilt entsprechend.
5. Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten werden.

(2) Im Falle einer grenzüberschreitenden Nachteile sind zu benachrichtigen

in der Bundesrepublik Deutschland

- in Baden-Württemberg die Wasserschutzpolizeiinspektion Bodensee und die Polizeidirektion Friedrichshafen, das Grenzschutzpräsidium Süd, die Bundesgrenzschutzämter Stuttgart und Weil am Rhein,
- in Bayern die Wasserschutzpolizeidirektion/Wasserschutzpolizeistation Passau (Donau), die Polizeidirektionen Kempten im Allgäu, Weilheim, Rosenheim, Traunstein und Passau (Donau), das Grenzschutzpräsidium Süd und das Bundesgrenzschutzamt München,
- sowie das Zollkriminalamt,

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle des Zollkriminalamtes auch dessen sachliche Zuständigkeit betroffen ist;

in der Republik Österreich

- die Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich,
- die für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich in Zollsachen zuständigen Finanzstrafbehörden I. Instanz (Zollfahndungen),

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle der Finanzstrafbehörden auch deren sachliche Zuständigkeit betroffen ist.

Änderungen dieser Zuständigkeiten werden dem anderen Vertragsstaat schriftlich mitgeteilt.

**Artikel 13****Kontrollierte Lieferung**

(1) Auf Ersuchen kann der ersuchte Vertragsstaat die kontrollierte Einfuhr in sein Hoheitsgebiet, die kontrollierte Durchfuhr oder die kontrollierte Ausfuhr, insbesondere bei unerlaubtem

Handel mit Betäubungsmitteln, Waffen, Sprengstoffen, Falschgeld, Diebesgut und Hehlerware sowie bei Geldwäsche, bewilligen, wenn der ersuchende Vertragsstaat darlegt, dass ohne diese Maßnahme die Ermittlung von Hinterleuten und anderen Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen aussichtslos oder wesentlich erschwert würde.

(2) Die Bewilligung erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates. Die Durchführung der kontrollierten Lieferung richtet sich nach den Bestimmungen dieses Vertrages und, soweit in dem Vertrag keine Regelungen getroffen werden, nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Vertragsstaates.

(3) Die kontrollierte Lieferung kann nach Absprache zwischen den Vertragsstaaten abgefangen und derart zur Weiterbeförderung freigegeben werden, dass sie unangetastet bleibt, entfernt oder ganz oder teilweise ersetzt wird. Wenn von der Ware ein besonderes Risiko für die an der Lieferung beteiligten Personen oder für die Allgemeinheit ausgeht, kann der ersuchte Vertragsstaat das Ersuchen unter weiteren Bedingungen bewilligen oder es ablehnen.

(4) Vorbehaltlich einer Vereinbarung nach Absatz 5 übernimmt der ersuchte Vertragsstaat die Kontrolle der Lieferung beim Grenzübertritt oder an einem vereinbarten Übergabepunkt, um eine Kontrollunterbrechung zu vermeiden. Er stellt im weiteren Verlauf der Lieferung deren ständige Überwachung in der Form sicher, dass er zu jeder Zeit die Möglichkeit des Zugriffs auf die Täter oder die Waren hat. Beamte des ersuchenden Vertragsstaates können in Absprache mit dem ersuchten Vertragsstaat die kontrollierte Lieferung nach der Übernahme zusammen mit den übernehmenden Beamten des ersuchten Vertragsstaates weiter begleiten.

(5) Abweichend von Absatz 4 Satz 3 können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im Einzelfall vereinbaren, dass Beamte des ersuchenden Vertragsstaates mit dem ersuchten Vertragsstaat die Maßnahme unter der Sachleitung eines anwesenden Beamten des ersuchten Vertragsstaates auf dessen Hoheitsgebiet durchführen, soweit im Zeitpunkt der Stellung des Ersuchens nach Absatz 1 aufgrund bestimmter Tatsachen Anlass zu der Annahme besteht, dass die kontrollierte Lieferung spätestens 48 Stunden nach Verbringung in das Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates aus diesem in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates verbracht werden wird, oder soweit der ersuchte Vertragsstaat erklärt, dass er die Maßnahme aus zwingenden Gründen nicht durchführen kann. Die in Satz 1 genannten Tatsachen und Gründe sind in dem Ersuchen nach Absatz 1 anzugeben. Die Beamten des ersuchenden Vertragsstaates sind in jedem Falle an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des ersuchten Vertragsstaates gebunden; sie haben die Anordnungen der Beamten des ersuchten Vertragsstaates zu befolgen.

(6) Ersuchen um kontrollierte Lieferungen, die in einem Drittstaat beginnen oder fortgesetzt werden, werden nur bewilligt, wenn die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 2 auch vom Drittstaat gewährleistet ist.

(7) Artikel 11 Nummern 8 und 11 bis 13 dieses Vertrages sowie Artikel 40 Absatz 3 Buchstaben a bis c, g und h SDÜ gelten entsprechend.

(8) Ersuchen um kontrollierte Einfuhr und Durchfuhr sind an die in Artikel 11 Nummern 3 und 4 genannten Behörden zu richten. Ersuchen um kontrollierte Ausfuhr sind zu richten

- in der Bundesrepublik Deutschland an die Staatsanwaltschaft, in deren Bezirk der Transport beginnt,
- in der Republik Österreich an die nationale Zentralstelle oder unter gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle an die Staatsanwaltschaft, in deren Sprengel der Transport beginnt.

#### Artikel 14

##### Verdeckte Ermittlungen zum Zwecke der Strafverfolgung

(1) Auf Ersuchen kann der ersuchte Vertragsstaat die Durchführung verdeckter Ermittlungen auf seinem Hoheitsgebiet durch Beamte des ersuchenden Vertragsstaates, die nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates die Stellung eines verdeckten Ermittlers haben, bewilligen, wenn der ersuchende Vertragsstaat darlegt, dass ohne diese Maßnahme die Aufklärung des Sachverhalts aussichtslos oder wesentlich erschwert würde. Die Bewilligung eines Ersuchens, mit der der Durchführung einer verdeckten Ermittlung zugestimmt wird, erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates.

(2) Die weiteren Voraussetzungen für verdeckte Ermittlungen, insbesondere die Bedingungen, unter denen verdeckte Ermittler eingesetzt werden, richten sich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates. Der ersuchte Vertragsstaat kann ferner Maßgaben für die Verwendung der im Wege einer verdeckten Ermittlung gewonnenen Erkenntnisse festlegen. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweiligen Voraussetzungen für die Durchführung verdeckter Ermittlungen nach ihrem innerstaatlichen Recht.

(3) Verdeckte Ermittlungen im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Einsätze, die in dem Ersuchen nach Absatz 1 anzugeben sind. Ist bei Stellung des Ersuchens erkennbar, dass sich die verdeckten Ermittlungen über einen bestimmten Zeitraum erstrecken werden, können die verdeckten Ermittlungen zunächst für die Dauer von bis zu einem Monat bewilligt werden. Eine Verlängerung der Bewilligung, die mit einer Abänderung der ursprünglich erteilten Bewilligung verbunden sein kann, ist zulässig. Die voraussichtliche Dauer der verdeckten Ermittlungen ist in dem Ersuchen nach Absatz 1 ebenfalls anzugeben. Die Behörden des ersuchenden Vertragsstaates stimmen sich bei der Vorbereitung des Einsatzes mit den zuständigen Behörden des ersuchten Vertragsstaates ab.

(4) Die Leitung des Einsatzes obliegt einem Beamten des ersuchten Vertragsstaates; das Handeln der Beamten des ersuchenden Vertragsstaates ist dem ersuchten Vertragsstaat zuzurechnen. Der ersuchte Vertragsstaat kann jederzeit die Beendigung der verdeckten Ermittlungen verlangen.

(5) Der ersuchte Vertragsstaat ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um den ersuchenden Vertragsstaat bei der Durchführung personell, logistisch und technisch zu unterstützen und um die Beamten des ersuchenden Vertragsstaates während ihres Einsatzes auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates zu schützen.

(6) Kann wegen besonderer Dringlichkeit ein Ersuchen nach Absatz 1 vor dem Grenzübertritt nicht gestellt werden und ist ernsthaft zu befürchten, dass ohne grenzüberschreitende verdeckte Ermittlungen die Identität der eingesetzten Beamten aufgedeckt würde, ist der Einsatz verdeckter Ermittler auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ausnahmsweise ohne vorherige Bewilligung zulässig, wenn im Übrigen die Voraussetzungen für den Einsatz verdeckter Ermittler auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates vorliegen. Der Einsatz ist unverzüglich der in Absatz 9 bezeichneten Behörde des anderen Vertragsstaates anzuzeigen. Ein Ersuchen, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Einsatz ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Das Tätigwerden des verdeckten Ermittlers hat sich in diesen Fällen auf das zur Aufrechterhaltung der Legende unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

(7) Artikel 8 Absätze 1 und 4 finden entsprechende Anwendung.

(8) Zur Absicherung des Einsatzes erforderliche technische Mittel dürfen mitgeführt werden, es sei denn, der Vertragsstaat,

auf dessen Hoheitsgebiet die verdeckte Ermittlung durchgeführt wird, widerspricht ausdrücklich. Im Übrigen gilt Artikel 11 Nummer 12 entsprechend.

(9) Das Ersuchen ist an die nationale Zentralstelle oder unter gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle an die Staatsanwaltschaft des ersuchten Vertragsstaates zu richten, die für die Anordnung oder Zustimmung zu einer verdeckten Ermittlung zuständig wäre, wenn die verdeckte Ermittlung von den Behörden des ersuchten Vertragsstaates durchgeführt würde. In den Fällen, in denen sich die verdeckten Ermittlungen in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf die Grenzgebiete nach Artikel 3 Absatz 2 beschränken werden, ist das Ersuchen in Kopie zusätzlich an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter Baden-Württemberg und Bayern bei gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle zu richten.

(10) Über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittler werden die zuständigen Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgte, unverzüglich schriftlich unterrichtet.

(11) Die Vertragsstaaten können einander verdeckte Ermittler zur Verfügung stellen, die im Auftrag und unter Leitung der zuständigen Behörde des jeweils anderen Vertragsstaates tätig werden.

#### Artikel 15

##### Informationsübermittlung zur Strafverfolgung ohne Ersuchen

Die Behörden der Vertragsstaaten können einander im Einzelfall ohne Ersuchen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Informationen einschließlich personenbezogener Daten mitteilen, soweit Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Kenntnis der Informationen für die Verfolgung von Straftaten durch den Empfänger erforderlich ist. Der Empfänger ist verpflichtet, die Erforderlichkeit der übermittelten Daten zu überprüfen und nicht erforderliche Daten zu löschen, zu vernichten oder an die übermittelnde Stelle zurück zu übermitteln sowie der übermittelnden Behörde Mitteilung zu machen, wenn sich die Unrichtigkeit der Informationen ergibt.

#### Teil IV

##### Besondere Formen der Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr

#### Artikel 16

##### Observation zur polizeilichen Gefahrenabwehr

(1) Im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten ist die grenzüberschreitende Observation zum Zwecke der Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat ausnahmsweise zulässig

1. mit vorheriger Zustimmung, wenn die zuständige Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet sich die Observation erstrecken soll, erklärt, die Maßnahme nicht durchführen zu können,
2. ohne vorherige Zustimmung bei besonderer Dringlichkeit.

Die Observation ist nur zulässig, soweit ein Ersuchen nicht im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gestellt und der Zweck der Observation nicht durch die Übernahme der Amtshandlung durch Organe des anderen Vertragsstaates oder durch Bildung gemeinsamer Observationsgruppen erreicht werden kann. Die observierenden Beamten unterliegen der Leitung des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet sich die Observation erstrecken soll.

(2) Für Observationen nach Absatz 1 gelten folgende Vorschriften entsprechend:



- Artikel 40 Absatz 2 SDÜ mit Ausnahme der einschränkenden Verweisung auf Artikel 40 Absatz 7 SDÜ,
- Artikel 40 Absatz 3 Buchstaben a bis d und g SDÜ,
- Artikel 40 Absatz 4 SDÜ,
- Artikel 11 Nummern 8 und 11 bis 13.

(3) Ersuchen nach Absatz 1 und Mitteilungen nach Absatz 2 sind zu richten

in der Bundesrepublik Deutschland

- an das Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart und das Bayerische Landeskriminalamt in München,
- an sonstige Polizeibehörden der Länder,
- an das Grenzschutzpräsidium Süd und die Bundesgrenzschutzämter Stuttgart, München und Weil am Rhein,

soweit die örtliche und sachliche Zuständigkeit der vorgenannten Behörden besteht,

in der Republik Österreich

- an die zuständige Sicherheitsdirektion.

Artikel 7 Absatz 3 Sätze 1, 3 und 4 gelten entsprechend.

#### Artikel 17

##### Nachteile zur polizeilichen Gefahrenabwehr

(1) Im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten ist die grenzüberschreitende Nachteile zur Verfolgung von Personen, die sich im Falle einer Grenzkontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ entziehen, zulässig.

(2) Eine Nachteile ist ferner zulässig, soweit sich eine Person einer polizeilichen oder zollamtlichen Kontrolle innerhalb einer Entfernung von höchstens 150 Kilometern bis zu der Grenze entzieht, sofern dabei eindeutige Anhaltezeichen missachtet werden und in der Folge eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit herbeigeführt wird.

(3) Die nachteilenden Beamten haben mit der zuständigen Stelle des anderen Vertragsstaates unverzüglich, nach Möglichkeit noch vor Grenzübertritt, in Verbindung zu treten. Die Nachteile ist abzubrechen, sofern dies die zuständige Behörde des Gebietsstaates anordnet oder die Fortsetzung der Maßnahme zu einer konkreten Gefährdung von Leib, Leben oder Gesundheit der verfolgten Person oder Dritter führt und diese Gefährdung in einem offenkundigen Missverhältnis zu der abzuwehrenden Gefahr steht.

(4) Für solche Nachteile gelten folgende Vorschriften entsprechend:

- Artikel 41 Absatz 1 SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 3 Buchstabe b SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 5 Buchstaben a und c bis g SDÜ,
- Artikel 11 Nummer 11,
- Artikel 12 Absatz 1 Nummer 2,
- Artikel 12 Absatz 2.

#### Artikel 18

##### Verdeckte Ermittlungen zur polizeilichen Gefahrenabwehr

(1) Soweit es das jeweilige innerstaatliche Recht zulässt, können verdeckte Ermittlungen zum Zwecke der Verhinderung von vorsätzlichen und nicht nur auf Antrag zu verfolgenden auslieferungsfähigen Straftaten von erheblicher Bedeutung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates fortgesetzt werden,

wenn dieser der grenzüberschreitenden verdeckten Ermittlung auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat.

(2) Artikel 14 Absätze 1 bis 6, 8, 10 und 11 sowie Artikel 16 Absatz 3 mit der Maßgabe, dass die nationale Zentralstelle gleichzeitig zu unterrichten ist, gelten entsprechend.

#### Artikel 19

##### Gemeinsame Einsatzformen zur polizeilichen Gefahrenabwehr

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemeinsame Streifen, gemeinsam besetzte Kontroll-, Auswertungs- und Observationsgruppen sowie sonstige gemeinsame Einsatzformen zur polizeilichen Gefahrenabwehr bilden, in denen Beamte des einen Vertragsstaates bei Einsätzen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates mitwirken. Hoheitliche Befugnisse dürfen dabei nur unter der Leitung und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des Gebietsstaates wahrgenommen werden. Artikel 6 Absatz 4 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

#### Artikel 20

##### Informationsaustausch zur polizeilichen Gefahrenabwehr

Die zuständigen Polizeibehörden der Vertragsstaaten können einander im Einzelfall auch ohne Ersuchen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Informationen einschließlich personenbezogener Daten mitteilen, soweit Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Kenntnis der Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung durch den Empfänger erforderlich ist. Artikel 15 Satz 2 gilt entsprechend.

#### Artikel 21

##### Grenzüberschreitende polizeiliche Gefahrenabwehr

(1) Beamte der Polizeibehörden eines Vertragsstaates (im Folgenden die „einschreitenden Beamten“) dürfen im Falle eines dringenden Bedarfs ohne vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates die gemeinsame Grenze überschreiten, um im grenznahen Bereich auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des anderen Vertragsstaates vorläufige Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich sind.

(2) Ein dringender Bedarf im Sinne von Absatz 1 liegt nur dann vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von Beamten des anderen Vertragsstaates oder der Herstellung eines Einvernehmens im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 eine Verwirklichung der Gefahr droht.

(3) Die einschreitenden Beamten haben den anderen Vertragsstaat unverzüglich zu unterrichten. Der andere Vertragsstaat hat unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr der Gefahr und zur Übernahme der Lage erforderlich sind. Die einschreitenden Beamten dürfen auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates nur so lange tätig sein, bis der andere Vertragsstaat die notwendigen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ergriffen hat. Die einschreitenden Beamten sind an die Weisungen des anderen Vertragsstaates gebunden.

(4) Die Vertragsstaaten treffen eine gesonderte Vereinbarung darüber, welche Stellen nach Absatz 3 unverzüglich zu unterrichten sind. Die einschreitenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und an das Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie tätig werden, gebunden.

(5) Die Maßnahmen der einschreitenden Beamten werden dem anderen Vertragsstaat zugerechnet.

**Artikel 22****Hilfeleistung bei Großereignissen,  
Katastrophen und schweren Unglücksfällen**

Die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten unterstützen sich nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenseitig bei Massenveranstaltungen und ähnlichen Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen, indem sie

1. sich gegenseitig so zeitig wie möglich über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen und Erkenntnissen unterrichten,
2. bei Lagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen die auf ihrem Hoheitsgebiet erforderlichen polizeilichen Maßnahmen vornehmen und koordinieren,
3. auf Ersuchen des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Lage eintritt, soweit möglich, durch Entsendung von Spezialisten und Beratern sowie durch Bereitstellung von Ausrüstungsgegenständen Hilfe leisten.

Im Übrigen bleiben das Abkommen vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen und die durch Notenwechsel vom 1. Juli/3. August 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz geschlossene Vereinbarung unberührt.

**Artikel 23****Einrichtung von Bedarfskontrollstellen**

(1) Eine Bedarfskontrollstelle kann auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingerichtet werden, soweit

1. keine geeignete Örtlichkeit auf dem eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung steht,
2. dies zur Durchführung einer Grenzkontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ erforderlich ist und
3. die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates der Maßnahme im Einzelfall zugestimmt hat.

(2) Die Bedarfskontrollstelle soll möglichst grenznah und darf nicht weiter als fünf Kilometer von der Grenzlinie entfernt liegen.

(3) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann mit Auflagen versehen werden. Die Maßnahme ist auf Verlangen der zuständigen Stelle des Gebietsstaates einzustellen.

(4) Die Grenzkontrolle wird ausschließlich nach dem Recht und von den Beamten des Vertragsstaates durchgeführt, der die Kontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ angeordnet hat. An Bedarfskontrollstellen sollen jedoch Beamte beider Vertragsstaaten anwesend sein.

(5) Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten erstellen Verzeichnisse über die auf ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und zur Einrichtung von Bedarfskontrollstellen geeigneten Örtlichkeiten, tauschen die Verzeichnisse aus und unterrichten einander unverzüglich über Änderungen.

(6) Im Übrigen gelten Artikel 1 Absatz 1, Artikel 4 Absätze 5 und 7, Artikel 5, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 7, Artikel 9, Artikel 10 Absatz 1, Artikel 12 Absatz 1, Artikel 13 Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absätze 3 und 4, Artikel 14, Artikel 19 und Artikel 20 des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr, geändert durch Abkommen vom 21. Januar 1975, 16. September 1977 und 30. Juli 1990 zur Änderung des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr entsprechend.

**Teil V****Allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit****Artikel 24****Gemeinsame Zentren**

(1) Die Vertragsstaaten können gemeinsame Zentren für den Informationsaustausch und die Unterstützung ihrer Behörden einrichten.

(2) In den gemeinsamen Zentren arbeiten Beamte der Behörden beider Vertragsstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen, um in Angelegenheiten, die den Zuständigkeitsbereich der Behörden der in Artikel 3 Absatz 2 genannten Grenzgebiete betreffen, Informationen auszutauschen, zu analysieren und weiterzuleiten sowie bei der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach diesem Vertrag unterstützend mitzuwirken. Für die Übermittlung personenbezogener Daten gelten die Artikel 7, 15 und 20.

(3) Die Unterstützungsfunktion kann auch die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Rückführung von Drittstaatsangehörigen auf der Grundlage der zwischen den Vertragsstaaten geltenden Übereinkünfte umfassen.

(4) Den gemeinsamen Zentren obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Einsätze. Die Beamten in den gemeinsamen Zentren unterstehen der Weisungs- und Disziplinar-gewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden.

(5) In den gemeinsamen Zentren können die Beamten auch über die Aufgaben nach den Absätzen 1 bis 3 hinausgehende nichtoperative Tätigkeiten, insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und der Aus- und Fortbildung, mit Wirkung für die sie entsendenden Behörden ausüben, soweit dadurch nicht in Rechte Dritter eingegriffen wird.

(6) Anzahl und Sitz von gemeinsamen Zentren sowie die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die gleichmäßige Verteilung der Kosten werden in gesonderten Vereinbarungen geregelt.

(7) Behörden eines Vertragsstaates können sich an gemeinsamen Zentren, die der andere Vertragsstaat mit einem gemeinsamen Nachbarstaat betreibt, beteiligen, wenn und soweit der andere Vertragsstaat und der Nachbarstaat einer solchen Beteiligung zustimmen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die Verteilung der Kosten werden zwischen allen beteiligten Staaten geregelt.

**Artikel 25****Einsatz von Luft- und Wasserfahrzeugen**

(1) Bei grenzüberschreitenden Einsätzen nach diesem Vertrag dürfen auch Luft- und Wasserfahrzeuge eingesetzt werden.

(2) Beim grenzüberschreitenden Einsatz nach Absatz 1 entfällt bei Flügen nach Sichtflugregeln bei Tag die Flugplanpflicht. Flüge nach Instrumentenflugregeln dürfen nur im kontrollierten Luftraum durchgeführt werden. Sie werden von der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle überwacht. Dazu sind vor Beginn des Flugabschnitts nach Instrumentenflugregeln der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle die erforderlichen Flugplandaten zu übermitteln. Gleiches gilt für Flüge nach Sichtflugregeln bei Nacht.

(3) Die Einsatzflüge gemäß Absatz 1 unterliegen, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist, den in den jeweiligen Vertragsstaaten geltenden luftverkehrsrechtlichen Vorschriften. Im Rahmen der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag dürfen Luftfahrzeuge auch außerhalb von Flugplätzen starten und landen, soweit dies zur Erfüllung der Einsätze unter Berücksichtigung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung erforderlich ist.

(4) Die Luftfahrzeuge müssen im Herkunftsstaat für die jeweilige Einsatzart zugelassen sein.

(5) Beim Einsatz von Wasserfahrzeugen sind die Beamten von den Verkehrsordnungen für die Binnenschifffahrt im selben Umfang wie die Beamten der Polizeibehörden des Vertragsstaates befreit, auf dessen Hoheitsgebiet sie im Einsatz sind. Die eingesetzten Wasserfahrzeuge sind zur Führung der Bezeichnung für Fahrzeuge der Überwachungsbehörden befugt. Die Beamten sind auch befugt, Anordnungen, ausgenommen nautische Weisungen, zu geben, soweit dies zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben dringend geboten ist und die Sicherheit der Schifffahrt und von Personen nicht beeinträchtigt wird.

#### Artikel 26

##### Datenschutz

(1) Datenschutz wird nach Maßgabe der Artikel 126 bis 130 SDÜ und, soweit dort keine Regelungen enthalten sind, nach Maßgabe des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in seinem Anwendungsbereich gewährleistet. Dies gilt auch für personenbezogene Daten, die durch grenzüberschreitende Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates erhoben worden sind. Dabei sind die besonderen Bedingungen, die von dem ersuchten Vertragsstaat im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Maßnahme gestellt werden, zu beachten.

(2) Beamten, die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, darf durch diesen Vertragsstaat nur unter Leitung eines ihrer Beamten der Zugriff auf behördliche Sammlungen personenbezogener Daten gewährt werden.

#### Artikel 27

##### Befugnisse und Rechtsstellung von Beamten des anderen Vertragsstaates

(1) Beamten des einen Vertragsstaates, die sich im Rahmen der Zusammenarbeit aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, stehen dort keine hoheitlichen Befugnisse zu, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt. Sie sind bei allen Maßnahmen an das innerstaatliche Recht des anderen Vertragsstaates gebunden. Artikel 23 bleibt unberührt.

(2) Beamte des einen Vertragsstaates, die aufgrund dieses Vertrages zu einer Dienststelle des anderen Vertragsstaates entsandt werden, sind Verbindungsbeamte im Sinne des Artikels 47 SDÜ oder des Artikels 125 SDÜ. Ihre Stellung ergibt sich aus Artikel 47 Absatz 3 SDÜ oder Artikel 125 Absatz 3 SDÜ, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt.

(3) Beamte des einen Vertragsstaates, die sich im Rahmen der Zusammenarbeit aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, können dort ihre nationale Dienstkleidung tragen. Sie können ihre Dienstwaffen, Zwangsmittel und sonstigen Ausrüstungsgegenstände mitführen. Die Dienstwaffen dürfen nur im Falle der Notwehr einschließlich der Nothilfe gebraucht werden, soweit nicht der sachleitende Beamte des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt, ausdrücklich im Einzelfall nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts eine darüber hinausgehende Anwendung von Dienstwaffen genehmigt. In den Fällen der Artikel 11, 12, 16 und 17 darf keine Genehmigung erteilt werden. Die zuständigen Stellen unterrichten einander über die jeweils zulässigen Dienstwaffen und Zwangsmittel.

(4) Setzen Beamte des einen Vertragsstaates bei Maßnahmen aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Kraftfahrzeuge, Wasserfahrzeuge oder Luftfahrzeuge ein, unterliegen sie hierbei denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten des anderen Ver-

tragsstaates. Unbeschadet der Regelung in Artikel 29 Absatz 1 Satz 2 gilt dies insbesondere im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.

#### Artikel 28

##### Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts

Die Beamten, die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, sind in Bezug auf Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten des anderen Vertragsstaates gleichgestellt.

#### Artikel 29

##### Grenzübertritte

(1) Soweit es verkehrsbedingt notwendig ist, dürfen die Beamten des einen Vertragsstaates zu den in diesem Vertrag geregelten Zwecken das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates befahren, um das eigene Hoheitsgebiet auf möglichst kurzem Wege wieder zu erreichen. Soweit zwingend erforderlich, dürfen hierbei ausnahmsweise auch Sonder- und Wegerechte in Anspruch genommen werden. In den Fällen des Satzes 2 sind die zuständigen Behörden des Vertragsstaates, auf dem die Sonder- und Wegerechte in Anspruch genommen werden, unverzüglich zu unterrichten. Für Grenzübertritte sind die Artikel 6, Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 9 bis 11 des Vertrages vom 21. Dezember 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen mit der Maßgabe anzuwenden, dass das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates auch außerhalb der Durchgangsstrecken, die durch die in Artikel 3 Absatz 1 des genannten Vertrages bezeichnete Vereinbarung festgelegt werden, befahren werden kann.

(2) Beamte des einen Vertragsstaates dürfen für Maßnahmen, die sie nach innerstaatlichem Recht auf den auf eigenem Hoheitsgebiet gelegenen Streckenabschnitten von grenzüberschreitenden Reisezügen oder Passagierschiffen durchführen, bereits auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zusteigen oder nach Beendigung der Maßnahmen dort aussteigen. Kann eine auf dem eigenen Hoheitsgebiet nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts begonnene Kontrollmaßnahme, insbesondere die Überprüfung einer Person oder einer Sache, nicht im Grenzgebiet im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 abgeschlossen werden, und steht zu erwarten, dass andernfalls der Zweck der Maßnahme nicht erreicht werden kann, darf diese auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates so lange fortgesetzt werden, wie dies unabdingbar erforderlich ist, um die Maßnahme abzuschließen. Soweit weitere Maßnahmen erforderlich werden, bleiben die hierfür geltenden Regelungen unberührt. Im Übrigen bleiben die Bestimmungen des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr, geändert durch Abkommen vom 21. Januar 1975, 16. September 1977 und 30. Juli 1990 zur Änderung des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr unberührt.

#### Artikel 30

##### Übergabe von Personen an der Grenze

(1) Die Übergabe von Personen an der Grenze zwischen den Vertragsstaaten kann auch an geeigneten Örtlichkeiten in Grenznähe oder auf Flughäfen stattfinden, wenn die zuständigen Behörden jenes Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet

die Übergabe stattfinden soll, dieser Übergabe im Einzelfall zustimmen. Die Übergabe hat an solchen Orten stattzufinden, an denen entsprechende Einrichtungen für eine sichere Übergabe bestehen.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 und der Artikel 9 bis 13 des Vertrages vom 21. Dezember 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen gelten entsprechend für die Beförderung der Personen von der Grenze zum Übergabeort in dem anderen Vertragsstaat oder vom Übergabeort in den anderen Vertragsstaat bis zur Grenze.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten erstellen Verzeichnisse über die auf ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und zur Übergabe von Personen geeigneten Örtlichkeiten und Einrichtungen, tauschen diese Verzeichnisse aus und unterrichten einander unverzüglich über Änderungen. Das Protokoll zur Durchführung des Abkommens vom 16. Dezember 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung der Republik Österreich über die Rückübernahme von Personen an der Grenze bleibt unberührt.

#### Artikel 31

##### Beistandsklausel, Dienstverhältnisse

(1) Die Vertragsstaaten sind gegenüber den entsandten Beamten des anderen Vertragsstaates bei der Ausübung des Dienstes zu gleichem Schutz und Beistand verpflichtet wie gegenüber den eigenen Beamten.

(2) Die Beamten des anderen Vertragsstaates bleiben in dienstrechtlicher, insbesondere in disziplinarrechtlicher und in haftungsrechtlicher Hinsicht den in ihrem Staat geltenden Vorschriften unterworfen.

#### Artikel 32

##### Haftungsbestimmungen

(1) Wenn Beamte eines Vertragsstaates im Rahmen einer Maßnahme nach den Artikeln 13 und 14 dieses Vertrages oder einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe nach dem Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, haftet der Vertragsstaat, dessen Beamte auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einen Schaden verursacht haben, nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet der Schaden verursacht wird, für den durch seine Beamten verursachten Schaden.

(2) Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der in Absatz 1 genannte Schaden verursacht wird, ersetzt diesen Schaden, wie er ihn ersetzen müsste, wenn seine eigenen Beamten ihn verursacht hätten.

(3) Der Vertragsstaat, dessen Beamte einen Schaden im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verursacht haben, erstattet dem anderen Vertragsstaat den Gesamtbetrag des Schadensersatzes, den dieser an die Geschädigten oder ihre Rechtsnachfolger geleistet hat.

(4) Unbeschadet der Ausübung seiner Rechte gegenüber Dritten und mit Ausnahme des Absatzes 3 verzichtet jeder Vertragsstaat in dem Fall des Absatzes 1 darauf, den Betrag des erlittenen Schadens dem anderen Vertragsstaat gegenüber geltend zu machen.

(5) Für den Ersatz von Schäden, die bei der Durchführung einer Maßnahme aufgrund dieses Vertrages von Beamten des

einen Vertragsstaates auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verursacht werden, gilt im Übrigen Artikel 43 SDÜ.

#### Artikel 33

##### Ausnahmeklausel

Ist ein Vertragsstaat der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung oder Duldung einer Maßnahme aufgrund dieses Vertrages geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen das innerstaatliche Recht zu verstoßen, kann er die Zusammenarbeit unter Beachtung sonstiger internationaler Kooperationsverpflichtungen ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

#### Teil VI

##### Durchführungs- und Schlussbestimmungen

#### Artikel 34

##### Durchführungsvereinbarungen

Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Vertrages Vereinbarungen treffen, welche die verwaltungsmäßige Durchführung zum Ziel haben.

#### Artikel 35

##### Überprüfung der Umsetzung und Fortentwicklung des Vertrages

Auf Antrag eines Vertragsstaates überprüft eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsstaaten die Umsetzung dieses Vertrages und stellt fest, ob Ergänzungs- oder Fortschreibungsbedarf besteht.

#### Artikel 36

##### Kosten

Jeder Vertragsstaat trägt die seinen Behörden aus der Anwendung dieses Vertrages entstehenden Kosten, soweit die zuständigen Behörden im Einzelfall, insbesondere bei Unterstellungen im Sinne von Artikel 6, nichts anderes vereinbaren oder diese Kosten nicht aufgrund von Maßnahmen nach Artikel 22 entstehen. Für den letztgenannten Fall finden die Vorschriften des Abkommens vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen Anwendung.

#### Artikel 37

##### Einbeziehung der Zollverwaltung

Soweit Behörden der Zollverwaltungen der Vertragsstaaten Aufgaben im Zusammenhang mit Verstößen gegen Verbote und Beschränkungen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs wahrnehmen, stehen sie im Rahmen dieses Vertrages den Polizeibehörden der Vertragsstaaten im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 gleich.

Zuständige Beamte sind

auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland

- die als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft bestellten Beamten der Zollverwaltung

auf Seiten der Republik Österreich

- die Angehörigen der Zollfahndungen.

**Artikel 38**

**Inkrafttreten, Kündigung**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Der Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf jenen Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden. Mit Inkrafttreten des Vertrages tritt das Abkommen vom 16. Dezember 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Österreichischen Bundesregierung über die

Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten außer Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat jederzeit auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden und tritt sechs Monate nach Erhalt der Kündigung außer Kraft.

(3) Die Registrierung des Vertrages beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird von deutscher Seite wahrgenommen.

Geschehen zu Berlin am 10. November 2003/19. Dezember 2003 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Chrobog  
Schily  
Brigitte Zypries

Für die Republik Österreich

Strasser  
Dr. Dieter Böhmdorfer



Vertrag  
zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland,  
dem Königreich Spanien, der Französischen Republik,  
dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande  
und der Republik Österreich  
über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,  
insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenz-  
überschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration

Traité  
entre le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne,  
le Royaume d'Espagne, la République française,  
le Grand-Duché de Luxembourg, le Royaume des Pays-Bas et la République d'Autriche  
relatif à l'approfondissement de la coopération transfrontalière,  
notamment en vue de lutter contre le terrorisme,  
la criminalité transfrontalière et la migration illégale

Die hohen Vertragsparteien dieses Vertrags, Mitgliedstaaten der Europäischen Union –

in der Erwägung, dass es in einem Raum des freien Personenverkehrs wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre Zusammenarbeit verstärken, um Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität und illegale Migration wirksamer zu bekämpfen,

in dem Bestreben, zur Fortentwicklung der Europäischen Zusammenarbeit unbeschadet des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft eine Vorreiterrolle bei der Erreichung eines möglichst hohen Standards in der Zusammenarbeit, vor allem durch einen verbesserten Austausch von Informationen, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie der illegalen Migration, einzunehmen und allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Teilnahme an dieser Zusammenarbeit zu eröffnen,

in dem Bestreben, die Regelungen des vorliegenden Vertrags in den Rechtsrahmen der Europäischen Union zu überführen, um eine unionsweite Verbesserung des Austauschs von Informationen, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie der illegalen Migration, zu erreichen und hierfür die notwendigen rechtlichen und technischen Voraussetzungen zu schaffen,

unter Beachtung der Grundrechte, wie sie sich aus der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Europäischen

Les Hautes Parties contractantes du présent Traité, Etats membres de l'Union européenne,

Considérant qu'il est important, dans un espace de libre circulation des personnes, que les Etats membres de l'Union européenne renforcent leur coopération afin de lutter plus efficacement contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale,

Désireuses de jouer un rôle pionnier dans le but d'atteindre, dans le cadre de l'amélioration de la coopération en Europe et sans préjudice des dispositions du Traité sur l'Union européenne et du Traité instituant la Communauté européenne, un niveau aussi élevé que possible dans leur coopération, en premier lieu par le biais d'un meilleur échange d'informations, notamment dans les domaines liés à la lutte contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale, et de permettre à tous les autres Etats membres de l'Union européenne de participer à cette coopération,

Désireuses de traduire les dispositions du présent Traité dans le cadre juridique de l'Union européenne afin d'aboutir à une amélioration de l'échange d'informations au sein de l'Union européenne dans son ensemble, notamment dans les domaines touchant à la lutte contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale, ainsi qu'à en créer les bases juridiques et techniques nécessaires,

Dans le respect des droits fondamentaux tels qu'ils découlent de la Charte des Droits fondamentaux de l'Union européenne,

Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie den gemeinsamen Verfassungstraditionen der beteiligten Staaten ergeben, insbesondere in dem Bewusstsein, dass die Übermittlung personenbezogener Daten an eine andere Vertragspartei die Gewährleistung eines angemessenen Datenschutzniveaus durch die empfangende Vertragspartei voraussetzt,

in der Erwägung, dass unbeschadet des derzeit geltenden innerstaatlichen Rechts geeignete gerichtliche Überprüfungen der in diesem Vertrag vorgesehenen Maßnahmen beibehalten und vorgesehen werden müssen,

in der Bereitschaft, diesen Vertrag durch weitere Übereinkünfte zu ergänzen, um den automatisierten Abruf von Daten aus weiteren geeigneten Datenbanken zu ermöglichen, soweit dies zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit notwendig und verhältnismäßig ist –

sind wie folgt übereingekommen:

## Kapitel 1 Allgemeiner Teil

### Artikel 1 Grundsätze

(1) Die Vertragsparteien bezwecken mit diesem Vertrag die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere den Informationsaustausch, untereinander zu vertiefen.

(2) Diese Zusammenarbeit berührt nicht das Recht der Europäischen Union und steht nach Maßgabe dieses Vertrags jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union zum Beitritt offen.

(3) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Vertrags zielt auf die Entwicklung von Initiativen zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit in den in diesem Vertrag bezeichneten Bereichen ab.

(4) Spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird auf der Grundlage einer Bewertung der Erfahrungen bei der Durchführung des Vertrags in Abstimmung mit der Europäischen Kommission beziehungsweise auf Vorschlag der Europäischen Kommission unter Berücksichtigung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft eine Initiative für die Überführung der Regelungen dieses Vertrags in den Rechtsrahmen der Europäischen Union unterbreitet.

(5) Die Vertragsparteien berichten regelmäßig gemeinsam dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über den Fortgang der Zusammenarbeit.

## Kapitel 2 DNA-Profile, daktyloskopische Daten und sonstige Daten

### Artikel 2 Einrichtung von nationalen DNA-Analyse-Dateien

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, zum Zweck der Verfolgung von Straftaten nationale DNA-Analyse-Dateien zu errichten und zu führen. Die Verarbeitung der in diesen Dateien gespeicherten Daten aufgrund dieses Vertrags erfolgt vorbehaltlich der sonstigen Bestimmungen des Vertrags nach Maßgabe des für den Verarbeitungsvorgang geltenden innerstaatlichen Rechts.

de la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales ainsi que des traditions constitutionnelles communes des Etats concernés, notamment conscientes du fait que la transmission de données à caractère personnel à une autre Partie contractante présuppose un niveau adéquat de protection des données de la part de la Partie contractante destinataire,

Considérant qu'il convient – sans préjudice du droit national actuellement en vigueur dans les pays concernés – de maintenir et de prévoir un contrôle judiciaire approprié des mesures prévues par le présent Traité,

Disposées à compléter le présent Traité par d'autres accords permettant une consultation automatisée de données dans d'autres bases de données appropriées pour autant que cela soit nécessaire et proportionnel aux fins de l'approfondissement de la coopération transfrontalière,

sont convenues de ce qui suit:

## Chapitre 1 Généralités

### Article 1<sup>er</sup> Principes

(1) Par le présent Traité, les Parties contractantes visent à intensifier la coopération transfrontalière entre elles, en particulier l'échange d'informations.

(2) Cette coopération ne porte pas atteinte au droit de l'Union européenne et reste ouverte à l'adhésion de tout Etat membre de l'Union européenne en vertu des dispositions du présent Traité.

(3) La coopération dans le cadre du présent Traité vise à développer des initiatives favorisant la coopération européenne dans les domaines décrits dans le présent Traité.

(4) Au plus tard trois ans après l'entrée en vigueur du présent Traité, une initiative sera présentée en vue de la transcription des dispositions du présent Traité dans le cadre juridique de l'Union européenne sur la base d'une évaluation de l'expérience acquise dans le cadre de la mise en œuvre du présent Traité, en concertation avec la Commission européenne ou sur proposition de la Commission européenne, en tenant compte des dispositions du Traité sur l'Union européenne et du Traité instituant la Communauté européenne.

(5) Les Parties contractantes informent régulièrement et conjointement le Conseil de l'Union européenne et la Commission européenne de l'évolution de la coopération.

## Chapitre 2 Profils ADN, données daktyloskopiques et autres données

### Article 2 Création de fichiers nationaux d'analyse ADN

(1) Les Parties contractantes s'engagent à créer et à gérer des fichiers nationaux d'analyse ADN en vue de la poursuite des infractions pénales. Le traitement des données enregistrées dans ces fichiers en vertu du présent Traité s'effectuera, sous réserve des autres dispositions du présent Traité, conformément au droit national applicable au processus de traitement en question.



(2) Für die Zwecke der Durchführung dieses Vertrags gewährleisten die Vertragsparteien, dass Fundstellendatensätze zum Bestand der nationalen DNA-Analyse-Dateien nach Absatz 1 Satz 1 vorhanden sind. Fundstellendatensätze enthalten ausschließlich aus dem nicht codierenden Teil der DNA ermittelte DNA-Profile<sup>\*)</sup> und eine Kennung. Fundstellendatensätze dürfen keine den Betroffenen unmittelbar identifizierenden Daten enthalten. Fundstellendatensätze, die keiner Person zugeordnet werden können (offene Spuren), müssen als solche erkennbar sein.

(3) Bei Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde benennt jede Vertragspartei die nationalen DNA-Analyse-Dateien, auf die die Artikel 2 bis 6 Anwendung finden, sowie die Bedingungen für den automatisierten Abruf nach Artikel 3 Absatz 1.

### Artikel 3

#### Automatisierter Abruf von DNA-Profilen

(1) Die Vertragsparteien gestatten den nationalen Kontaktstellen nach Artikel 6 der anderen Vertragsparteien zum Zweck der Verfolgung von Straftaten den Zugriff auf die Fundstellendatensätze ihrer DNA-Analyse-Dateien mit dem Recht, diese automatisiert mittels eines Vergleichs der DNA-Profile abzurufen. Die Anfrage darf nur im Einzelfall und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der abrufenden Vertragspartei erfolgen.

(2) Wird im Zuge eines automatisierten Abrufs eine Übereinstimmung eines übermittelten DNA-Profiles mit einem in der Datei der empfangenden Vertragspartei gespeicherten DNA-Profil festgestellt, so erhält die anfragende nationale Kontaktstelle automatisiert die information über das Vorliegen eines Treffers und die Kennung. Kann keine Übereinstimmung festgestellt werden, so wird dies automatisiert mitgeteilt.

### Artikel 4

#### Automatisierter Abgleich von DNA-Profilen

(1) Die Vertragsparteien gleichen im gegenseitigen Einvernehmen über ihre nationalen Kontaktstellen die DNA-Profile ihrer offenen Spuren zur Verfolgung von Straftaten mit allen DNA-Profilen aus Fundstellendatensätzen der anderen nationalen DNA-Analyse-Dateien ab. Die Übermittlung und der Abgleich erfolgen automatisiert. Die Übermittlung zum Zwecke des Abgleichs der DNA-Profile der offenen Spuren erfolgt nur in solchen Fällen, in denen diese nach dem innerstaatlichen Recht der ersuchenden Vertragspartei vorgesehen ist.

(2) Stellt eine Vertragspartei beim Abgleich nach Absatz 1 fest, dass übermittelte DNA-Profile mit denjenigen in ihrer DNA-Analyse-Datei übereinstimmen, so übermittelt sie der nationalen Kontaktstelle der anderen Vertragspartei unverzüglich die Fundstellendatensätze, hinsichtlich derer eine Übereinstimmung festgestellt worden ist.

### Artikel 5

#### Übermittlung weiterer personenbezogener Daten und sonstiger Informationen

Im Fall der Feststellung einer Übereinstimmung von DNA-Profilen im Verfahren nach den Artikeln 3 und 4 richtet sich die Übermittlung weiterer zu den Fundstellendatensätzen vorhandener personenbezogener Daten und sonstiger Informationen nach dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Vorschriften über die Rechtshilfe der ersuchten Vertragspartei.

<sup>\*)</sup> Für die Bundesrepublik Deutschland sind DNA-Profile im Sinne dieses Vertrags DNA-Identifizierungsmuster.

(2) En vue de la mise en œuvre du présent Traité, les Parties contractantes garantissent que des données indexées se référant au contenu des fichiers nationaux d'analyse ADN visés au paragraphe 1<sup>er</sup>, 1<sup>ère</sup> phrase, sont disponibles. Ces données indexées ne contiennent que les profils ADN<sup>\*)</sup> issus de la partie non codante de l'ADN ainsi qu'une référence. Les données indexées ne doivent contenir aucune donnée permettant l'identification directe de la personne concernée. Les données indexées qui ne peuvent être attribuées à aucune personne (traces ouvertes) doivent être reconnaissables en tant que telles.

(3) Lors du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, chaque Partie contractante désigne les fichiers nationaux d'analyse ADN auxquels les articles 2 à 6 s'appliquent, ainsi que les conditions régissant la consultation automatisée sur la base de l'article 3, paragraphe 1<sup>er</sup>.

### Article 3

#### Consultation automatisée de profils ADN

(1) Les Parties contractantes autorisent les points de contact nationaux des autres Parties contractantes, visés à l'article 6, à accéder, en vue de poursuivre des infractions pénales, aux données indexées de leurs fichiers d'analyse ADN, et ce avec le droit de procéder à une consultation automatisée à l'aide d'une comparaison des profils ADN. La consultation ne peut s'opérer qu'au cas par cas et dans le respect du droit national de la Partie contractante qui effectue ladite consultation.

(2) Si, dans le cadre d'une consultation automatisée, une concordance entre un profil ADN transmis et un profil ADN enregistré dans le fichier de la Partie contractante destinataire est constatée, le point de contact national ayant lancé la consultation est informé par voie automatisée de l'existence d'une concordance et de la référence. Si aucune concordance ne peut être constatée, communication en est faite de manière automatisée.

### Article 4

#### Comparaison automatisée de profils ADN

(1) Les Parties contractantes comparent, par l'intermédiaire de leurs points de contact nationaux et d'un commun accord, les profils ADN de leurs traces ouvertes avec tous les profils ADN provenant des données indexées des autres fichiers nationaux d'analyse ADN en vue de poursuivre des infractions pénales. La transmission et la comparaison s'opèrent de manière automatisée. La transmission visant à comparer des profils ADN des traces ouvertes ne s'opère que dans les cas où une telle transmission est prévue par le droit national de la Partie contractante requérante.

(2) Si, lors de la comparaison prévue au paragraphe 1<sup>er</sup>, une Partie contractante constate que des profils ADN transmis correspondent à ceux contenus dans son propre fichier d'analyse ADN, elle communique sans délai au point de contact national de l'autre Partie contractante les données indexées pour lesquels une concordance a été constatée.

### Article 5

#### Transmission d'autres données à caractère personnel et d'autres informations

En cas de constatation de concordance de profils ADN dans le cadre de la procédure prévue aux articles 3 et 4, la transmission d'autres données à caractère personnel se rapportant aux données indexées ainsi que d'autres informations s'opère en vertu du droit national de la Partie contractante requise, y compris les dispositions relatives à l'enquête judiciaire.

<sup>\*)</sup> Pour l'Allemagne les profils ADN en vertu du présent Traité s'appellent Identifizierungsmuster (modèles d'identification ADN).

**Artikel 6****Nationale Kontaktstelle und Durchführungsvereinbarung**

(1) Zur Durchführung der Datenübermittlungen nach den Artikeln 3 und 4 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht.

(2) Die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung der in den Artikeln 3 und 4 beschriebenen Verfahren werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

**Artikel 7****Gewinnung molekulargenetischen Materials und Übermittlung von DNA-Profilen**

Liegt im Zuge eines laufenden Ermittlungs- oder Strafverfahrens kein DNA-Profil einer im Hoheitsgebiet einer ersuchten Vertragspartei aufhältigen bestimmten Person vor, so leistet die ersuchte Vertragspartei Rechtshilfe durch die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials von dieser Person sowie durch die Übermittlung des gewonnenen DNA-Profils, wenn

1. die ersuchende Vertragspartei mitteilt, zu welchem Zweck dies erforderlich ist,
2. die ersuchende Vertragspartei eine nach ihrem Recht erforderliche Untersuchungsanordnung oder -erklärung der zuständigen Stelle vorlegt, aus der hervorgeht, dass die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials vorliegen, wenn sich die bestimmte Person im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei befände, und
3. die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials sowie die Voraussetzungen für die Übermittlung des gewonnenen DNA-Profils nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei vorliegen.

**Artikel 8****Daktyloskopische Daten**

Für die Zwecke der Durchführung dieses Vertrags gewährleisten die Vertragsparteien, dass Fundstellendatensätze zum Bestand der zum Zweck der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten errichteten nationalen automatisierten daktyloskopischen Identifizierungssysteme vorhanden sind. Fundstellendatensätze enthalten ausschließlich daktyloskopische Daten und eine Kennung. Fundstellendatensätze dürfen keine den Betroffenen unmittelbar identifizierenden Daten enthalten. Fundstellendatensätze, die keiner Person zugeordnet werden können (offene Spuren), müssen als solche erkennbar sein.

**Artikel 9****Automatisierter Abruf von daktyloskopischen Daten**

(1) Die Vertragsparteien gestatten der nationalen Kontaktstelle nach Artikel 11 der anderen Vertragspartei zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten den Zugriff auf die Fundstellendatensätze ihrer zu diesen Zwecken eingerichteten automatisierten daktyloskopischen Identifizierungssysteme mit dem Recht, diese automatisiert mittels eines Vergleichs der daktyloskopischen Daten abzurufen. Die Anfrage darf nur im Einzelfall und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der abrufenden Vertragspartei erfolgen.

(2) Die endgültige Zuordnung eines daktyloskopischen Datums zu einem Fundstellendatensatz der Datei führenden Vertragspartei erfolgt durch die abrufende nationale Kontaktstelle anhand der automatisiert übermittelten Fundstellendatensätze, die für die eindeutige Zuordnung erforderlich sind.

**Article 6****Point de contact national et accord d'exécution**

(1) Chaque Partie contractante désigne un point de contact national pour la transmission de données en vertu des articles 3 et 4. Les compétences du point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable.

(2) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les détails techniques des procédures décrites aux articles 3 et 4.

**Article 7****Prélèvement de matériel génétique et transmission de profils ADN**

Si, dans le cadre d'une procédure d'enquête ou d'une procédure judiciaire en cours, le profil ADN d'une personne déterminée qui se trouve sur le territoire de la Partie contractante requise fait défaut, cette dernière accorde l'entraide judiciaire en prélevant et en analysant le matériel génétique de cette personne ainsi qu'en transmettant le profil ADN obtenu, lorsque:

1. la Partie contractante requérante communique le but pour lequel cette procédure est nécessaire;
2. la Partie contractante requérante présente une ordonnance ou un acte d'enquête, émis par l'autorité compétente, requis en vertu de son droit national, faisant ressortir que les conditions pour le prélèvement et l'analyse du matériel génétique seraient réunies dans l'hypothèse où la personne en question se trouverait sur le territoire de la Partie contractante requérante et
3. les conditions préalables au prélèvement et à l'analyse du matériel génétique ainsi qu'à la transmission du profil ADN obtenu sont réunies en vertu du droit de la Partie contractante requise.

**Article 8****Données daktyloscopiques**

En vue de la mise en œuvre du présent Traité, les Parties contractantes garantissent que des données indexées soient disponibles concernant le contenu des systèmes automatisés nationaux d'identification daktyloscopique créés en vue de la prévention et de la poursuite des infractions pénales. Ces données indexées ne contiennent que des données daktyloscopiques et une référence. Les données indexées ne doivent contenir aucune donnée permettant l'identification directe de la personne concernée. Les données indexées qui ne peuvent être attribuées à aucune personne (traces ouvertes) doivent être reconnaissables en tant que telles.

**Article 9****Consultation automatisée de données daktyloscopiques**

(1) Les Parties contractantes autorisent le point de contact national des autres Parties contractantes, visé à l'article 11, à accéder, en vue de prévenir et de poursuivre des infractions pénales, aux données indexées de leurs systèmes automatisés d'identification daktyloscopique créés à cette fin, et ce avec le droit de procéder à une consultation automatisée à l'aide d'une comparaison des données daktyloscopiques. La consultation ne peut s'opérer qu'au cas par cas et dans le respect du droit national de la Partie contractante qui effectue ladite consultation.

(2) L'établissement définitif d'un lien entre une donnée daktyloscopique et une donnée indexée de la Partie contractante gestionnaire du fichier est réalisé par le point de contact national de la Partie ayant réalisé la consultation sur la base des données indexées transmises en mode automatisé et nécessaires à une attribution univoque.

**Artikel 10****Übermittlung weiterer  
personenbezogener Daten und sonstiger Informationen**

Im Fall der Feststellung einer Übereinstimmung von daktyloskopischen Daten im Verfahren nach Artikel 9 richtet sich die Übermittlung weiterer zu den Fundstellendatensätzen vomanerer personenbezogener Daten und sonstiger Informationen nach dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Vorschriften über die Rechtshilfe der ersuchten Vertragspartei.

**Artikel 11****Nationale Kontaktstelle und Durchführungsvereinbarung**

(1) Zur Durchführung der Datenübermittlungen nach Artikel 9 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht.

(2) Die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des in Artikel 9 beschriebenen Verfahrens werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

**Artikel 12****Automatisierter Abruf  
von Daten aus den Fahrzeugregistern**

(1) Die Vertragsparteien gestatten den nationalen Kontaktstellen nach Absatz 2 der anderen Vertragsparteien zum Zweck der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten sowie der Verfolgung von solchen Verstößen, die bei der abrufenden Vertragspartei in die Zuständigkeit der Gerichte oder Staatsanwaltschaften fallen, und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit den Zugriff auf folgende Daten aus den nationalen Fahrzeugregistern mit dem Recht, diese automatisiert im Einzelfall abzurufen:

1. Eigentümer- beziehungsweise Halterdaten und
2. Fahrzeugdaten.

Die Anfrage darf nur unter Verwendung einer vollständigen Fahrzeugidentifizierungsnummer oder eines vollständigen Kennzeichens erfolgen. Die Anfrage darf nur nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der abrufenden Vertragspartei erfolgen.

(2) Zur Durchführung der Datenübermittlungen nach Absatz 1 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle für eingehende Ersuchen. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht. Die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des Verfahrens werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

**Artikel 13****Übermittlung nicht-personenbezogener Informationen**

Zum Zweck der Verhinderung von Straftaten und zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit Großveranstaltungen mit grenzüberschreitendem Bezug, insbesondere im Bereich des Sports oder der Tagungen des Europäischen Rates, übermitteln die Vertragsparteien einander sowohl auf Ersuchen als auch aus eigener Initiative nach dem innerstaatlichen Recht der Übermittelnden Vertragspartei nicht-personenbezogene Informationen, die hierzu erforderlich sein können.

**Article 10****Transmission d'autres données  
à caractère personnel ainsi que d'autres informations**

En cas de constatation de concordance de données indexées dans le cadre de la procédure prévue à l'article 9, la transmission d'autres données à caractère personnel se rapportant aux données indexées ainsi que d'autres informations s'opère en vertu du droit national de la Partie contractante requise, y compris les dispositions relatives à l'entraide judiciaire.

**Article 11****Point de contact national et accord d'exécution**

(1) Chaque Partie contractante désigne un point de contact national pour la transmission de données en vertu de l'article 9. Les compétences du point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable.

(2) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les détails techniques de la procédure décrite à l'article 9.

**Article 12****Consultation automatisée de données  
dans les registres d'immatriculation de véhicules**

(1) En vue de prévenir et de poursuivre des infractions pénales, en vue de poursuivre des faits pénalement punissables relevant, sur le territoire de la Partie contractante effectuant la consultation, de la compétence des tribunaux ou du ministère public, et en vue de maintenir l'ordre et la sécurité publics, les Parties contractantes autorisent les points de contact nationaux des autres Parties contractantes, mentionnés au paragraphe 2, à accéder aux données suivantes dans les registres nationaux des véhicules, et ce avec le droit de procéder à une consultation automatisée au cas par cas:

1. les données relatives aux propriétaires ou, selon le cas, détenteurs ainsi que
2. les données relatives aux véhicules.

La consultation ne doit s'opérer qu'en utilisant un numéro complet d'identification du véhicule ou un numéro complet de plaque minéralogique. La consultation ne saurait s'opérer que dans le respect du droit national de la Partie contractante effectuant la consultation.

(2) Chaque Partie contractante désigne un point de contact national pour les demandes qui lui sont adressées en vue de la transmission de données qui est prévue au paragraphe 1<sup>er</sup>. Les compétences du point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable. Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les détails techniques de la procédure.

**Article 13****Transmission de données à caractère non-personnel**

En vue de prévenir des infractions pénales et de maintenir l'ordre et la sécurité publics lors de manifestations de grande envergure à dimension transfrontalière, en particulier dans le domaine sportif ou en rapport avec des réunions du Conseil européen, les Parties contractantes se transmettent mutuellement des données à caractère non-personnel qui peuvent être nécessaires à cet effet, aussi bien sur demande que de leur propre initiative et dans le respect du droit national de la Partie contractante transmettant les données.

**Artikel 14****Übermittlung personenbezogener Daten**

(1) Zum Zweck der Verhinderung von Straftaten und zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit einer Großveranstaltung mit grenzüberschreitendem Bezug, insbesondere im Bereich des Sports oder der Tagungen des Europäischen Rates, übermitteln die Vertragsparteien einander, sowohl auf Ersuchen als auch aus eigener Initiative, Daten über Personen, wenn rechtskräftige Verurteilungen oder andere Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass diese Personen bei der Veranstaltung Straftaten begehen werden oder von ihnen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht, soweit eine Übermittlung dieser Daten nach dem innerstaatlichen Recht der übermittelnden Vertragspartei zulässig ist.

(2) Die personenbezogenen Daten dürfen nur zu den in Absatz 1 festgelegten Zwecken und für das genau umschriebene Ereignis, für das sie mitgeteilt wurden, verarbeitet werden. Die übermittelten Daten sind unverzüglich zu löschen, soweit die Zwecke nach Absatz 1 erreicht worden sind oder nicht mehr erreicht werden können. Spätestens nach einem Jahr sind die übermittelten Daten jedenfalls zu löschen.

**Artikel 15****Nationale Kontaktstelle**

Zur Durchführung der Informationsübermittlungen nach den Artikeln 13 und 14 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht.

**Kapitel 3****Maßnahmen****zur Verhinderung terroristischer Straftaten****Artikel 16****Übermittlung von Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten**

(1) Die Vertragsparteien können zum Zweck der Verhinderung terroristischer Straftaten den nationalen Kontaktstellen nach Absatz 3 der anderen Vertragsparteien nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts im Einzelfall auch ohne Ersuchen die in Absatz 2 genannten personenbezogenen Daten und Informationen übermitteln, soweit dies erforderlich ist, weil bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Betroffenen Straftaten nach den Artikeln 1 bis 3 des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung begehen werden.

(2) Die zu übermittelnden Daten und Informationen umfassen Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Geburtsort sowie die Darstellung der Tatsachen, aus denen sich die Annahme nach Absatz 1 ergibt.

(3) Jede Vertragspartei benennt eine nationale Kontaktstelle für den Austausch der Daten mit den nationalen Kontaktstellen der anderen Vertragsparteien. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstelle richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht.

(4) Die übermittelnde Behörde kann nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Bedingungen für die Verwendung dieser Daten und Informationen durch die empfangende Behörde festlegen. Die empfangende Behörde ist an diese Bedingungen gebunden.

**Article 14****Transmission de données à caractère personnel**

(1) En vue de prévenir des infractions pénales et de maintenir l'ordre et la sécurité publics lors de manifestations de grande envergure à dimension transfrontalière, en particulier dans le domaine sportif ou en rapport avec des réunions du Conseil européen, les Parties contractantes se transmettent mutuellement, aussi bien sur demande que de leur propre initiative, des données relatives à des personnes, lorsque des condamnations définitives ou d'autres faits justifient la présomption que ces personnes vont commettre des infractions pénales dans le cadre de ces événements ou qu'elles présentent un danger pour l'ordre et la sécurité publics, pour autant que la transmission de ces données soit permise en vertu du droit national de la Partie contractante transmettant les données.

(2) Les données à caractère personnel ne peuvent être traitées qu'aux fins visées au paragraphe 1<sup>er</sup> et pour l'événement précisément décrit en vue duquel elles ont été communiquées. Les données transmises doivent être immédiatement effacées dès lors que les fins visées au paragraphe 1<sup>er</sup> ont été atteintes ou ne peuvent plus l'être. En tout état de cause, les données transmises sont effacées au plus tard après un an.

**Article 15****Point de contact national**

Chaque Partie contractante désigne un point de contact national pour la transmission de données en vertu des articles 13 et 14. Les compétences du point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable.

**Chapitre 3****Mesures visant****à prévenir des infractions terroristes****Article 16****Transmission d'informations en vue de prévenir des infractions terroristes**

(1) En vue de prévenir des infractions terroristes, les Parties contractantes peuvent transmettre, dans le respect du droit national et sans demande, dans des cas particuliers, aux points de contact nationaux des autres Parties contractantes, visés au paragraphe 3, les données à caractère personnel et les informations visées au paragraphe 2, pour autant que ce soit nécessaire parce que certains faits justifient la présomption que les personnes concernées vont commettre des infractions telles que visées aux articles 1 à 3 inclus de la décision-cadre 2002/475/JAI du Conseil de l'Union européenne du 13 juin 2002 relative à la lutte contre le terrorisme.

(2) Les données et informations à transmettre comportent les noms, prénoms, date et lieu de naissance ainsi qu'une description des faits desquels découle la présomption visée au paragraphe 1<sup>er</sup>.

(3) Chaque Partie contractante désigne un point de contact national chargé de l'échange de données avec les points de contact nationaux des autres Parties contractantes. Les compétences de chaque point de contact national sont régies par le droit national qui lui est applicable.

(4) L'autorité transmettant les données peut, en vertu du droit national, fixer des conditions relatives à l'utilisation de ces données et informations par l'autorité destinataire. Cette dernière est liée par ces conditions.

**Artikel 17****Flugsicherheitsbegleiter**

(1) Jede Vertragspartei befindet eigenständig gemäß ihrer nationalen Politik der Luftfahrtsicherung über den Einsatz von Flugsicherheitsbegleitern in den Luftfahrzeugen, die bei dieser Vertragspartei registriert sind. Der Einsatz dieser Flugsicherheitsbegleiter erfolgt in Übereinstimmung mit dem Abkommen von Chicago vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt und seinen Anlagen, insbesondere Anlage 17, sowie den sonstigen Dokumenten zu dessen Umsetzung und unter Berücksichtigung der Befugnisse des Luftfahrzeugkommandanten nach dem Abkommen von Tokio vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen sowie in Übereinstimmung mit sonstigen einschlägigen völkerrechtlichen Regelungen, soweit sie für die jeweiligen Vertragsparteien verbindlich sind.

(2) Flugsicherheitsbegleiter im Sinne dieses Vertrags sind Polizeibeamte oder entsprechend ausgebildete staatliche Bedienstete, die die Aufgabe haben, die Sicherheit an Bord von Luftfahrzeugen aufrechtzuerhalten.

(3) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig bei der Aus- und Fortbildung von Flugsicherheitsbegleitern und arbeiten in Fragen der Ausrüstung von Flugsicherheitsbegleitern eng zusammen.

(4) Vor einer Flugsicherheitsbegleitung hat die zuständige nationale Koordinierungsstelle nach Artikel 19 der entsendenden Vertragspartei die Flugsicherheitsbegleitung schriftlich anzumelden. Die Anmeldung erfolgt mindestens drei Tage vor dem betreffenden Flug von oder zu einem Verkehrsflughafen einer anderen Vertragspartei bei der zuständigen nationalen Koordinierungsstelle der anderen Vertragspartei. Bei Gefahr im Verzug ist die Anmeldung unverzüglich, grundsätzlich vor der Landung, nachzuholen.

(5) Die schriftliche Anmeldung, die von den Vertragsparteien vertraulich behandelt wird, umfasst die in der Anlage 1 dieses Vertrags genannten Angaben. Die Vertragsparteien können durch gesonderte Vereinbarung eine Änderung der Anlage 1 vereinbaren.

**Artikel 18****Mitführen von Dienstwaffen,  
Munition und Ausrüstungsgegenständen**

(1) Die Vertragsparteien erteilen den eingesetzten Flugsicherheitsbegleitern der anderen Vertragsparteien auf Antrag dieser Vertragsparteien eine allgemeine Genehmigung zum Mitführen von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen für Flüge von oder zu den Verkehrsflughäfen der Vertragsparteien. Diese Genehmigung umfasst sowohl das Mitführen von Dienstwaffen und Munition an Bord von Luftfahrzeugen als auch nach Maßgabe des Absatzes 2 in den nicht allgemein zugänglichen Sicherheitsbereichen eines Verkehrsflughafens der betreffenden Vertragspartei.

(2) Das Mitführen von Dienstwaffen und Munition steht unter folgenden Auflagen:

1. Ein Verlassen des Luftfahrzeugs mit Dienstwaffen und Munition auf Verkehrsflughäfen oder ein Aufenthalt in nicht allgemein zugänglichen Sicherheitsbereichen eines Verkehrsflughafens einer anderen Vertragspartei ist nur in Begleitung eines Vertreters der zuständigen nationalen Behörde der betreffenden anderen Vertragspartei gestattet.
2. Mitgeführte Dienstwaffen und Munition werden unverzüglich nach Verlassen des Luftfahrzeugs unter Begleitung an einem von der zuständigen nationalen Behörde festzulegenden Übergabeort unter Aufsicht sicher gelagert.

**Article 17****Gardes armés à bord des aéronefs**

(1) Chaque Partie contractante décide de façon autonome, en fonction de sa politique nationale de sûreté aérienne, de l'intervention de gardes armés à bord des aéronefs dans les aéronefs enregistrés auprès de ladite Partie contractante. L'intervention de ces gardes armés à bord des aéronefs s'effectue en conformité avec la Convention de Chicago du 7 décembre 1944 relative à l'aviation civile internationale, et ses annexes, notamment l'annexe 17, ainsi qu'avec les autres documents relatifs à son application et en tenant compte des pouvoirs du commandant d'aéronef en vertu de la Convention de Tokyo du 14 septembre 1963 relative aux infractions et à certains autres actes survenant à bord des aéronefs, ainsi que conformément à d'autres réglementations de droit international pertinentes, dans la mesure où ceux-ci sont contraignants pour les Parties contractantes respectives.

(2) Sont gardes armés à bord des aéronefs au sens du présent Traité les fonctionnaires de police ou agents de l'autorité publique dûment formés à cet effet et chargés du maintien de la sécurité à bord d'aéronefs.

(3) Les Parties contractantes se soutiennent mutuellement dans la formation initiale et continue des gardes armés à bord des aéronefs et collaborent étroitement sur les questions touchant à l'équipement de ces gardes.

(4) Préalablement à l'accompagnement d'un vol, le bureau national de coordination compétent de la Partie contractante expéditrice, visé à l'article 19, doit annoncer cette intervention par écrit. L'information est notifiée, au moins trois jours avant le vol concerné à destination ou en provenance d'un aéroport d'une autre Partie contractante, au bureau national de coordination compétent de l'autre Partie contractante. En cas de danger imminent, la notification est faite sans délai, en principe avant l'atterrissage.

(5) La notification écrite, traitée confidentiellement par les Parties contractantes, comporte les informations mentionnées à l'annexe 1 du présent Traité. Les Parties contractantes peuvent, par un accord séparé, modifier l'annexe 1.

**Article 18****Port d'armes de service,  
de munitions et d'objets d'équipement**

(1) Les Parties contractantes délivrent aux gardes armés affectés à bord des aéronefs des autres Parties contractantes, à la demande de ces dernières, une autorisation générale de port d'armes de service, de munitions et d'objets d'équipement pour les vols à destination ou en provenance des aéroports des Parties contractantes. Cette autorisation s'étend au port d'armes de service et de munitions aussi bien à bord d'aéronefs que, dans les conditions prévues au paragraphe 2, dans les zones de sécurité non accessibles au public dans un aéroport de la Partie contractante concernée.

(2) Le port d'armes de service et de munitions est soumis aux conditions suivantes:

1. La sortie de l'aéronef dans un aéroport avec des armes et munitions ou le séjour dans les zones de sécurité non accessibles au public d'un aéroport d'une autre Partie contractante n'est autorisé qu'avec l'accompagnement d'un représentant de l'autorité nationale compétente de l'autre Partie contractante concernée.
2. Immédiatement après leur sortie de l'aéronef, les armes de service et les munitions portées sont déposées sous escorte dans un lieu à déterminer par l'autorité nationale compétente, où celles-ci sont stockées de manière sécurisée et sous surveillance.

**Artikel 19****Nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen**

Zur Durchführung der Aufgaben aus den Artikeln 17 und 18 benennt jede Vertragspartei eine nationale Kontakt- und Koordinierungsstelle.

**Kapitel 4****Maßnahmen  
zur Bekämpfung der illegalen Migration****Artikel 20****Dokumentenberater**

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren auf der Grundlage gemeinsamer Lagebeurteilungen und unter Berücksichtigung der Verordnung (EG) Nr. 377/2004 des Rates der Europäischen Union vom 19. Februar 2004 zur Schaffung eines Netzes von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen die Entsendung von Dokumentenberatern in Staaten, die als Ausgangs- oder Transitstaaten illegaler Migration eingestuft werden.

(2) Auf der Grundlage des Innerstaatlichen Rechts informieren sich die Vertragsparteien regelmäßig über Erkenntnisse zur illegalen Migration, die aus der Tätigkeit ihrer Dokumentenberater gewonnen wurden.

(3) Bei der Entsendung von Dokumentenberatern können die Vertragsparteien für konkrete Maßnahmen eine Vertragspartei bestimmen, die die Koordinierung übernimmt. Dabei kann die Koordinierung auch zeitlich begrenzt sein.

**Artikel 21****Aufgaben der Dokumentenberater**

Die von den Vertragsparteien entsandten Dokumentenberater üben insbesondere folgende Aufgaben aus:

1. Beratung und Schulung der Auslandsvertretungen der Vertragsparteien in Pass- und Visaangelegenheiten, insbesondere beim Erkennen von ge- und verfälschten Dokumenten, sowie in Bezug auf den Missbrauch von Dokumenten und die illegale Migration,
2. Beratung und Schulung von Beförderungsunternehmen bezüglich der Verpflichtungen, die sich für diese aus dem Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und der Anlage 9 des Abkommens von Chicago vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt ergeben, und beim Erkennen von ge- und verfälschten Dokumenten sowie den einschlägigen Einreisebestimmungen sowie
3. Beratung und Schulung der für die grenzpolizeilichen Kontrollen zuständigen Behörden und Einrichtungen des Gastlandes.

Die Zuständigkeiten der Auslandsvertretungen und der mit grenzpolizeilichen Aufgaben betrauten Behörden der Vertragsparteien bleiben unberührt.

**Artikel 22****Nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen**

Die Vertragsparteien benennen nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen als Ansprechpartner für Abstimmungen zur Entsendung von Dokumentenberatern sowie die Planung, Durchführung, Betreuung und Nachbereitung von Beratungs- und Schulungsmaßnahmen.

**Article 19****Bureaux nationaux de contact et de coordination**

Chaque Partie contractante désigne un bureau national de contact et de coordination pour l'exécution des missions visées aux articles 17 et 18.

**Chapitre 4****Mesures relatives  
à la lutte contre la migration illégale****Article 20****Conseillers en faux documents**

(1) Sur la base d'évaluations communes de la situation et en tenant compte du Règlement (CE) n° 377/2004 du Conseil de l'Union européenne du 19 février 2004 relatif à la création d'un réseau d'officiers de liaison «Immigration», les Parties contractantes conviennent de l'envoi de conseillers en faux documents dans des pays considérés comme pays d'origine ou de transit pour la migration illégale.

(2) Sur la base du droit national, les Parties contractantes s'informent régulièrement des éléments d'information relatifs à la migration illégale obtenus grâce à l'activité de leurs conseillers en faux documents.

(3) Lors de l'envoi de conseillers en faux documents, les Parties contractantes peuvent désigner une Partie contractante coordinatrice pour la réalisation de mesures concrètes. La coordination pourra également être limitée dans le temps.

**Article 21****Missions des conseillers en faux documents**

Les conseillers en faux documents envoyés par les Parties contractantes remplissent notamment les missions suivantes:

1. conseil et formation des représentations diplomatiques ou consulaires des Parties contractantes sur des affaires de visas et de passeports, notamment en ce qui concerne la reconnaissance de documents falsifiés ou contrefaits, ainsi que sur la fraude documentaire et la migration illégale,
2. conseil et formation de sociétés de transport en matière d'obligations découlant pour elles de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée le 19 juin 1990, et de l'annexe 9 de la Convention de Chicago du 7 décembre 1944 relative à l'aviation civile internationale, ainsi qu'en matière de la reconnaissance de documents falsifiés ou contrefaits tout comme sur les dispositions pertinentes relatives à l'entrée, ainsi que
3. conseil et formation des autorités et institutions du pays hôte compétentes pour les contrôles policiers aux frontières.

Il n'est pas porté atteinte aux compétences des représentations diplomatiques ou consulaires ni des autorités chargées des missions de contrôle policier frontalier des Parties contractantes.

**Article 22****Bureaux nationaux  
de contact et de coordination**

Les Parties contractantes désignent des bureaux nationaux de contact et de coordination servant d'interlocuteurs pour les concertations sur l'envoi de conseillers en faux documents ainsi que pour la planification, la mise en œuvre, l'accompagnement et le suivi de mesures de conseil et de formation.

**Artikel 23****Unterstützung bei Rückführungen**

(1) Die Vertragsparteien unterstützen sich bei Rückführungen unter Berücksichtigung der Entscheidung des Rates der Europäischen Union 2004/573/EG vom 29. April 2004 betreffend die Organisation von Sammelflügen zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die individuellen Rückführungsmaßnahmen unterliegen, aus dem Hoheitsgebiet von zwei oder mehr Mitgliedstaaten sowie der Richtlinie 2003/110/EG des Rates der Europäischen Union vom 25. November 2003 über die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg. Sie unterrichten sich frühzeitig über geplante Rückführungen und bieten, soweit dies möglich ist, den anderen Vertragsparteien an, sich daran zu beteiligen. Bei gemeinsamen Rückführungen verständigen sich die Vertragsparteien über die Begleitung der rückzuführenden Personen und die Sicherheitsmaßnahmen.

(2) Eine Vertragspartei darf rückzuführende Personen, soweit erforderlich, durch das Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei zurücksühren. Die Vertragspartei, durch deren Hoheitsgebiet zurückgeführt werden soll, entscheidet über die Rückführung. Mit der Entscheidung über die Rückführung legt sie die Durchführungsbestimmungen fest und wendet, soweit erforderlich, auch die nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässigen Zwangsmittel gegen die rückzuführende Person an.

(3) Zur Planung und Durchführung von Rückführungen benennen die Vertragsparteien nationale Kontaktstellen. In regelmäßigen Abständen treffen sich Sachverständige im Rahmen einer Arbeitsgruppe, um

1. die Ergebnisse aus früheren Aktionen auszuwerten und bei der weiteren Planung und Durchführung zu berücksichtigen,
2. alle eventuellen Probleme mit der in Absatz 2 erwähnten Durchreise zu prüfen und Lösungen für diese Probleme zu erarbeiten.

**Kapitel 5****Weitere Formen der Zusammenarbeit****Artikel 24****Gemeinsame Einsatzformen**

(1) Zur Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit können die von den Vertragsparteien zu benennenden Behörden gemeinsame Streifen sowie sonstige gemeinsame Einsatzformen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Verhinderung von Straftaten bilden, in denen von den Vertragsparteien zu benennende Beamte oder sonstige staatliche Bedienstete (im Folgenden: Beamte) bei Einsätzen im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei mitwirken.

(2) Jede Vertragspartei kann als Gebietsstaat nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts Beamte anderer Vertragsparteien mit der Zustimmung des Entsendestaats im Rahmen gemeinsamer Einsatzformen mit der Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse betrauen oder, soweit es nach dem Recht des Gebietsstaats zulässig ist, Beamten anderer Vertragsparteien die Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Befugnisse nach dem Recht ihres Entsendestaats einräumen. Hoheitliche Befugnisse dürfen dabei nur unter der Leitung und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des Gebietsstaats wahrgenommen werden. Die Beamten der anderen Vertragspartei sind dabei an das innerstaatliche Recht des Gebietsstaats gebunden. Ihr Handeln ist dem Gebietsstaat zuzurechnen.

**Article 23****Soutien lors de mesures d'éloignement**

(1) Les Parties contractantes se soutiennent mutuellement lors de mesures d'éloignement en tenant compte de la Décision 2004/573/CE du Conseil de l'Union européenne du 29 avril 2004 relative à l'organisation de vols communs pour l'éloignement, à partir du territoire de deux Etats membres ou plus, de ressortissants de pays tiers faisant l'objet de mesures d'éloignement sur le territoire de deux Etats membres ou plus, et de la Directive 2003/110/CE du Conseil de l'Union européenne du 25 novembre 2003 concernant l'assistance au transit dans le cadre de mesures d'éloignement par voie aérienne. Elles s'informent mutuellement en temps utile des mesures d'éloignement prévues et offrent dans la mesure du possible aux autres Parties contractantes la possibilité d'y participer. Lors de mesures d'éloignement communes, les Parties contractantes s'accordent sur l'accompagnement des personnes à éloigner et sur les mesures de sécurité.

(2) Une Partie contractante peut éloigner des personnes en transitant par le territoire d'une autre Partie contractante dans la mesure où cela s'avère nécessaire. La Partie contractante par le territoire de laquelle l'éloignement doit avoir lieu, décide de l'exécution de l'éloignement. Elle fixe dans sa décision les modalités de l'éloignement et applique, dans la mesure où cela s'avère nécessaire, les moyens de contrainte autorisés par son droit national à l'encontre de la personne à éloigner.

(3) Les Parties contractantes désignent des points de contact nationaux pour la planification et l'exécution des mesures d'éloignement. Des experts se rencontrent régulièrement au sein d'un groupe de travail afin:

1. d'évaluer les résultats d'actions antérieures et d'en tenir compte lors de la planification et de l'exécution ultérieures de mesures d'éloignement,
2. d'examiner tous les problèmes éventuels liés au transit visé au paragraphe 2 et d'élaborer des solutions à cet égard.

**Chapitre 5****Autres formes de coopération****Article 24****Formes d'interventions communes**

(1) Afin d'intensifier la coopération policière, les autorités compétentes à désigner par les Parties contractantes peuvent, en vue de maintenir l'ordre et la sécurité publics ainsi que pour prévenir des infractions pénales, constituer des patrouilles communes ainsi que d'autres formes d'intervention commune, au sein desquelles des fonctionnaires ou d'autres agents de l'autorité publique, à désigner par les Parties contractantes, (ci-après dénommés «les fonctionnaires») participent aux interventions sur le territoire d'une autre Partie contractante.

(2) Chaque Partie contractante, en tant qu'Etat d'accueil, peut, conformément à son droit national et avec l'accord de l'Etat d'envoi, confier à des fonctionnaires d'autres Parties contractantes, dans le cadre de formes d'interventions communes, des compétences de puissance publique, ou admettre, pour autant que le droit de l'Etat d'accueil le permette, que des fonctionnaires d'autres Parties contractantes exercent leurs compétences de puissance publique selon le droit de l'Etat d'envoi. Les compétences de puissance publique ne peuvent à cet égard être exercées que sous le commandement et en règle générale en présence de fonctionnaires de l'Etat d'accueil. Les fonctionnaires de l'autre Partie contractante sont à cet égard soumis au droit national de l'Etat d'accueil. Leurs actes sont imputables à l'Etat d'accueil.

(3) An gemeinsamen Einsätzen beteiligte Beamte anderer Vertragsparteien unterliegen den Weisungen der zuständigen Stelle des Gebietsstaats.

(4) Die praktischen Aspekte der Zusammenarbeit werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

(3) Les fonctionnaires participant à des interventions communes d'autres Parties contractantes sont liés par les instructions de l'autorité compétente de l'Etat d'accueil.

(4) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les aspects pratiques de la coopération.

#### Artikel 25

##### Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr

(1) Beamte einer Vertragspartei dürfen im Fall eines dringenden Bedarfs ohne vorherige Zustimmung der anderen Vertragspartei die gemeinsame Grenze überschreiten, um im grenznahen Bereich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Gebietsstaats vorläufige Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich sind.

(2) Ein dringender Bedarf im Sinne des Absatzes 1 liegt dann vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von Beamten des Gebietsstaats oder auf die Herstellung eines Unterstellungsverhältnisses im Sinne des Artikels 24 Absatz 2 die Verwirklichung der Gefahr droht.

(3) Die einschreitenden Beamten haben den Gebietsstaat unverzüglich zu unterrichten. Der Gebietsstaat bestätigt diese Unterrichtung und hat unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr der Gefahr und zur Übernahme der Lage erforderlich sind. Die einschreitenden Beamten dürfen im Gebietsstaat nur so lange tätig sein, bis der Gebietsstaat die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr ergriffen hat. Die einschreitenden Beamten sind an die Weisungen des Gebietsstaates gebunden.

(4) Die Vertragsparteien treffen eine gesonderte Vereinbarung darüber, welche Stellen nach Absatz 3 unverzüglich zu unterrichten sind. Die einschreitenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und an das Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie tätig werden, gebunden.

(5) Die Maßnahmen der einschreitenden Beamten werden dem Gebietsstaat zugerechnet.

#### Artikel 26

##### Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterstützen sich nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts gegenseitig bei Massenveranstaltungen und ähnlichen Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen, indem sie

1. sich gegenseitig so zeitig wie möglich über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen und relevante Erkenntnisse unterrichten,
2. bei Lagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen die in ihrem Hoheitsgebiet erforderlichen polizeilichen Maßnahmen vornehmen und koordinieren,
3. auf Ersuchen der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Lage eintritt, soweit möglich, durch Entsendung von Beamten, Spezialisten und Beratern sowie Gestellung von Ausrüstungsgegenständen Hilfe leisten.

Internationale Übereinkünfte der Vertragsparteien über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schwerer Unglücksfälle bleiben unberührt.

#### Article 25

##### Mesures en cas de danger présent

(1) Dans une situation d'urgence, les fonctionnaires d'une Partie contractante peuvent franchir sans autorisation préalable de l'autre Partie contractante la frontière commune en vue de prendre, en zone frontalière sur le territoire de cette autre Partie contractante et dans le respect du droit national de celle-ci, des mesures provisoires nécessaires afin d'écartier tout danger présent pour la vie ou l'intégrité physique de personnes.

(2) Il y a situation d'urgence au sens du paragraphe 1<sup>er</sup> lorsque le fait d'attendre l'intervention des fonctionnaires de l'Etat d'accueil ou le placement sous commandement au sens de l'article 24, paragraphe 2, risque d'entraîner la réalisation du danger.

(3) Les fonctionnaires intervenants, avisent sans délai l'Etat d'accueil. Ce dernier accuse réception de cette information et est tenu de prendre sans délai les mesures qui s'imposent afin d'écartier le danger et de reprendre la situation en main. Les fonctionnaires intervenants ne peuvent agir sur le territoire de l'Etat d'accueil que jusqu'à ce que ce dernier ait pris les mesures nécessaires. Les fonctionnaires intervenants sont tenus de respecter les instructions de l'Etat d'accueil.

(4) Les Parties contractantes concluent un accord séparé sur les autorités à aviser sans délai en vertu du paragraphe 3. Les fonctionnaires intervenants sont liés par les dispositions du présent article et par le droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils agissent.

(5) Les mesures prises par les fonctionnaires intervenants sont imputées à la responsabilité de l'Etat d'accueil.

#### Article 26

##### Assistance lors d'événements de grande envergure, de catastrophes et d'accidents graves

Les autorités compétentes des Parties contractantes se soutiennent mutuellement dans le respect de leur droit national lors de manifestations de masse et d'autres événements de grande envergure, lors de catastrophes ainsi que d'accidents graves:

1. en s'informant mutuellement le plus tôt possible sur de tels événements ayant des implications transfrontalières et en se communiquant les informations importantes qui s'y rapportent,
2. en prenant et coordonnant les mesures policières nécessaires sur leur propre territoire lors de situations ayant des implications transfrontalières,
3. en prêtant assistance, dans la mesure du possible, sur demande de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la situation survient, par l'envoi de fonctionnaires, de spécialistes et de conseillers ainsi que par la mise à disposition d'objets d'équipement.

Il n'est pas porté atteinte aux accords internationaux des Parties contractantes relatifs à l'assistance mutuelle en cas de catastrophes, y compris d'accidents graves.



**Artikel 27****Zusammenarbeit auf Ersuchen**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien leisten einander im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts auf Ersuchen Hilfe.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien leisten einander nach Maßgabe des Artikels 39 Absatz 1 Satz 1 des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen Hilfe, insbesondere durch

1. Eigentümer- und Halterfeststellungen sowie Fahrer- und Führerermittlungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen, soweit nicht bereits von Artikel 12 umfasst,
2. Auskünfte zu Führerscheinen, Schifferpatenten und vergleichbaren Berechtigungen,
3. Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,
4. Feststellungen zu Aufenthaltstiteln,
5. Feststellung von Telefonanschlussinhabern und Inhabern sonstiger Telekommunikationseinrichtungen, soweit diese öffentlich zugänglich sind,
6. Identitätsfeststellungen,
7. Ermittlungen zur Herkunft von Sachen, beispielsweise bei Waffen, Kraftfahrzeugen und Wasserfahrzeugen (Verkaufswegbefragungen),
8. Erkenntnisse aus polizeilichen Datensammlungen und polizeilichen Unterlagen sowie Auskünfte aus öffentlich zugänglichen behördlichen Datensammlungen,
9. Waffen- und Sprengstofffortmeldungen sowie Meldungen von Geld- und Wertzeichenfälschungen,
10. Informationen zur praktischen Durchführung grenzüberschreitender Observationsmaßnahmen, grenzüberschreitender Nacheile und kontrollierter Lieferung und
11. Feststellung der Aussagebereitschaft einer Auskunftsperson.

(3) Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens unzuständig, so leitet sie das Ersuchen an die zuständige Behörde weiter. Die ersuchte Behörde unterrichtet die ersuchende Behörde über die Weiterleitung und die für die Erledigung des Ersuchens zuständige Behörde. Die zuständige Behörde erledigt das Ersuchen und übermittelt das Ergebnis an die ersuchende Behörde zurück.

**Kapitel 6****Allgemeine Bestimmungen****Artikel 28****Einsatz von Dienstwaffen,  
Munition und Ausrüstungsgegenständen**

(1) Beamte einer Vertragspartei, die sich im Rahmen eines gemeinsamen Einsatzes im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei aufhalten, können dort ihre nationale Dienstkleidung tragen. Sie können ihre nach dem innerstaatlichen Recht des Entsendestaats zugelassenen Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände mitführen. Jede Vertragspartei kann das Mitführen von bestimmten Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen durch Beamte des Entsendestaats untersagen.

**Article 27****Coopération sur demande**

(1) Dans le cadre de leurs compétences et conformément à leur droit national, les autorités compétentes des Parties contractantes se prêtent sur demande mutuellement assistance.

(2) Les autorités compétentes des Parties contractantes se prêtent mutuelle assistance en vertu de l'article 39, paragraphe 1<sup>er</sup>, 1<sup>ère</sup> phrase de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée le 19 juin 1990, en particulier par:

1. des vérifications de l'identité de propriétaires et de détenteurs ainsi que de conducteurs de véhicules routiers, de bateaux et navires ou d'aéronefs, pour autant que cette action ne soit pas déjà couverte par l'article 12,
2. des renseignements concernant les permis de conduire, permis de navigation et autorisations semblables,
3. des vérifications concernant les lieux de séjour et de résidence,
4. des vérifications concernant les titres de séjour,
5. des vérifications de l'identité d'abonnés au réseau téléphonique et d'abonnés d'autres équipements de télécommunication, dans la mesure où ceux-ci sont publiquement accessibles,
6. des vérifications d'identité,
7. des enquêtes sur la provenance d'objets tels que des armes, des véhicules à moteur ou des bateaux et navires (demandes relatives au canal de vente),
8. des éléments d'information provenant du recueil de données policières et de documents de police ainsi que des informations provenant du recueil de données d'autorités administratives publiquement accessibles,
9. des signalements urgents relatifs aux armes et explosifs ainsi que des signalements relatifs à la contrefaçon de moyens de paiement et de timbres,
10. des informations relatives à l'exécution pratique de mesures d'observation transfrontalières, de poursuites transfrontalières et de livraisons surveillées, et
11. la notification de la disponibilité d'une personne à faire des déclarations.

(3) Si l'autorité requise n'est pas compétente pour le traitement de la demande, elle transmet la demande à l'autorité compétente. L'autorité requise informe l'autorité requérante de cette transmission et de l'autorité compétente pour le traitement de la demande. L'autorité compétente traite la demande et transmet le résultat à l'autorité requérante.

**Chapitre 6****Dispositions générales****Article 28****Utilisation d'armes de service,  
de munitions et d'objets d'équipement**

(1) Les fonctionnaires d'une Partie contractante qui se trouvent, dans le cadre d'une intervention commune, sur le territoire d'une autre Partie contractante peuvent y porter leur uniforme de service national. Ils peuvent porter leurs armes de service, munitions et objets d'équipement admis en vertu du droit national de l'Etat d'envoi. Toute Partie contractante peut interdire le port de certaines armes de service, munitions et objets d'équipement par des fonctionnaires de l'Etat d'envoi.

(2) Die Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände, die in Anlage 2 aufgeführt sind, dürfen nur im Fall der Notwehr einschließlich der Nothilfe gebraucht werden. Der sachleitende Beamte des Gebietsstaates kann im Einzelfall nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts einer über Satz 1 hinausgehenden Anwendung von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen zustimmen. Der Gebrauch der Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände richtet sich nach dem Recht des Gebietsstaates. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über die jeweils zulässigen Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände sowie die Voraussetzungen für deren Einsatz.

(3) Die Vertragsparteien können durch gesonderte Vereinbarung eine Änderung der Anlage 2 vereinbaren.

(4) Setzen Beamte der einen Vertragspartei bei Maßnahmen aufgrund dieses Vertrags im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei Kraftfahrzeuge ein, so unterliegen sie hierbei denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten des Gebietsstaates einschließlich der Bestimmungen über die Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten.

(5) Die praktischen Aspekte des Einsatzes von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt.

(6) Artikel 18 bleibt unberührt.

#### Artikel 29

##### Schutz und Beistand

Die Vertragsparteien sind gegenüber den entsandten Beamten der anderen Vertragsparteien bei der Ausübung des Dienstes zu gleichem Schutz und Beistand verpflichtet wie gegenüber den eigenen Beamten.

#### Artikel 30

##### Allgemeine Haftungsregelung

Für die Haftung im Rahmen dieses Vertrags findet Artikel 43 des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen entsprechende Anwendung. Satz 1 findet keine Anwendung auf die Artikel 17 und 18.

#### Artikel 31

##### Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts

Die Beamten, die nach diesem Vertrag im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei tätig werden, sind in Bezug auf Straftaten, die sie begehen oder ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten der anderen Vertragspartei gleichgestellt, soweit nicht in einer anderen Übereinkunft, die für die Vertragsparteien gilt, anderes vereinbart worden ist.

#### Artikel 32

##### Dienstverhältnisse

Die Beamten, die nach diesem Vertrag im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei tätig werden, bleiben in dienstrechtlicher, insbesondere in disziplinarrechtlicher Hinsicht den in ihrem Staat geltenden Vorschriften unterworfen.

(2) Les armes de service, munitions et objets d'équipement énumérés à l'annexe 2 ne peuvent être utilisés qu'en cas de légitime défense de soi-même ou d'autrui. L'agent de l'Etat d'accueil, en charge de l'intervention, peut autoriser, au cas par cas et dans le respect du droit national, l'utilisation d'armes de service, de munitions et d'objets d'équipement dépassant le cadre de la 1<sup>ère</sup> phrase. L'utilisation des armes de services, des munitions et des objets d'équipement est soumise au droit de l'Etat d'accueil. Les autorités compétentes s'informent mutuellement des armes de service, munitions et objets d'équipement respectivement autorisés ainsi que des conditions qui régissent leur utilisation.

(3) Les Parties contractantes peuvent, par un accord séparé, modifier l'annexe 2.

(4) Si les fonctionnaires d'une des Parties contractantes font intervenir des véhicules à moteur dans le cadre de mesures prises, en vertu du présent Traité, sur le territoire d'une autre Partie contractante, ceux-ci sont soumis aux mêmes règles de la circulation que les fonctionnaires de l'Etat d'accueil, y compris en ce qui concerne l'usage des prérogatives de puissance publique en matière d'utilisation des dispositifs sonores ou lumineux et concernant le respect des règles de la circulation.

(5) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les aspects pratiques de l'utilisation d'armes de service, de munitions et d'objets d'équipement.

(6) Il n'est pas porté atteinte à l'article 18.

#### Article 29

##### Protection et assistance

Les Parties contractantes sont obligées de prêter la même protection et assistance aux fonctionnaires envoyés par l'autre Partie contractante dans l'exercice de leur fonction qu'à l'égard de leurs propres fonctionnaires.

#### Article 30

##### Réglementation générale en matière de responsabilité

En matière de responsabilité dans le cadre du présent Traité, l'article 43 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée le 19 juin 1990, est applicable mutatis mutandis. La 1<sup>ère</sup> phrase n'est pas applicable aux articles 17 et 18.

#### Article 31

##### Position juridique des fonctionnaires au regard du droit pénal

Les fonctionnaires agissant, sur la base du présent Traité, sur le territoire d'une autre Partie contractante sont assimilés aux fonctionnaires de l'autre Partie contractante pour ce qui concerne des infractions pénales qu'ils commettent ou qui sont commises à leur encontre, sauf dispositions contraires contenues dans un autre accord en vigueur pour les Parties contractantes.

#### Article 32

##### Relation de service

Les fonctionnaires agissant, sur la base du présent Traité, sur le territoire d'une autre Partie contractante restent soumis aux dispositions en vigueur dans leur Etat en matière de leur relation de service, en particulier en matière disciplinaire.

## Kapitel 7

## Allgemeine Bestimmungen zum Datenschutz

## Artikel 33

## Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich

(1) Im Sinne dieses Vertrags bezeichnet der Ausdruck

1. „Verarbeitung personenbezogener Daten“ jede Verarbeitung oder jede Vorgangsreihe von Verarbeitungen im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren wie das Erheben, das Speichern, die Organisation, die Aufbewahrung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, Konsultieren, die Benutzung, die Weitergabe durch Übermittlung, Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, die Kombination oder die Verknüpfung sowie das Sperren, Löschen oder Vernichten von Daten; als Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne dieses Vertrags gilt auch die Mitteilung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen eines Treffers;
2. „automatisierter Abruf“ den unmittelbaren Zugriff auf eine automatisierte Datenbank einer anderen Stelle, in der Weise, dass die Anfrage vollständig automatisiert beantwortet wird;
3. „Kennzeichnung“ die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten, ohne dass damit das Ziel verfolgt wird, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken;
4. „Sperrung“ die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken.

(2) Für Daten, die nach diesem Vertrag übermittelt werden oder worden sind, gelten die folgenden Bestimmungen, soweit in den vorstehenden Kapiteln nichts anderes bestimmt ist.

## Artikel 34

## Datenschutzniveau

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die nach diesem Vertrag übermittelt werden oder worden sind, in ihrem innerstaatlichen Recht ein Datenschutzniveau, das zumindest dem entspricht, das sich aus dem Übereinkommen des Europarats vom 28. Januar 1981 über den Schutz des Menschen bei der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten und dem Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 hierzu ergibt, und beachtet dabei die Empfehlung Nr. R (87) 15 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten über die Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich vom 17. September 1987, und zwar auch insoweit, als die Daten nicht automatisiert verarbeitet werden.

(2) Die in diesem Vertrag vorgesehene Übermittlung personenbezogener Daten darf erst beginnen, wenn in dem Hoheitsgebiet der an der Übermittlung beteiligten Vertragspartei die Bestimmungen dieses Kapitels im innerstaatlichen Recht umgesetzt worden sind. Das Ministerkomitee nach Artikel 43 stellt durch Beschluss fest, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind.

## Artikel 35

## Zweckbindung

(1) Die empfangende Vertragspartei darf die personenbezogenen Daten ausschließlich zu den Zwecken verarbeiten, zu denen diese nach diesem Vertrag übermittelt worden sind; eine Verarbeitung zu anderen Zwecken ist nur nach vorheriger

## Chapitre 7

## Dispositions générales relatives à la protection des données

## Article 33

## Définitions et champ d'application

(1) Au sens du présent Traité, on entend par:

1. «Traitement de données à caractère personnel»: toute action ou tout enchaînement d'actions, avec ou sans l'aide de procédures automatiques, se rapportant à des données à caractère personnel tel que le prélèvement, le stockage, l'organisation, la conservation, l'adaptation ou la modification, la lecture, la recherche, la consultation, l'utilisation, la communication par une transmission, la diffusion ou toute autre forme de mise à disposition, la combinaison ou la mise en relation ainsi que le verrouillage, l'effacement ou la destruction de données; au sens du présent Traité, le traitement englobe également l'information relative à l'existence ou non d'une concordance;
2. «Consultation automatisée»: l'accès direct à une banque de données automatisée d'une autre autorité et de manière telle que la consultation s'opère entièrement par voie automatisée;
3. «Marquage»: l'apposition d'une marque sur des données à caractère personnel enregistrées, sans chercher à limiter leur traitement futur;
4. «Verrouillage»: le marquage de données à caractère personnel enregistrées, en vue de limiter leur traitement futur.

(2) Les dispositions suivantes sont applicables aux données transmises ou l'ayant été en vertu du présent Traité, pour autant que les chapitres précédents ne contiennent pas de disposition contraire.

## Article 34

## Niveau de protection des données

(1) Concernant le traitement de données à caractère personnel transmises ou l'ayant été dans le cadre du présent Traité, chaque Partie contractante garantit dans son droit national un niveau de protection des données correspondant au moins à celui résultant de la Convention du Conseil de l'Europe du 28 janvier 1981 relative à la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel, ainsi que du protocole additionnel du 8 novembre 2001, et tient à cet égard compte de la recommandation n° R (87) 15 du Comité des ministres du Conseil de l'Europe aux Etats membres relative à l'utilisation de données à caractère personnel dans le domaine policier du 17 septembre 1987, et ce également dans la mesure où les données ne sont pas traitées en mode automatisé.

(2) La transmission de données à caractère personnel prévue dans le présent Traité ne peut être entamée que lorsque les dispositions du présent chapitre ont été transposées dans le droit national sur le territoire des Parties contractantes concernées par la transmission. Le Comité des Ministres visé à l'article 43 constate par décision si ces conditions sont réunies.

## Article 35

## Finalité de l'utilisation

(1) La Partie contractante destinataire ne peut traiter les données à caractère personnel qu'aux fins pour lesquelles les données ont été transmises en vertu du présent Traité; le traitement à d'autres fins n'est admissible qu'après autorisation préalable

Zustimmung der Datei führenden Vertragspartei und nur nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei zulässig. Die Zustimmung darf erteilt werden, soweit das innerstaatliche Recht der Datei führenden Vertragspartei diese Verarbeitung zu solchen anderen Zwecken zulässt.

(2) Die Verarbeitung von nach den Artikeln 3, 4 und 9 übermittelten Daten durch die abrufende oder abgleichende Vertragspartei ist ausschließlich erlaubt im Hinblick auf

1. die Feststellung, ob die verglichenen DNA-Profile oder daktyloskopischen Daten übereinstimmen;
2. die Vorbereitung und Einreichung eines Amts- und Rechtshilfeersuchens nach innerstaatlichem Recht im Fall der Übereinstimmung dieser Daten;
3. die Protokollierung nach Artikel 39.

Die Datei führende Vertragspartei darf die ihr nach den Artikeln 3, 4 und 9 übermittelten Daten ausschließlich verarbeiten, soweit dies zur Durchführung des Abgleichs, zur automatisierten Beantwortung der Anfrage oder zur Protokollierung gemäß Artikel 39 erforderlich ist. Nach Beendigung des Datenabgleichs oder nach der automatisierten Beantwortung der Anfrage werden die übermittelten Daten unverzüglich gelöscht, soweit nicht die Weiterverarbeitung zu den in Satz 1 Nummern 2 und 3 genannten Zwecken erforderlich ist.

(3) Nach Artikel 12 übermittelte Daten dürfen von der Datei führenden Vertragspartei ausschließlich verwendet werden, soweit dies zur automatisierten Beantwortung der Anfrage oder zur Protokollierung gemäß Artikel 39 erforderlich ist. Nach der automatisierten Beantwortung der Anfrage werden die übermittelten Daten unverzüglich gelöscht, soweit nicht die Weiterverarbeitung zur Protokollierung gemäß Artikel 39 erforderlich ist. Die anfragende Vertragspartei darf die im Zuge der Beantwortung erhaltenen Daten ausschließlich für das Verfahren verwenden, aufgrund dessen die Anfrage erfolgt ist.

#### Artikel 36

##### Zuständige Behörden

Die übermittelten personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich durch die Behörden und Gerichte verarbeitet werden, die für eine Aufgabe im Rahmen der Zwecke nach Artikel 35 zuständig sind. Insbesondere erfolgt die Weitergabe der übermittelten Daten an andere Stellen nur nach vorangehender Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei.

#### Artikel 37

##### Richtigkeit, Aktualität und Speicherdauer von Daten

(1) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, auf die Richtigkeit und Aktualität der personenbezogenen Daten zu achten. Erweist sich von Amts wegen oder aufgrund einer Mitteilung des Betroffenen, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Vertragspartei oder den empfangenden Vertragsparteien unverzüglich mitzuteilen. Diese sind verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung der Daten vorzunehmen. Im Übrigen sind übermittelte personenbezogene Daten zu berichtigen, wenn sich ihre Unrichtigkeit herausstellt. Hat die empfangende Stelle Grund zur Annahme, dass übermittelte Daten unrichtig sind oder zu löschen wären, so unterrichtet sie die übermittelnde Behörde unverzüglich hierüber.

(2) Daten, deren Richtigkeit der Betroffene bestreitet und deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit sich nicht feststellen lässt, sind nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der Vertrags-

de la Partie contractante gestionnaire des données et dans le respect du droit national de la Partie contractante destinataire. L'autorisation peut être délivrée pour autant que le droit national de la Partie contractante gestionnaire des données permette ce traitement à ces autres fins.

(2) Le traitement de données, transmises en vertu des articles 3, 4 et 9, par la Partie contractante effectuant la consultation ou la comparaison des données est exclusivement autorisé en vue de:

1. déterminer la concordance entre les profils ADN ou les données dactyloscopiques comparés;
2. préparer et introduire une demande d'entraide administrative ou judiciaire en vertu du droit national en cas de concordance de ces données;
3. faire une journalisation conformément à l'article 39.

La Partie contractante gestionnaire du fichier ne peut traiter les données qui lui ont été transmises en vertu des articles 3, 4 et 9 que si ce traitement est nécessaire en vue de réaliser une comparaison, de répondre par la voie automatisée à la demande ou de faire la journalisation conformément à l'article 39. A l'issue de la comparaison ou de la réponse automatisée à la demande, les données transmises sont effacées sans délai à moins que la poursuite du traitement en vue des finalités mentionnées à la 1<sup>ère</sup> phrase, numéros 2 et 3 ne soit nécessaire.

(3) Les données transmises en vertu de l'article 12 peuvent être utilisées par la Partie contractante gestionnaire du fichier exclusivement si cela est nécessaire en vue de répondre par la voie automatisée à la demande ou en vue de faire la journalisation aux termes de l'article 39. A l'issue de la réponse automatisée à la demande, les données transmises sont effacées sans délai à moins que la poursuite du traitement en vue de la journalisation aux termes de l'article 39 ne soit nécessaire. La Partie contractante requérante ne peut utiliser les données obtenues dans le cadre de la réponse qu'aux fins de la procédure sur la base de laquelle la consultation a été faite.

#### Article 36

##### Autorités compétentes

Les données à caractère personnel transmises peuvent être traitées exclusivement par les autorités et tribunaux ayant la compétence pour une mission effectuée dans le cadre des finalités visées à l'article 35. En particulier, la communication des données transmises à d'autres autorités ne peut avoir lieu qu'après autorisation préalable de la Partie contractante ayant transmis les données et dans le respect du droit national de la Partie contractante destinataire.

#### Article 37

##### Exactitude, actualité et durée de stockage de données

(1) Les Parties contractantes sont tenues de veiller à l'exactitude et à l'actualité des données à caractère personnel. S'il s'avère, d'office ou suite à une communication de la personne concernée, que des données incorrectes ou qui n'auraient pas dû être transmises ont été fournies, la Partie contractante destinataire ou les Parties contractantes destinataires doivent en être informées sans délai. Celles-ci sont tenues de procéder à la rectification ou à l'effacement des données. En outre, les données à caractère personnel sont à corriger si elles s'avèrent incorrectes. Si l'autorité destinataire a des indices faisant présumer que des données transmises sont entachées d'erreur ou devraient être effacées, elle en informe sans délai l'autorité qui les a transmises.

(2) Les données dont l'exactitude est contestée par la personne concernée et dont il ne peut pas être constaté si elles sont correctes ou incorrectes, doivent, sur demande de la per-

parteien auf Verlangen des Betroffenen zu kennzeichnen. Im Fall einer Kennzeichnung darf diese nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts nur mit Zustimmung des Betroffenen oder aufgrund einer Entscheidung des zuständigen Gerichtes oder der für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Stelle aufgehoben werden.

(3) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, wenn sie nicht hätten übermittelt oder empfangen werden dürfen. Rechtmäßig übermittelte und empfangene Daten sind zu löschen,

1. wenn sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht oder nicht mehr erforderlich sind. Sind personenbezogene Daten ohne Ersuchen übermittelt worden, hat die empfangende Stelle unverzüglich zu prüfen, ob sie für die der Übermittlung zu Grunde liegenden Zwecke erforderlich sind;
2. nach Ablauf einer im nationalen Recht der übermittelnden Vertragspartei vorgesehenen Höchstfrist für die Aufbewahrung der Daten, wenn die übermittelnde Stelle die empfangende Stelle bei der Übermittlung auf solche Höchstfristen hingewiesen hat.

Statt der Löschung erfolgt eine Sperrung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts, wenn es Grund zu der Annahme gibt, dass durch eine Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Gesperrte Daten dürfen nur für den Zweck, für den die Löschung unterblieben ist, übermittelt oder genutzt werden.

#### Artikel 38

##### Technische und organisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit

(1) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten wirksam gegen zufällige oder unbefugte Zerstörung, zufälligen Verlust, unbefugten Zugang, unbefugte oder zufällige Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des automatisierten Abrufverfahrens werden in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt, die gewährleistet, dass

1. dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit getroffen werden, die insbesondere die Vertraulichkeit und Unversehrtheit der Daten gewährleisten,
2. bei der Nutzung allgemein zugänglicher Netze Verschlüsselungs- und Authentifizierungsverfahren angewendet werden, die von den dafür zuständigen Stellen anerkannt worden sind, und
3. die Zulässigkeit der Abrufe nach Maßgabe des Artikels 39 Absätze 2, 4 und 5 kontrolliert werden kann.

#### Artikel 39

##### Dokumentation und Protokollierung, besondere Vorschriften zur automatisierten und nicht-automatisierten Übermittlung

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet, dass jede nicht-automatisierte Übermittlung und jeder nicht-automatisierte Empfang von personenbezogenen Daten durch die anfragende und die Datei führende Stelle zur Kontrolle der Zulässigkeit der Übermittlung dokumentiert werden. Die Dokumentation umfasst folgende Angaben:

1. den Anlass der Übermittlung,
2. die übermittelten Daten,
3. das Datum der Übermittlung und

sonne concernée, être marquées en vertu du droit national des Parties contractantes. En cas de marquage, celui-ci ne peut être levé en vertu du droit national que sur consentement de la personne concernée ou sur décision du tribunal compétent ou de l'autorité indépendante compétente en matière de contrôle de la protection des données.

(3) Les données à caractère personnel transmises doivent être effacées lorsqu'elles n'auraient pas dû être transmises ou reçues. Les données légalement transmises et reçues doivent être effacées

1. si elles ne sont pas ou plus nécessaires en regard des finalités pour lesquelles elles ont été transmises. Si des données à caractère personnel ont été transmises sans qu'il n'y ait eu de demande, l'autorité destinataire est tenue d'examiner sans délai si celles-ci sont nécessaires en regard des finalités pour lesquelles elles ont été transmises;
2. à l'issue d'un délai maximum prévu pour la conservation des données dans le droit national de la Partie contractante transmettant les données, lorsque l'autorité transmettant les données a indiqué à l'autorité destinataire ce délai maximum au moment de la transmission.

Il est procédé, au lieu d'un effacement, à un verrouillage en vertu du droit national lorsqu'il y a lieu de croire que l'effacement porterait atteinte à des intérêts méritant une protection de la personne concernée. Des données verrouillées ne peuvent être utilisées ou transmises qu'aux fins pour lesquelles l'effacement n'a pas eu lieu.

#### Article 38

##### Mesures techniques et organisationnelles pour garantir la protection et la sécurité des données

(1) L'autorité destinataire et l'autorité qui transmet les données sont obligées de protéger efficacement les données à caractère personnel contre toute destruction fortuite ou non autorisée, perte fortuite, accès non-autorisé, altération fortuite ou non-autorisée et divulgation non-autorisée.

(2) Un accord d'exécution au sens de l'article 44 règle les détails techniques de la procédure de consultation automatisée et garantit que

1. des mesures pour assurer la protection et la sécurité des données sont prises en concordance avec l'état de l'art actuel, garantissant notamment la confidentialité et l'intégrité des données,
2. lors de l'utilisation de réseaux publiquement accessibles, il est fait usage de procédures d'encryptage et d'authentification reconnues par les autorités compétentes à cet égard, et
3. l'admissibilité des consultations en vertu de l'article 39, paragraphes 2, 4 et 5, peut être contrôlée.

#### Article 39

##### Documentation et journalisation, dispositions particulières relatives à la transmission automatisée et non-automatisée

(1) Chaque Partie contractante garantit que toute transmission et toute réception non-automatisées de données à caractère personnel est documentée par l'autorité requérante et l'autorité gestionnaire du fichier, aux fins du contrôle de l'admissibilité de la transmission. La documentation comprend les indications suivantes:

1. la raison ayant déclenché la transmission,
2. les données transmises,
3. la date de la transmission, et

4. die Bezeichnung oder Kennung der anfragenden und der Datei führenden Stelle.

(2) Für den automatisierten Abruf der Daten aufgrund der Artikel 3, 9 und 12 und den automatisierten Abgleich aufgrund des Artikels 4 gilt Folgendes:

1. Der automatisierte Abruf oder Abgleich darf nur durch besonders ermächtigte Beamte der nationalen Kontaktstellen erfolgen. Auf Ersuchen wird die Liste der Beamten, die zum automatisierten Abruf oder Abgleich ermächtigt sind, den in Absatz 5 genannten beaufsichtigenden Behörden sowie den anderen Vertragsparteien zur Verfügung gestellt.
2. Jede Vertragspartei gewährleistet, dass jede Übermittlung und jeder Empfang von Daten von der Datei führenden Stelle und der anfragenden Stelle protokolliert wird, einschließlich der Mitteilung des Vorliegens oder Nichtvorliegens eines Treffers. Diese Protokollierung umfasst folgende Angaben:
  - a) die Übermittelten Daten,
  - b) das Datum und den genauen Zeitpunkt der Übermittlung und
  - c) die Bezeichnung oder Kennung der anfragenden und der Datei führenden Stelle.

Die anfragende Stelle protokolliert darüber hinaus den Anlass der Anfrage oder Übermittlung sowie die Kennung des Beamten, der den Abruf durchgeführt hat, sowie des Beamten, der die Anfrage oder Übermittlung veranlasst hat.

(3) Die protokollierende Stelle teilt die Protokolldaten den für die Datenschutzkontrolle zuständigen Stellen der betreffenden Vertragspartei auf Ersuchen unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Ersuchens mit. Protokolldaten dürfen ausschließlich für die folgenden Zwecke verwendet werden:

1. die Kontrolle des Datenschutzes,
2. die Gewährleistung der Datensicherheit.

(4) Die Protokolldaten sind durch geeignete Vorkehrungen gegen zweckfremde Verwendung und sonstigen Missbrauch zu schützen und zwei Jahre aufzubewahren. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Protokolldaten unverzüglich zu löschen.

(5) Die rechtliche Kontrolle der Übermittlung oder des Empfangs personenbezogener Daten obliegt den für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Stellen der jeweiligen Vertragsparteien. Nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts kann jedermann diese Stellen ersuchen, die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von Daten zu seiner Person zu prüfen. Diese Stellen sowie die für die Protokollierung zuständigen Stellen haben auch unabhängig von solchen Ersuchen Stichproben zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Übermittlungen anhand der den Zugriffen zugrunde liegenden Aktenvorgänge vorzunehmen. Die Ergebnisse dieser Kontrolltätigkeit sind zur Überprüfung durch die für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Stellen 18 Monate aufzubewahren. Nach Ablauf dieser Frist sind sie unverzüglich zu löschen. Jede für die Datenschutzkontrolle zuständige Stelle kann von der unabhängigen Datenschutzbehörde einer anderen Vertragspartei um die Ausübung ihrer Befugnisse nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts ersucht werden. Die für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Behörden der Vertragsparteien sorgen für die zur Erfüllung ihrer Kontrollaufgaben notwendige gegenseitige Zusammenarbeit, insbesondere durch den Austausch sachdienlicher Informationen.

4. la dénomination ou la référence de l'autorité requérante et de l'autorité gestionnaire du fichier.

(2) Pour la consultation automatisée des données en vertu des articles 3, 9 et 12 et pour la comparaison automatisée en vertu de l'article 4, les dispositions suivantes s'appliquent:

1. La consultation ou la comparaison automatisées ne peuvent être réalisées que par des fonctionnaires des points de contact nationaux particulièrement habilités à cet effet. Sur demande, la liste des fonctionnaires habilités à la consultation ou à la comparaison automatisées est mise à la disposition des autorités de surveillance visées au paragraphe 5, ainsi que des autres Parties contractantes.
2. Chaque Partie contractante garantit que l'autorité gestionnaire du fichier et l'autorité requérante fait état de toute transmission et de toute réception de données dans un registre de journalisation, y compris de l'information concernant l'existence ou non d'une concordance. La journalisation comprend les informations suivantes:
  - a) les données transmises,
  - b) la date et l'heure précises de la transmission, et
  - c) la dénomination ou la référence de l'autorité requérante et de l'autorité gestionnaire du fichier.

L'autorité requérante journalise également la raison de la demande ou de la transmission ainsi que la référence de l'agent ayant réalisé la consultation ainsi que de l'agent ayant été à l'origine de la demande ou de la transmission.

(3) Sur demande, l'autorité réalisant la journalisation informe sans délai les autorités compétentes en matière de contrôle de la protection des données de la Partie contractante concernée des données journalisées, au plus tard dans les quatre semaines après réception de la demande. Les données journalisées peuvent être utilisées exclusivement aux fins suivantes:

1. le contrôle de la protection des données
2. la garantie de la sécurité des données.

(4) Les données journalisées doivent être protégées par des dispositions appropriées contre toute utilisation autre qu'aux fins susvisées et contre tout autre abus et doivent être conservées pendant deux ans. Après l'expiration du délai de conservation, les données journalisées doivent être effacées sans délai.

(5) Le contrôle juridique de la transmission ou de la réception de données à caractère personnel relève de la responsabilité des autorités indépendantes compétentes en matière de contrôle de la protection des données des Parties contractantes respectives. Toute personne peut en vertu du droit national demander à ces autorités de vérifier la légitimité du traitement de données la concernant. Indépendamment de telles demandes, ces autorités ainsi que les autorités compétentes pour la journalisation doivent également effectuer des contrôles aléatoires pour vérifier la légitimité des transmissions, à l'aide des dossiers qui ont été à la base des consultations. Les résultats de cette activité de contrôle doivent être conservés pendant 18 mois en vue d'un contrôle par les autorités indépendantes compétentes en matière de contrôle de la protection des données. A l'expiration de ce délai, ils doivent être effacés sans délai. Chaque autorité compétente en matière de contrôle de la protection des données peut être requise par l'autorité indépendante de contrôle de la protection des données d'une autre Partie contractante d'exercer ses compétences conformément au droit national. Les autorités indépendantes compétentes en matière de contrôle de la protection des données des Parties contractantes veulent à la coopération réciproque nécessaire en vue de remplir leurs tâches de contrôle, notamment par le biais de l'échange d'informations pertinentes.

**Artikel 40****Rechte der Betroffenen  
auf Auskunft und Schadensersatz**

(1) Dem Betroffenen ist nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts bei Nachweis seiner Identität auf Antrag von der nach innerstaatlichem Recht zuständigen Stelle ohne unzumutbare Kosten in allgemein verständlicher Form und ohne unzumutbare Verzögerung Auskunft über die zu seiner Person verarbeiteten Daten sowie über deren Herkunft, Empfänger oder Empfängerkategorien, den vorgesehenen Verarbeitungszweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung zu erteilen. Darüber hinaus hat der Betroffene das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten und Löschung unzulässigerweise verarbeiteter Daten. Die Vertragsparteien stellen darüber hinaus sicher, dass sich der Betroffene im Fall der Verletzung seiner Datenschutzrechte mit einer wirksamen Beschwerde an ein unabhängiges und unparteiisches, auf Gesetz beruhendes Gericht im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie eine unabhängige Kontrollstelle im Sinne des Artikels 28 der Richtlinie 95/46/EG wenden kann und dass ihm die Möglichkeit eröffnet wird, einen Schadensersatzanspruch oder Abhilfe anderer Art gerichtlich durchzusetzen. Die Einzelheiten des Verfahrens zur Durchsetzung dieser Rechte und die Gründe der Einschränkung des Auskunftsrechts richten sich nach dem innerstaatlichen Recht des Staates, in dem er seine Rechte geltend macht.

(2) Hat eine Stelle der einen Vertragspartei personenbezogene Daten aufgrund dieses Vertrags übermittelt, kann die empfangende Stelle der anderen Vertragspartei sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des Innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Schadensersatzes.

**Artikel 41****Auskunft auf  
Ersuchen der Vertragsparteien**

Die empfangende Vertragspartei informiert die übermittelnde Vertragspartei auf Anfrage über die Verarbeitung der übermittelten Daten und das dadurch erzielte Ergebnis.

**Kapitel 8****Durchführungs- und Schlussbestimmungen****Artikel 42****Erklärungen**

(1) Zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde benennt jede Vertragspartei in einer Erklärung gegenüber dem Verwahrer die Behörden, die für die Anwendung dieses Vertrags zuständig sind.

Zu benennen sind

1. nach Artikel 6 Absatz 1 die nationalen Kontaktstellen für die DNA-Analyse;
2. nach Artikel 11 Absatz 1 die nationalen Kontaktstellen für die daktyloskopischen Daten;
3. nach Artikel 12 Absatz 2 die nationalen Kontaktstellen für die Daten aus den Fahrzeugregistern;

**Article 40****Droit des personnes concernées  
à être renseignées et indemnisées**

(1) Sur demande, la personne concernée, après avoir prouvé son identité, doit, dans le respect du droit national, être renseignée sans frais déraisonnables, sous une forme généralement compréhensible et sans retard déraisonnable, par l'autorité compétente en vertu du droit national sur les données traitées la concernant ainsi que sur leur origine, les destinataires ou catégories de destinataires, la finalité du traitement ainsi que sur la base juridique régissant le traitement. En outre, la personne concernée a le droit de faire corriger les données entachées d'erreur ou de faire effacer les données traitées illicitement. Les Parties contractantes assurent en outre que la personne concernée puisse, en cas de violation de ses droits en matière de protection des données à caractère personnel, s'adresser par un recours effectif à un tribunal indépendant et impartial, établi par la loi, au sens de l'article 6, paragraphe 1<sup>er</sup> de la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme tout comme à une autorité indépendante de contrôle au sens de l'article 28 de la Directive 95/46/CE, et qu'elle se voie offrir la possibilité de faire valoir, par la voie judiciaire, un droit à dédommagement ou à une autre forme de réparation. Le droit national de l'Etat dans lequel elle fait valoir ses droits règle les détails de la procédure pour la mise en œuvre de ces droits ainsi que les raisons liées à la restriction du droit à être renseigné.

(2) Si une autorité d'une Partie contractante a transmis, en vertu du présent Traité, des données à caractère personnel, l'autorité destinataire de l'autre Partie contractante ne peut pas invoquer le fait que les données transmises aient été incorrectes pour se décharger de la responsabilité qui lui incombe conformément à son droit national à l'égard de la personne lésée. Si la Partie destinataire est tenue à réparation en raison de l'utilisation de données transmises incorrectement, la Partie qui les a transmises rembourse intégralement à la Partie destinataire les sommes qu'elle a versées en réparation.

**Article 41****Renseignements sur  
demande des Parties contractantes**

La Partie contractante destinataire informe la Partie contractante ayant transmis des données du traitement effectué sur les données transmises et du résultat ainsi obtenu.

**Chapitre 8****Dispositions d'application et dispositions finales****Article 42****Déclarations**

(1) Au moment du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, chaque Partie contractante désigne, dans une déclaration à l'Etat dépositaire, les autorités compétentes pour l'application du présent Traité.

Sont à désigner:

1. les points de contact nationaux pour l'analyse ADN, visés à l'article 6, paragraphe 1<sup>er</sup>,
2. les points de contact nationaux pour les données daktyloscopiques, visés à l'article 11, paragraphe 1<sup>er</sup>,
3. les points de contact nationaux pour les données du registre d'immatriculation de véhicules, visés à l'article 12, paragraphe 2,

- |  |  |
|--|--|
| <p>4. nach Artikel 15 die nationalen Kontaktstellen für den Informationsaustausch bei Großveranstaltungen;</p> <p>5. nach Artikel 16 Absatz 3 die nationalen Kontaktstellen für Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten;</p> <p>6. nach Artikel 19 die nationalen Kontakt- und Koordinierungsstellen für die Flugsicherheitsbegleiter;</p> <p>7. nach Artikel 22 die nationalen Kontakt- und Koordinierungsstellen für die Dokumentenberater;</p> <p>8. nach Artikel 23 Absatz 3 die nationalen Kontaktstellen für die Planung und Durchführung von Rückführungen;</p> <p>9. nach den Artikeln 24 bis 27 die zuständigen Behörden und Beamten.</p> <p>(2) Erklärungen nach Absatz 1 können jederzeit durch Erklärung gegenüber dem Verwahrer geändert werden. Die Änderung wird mit dem Tag des Eingangs beim Verwahrer wirksam.</p> | <p>4. les points de contact nationaux pour l'échange d'informations lors de manifestations de grande envergure, visés à l'article 15,</p> <p>5. les points de contact nationaux pour les informations relatives à la prévention d'infractions terroristes, visés à l'article 16, paragraphe 3,</p> <p>6. les bureaux nationaux de contact et de coordination pour les gardes armés, visés à l'article 19,</p> <p>7. les bureaux nationaux de contact et de coordination pour les conseillers en faux documents, visés à l'article 22,</p> <p>8. les points de contact nationaux pour la planification et l'exécution des mesures d'éloignement, visés à l'article 23, paragraphe 3,</p> <p>9. les autorités et fonctionnaires, visés aux articles 24 à 27.</p> <p>(2) Les déclarations faites en vertu du 1<sup>er</sup> paragraphe peuvent être modifiées à tout moment par une déclaration adressée au dépositaire. La modification produira ses effets à partir de la date de réception par le dépositaire.</p> |
|--|--|

**Artikel 43****Ministerkomitee**

(1) Die Vertragsparteien richten ein Komitee ein, das sich aus Ministern der Vertragsparteien zusammensetzt. Das Ministerkomitee trifft die erforderlichen Entscheidungen über die Umsetzung und Anwendung dieses Vertrags. Entscheidungen des Ministerkomitees werden durch einstimmigen Beschluss aller Vertragsparteien getroffen.

(2) Zur Unterstützung des Ministerkomitees überprüft eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsparteien die Umsetzung und Auslegung dieses Vertrags und stellt fest, ob Ergänzungs- und Fortentwicklungsbedarf besteht. Die gemeinsame Arbeitsgruppe wird auf Antrag einer Vertragspartei einberufen.

**Artikel 44****Durchführungsvereinbarungen**

Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Vertrags Vereinbarungen treffen, welche die verwaltungsmäßige Durchführung dieses Vertrags zum Ziel haben.

**Artikel 45****Räumlicher Geltungsbereich**

Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten für das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien. Für das Königreich der Niederlande gilt dieser Vertrag ausschließlich für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs. Für die Französische Republik gilt dieser Vertrag ausschließlich für den in Europa gelegenen Teil der Republik.

**Artikel 46****Kosten**

Jede Vertragspartei trägt die ihren Stellen aus der Anwendung dieses Vertrags entstehenden Kosten. In besonderen Fällen können die betreffenden Vertragsparteien eine abweichende Regelung vereinbaren.

**Artikel 47****Verhältnis zu anderen zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften**

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrags sind nur anwendbar, soweit sie mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar

**Article 43****Comité des Ministres**

(1) Les Parties contractantes créent un comité composé de ministres des Parties contractantes. Ce Comité des Ministres prend les décisions nécessaires à la transposition et à l'application du présent Traité. Les décisions du Comité des Ministres sont prises à l'unanimité de toutes les Parties contractantes.

(2) Afin de soutenir le Comité des Ministres, un groupe de travail commun, composé de représentants des Parties contractantes, contrôle la transposition et l'interprétation du présent Traité et établit s'il y a lieu de le compléter et de le faire évoluer. Le groupe de travail commun est convoqué à la demande d'une Partie contractante.

**Article 44****Accords d'exécution**

Sur la base et dans le cadre du présent Traité, les autorités compétentes des Parties contractantes peuvent conclure des accords portant sur l'exécution du présent Traité au niveau des administrations.

**Article 45****Champ d'application territorial**

Les dispositions du présent Traité sont applicables sur le territoire des Parties contractantes. Pour le Royaume des Pays-Bas, le présent Traité est applicable exclusivement à la partie du territoire du royaume située en Europe. Pour la République française, le présent Traité est applicable exclusivement à la partie du territoire de la République située en Europe.

**Article 46****Frais**

Chaque Partie contractante assume les coûts qui découlent pour ses autorités de l'application du présent Traité. Dans des cas particuliers, les Parties contractantes concernées peuvent convenir d'un règlement dérogatoire.

**Article 47****Rapport avec d'autres accords bilatéraux ou multilatéraux**

(1) Les dispositions du présent Traité ne sont applicables que dans la mesure où elles sont compatibles avec le droit de



sind. Werden durch die Europäische Union künftig Regelungen geschaffen, die den Anwendungsbereich dieses Vertrags betreffen, treten die entsprechenden Bestimmungen dieses Vertrags in ihrer Anwendung gegenüber dem Recht der Europäischen Union insoweit zurück. Die Vertragsparteien können die Bestimmungen dieses Vertrags im Hinblick auf die entsprechenden neuen Regelungen des Rechts der Europäischen Union ändern oder ersetzen.

(2) Dieser Vertrag berührt nicht die in bestehenden zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften zwischen den Vertragsparteien enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen. Den Vertragsparteien steht es frei, die bestehenden zwei- oder mehrseitigen Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien in Ihren Beziehungen untereinander anzuwenden. Im Fall der Unvereinbarkeit mit Rechten oder Verpflichtungen aus solchen Übereinkünften gelten die Regelungen dieses Vertrags.

#### Artikel 48

##### Ratifikation, Annahme, Genehmigung

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt. Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden kann eine Erklärung zum räumlichen Geltungsbereich abgegeben werden.

#### Artikel 49

##### Verwahrer

(1) Verwahrer dieses Vertrags ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Der Verwahrer notifiziert unverzüglich den anderen Vertragsparteien Ratifikationen, Annahmen, Genehmigungen, Beitritte, Vorbehalte und Kündigungen sowie alle sonstigen Erklärungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag.

(3) Die Registrierung des Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird vom Verwahrer übernommen.

#### Artikel 50

##### Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag tritt 90 Tage nach Hinterlegung der zweiten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde zwischen den Vertragsparteien, die ratifiziert haben, in Kraft. Für die weiteren Vertragsparteien tritt der Vertrag 90 Tage nach Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden in Kraft.

(2) Der Verwahrer notifiziert allen Vertragsparteien das Datum des Inkrafttretens.

#### Artikel 51

##### Beitritt

(1) Dieser Vertrag steht allen Staaten, die Mitglied der Europäischen Union sind, zum Beitritt offen. Mit dem Beitritt werden auch die bis dahin auf der Grundlage des Artikels 44 getroffenen Durchführungsvereinbarungen und die sonstigen Vereinbarungen zu diesem Vertrag für die beitretenden Staaten verbindlich.

(2) Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt. Bei einem Beitritt kann anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde eine Erklärung zum räumlichen Geltungsbereich abgegeben werden.

(3) Dieser Vertrag tritt für jeden beitretenden Staat 90 Tage nach Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft, frühestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags nach Artikel 50.

l'Union européenne. Si l'Union européenne établit à l'avenir des réglementations touchant le domaine d'application du présent Traité, le droit de l'Union européenne prévaudra sur les dispositions concernées du présent Traité quant à leur application. Les Parties contractantes peuvent modifier ou remplacer les dispositions du présent Traité en fonction des nouvelles dispositions prévues en la matière dans le droit de l'Union européenne.

(2) Le présent Traité ne porte pas atteinte aux droits ou obligations contenues dans des accords bilatéraux ou multilatéraux existants entre les Parties contractantes. Les Parties contractantes sont libres d'appliquer dans leurs relations mutuelles les accords bilatéraux ou multilatéraux existants entre les Parties contractantes. En cas de contradiction avec des droits ou obligations découlant de tels accords, les dispositions du présent Traité prévalent.

#### Article 48

##### Ratification, acceptation, approbation

Le présent Traité est soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du dépositaire. Lors du dépôt des instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation, une déclaration peut être faite concernant le champ d'application géographique.

#### Article 49

##### Dépositaire

(1) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne est le dépositaire du présent Traité.

(2) Le dépositaire notifie sans délai aux autres Parties contractantes les ratifications, acceptations, approbations, adhésions, réserves et dénonciations ainsi que toute autre déclaration en rapport avec le présent Traité.

(3) Le dépositaire assure l'enregistrement du présent Traité auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vertu de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

#### Article 50

##### Entrée en vigueur

(1) Le présent Traité entre en vigueur entre les Parties contractantes qui l'ont ratifié 90 jours après le dépôt du deuxième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Pour les autres Parties contractantes, le présent Traité entre en vigueur 90 jours après le dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(2) Le dépositaire notifie à toutes les Parties contractantes la date d'entrée en vigueur.

#### Article 51

##### Adhésion

(1) Tout Etat membre de l'Union européenne peut adhérer au présent Traité. Au moment de l'adhésion, les accords d'exécution conclus jusque-là sur la base de l'article 44 et les autres arrangements relatifs au présent Traité deviendront également contraignants pour les Etats adhérents.

(2) Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du dépositaire. En cas d'adhésion, une déclaration relative au champ d'application territorial peut être faite lors du dépôt des instruments d'adhésion.

(3) Le présent Traité entre en vigueur, pour chaque Etat adhérent, 90 jours après le dépôt de l'instrument d'adhésion, au plus tôt à la date d'entrée en vigueur du Traité conformément à l'article 50.

**Artikel 52****Kündigung**

- (1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Jede Vertragspartei kann diesen Vertrag durch eine auf diplomatischem Weg an den Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

Geschehen zu Prüm am 27. Mai 2005 in einer Urschrift in deutscher, spanischer, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Die Urschrift wird im Archiv des Verwahrers hinterlegt, der jedem Unterzeichnerstaat und betretenden Staat eine beglaubigte Abschrift der Vertragsurschrift übermittelt.

**Article 52****Dénonciation**

- (1) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée.
- (2) Chaque Partie contractante peut dénoncer le présent Traité par une notification adressée au depositaire par la voie diplomatique. Cette dénonciation produira ses effets six mois après réception de la notification par le depositaire.

Fait à Prüm, le 27 mai 2005, en un seul exemplaire en langues allemande, espagnole, française et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi. L'original sera déposé aux archives du depositaire, qui en transmettra une copie certifiée conforme à chaque Etat signataire et Etat adhérent.

Für das Königreich Belgien  
Pour le Royaume de Belgique  
Dewael

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Pour la République fédérale d'Allemagne  
B. Zypries  
Schilly  
Läufer

Für das Königreich Spanien  
Pour le Royaume d'Espagne  
José Antonio Alonso Suárez

Für die Französische Republik  
Pour la République française  
De Villepin

Für das Großherzogtum Luxemburg  
Pour le Grand-Duché de Luxembourg  
Luc Frieden

Für das Königreich der Niederlande  
Pour le Royaume des Pays-Bas  
J. P. H. Donner

Für die Republik Österreich  
Pour la République d'Autriche  
Liese Prokop

Anlage 1  
zum Vertrag  
über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,  
insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenz-  
überschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration

Annexe 1  
Traité relatif à  
l'approfondissement de la coopération transfrontalière,  
notamment en vue de lutter contre le terrorisme,  
la criminalité transfrontalière et la migration illégale

Nach Artikel 17 Absatz 5 notwendige inhaltliche Angaben für die schriftliche Anmeldung

1. Einsatzzeiten, die die vorgesehene Aufenthaltsdauer beschreiben;
2. Flugdaten (einschließlich Flugnummern und -zeiten);
3. Anzahl der Mitglieder des Teams der Flugsicherheitsbegleiter;
4. Angabe des Namens und Vornamens sämtlicher Personen sowie Kennzeichnung des Namens des Leiters des Teams;
5. Passnummern;
6. Marke, Typ und Seriennummern der Waffen;
7. Anzahl und Art der Munition;
8. Ausrüstungsgegenstände, die vom Team mitgeführt werden und zur Erfüllung der Aufgaben dienen.

Informations nécessaires en vertu de l'article 17, paragraphe 5, pour la notification écrite

1. Temps d'intervention décrivant la durée prévue de séjour,
2. Données des vols (y compris leurs numéros et horaires),
3. Nombre des membres de l'équipe de gardes armés à bord des aéronefs,
4. Noms et prénoms de toutes les personnes avec indication du nom du chef de l'équipe,
5. Numéros des passeports,
6. Marque, type et numéro de série des armes,
7. Quantité et type de munitions,
8. Objets d'équipement emportés par l'équipe et servant à l'accomplissement des missions.

Anlage 2  
zum Vertrag  
über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,  
insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration

Annexe 2  
Traité relatif à  
l'approfondissement de la coopération transfrontalière,  
notamment en vue de lutter contre le terrorisme,  
la criminalité transfrontalière et la migration illégale

Dienstwaffen, Munition und zugelassene Einsatzmittel im Sinne des Artikels 28 Absatz 2 Sätze 1 und 2

1. Für das Königreich Belgien:
  - zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
  - zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel
  - zugelassenes Tränengas und die zugelassenen Einsatzmittel
2. Für die Bundesrepublik Deutschland:
  - zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
3. Für das Königreich Spanien:
  - zugelassene Schusswaffen
  - zugelassene Selbstschutzwaffen entsprechend der Dienstvorschriften der am gemeinsamen Einsatz beteiligten Polizeieinheit, wie Schlagstock (oder Gummiknüppel), Sprays, Tränengas und andere zugelassene Einsatzmittel
4. Für die Französische Republik:
  - die nach dem nationalen Recht zugelassenen Dienstwaffen und individuellen Zwangsmittel
5. Für das Großherzogtum Luxemburg:
  - zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
  - zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel
  - zugelassenes Tränengas und die zugelassenen Einsatzmittel
6. Für das Königreich der Niederlande:
  - zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
  - zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel
  - zugelassenes Tränengas und die zugelassenen Einsatzmittel
7. Für die Republik Österreich:
  - zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
  - zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel

Armes de service, munitions et moyens d'intervention autorisés au sens de l'article 28, paragraphe 2, 1<sup>ère</sup> et 2<sup>ème</sup> phrase

1. Pour le Royaume de Belgique:
  - armes à feu autorisées et munitions autorisées
  - sprays incapacitants et moyens d'intervention autorisés
  - gaz lacrymogène et moyens d'intervention autorisés
2. Pour la République fédérale d'Allemagne:
  - armes à feu autorisées et munitions autorisées
3. Pour le Royaume d'Espagne:
  - armes à feu autorisées
  - armes de défense autorisées en vertu des dispositions réglementaires applicables aux agents participant à l'intervention commune, comme par exemple le bâton de police (ou la matraque), des sprays, des gaz lacrymogènes et d'autres moyens d'intervention autorisés
4. Pour la République française:
  - armes de service et moyens de contrainte en dotation individuelle autorisés par la législation nationale
5. Pour le Grand-Duché de Luxembourg:
  - armes à feu autorisées et munitions autorisées
  - sprays incapacitants et moyens d'intervention autorisés
  - gaz lacrymogène et moyens d'intervention autorisés
6. Pour le Royaume des Pays-Bas:
  - armes à feu autorisées et munitions autorisées
  - sprays incapacitants et moyens d'intervention autorisés
  - gaz lacrymogène et moyens d'intervention autorisés
7. Pour la République d'Autriche:
  - armes à feu autorisées et munitions autorisées
  - sprays incapacitants autorisés et moyens d'intervention autorisés

## Gemeinsame Erklärung

### Déclaration commune

des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Spanien, der Französischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und der Republik Österreich zum Vertrag vom 27. Mai 2005 über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration

du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume d'Espagne, de la République française, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume des Pays-Bas et de la République d'Autriche dans le cadre du Traité du 27 mai 2005 relatif à l'approfondissement de la coopération transfrontalière, notamment en vue de lutter contre le terrorisme, la criminalité transfrontalière et la migration illégale

#### i. Alle Vertragsparteien erklären gemeinsam

1. unter Bezugnahme auf Artikel 17 Absatz 1 des Vertrags, dass die Formulierung dieser Bestimmung nicht ihre Haltung in Bezug auf die Zuständigkeiten des Staats des Halters oder des Eintragsstaats im Rahmen des Einsatzes von Flugsicherheitsbegleitern berührt;
2. unter Bezugnahme auf Artikel 34 Absatz 2 Satz 2,
  - a) dass die Voraussetzungen für die Übermittlung personenbezogener Daten nach Kapitel 7 des Vertrags, soweit diese nicht den automatisierten Abruf oder Abgleich von Daten betreffen, im Wesentlichen bereits zum Zeitpunkt der Unterzeichnung vorliegen,
  - b) dass sie hinsichtlich der noch fehlenden Voraussetzungen nach Kapitel 7, insbesondere im Bereich des automatisierten Abrufs oder Abgleichs, diese schnellstmöglich schaffen werden.

#### I. Toutes les Parties contractantes déclarent conjointement

1. en ce qui concerne l'article 17, paragraphe 1, du Traité, que la formulation de cette disposition ne préjuge pas de leur position relative aux compétences de l'Etat d'exploitation ou de l'Etat d'immatriculation dans le cadre du déploiement de gardes armés à bord des aéronefs,
2. en ce qui concerne l'article 34, paragraphe 2, 2<sup>ème</sup> phrase,
  - a) que les conditions pour la transmission de données à caractère personnel en vertu du chapitre 7 du Traité sont fondamentalement réunies à la date de la signature, dans la mesure où elles ne visent pas la consultation ou la comparaison automatisées de données,
  - b) qu'en ce qui concerne les conditions prévues au chapitre 7 et qui font encore défaut, notamment dans le domaine de la consultation et de la comparaison automatisées, elles seront créées au plus vite.

## II. Das Königreich Belgien erklärt

1. dass jegliche Information, die vom Königreich Belgien aufgrund des Vertrags übermittelt wird, von der empfangenden Vertragspartei nur nach Zustimmung der zuständigen belgischen gerichtlichen Behörden als Beweismittel genutzt werden kann,
2. unter Bezugnahme auf Artikel 18,
  - a) dass immer eine ausdrückliche Genehmigung des Vertreters der belgischen Luftfahrtbehörde vorliegen muss, bevor ein Flugsicherheitsbegleiter ein Luftfahrzeug nach Artikel 18 Absatz 2 Nummer 1 mit Waffen oder Munition verlässt,
  - b) dass beim Verlassen des Luftfahrzeugs diese Waffen und diese Munition einem Vertreter der belgischen Luftfahrtbehörde auszuhandigen sind, der diese in einem geschlossenen Behälter zu dem Ort der Aufbewahrung begleitet,
  - c) dass außerhalb eines Luftfahrzeugs das Tragen von Waffen oder Munition durch Flugsicherheitsbegleiter untersagt ist;
3. unter Bezugnahme auf Artikel 27 Absatz 3, dass die Anwendung dieser Bestimmung die Zuständigkeiten der belgischen Justizbehörden nicht beeinträchtigt.

## III. Das Königreich Spanien erklärt unter Bezugnahme auf Artikel 45 Satz 1, dass es die Ansicht vertritt, dass auf den Vertrag die „Regelung betreffend die Behörden Gibraltars im Rahmen der Instrumente der EU und EG sowie verbundener Verträge“ vom 19. April 2000 nach Maßgabe der Bestimmungen ihrer Nummer 5 anwendbar ist.

## IV. Die Französische Republik erklärt unter Bezugnahme auf Artikel 9, dass der Zugang zu Fundstellendatensätzen der Nationalen Fingerabdruckdatei (FAED) nach Artikel 9 auf der Grundlage des derzeitigen Innerstaatlichen Rechts gewährt wird, um den zuständigen Dienststellen die Fahndung nach und die Identifizierung von Tätern bei Verbrechen und Vergehen oder den Vorbereitungshandlungen dazu sowie die Verfolgung von Straftaten zu erleichtern.

## V. Das Königreich der Niederlande erklärt unter Bezugnahme auf die Artikel 3 und 4, dass es davon ausgeht, dass das Vorgehen nach diesen Bestimmungen auf die gleiche Art und Weise abläuft in dem Sinne, dass die Vertragsparteien Zugang zu den Fundstellendatensätzen der niederländischen DNA-Analyse-Dateien nach Artikel 2 Absatz 2 des Vertrags bekommen mit dem Recht, diese automatisiert mittels eines Vergleichs ihrer DNA-Profile mit den DNA-Profilen der niederländischen DNA-Analyse-Dateien abzurufen, ungeachtet ob es sich dabei um den Vergleich eines Einzelfalls handelt oder nicht.

## VI. Die Republik Österreich erklärt unter Bezugnahme auf Artikel 40 Absatz 1, dass der Rechtsschutz durch die österreichische Datenschutzkommission, die sowohl die Voraussetzungen des Artikels 6 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention als auch die Kriterien einer unabhängigen Kontrollstelle im Sinne von Artikel 28 der Richtlinie 95/46/EG erfüllt, den Erfordernissen dieses Artikels genügt.

## VII. Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich erklären unter Bezugnahme auf Artikel 46 Satz 2, dass im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich Kosten, die im Rahmen

## II. Le Royaume de Belgique déclare

1. que toute information transmise par la Belgique sur la base du Traité ne peut être utilisée comme moyen de preuve par la Partie contractante qui la reçoit qu'après autorisation des autorités judiciaires belges compétentes,
2. en ce qui concerne l'article 18
  - a) qu'une autorisation expresse du représentant de l'Inspection aéronautique belge est toujours requise pour la sortie de gardes armés de l'aéronef avec leurs armes ou munitions conformément à l'article 18, paragraphe 2, chiffre 1,
  - b) que lors de leur sortie de l'aéronef, ces armes ou munitions doivent être remises à un représentant de l'Inspection aéronautique belge, lequel les transporte vers le lieu de stockage dans un coffre fermé,
  - c) qu'en dehors d'un aéronef, le port d'armes ou de munitions est interdit aux gardes armés,
3. en ce qui concerne l'application de l'article 27, paragraphe 3, que cette disposition ne porte pas atteinte aux compétences des autorités judiciaires belges.

## III. Le Royaume d'Espagne déclare en ce qui concerne l'article 45, phrase 1, qu'il estime que «l'Arrangement concernant les autorités de Gibraltar dans le contexte des instruments de l'UE et de la CE ainsi que les Traités y afférents» du 19 avril 2000 est applicable au Traité en vertu des dispositions de l'article 5 dudit Arrangement.

## IV. La République française déclare en ce qui concerne l'article 9, que l'accès aux données indexées du fichier national automatisé des empreintes digitales (FAED) prévu à l'article 9 est autorisé, selon la législation nationale actuelle, en vue de faciliter la recherche et l'identification par les services compétents des auteurs de crimes et de délits ou de leur commencement d'exécution, et de faciliter la poursuite des infractions.

## V. Le Royaume des Pays-Bas déclare en ce qui concerne les articles 3 et 4, que la procédure prévue dans ces articles se déroule de la même manière, à savoir que les Parties contractantes ont accès aux données indexées des fichiers d'analyse ADN néerlandais visés à l'article 2, paragraphe 2, du Traité, avec le droit de comparer leurs profils ADN avec les profils ADN des fichiers d'analyse ADN néerlandais, qu'il s'agisse ou non d'un cas particulier.

## VI. La République d'Autriche déclare en ce qui concerne l'article 40, paragraphe 1, que la protection juridique assurée par la Commission autrichienne pour la protection des données, qui remplit aussi bien les conditions de l'article 6, paragraphe 1, de la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme que les critères d'une autorité de contrôle indépendante conformément à l'article 28 de la Directive 95/46/CE, satisfait aux exigences stipuées dans ledit article.

## VII. La République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche déclarent en ce qui concerne l'article 46, deuxième phrase, que dans les relations entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche, les frais

der Leistung von Rechtshilfe nach Artikel 7 anfallen, der ersuchten Vertragspartei erstattet werden.

exposés dans le cadre de l'entraide judiciaire en vertu de l'article 7 seront remboursés à la Partie contractante requise.

Prüm, den 27. Mai 2005

Fait à Prüm le 27 mai 2005

Diese Gemeinsame Erklärung wird in einer Ausfertigung in deutscher, spanischer, französischer und niederländischer Sprache unterzeichnet und zusammen mit dem Vertrag im Archiv des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland verwahrt, das jedem Unterzeichnerstaat und beitretenden Staat eine beglaubigte Abschrift dieser Gemeinsamen Erklärung übermittelt.

La présente Déclaration commune est signée en un seul exemplaire en langues allemande, espagnole, française et néerlandaise et conservée avec le Traité aux archives du ministère fédéral des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne, lequel en transmettra une copie certifiée conforme à chaque Etat signataire et Etat adhérent.

Für das Königreich Belgien  
Pour le Royaume de Belgique

Dewael

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Pour la République fédérale d'Allemagne

B. Zypries  
Schily  
Läufer

Für das Königreich Spanien  
Pour le Royaume d'Espagne

José Antonio Alonso Suárez

Für die Französische Republik  
Pour la République française

De Villepin

Für das Großherzogtum Luxemburg  
Pour le Grand-Duché de Luxembourg

Luc Frieden

Für das Königreich der Niederlande  
Pour le Royaume des Pays-Bas

J. P. H. Donner

Für die Republik Österreich  
Pour la République d'Autriche

Liese Prokop

## Denkschrift

### I. Allgemeines

Der am 27. Mai 2005 unterzeichnete Vertrag zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen der Justiz- und Innenminister der beteiligten Vertragsstaaten.

Der vorliegende Vertrag berücksichtigt die bestehenden bi- und multilateralen Übereinkünfte und fügt sich ebenfalls in den durch das nationale Recht und das Recht der Europäischen Union gesetzten Rahmen ein.

Die strafrechtliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Spanien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich findet in dem durch das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386; 1976 II S. 1799), das Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1990 II S. 124; 1991 II S. 909), das Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (SDÜ) (BGBl. 1993 II S. 1010), durch bi- und multilaterale Verträge zwischen den Vertragsparteien sowie dem durch Rechtsakte der EU gesetzten Rahmen statt. Das gleichfalls zu berücksichtigende Übereinkommen vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (BGBl. 2005 II S. 650) und das Protokoll vom 16. Oktober 2001 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 2005 II S. 661) sind am 2. Februar 2006 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten.

Neben den Übereinkünften auf europäischer Ebene hat Deutschland mit einer Reihe von Nachbarstaaten bilaterale Abkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten und zur Gefahrenabwehr geschlossen, die fortlaufend weiterentwickelt werden. Zweck der Verträge ist die ständige Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und eine Anpassung an aktuelle Sicherheitserfordernisse.

Der besondere Charakter des vorliegenden multilateralen Vertrags besteht vor allem in dem erheblich verbesserten Informationsaustausch der Vertragsparteien untereinander. Der Vertrag wird es ermöglichen, dass sich die beteiligten Staaten untereinander Zugriff auf bestimmte nationale Datenbanken gewähren: Fahrzeugregisterdaten können die Vertragsparteien im Wege eines Online-Lesezugriffs abrufen. Auf die DNA-Analyse-Dateien bzw. auf die Dateien daktyloskopischer Daten wird der Zugriff im Wege eines so genannten Hit-/No-Hit-Systems (Treffer-/Kein-Treffer-System) eröffnet, bei dem im Falle eines Treffers eine Kennung für weitere Anfragen übermittelt wird.

Bei der Verwertung einer nach diesem Vertrag durch das Königreich Belgien übermittelten Information als Beweismittel ist dessen Erklärung anlässlich der Unterzeichnung

des Vertrags zu berücksichtigen (Ziffer II Nr. 1 der Gemeinsamen Erklärung). Danach darf „jegliche Information, die vom Königreich Belgien aufgrund des Vertrags übermittelt wird, von der empfangenden Vertragspartei nur nach Zustimmung der zuständigen belgischen gerichtlichen Behörden als Beweismittel genutzt werden“.

### II. Besonderes

Der Vertrag besteht aus 52 Artikeln und ist in acht Kapitel untergliedert. Er wird ergänzt durch zwei Anlagen und eine Gemeinsame Erklärung der Vertragsparteien.

Kapitel 1 regelt die Vertragsgrundsätze. Kapitel 2 enthält Bestimmungen zum Informationsaustausch, insbesondere zum Austausch von DNA-, daktyloskopischen und sonstigen Daten, Kapitel 3 über Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Straftaten und Kapitel 4 über Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration. In Kapitel 5 befinden sich Bestimmungen zu weiteren Formen insbesondere der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit, in Kapitel 6 allgemeine Regelungen für die Zusammenarbeit und in Bezug auf die nach diesem Vertrag entsandten Beamten und in Kapitel 7 übergreifende Bestimmungen zum Datenschutz. Kapitel 8 enthält die Schluss- und Durchführungsbestimmungen.

Zu den Bestimmungen des Vertrags im Einzelnen:

#### Kapitel 1 – Allgemeiner Teil

##### Zu Artikel 1 – Grundsätze

Absatz 1 bestimmt als Vertragszweck, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere den Informationsaustausch, zu vertiefen.

Absatz 2 stellt klar, dass die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag das Recht der Europäischen Union unberührt lässt und jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union zum Beitritt offen steht.

Absatz 3 erklärt die Entwicklung von Initiativen zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit in den im Vertrag bezeichneten Bereichen, das heißt insbesondere der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration, zum Ziel der Zusammenarbeit nach dem Vertrag.

Entsprechend sollen nach Absatz 4 spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags die Erfahrungen aus dem Vertrag bewertet werden und auf dieser Grundlage in Abstimmung mit der Europäischen Kommission eine Überführung seiner Regelungen in den Rechtsrahmen der Europäischen Union angestrebt werden.

Gemäß Absatz 5 berichten die Vertragsparteien regelmäßig gemeinsam dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über den Fortgang der Zusammenarbeit. Dieses Verfahren ermöglicht ein koordiniertes Vorgehen mit den zuständigen Institutionen der Europäischen Union und dient einer erleichterten Übernahme des Vertrags in den Besitzstand der Europäischen Union zu einem späteren Zeitpunkt.



**Kapitel 2 –  
DNA-Profile,  
daktyloskopische Daten  
und sonstige Daten**

Kapitel 2 enthält in den Artikeln 2 bis 6 und 8 bis 12 die zentralen Regelungen des Vertrags, die dem Ziel der Verbesserung des Informationsaustausches dienen. Nach diesen Vorschriften gewähren sich die Vertragsparteien einander jeweils über eine nationale Kontaktstelle im Vertrag näher bestimmte Zugriffsrechte auf ihre DNA-Analyse-Dateien, ihre automatisierten daktyloskopischen Identifizierungssysteme (AFIS) sowie die Fahrzeugregister. Die Art des Zugriffsrechts und seine Voraussetzungen sind für die einzelnen Datenkategorien (DNA, daktyloskopische Daten, Fahrzeugregisterdaten) unterschiedlich gestaltet.

Im Falle der DNA-Analyse-Dateien erlaubt der Vertrag den Vertragsparteien den Zugriff nur zum Zweck der Verfolgung von Straftaten (Artikel 3 und 4). Für daktyloskopische Daten ist der Zugriff darüber hinaus auch zum Zweck der Verhinderung von Straftaten zulässig (Artikel 9). Fahrzeugregisterdaten dürfen ebenfalls zum Zweck der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten abgerufen werden, daneben jedoch zusätzlich zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit (Artikel 12).

Dieses Stufenverhältnis findet sich auch in der Art des Zugriffsrechts wieder:

Für Daten aus Fahrzeugregistern wird den anderen Vertragsparteien ein lesender Vollzugang auf die im Register enthaltenen Eigentümer- bzw. Halter- und Fahrzeugdaten eingeräumt. Hier können im Einzelfall von den anderen Vertragsparteien Informationen direkt abgefragt werden.

Daten aus der DNA-Analyse-Datei und dem AFIS können hingegen nur im Wege eines Hit-/No-Hit-Systems abgerufen werden. Dabei erhält die abfragende Vertragspartei im Falle eines Treffers lediglich die Information, dass ein Treffer vorliegt, sowie eine Kennung zu dem abgefragten DNA-Identifizierungsmuster bzw. dem abgefragten daktyloskopischen Datum. Im Falle eines Treffers ist es der abfragenden Vertragspartei mit Hilfe der übermittelten Kennung möglich, bei der Datei führenden Vertragspartei gezielt um die dazugehörigen personenbezogenen Daten und gegebenenfalls um weitere Informationen zu bitten. Auf ein solches Ersuchen sind die bereits bisher geltenden Regelungen, insbesondere der Rechtshilfe, anzuwenden; die Bestimmungen dieses Vertrags gelten also nicht mehr für das sich anschließende (Rechtshilfe-)Verfahren. Das Hit-/No-Hit-System sowie das sich anschließende herkömmliche (Rechtshilfe-)Verfahren tragen der besonderen Sensibilität von DNA- und daktyloskopischen Daten Rechnung und gewährleisten den Schutz der Rechte des Bürgers. Gleichwohl ist auch mit diesem eingeschränkten Zugriffsrecht eine erhebliche Beschleunigung des bisherigen Verfahrens verbunden, indem den Vertragsparteien ermöglicht wird festzustellen, ob ein anderer Vertragsstaat überhaupt und welcher andere Vertragsstaat über benötigte Informationen verfügt.

Der Vertrag lässt die Abfrage der Daten aller drei Datenkategorien lediglich für den Einzelfall zu, d. h. die anfra-

gende Stelle darf der Datei führenden Stelle jeweils nur einen Datensatz übermitteln. Eine Ausnahme vom Einzelfallerfordernis bildet der gegenseitige Massenabgleich offener Spuren der Vertragsparteien im Bereich der DNA-Daten (Artikel 4).

Im Übrigen enthält Kapitel 2 eine Regelung zur Leistung von Rechtshilfe durch Gewinnung molekulargenetischen Materials und Übermittlung von DNA-Identifizierungsmustern (Artikel 7) sowie Bestimmungen zur Übermittlung personenbezogener und nicht personenbezogener Informationen im Zusammenhang mit Großveranstaltungen, die grenzüberschreitenden Bezug haben, wie Tagungen des Europäischen Rates oder Sportveranstaltungen (Artikel 13 bis 15).

Zu den Vorschriften des Kapitels 2 im Einzelnen:

**Zu Artikel 2 – Einrichtung von nationalen DNA-Analyse-Dateien**

Absatz 1 Satz 1 enthält die Verpflichtung der Vertragsparteien, zum Zwecke der Verfolgung von Straftaten nationale DNA-Analyse-Dateien zu errichten und zu führen. Alle Vorschriften des Vertrags gelten nur für zum Zwecke der Strafverfolgung geführte DNA-Analyse-Dateien; zum Zwecke der Verhinderung von Straftaten oder für sonstige Verwaltungszwecke geführte DNA-Analyse-Dateien fallen nicht in den Anwendungsbereich des Vertrags. In Deutschland besteht seit 1998 die so genannte DNA-Analyse-Datei für Strafverfolgungszwecke, die vom Bundeskriminalamt geführt wird. Auch in Belgien, Spanien, Frankreich, den Niederlanden und Österreich bestehen solche Analyse-Dateien. Luxemburg ist dabei, eine nationale Datei aufzubauen.

Satz 2 stellt klar, dass sich die Verarbeitung der in den nationalen DNA-Analyse-Dateien gespeicherten Daten nach innerstaatlichem Recht richtet, soweit der Vertrag z. B. in den Artikeln 3 bis 5 keine besonderen Regelungen enthält. Durch diese Bestimmung wird insbesondere gewährleistet, dass der Vertrag nicht zu einer Änderung der nationalen Vorschriften führt, die die Frage betreffen, in welchen Fällen ein Datum in die nationale DNA-Analyse-Datei aufgenommen wird.

Durch die in Absatz 2 geregelten Fundstellendatensätze wird in Verbindung mit Artikel 3 gewährleistet, dass den anderen Vertragsparteien kein voller, sondern lediglich ein eingeschränkter Zugriff auf die DNA-Analyse-Dateien eingeräumt wird. Satz 1 enthält dabei zunächst die Verpflichtung der Vertragsparteien, für die Zwecke der Durchführung des Vertrags sicherzustellen, dass zum gesamten Bestand ihrer DNA-Analyse-Dateien Fundstellendatensätze vorhanden sind. Dabei stellt die Formulierung „für die Zwecke der Durchführung des Vertrags“ klar, dass Fundstellendatensätze nur eingerichtet werden müssen, um den anderen Vertragsparteien den Hit-/No-Hit-Zugriff zu ermöglichen, dass die Vertragsparteien jedoch nicht verpflichtet sind, ihre Datenbanken auch für ihre innerstaatliche Nutzung umzustrukturieren. Die Sätze 2 und 3 legen den zulässigen Inhalt der Fundstellendatensätze fest, die lediglich das DNA-Identifizierungsmuster sowie eine Kennung enthalten dürfen. Satz 3 stellt klar, dass die Fundstellendatensätze keine den Betroffenen unmittelbar identifizierenden Daten enthalten dürfen, wie z. B. Namen und Angaben zum Geburtstag und Geburtsort oder auch Angaben zur Tat.

Bei Spurendatensätzen muss nach Satz 4 zusätzlich erkennbar sein, dass es sich um eine so genannte offene Spur handelt. Zu der in Deutschland beim Bundeskriminalamt geführten DNA-Analyse-Datei werden von den personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen getrennte Fundstellendatensätze angelegt.

Im Vertragstext werden die DNA-Identifizierungsmuster, die ausschließlich anhand des nicht codierenden Teils der DNA bestimmt werden, entsprechend der in Österreich und den anderen Vertragsstaaten üblichen Terminologie als „DNA-Profile“ bezeichnet. Zur Klarstellung wurde für die Bundesrepublik Deutschland in einer Fußnote festgehalten, dass der Begriff DNA-Profile im Sinne dieses Vertrags dem im deutschen Recht üblichen Begriff des DNA-Identifizierungsmusters entspricht.

Absatz 3 ermöglicht den Vertragsparteien, bei Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde für den automatisierten Abruf im Bereich der DNA-Analyse-Dateien nach Artikel 3 Abs. 1 weitere Bedingungen zu benennen.

#### Zu Artikel 3 – Automatisierter Abruf von DNA-Profilen

Artikel 3 regelt die Voraussetzungen und das Verfahren beim automatisierten Abruf von DNA-Identifizierungsmustern. Eine Definition des Begriffs „automatisierter Abruf“ findet sich in Artikel 33 Abs. 1 Nr. 2. Die Abrufe sind nach Maßgabe des Artikels 39 Abs. 2 zu protokollieren.

Absatz 1 Satz 1 erlaubt der jeweiligen nationalen Kontaktstelle der Vertragsparteien, auf die DNA-Analyse-Dateien der anderen Vertragsparteien zuzugreifen, sofern dies zur Verfolgung einer Straftat erforderlich ist. Dieses Zugriffsrecht ist auf die Fundstellendatensätze nach Artikel 2 Abs. 2 beschränkt. Hierdurch ist gewährleistet, dass die anderen Vertragsparteien im Falle eines Treffers keine Daten erhalten, die den Betroffenen unmittelbar identifizieren könnten. Nach Satz 2 muss es sich bei der Anfrage um einen Einzelfall handeln (im Gegensatz zu dem Massenabgleich nach Artikel 4) und die Anfrage nach dem nationalen Recht der anfragenden Vertragspartei zulässig sein; ein Abruf müsste also in einem vergleichbaren innerdeutschen Fall zulässig sein. Dies richtet sich gemäß § 81g Abs. 5 der Strafprozessordnung (StPO) nach den einschlägigen Bestimmungen des Bundeskriminalamtgesetzes (BKAG).

Bei dem in Absatz 1 Satz 1 beschriebenen automatisierten Abrufverfahren wird automatisiert ein Vergleich zwischen einem DNA-Identifizierungsmuster, das bei der einen Vertragspartei vorliegt, mit den in den Datenbanken der anderen Vertragsparteien gespeicherten DNA-Identifizierungsmustern vorgenommen. Dabei wird das DNA-Identifizierungsmuster von der abrufenden Vertragspartei über eine sichere Verbindung an die DNA-Analyse-Datei(en) der empfangenden Partei(en) übermittelt und dort automatisiert (d. h. durch ein programmgesteuertes Verfahren ohne manuelle Zwischenschritte) mit den vorhandenen Fundstellendatensätzen verglichen. Im Anschluss an den Vergleich erhält die anfragende Vertragspartei ebenfalls automatisiert die Information, ob in der DNA-Analyse-Datei der empfangenden Vertragspartei ein Fundstellendatensatz vorhanden ist, der dem übermittelten DNA-Identifizierungsmuster der anfragenden Vertragspartei entspricht, oder nicht.

Welche Information die anfragende Vertragspartei nach der Durchführung des automatisierten Abgleichs erhält, ist in Absatz 2 geregelt. Satz 1 betrifft dabei den Fall, dass der Abgleich einen Treffer ergeben hat; hier wird lediglich mitgeteilt, dass ein Treffer vorliegt, sowie die Kennung des Datensatzes, mit dem eine Übereinstimmung festgestellt worden ist. Satz 2 gilt für den Fall, dass keine Übereinstimmung festgestellt werden kann.

#### Zu Artikel 4 – Automatisierter Abgleich von DNA-Profilen

Zur Ergänzung der nach Artikel 3 zulässigen Einzelfallanfrage gestattet Artikel 4 den Vertragsparteien, über ihre nationalen Kontaktstellen in einem Vorgang den gesamten Bestand ihrer offenen DNA-Spuren (Artikel 2 Abs. 2 Satz 4) mit den Fundstellendatensätzen der DNA-Analyse-Dateien der anderen Vertragsparteien abzugleichen. Auch hier ist nach Absatz 1 der Abgleich nur zur Verfolgung von Straftaten zulässig und nur dann, wenn die Übermittlung nach dem nationalen Recht der ersuchenden Vertragspartei vorgesehen ist.

Der automatisierte Abgleich folgt grundsätzlich demselben Muster wie der oben erläuterte automatisierte Abruf und ist ebenfalls nach Maßgabe des Artikels 39 Abs. 2 zu protokollieren. Im Falle eines oder mehrerer Treffer erhält der ersuchende Staat jedoch nicht nur die Information, dass ein Treffer vorliegt, sowie die Kennung des/der entsprechenden Fundstellendatensätze. Vielmehr werden nach Absatz 2 die Fundstellendatensätze übermittelt, bei denen sich eine Übereinstimmung ergeben hat, da für die ersuchende Vertragspartei andernfalls nicht feststellbar wäre, auf welche abgefragten DNA-Identifizierungsmuster sich die Treffer beziehen.

Die Niederlande haben bei der Unterzeichnung des Vertrags folgende Erklärung zu den Artikeln 3 und 4 abgegeben:

*„V. Das Königreich der Niederlande erklärt unter Bezugnahme auf Artikel 3 und 4, dass es davon ausgeht, dass das Vorgehen nach diesen Bestimmungen auf die gleiche Art und Weise abläuft in dem Sinne, dass die Vertragsparteien Zugang zu den Fundstellendatensätzen der niederländischen DNA-Analysedateien nach Artikel 2 Absatz 2 des Vertrags bekommen mit dem Recht, diese automatisiert mittels eines Vergleichs ihrer DNA-Profile mit den DNA-Profilen der niederländischen DNA-Analysedateien abzurufen, ungeachtet ob es sich dabei um den Vergleich eines Einzelfalls handelt oder nicht.“*

Durch diese Erklärung soll gewährleistet werden, dass sowohl der automatisierte Abruf (Artikel 3) als auch der automatisierte Abgleich (Artikel 4) von DNA-Identifizierungsmustern nach demselben technischen Verfahren verlaufen. Aus deutscher Sicht ist der Vertrag hinsichtlich der technischen Verfahren hinreichend genau, so dass eine solche Erklärung für nicht erforderlich gehalten worden ist.

#### Zu Artikel 5 – Übermittlung weiterer personenbezogener Daten und sonstiger Informationen

Artikel 5 stellt klar, dass sich die Übermittlung weiterer Informationen wie etwa der Name der gesuchten Per-

son im Falle eines Treffers wie bisher auch nach dem innerstaatlichen Recht der ersuchten Vertragspartei richtet. Dafür gelten insbesondere die Rechtshilfebestimmungen. Die Regelungen dieses Vertrags gelten also nicht mehr für das sich anschließende Rechtshilfeverfahren.

#### **Zu Artikel 6 – Nationale Kontaktstelle und Durchführungsvereinbarung**

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, zur Durchführung der Datenübermittlung eine nationale Kontaktstelle zu benennen. Die Benennung der Kontaktstelle hat zugleich mit der Übersendung der Ratifikationsurkunde zu erfolgen (Artikel 42 Abs. 1). Deutschland wird als nationale Kontaktstelle das Bundeskriminalamt benennen. Die automatisierten Abrufe und Abgleiche erfolgen ausschließlich über die nationalen Kontaktstellen. Hinsichtlich der Befugnisse der nationalen Kontaktstelle verweist der Vertrag auf das für sie geltende Recht.

Absatz 2 verweist zu Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des Verfahrens auf eine Durchführungsvereinbarung. In der Durchführungsvereinbarung werden insbesondere die Fragen der einheitlichen Datenformate, der Systeminfrastruktur und der Kommunikationsinfrastruktur zu regeln sein.

#### **Zu Artikel 7 – Gewinnung molekulargenetischen Materials und Übermittlung von DNA-Profilen**

Nach Artikel 7 unterstützen sich die Vertragsparteien im Rahmen der Rechtshilfe bei der Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials, sofern dem ersuchten Staat von einer sich in seinem Gebiet aufhaltenden Person kein DNA-Identifizierungsmuster vorliegt. In Deutschland fällt diese Form der Zusammenarbeit in die Zuständigkeit der Justizbehörden. Die Vorschrift entspricht inhaltlich den Regelungen des Artikels 10 Abs. 3 Satz 1 des Vertrags vom 10. November und 19. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten (BGBl. 2005 II S. 858) sowie des Artikels 10 Abs. 2 Satz 1 des Vertrags vom 2. März 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten (BT-Drucksache 16/57).

Nach Nummer 1 muss der ersuchende Staat angeben, zu welchem Zweck er die Maßnahme durchführen lassen möchte. Nummer 2 enthält die Regelungen zu der vom ersuchenden Staat vorzulegenden Untersuchungsanordnung oder der sie ersetzenden Erklärung. Außerdem müssen gemäß Nummer 3 die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials sowie die Übermittlung des gewonnenen DNA-Identifizierungsmusters (auch) nach dem Recht der ersuchten Partei vorliegen. Dass der ersuchende Staat ein Rechtshilfeersuchen nur dann stellen kann, wenn nach seinem Recht die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung des Materials vorliegen, ergibt sich schon aus den allgemeinen Regeln des Rechtshilferechts.

Die Kosten für die Gewinnung und Untersuchung des molekulargenetischen Materials und der Übermittlung des dabei gewonnenen DNA-Identifizierungsmusters werden gemäß Artikel 46 von der ersuchten Vertragspartei getragen. Dies entspricht dem in der internationalen Rechtshilfe gültigen Prinzip. Lediglich bei der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich gilt aufgrund der von beiden Staaten bei der Unterzeichnung des Vertrags unter Bezugnahme auf Artikel 46 Satz 2 abgegebenen Gemeinsamen Erklärung eine andere Regelung, so dass bei der Zusammenarbeit dieser beiden Staaten im Rahmen des Artikels 7 ausnahmsweise die ersuchende Vertragspartei die Kosten für die Gewinnung und Untersuchung des molekulargenetischen Materials und für die Übermittlung des dabei gewonnenen DNA-Identifizierungsmusters trägt.

#### **Zu Artikel 8 – Daktyloskopische Daten**

Parallel zu der Regelung in Artikel 2 Abs. 2 für den Bereich der DNA-Daten enthält Artikel 8 Bestimmungen zu den Fundstellendatensätzen im Bereich der daktyloskopischen Daten, die – in Verbindung mit Artikel 9 – gewährleisten, dass den anderen Vertragsparteien lediglich ein eingeschränktes Zugriffsrecht auf Fingerabdruckdateien eingeräumt wird. Der Begriff „daktyloskopische Daten“ umfasst Fingerabdrücke sowie nach dem Verständnis der Vertragsparteien Abdrücke von Hand- oder Fußflächen, also derjenigen Körperteile, die Papillarlinien aufweisen. Diese Papillarlinien sind bei jedem Menschen verschieden und ermöglichen die eindeutige Identifizierung eines Menschen. Satz 1 enthält dabei zunächst die Verpflichtung der Vertragsparteien sicherzustellen, dass zum gesamten Bestand ihrer automatisierten daktyloskopischen Identifizierungssysteme Fundstellendatensätze vorhanden sind, soweit diese Identifizierungssysteme zum Zweck der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten errichtet sind. Ausgeschlossen sind damit etwaige Identifizierungssysteme, die ausschließlich anderen Zwecken dienen. Die Sätze 2 und 3 legen den zulässigen Inhalt der Fundstellendatensätze fest, die lediglich die zu einer Person gehörenden daktyloskopischen Daten sowie eine Kennung enthalten dürfen. Bei Spurendatensätzen muss nach Satz 4 zusätzlich erkennbar sein, dass es sich um eine so genannte offene Spur handelt. In Deutschland wird beim Bundeskriminalamt für daktyloskopische Daten die Datei „Automatisiertes Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS)“ geführt.

#### **Zu Artikel 9 – Automatisierter Abruf von daktyloskopischen Daten**

Absatz 1 regelt das Verfahren beim automatisierten Abruf daktyloskopischer Daten. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Abrufs sowie das technische Verfahren selbst entsprechen den Regelungen zum automatisierten Abruf von DNA-Daten. Insoweit wird auf die Ausführungen zu Artikel 3 Abs. 1 verwiesen. Abweichend von den DNA-Daten ist nach Satz 1 der Zugriff jedoch sowohl zur Verfolgung als auch zur Verhinderung von Straftaten zulässig. Satz 2 erlaubt Anfragen nach daktyloskopischen Daten nur im Einzelfall und nur nach Maßgabe des nationalen Rechts der abrufenden Vertragspartei; ein Abruf müsste also in einem vergleich-

baren innerdeutschen Fall zulässig sein. Dies richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des Strafverfahrens- und des Polizeirechts.

Absatz 2 bestimmt, dass die endgültige Zuordnung eines daktyloskopischen Datums zu einem Fundstellendatensatz der Datei führenden Vertragspartei durch die abrufende nationale Kontaktstelle anhand der automatisiert übermittelten Fundstellendatensätze, die für die eindeutige Zuordnung erforderlich sind, erfolgt. Anders als bei DNA-Identifizierungsmustern ist es aufgrund des unterschiedlichen technischen Verfahrens nicht immer möglich, bereits beim ersten automatisierten Vergleich eine eindeutige Zuordnung des übermittelten daktyloskopischen Datums zu dem entsprechenden Fundstellendatensatz bei der empfangenden Vertragspartei vorzunehmen. Zur endgültigen Zuordnung kann es daher notwendig sein, mehrere annähernd übereinstimmende Fundstellendatensätze von der Datei führenden Partei an die abrufende Partei automatisiert zu übermitteln. Bei der abrufenden Vertragspartei erfolgt dann durch einen Daktyloskopen die eindeutige Zuordnung des daktyloskopischen Datums zu einem der übermittelten Fundstellendatensätze (Verifizierung).

Frankreich hat bei der Unterzeichnung des Vertrags folgende Erklärung zu Artikel 9 abgegeben:

*„IV. Die Französische Republik erklärt unter Bezugnahme auf Artikel 9, dass der Zugang zu Fundstellendatensätzen der Nationalen Fingerabdruckdateien (FAED) nach Artikel 9 auf der Grundlage des derzeitigen innerstaatlichen Rechts gewährt wird, um den zuständigen Dienststellen die Fahndung nach und die Identifizierung von Tätern bei Verbrechen und Vergehen oder den Vorbereitungshandlungen dazu sowie die Verfolgung von Straftaten zu erleichtern.“*

#### **Zu Artikel 10 – Übermittlung weiterer personenbezogener Daten und sonstiger Informationen**

Artikel 10 stellt – wie Artikel 5 im Bereich der DNA-Daten – klar, dass die Übermittlung weiterer Informationen wie etwa der Name der gesuchten Person im Falle eines Treffers wie bisher auch nach dem innerstaatlichen Recht der ersuchten Vertragspartei erfolgt. Im Bereich der Strafverfolgung zählen hierzu insbesondere die Rechtshilfebestimmungen. Die Regelungen dieses Vertrags gelten also nicht mehr für das sich anschließende Rechtshilfeverfahren.

#### **Zu Artikel 11 – Nationale Kontaktstelle und Durchführungsvereinbarung**

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, eine nationale Kontaktstelle zu benennen. Die Benennung hat zugleich mit der Übersendung der Ratifikationsurkunde zu erfolgen (Artikel 42 Abs. 1). Deutschland wird das Bundeskriminalamt als nationale Kontaktstelle benennen. Die automatisierten Abrufe erfolgen ausschließlich über die nationalen Kontaktstellen. Wegen der Befugnisse der nationalen Kontaktstelle verweist der Vertrag auf das für sie geltende Recht.

Absatz 2 verweist zu Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des Verfahrens auf eine Durchführungsvereinbarung. In der Durchführungsvereinbarung werden

insbesondere die Fragen der einheitlichen Datenformate, der Systeminfrastruktur und der Kommunikationsinfrastruktur zu regeln sein.

#### **Zu Artikel 12 – Automatisierter Abruf von Daten aus den Fahrzeugregistern**

Absatz 1 regelt die Voraussetzungen und das Verfahren des gegenseitigen direkten Zugriffs auf Daten aus Fahrzeugregistern. Im unmittelbaren Lesezugriff kann eine nationale Kontaktstelle anhand eines bekannten vollständigen Kfz-Kennzeichens oder einer vollständigen Fahrzeugidentifizierungsnummer Eigentümer- bzw. Halterdaten (in Deutschland nur Halterdaten) sowie Fahrzeugdaten aus den nationalen Fahrzeugregistern der anderen Vertragsparteien abrufen. Dieser Zugriff ist nur zulässig, wenn er zur Verhinderung oder Verfolgung einer Straftat, zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Verfolgung von solchen Verstößen erforderlich ist, die bei der abrufenden Vertragspartei in die Zuständigkeit der Gerichte oder Staatsanwaltschaften fallen.

Mit der Formulierung „Verfolgung von solchen Verstößen, die bei der abrufenden Vertragspartei in die Zuständigkeit der Gerichte oder Staatsanwaltschaften fallen,“ ist die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gemeint. Dabei gilt Artikel 12 nicht nur dann, wenn das Verfahren konkret bei der Staatsanwaltschaft oder bei Gericht anhängig ist, sondern in jedem Stadium des Verfahrens, sofern zu irgendeinem Zeitpunkt des Verfahrens (z. B. nach einem Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid) die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts bestehen kann. Die Einbeziehung der Ordnungswidrigkeiten erfolgte, weil die Einteilung in Ordnungswidrigkeiten und Straftaten jedenfalls im Bereich der – von Artikel 12 erfassten – im Straßenverkehr begangenen Taten bei den Vertragsparteien sehr uneinheitlich ist. Eine Begrenzung des Zugriffs auf Straftaten hätte daher dazu geführt, dass wegen derselben Tat in einem Fall ein Zugriff möglich wäre, in einem anderen Fall nicht – je nachdem, wo die Tat begangen worden ist. Sollte es bei der praktischen Anwendung des Vertrags zu Kapazitätsproblemen kommen, wird gleichwohl zu berücksichtigen sein, dass der Vertrag vorrangig der Bekämpfung von Straftaten dienen soll.

An Stelle der Formulierung „Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit“ spricht die niederländische Sprachfassung von der „Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“. Zwischen allen Vertragsparteien besteht jedoch Konsens darüber, dass bloße Verstöße gegen gesellschaftliche Konventionen keine Befugnis zum automatisierten Datenabruf nach Artikel 12 begründen.

Im Übrigen richtet sich die Zulässigkeit der Anfrage nach dem innerstaatlichen Recht der abrufenden Vertragspartei; ein Abruf müsste also in einem vergleichbaren innerdeutschen Fall zulässig sein. Dies richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des Straßenverkehrsgesetzes (StVG).

Absatz 2 Satz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, für eingehende Ersuchen eine nationale Kontaktstelle zu

benennen. Die Benennung hat zugleich mit der Übersendung der Ratifikationsurkunde zu erfolgen (Artikel 42 Abs. 1). Deutschland wird das Kraftfahrt-Bundesamt als nationale Kontaktstelle für eingehende Ersuchen benennen und das Bundeskriminalamt als nationale Kontaktstelle für ausgehende Ersuchen (Abrufe im Ausland). Die automatisierten Abrufe erfolgen ausschließlich über die nationalen Kontaktstellen. Wegen der Befugnisse der nationalen Kontaktstelle verweist der Vertrag auf das für sie geltende Recht.

Satz 2 verweist zu Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des Verfahrens auf eine Durchführungsvereinbarung. In der Durchführungsvereinbarung werden insbesondere die Fragen des Datenformats einschließlich des Datenumfanga, der zu nutzenden System- und Kommunikationsinfrastruktur sowie der Maßnahmen zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit zu regeln sein.

#### **Zu Artikel 13 – Übermittlung nicht personenbezogener Informationen**

Artikel 13 bezieht sich auf Großveranstaltungen mit grenzüberschreitendem Bezug. Die Vorschrift regelt in diesem Zusammenhang die Voraussetzungen der Übermittlung nicht personenbezogener Informationen sowohl auf Ersuchen eines Staates als auch ohne ein solches Ersuchen (so genannte „Spontanübermittlung“). Durch die Formulierung „zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ wird zum Ausdruck gebracht, dass eine Informationsübermittlung, vor allem eine Spontanübermittlung, allein zum Zweck der Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Ordnung nicht ausreicht. Nach Artikel 13 sind nicht nur Informationsübermittlungen an die Vertragspartei zulässig, auf deren Hoheitsgebiet das Großereignis stattfindet. Vielmehr können danach Informationen erforderlichenfalls auch an andere Vertragsparteien übermittelt werden (z. B. Transitstaaten). Für die Beurteilung, ob die Informationen für die andere Vertragspartei „erforderlich sein können“, ist die Sicht der übermittelnden Vertragspartei ausschlaggebend.

Nicht personenbezogene Informationen sind alle Informationen, die keine personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten enthalten, z. B. Informationen über Reiserouten sowie Transit- und Aufenthaltsorte von anreisenden Gruppen und die von ihnen benutzten Verkehrsmittel. Dieser allgemeine Informationsaustausch ist durch die Aufgabenzuweisung der handelnden Behörde gedeckt und bedarf keiner gesonderten Befugnisnorm.

Ein grenzüberschreitender Bezug liegt vor, wenn die Großveranstaltung in mindestens zwei Vertragsstaaten stattfindet oder eine größere Zahl von Teilnehmern aus anderen Vertragsstaaten zu der Veranstaltung anreist.

Als nicht abschließende Beispiele für Großveranstaltungen mit grenzüberschreitendem Bezug werden Veranstaltungen im Bereich des Sports und Tagungen des Europäischen Rates genannt. Unter den Begriff der Großveranstaltungen fallen weiter sonstige Veranstaltungen, an denen eine große Zahl von Menschen teilnimmt oder deren Teilnahme zu erwarten ist.

#### **Zu Artikel 14 – Übermittlung personenbezogener Daten**

Artikel 14 betrifft die Übermittlung personenbezogener Daten bei Großveranstaltungen mit grenzüberschreitendem Bezug sowohl auf als auch ohne vorheriges Ersuchen einer Vertragspartei.

Absatz 1 regelt die Voraussetzungen der Informationsübermittlung. Auch hier wird – wie bei Artikel 13 – durch die Formulierung „zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ zum Ausdruck gebracht, dass eine Informationsübermittlung, vor allem eine Spontanübermittlung, allein zum Zweck der Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Ordnung nicht ausreicht. Wie bei Artikel 13 können Informationen erforderlichenfalls auch an andere Vertragsparteien übermittelt werden (z. B. Transitstaaten), es sei denn, dass es lediglich Anhaltspunkte dafür gibt, dass die Betroffenen bei der Veranstaltung Straftaten begehen werden. Artikel 14 erfordert das Vorliegen einer konkreten Gefahr, so dass eine Datenübermittlung nur in nahem zeitlichen Zusammenhang zu dem bevorstehenden Großereignis zulässig ist. Ferner ist bestimmt, dass eine Datenübermittlung nach dem innerstaatlichen Recht der übermittelnden Vertragspartei zulässig sein muss.

Absatz 2 enthält eine besonders enge Verwendungsregelung. Danach dürfen die personenbezogenen Daten nur zu den in Absatz 1 genannten Zwecken und für das genau umschriebene Ereignis, für das sie mitgeteilt worden sind, verarbeitet werden (strikte Zweckbindung). Weiter wird ein späterer Lösungszeitpunkt festgelegt. Die engen Grenzen, die Absatz 2 der Verarbeitung der übermittelten Daten setzt, machen deutlich, dass die Daten schnellstmöglich zu löschen sind und insbesondere nicht für die Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung im Zusammenhang mit künftigen Großveranstaltungen gespeichert bleiben dürfen.

#### **Zu Artikel 15 – nationale Kontaktstelle**

Artikel 15 bestimmt, dass jede Vertragspartei zur Durchführung der Informationsübermittlungen nach den Artikeln 13 und 14 eine nationale Kontaktstelle benennt. Die Benennung hat zugleich mit der Übersendung der Ratifikationsurkunde zu erfolgen (Artikel 42 Abs. 1). Die Informationsübermittlungen erfolgen ausschließlich über die nationalen Kontaktstellen. Wegen der Befugnisse der nationalen Kontaktstelle verweist der Vertrag auf das für sie geltende nationale Recht.

#### **Zu Kapitel 3 – Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Straftaten**

In Kapitel 3 sind die speziellen Formen der Zusammenarbeit zur Verhinderung terroristischer Straftaten zusammengefasst. Dies sind:

- die Übermittlung von Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten gemäß Artikel 16 und
- die Zusammenarbeit im Bereich der Flugsicherheitsbegleiter gemäß Artikel 17 bis 19.

### Zu Artikel 16 – Übermittlung von Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten

Nach Absatz 1 ist die Übermittlung personenbezogener Daten und Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten im Einzelfall auch ohne Ersuchen möglich. Die Übermittlung erfolgt nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der übermittelnden Partei.

Terroristische Straftaten sind im Sinne der Bestimmungen der Artikel 1 bis 3 des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung zu verstehen. Die genannten Artikel definieren terroristische Straftaten, Straftaten im Zusammenhang mit einer terroristischen Vereinigung und Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten.

Wenn Absatz 1 die Zulässigkeit der Übermittlung personenbezogener Daten davon abhängig macht, dass „bestimmte Tatsachen“ die Annahme rechtfertigen, dass der Betroffene terroristische Straftaten begehen wird, so handelt es sich dabei um eine hohe Schwelle: Personenbezogene Daten dürfen erst und nur dann übermittelt werden, wenn bereits eine sichere Tatsachenbasis für die Prognose vorliegt.

Absatz 2 präzisiert die zu übermittelnden Daten und Informationen.

Absatz 3 bestimmt, dass jede Vertragspartei eine nationale Kontaktstelle benennt, deren Befugnisse sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht richten. Die Benennung hat zugleich mit der Übersendung der Ratifikationsurkunde zu erfolgen (Artikel 42 Abs. 1). Die Informationsübermittlungen erfolgen ausschließlich über die nationalen Kontaktstellen. Wegen der Befugnisse der nationalen Kontaktstelle verweist der Vertrag auf das für sie geltende nationale Recht.

Nach Absatz 4 kann die übermittelnde Behörde nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts für die empfangende Behörde verbindliche Bedingungen für die Verwendung der übermittelten Daten und Informationen durch die empfangende Behörde festlegen.

### Zu Artikel 17 – Flugsicherheitsbegleiter

In Absatz 1 wird festgestellt, dass es in der ausschließlichen Zuständigkeit der jeweiligen Vertragspartei liegt, ob sie Flugsicherheitsbegleiter in den in ihrem Hoheitsgebiet registrierten Luftfahrzeugen (im Folgenden: nationale Fluggesellschaften) einsetzt. Keine der Vertragsparteien wird durch den Vertrag verpflichtet, Flugsicherheitsbegleiter einzusetzen. Deutschland setzt seit Ende September 2001 Flugsicherheitsbegleiter ein. Dies gilt auch für Österreich und Frankreich.

Durch den Verweis auf die internationalen Luftfahrtabkommen und die sonstigen einschlägigen völkerrechtlichen Regeln wird weiter deutlich, dass durch diesen Vertrag keine eigene völkerrechtliche Grundlage zum Einsatz von Flugsicherheitsbegleitern geschaffen wird, sondern dass der Einsatz auf der Grundlage und im Rahmen des bestehenden internationalen Rechts erfolgt.

Bei der Unterzeichnung des Vertrags haben die Vertragsparteien folgende gemeinsame Erklärung abgegeben:

#### „I. Alle Vertragsparteien erklären gemeinsam

1. unter Bezugnahme auf Artikel 17 Absatz 1 des Vertrags, dass die Formulierung dieser Bestimmung nicht ihre Haltung in Bezug auf die Zuständigkeit des Staats des Halters oder des Eintragsstaats im Rahmen des Einsatzes von Flugsicherheitsbegleitern berührt;

...

Mit dieser Erläuterung wird nochmals klargestellt, dass es in der Souveränität der Vertragsstaaten liegt, ob sie Flugsicherheitsbegleiter bei ihren nationalen Fluggesellschaften einsetzen.

Aufgrund der Definition in Absatz 2 dürfen von den Vertragsparteien nur Polizeibeamte oder vergleichbare staatliche Bedienstete als Flugsicherheitsbegleiter im Rahmen des Vertrags eingesetzt werden. Damit ist der Einsatz von Angehörigen privater Sicherheitsunternehmen als Flugsicherheitsbegleiter ausgeschlossen.

Absatz 3 nennt die Bereiche, in denen Zusammenarbeit und Unterstützung erfolgen.

Absatz 4 behandelt das Vorgehen bei der Anmeldung der Flugsicherheitsbegleiter.

Für die bei der Anmeldung zu machenden Angaben verweist Absatz 5 Satz 1 auf die Anlage 1 zum Vertrag. Eine Änderung dieser Anlage kann nach Satz 2 durch eine gesonderte Vereinbarung erfolgen.

Für den Einsatz der Flugsicherheitsbegleiter gelten nicht die allgemeinen Haftungsregelungen des Artikels 30. Es sind die völkerrechtlichen Regelungen anzuwenden, die für Flugsicherheitsbegleiter gelten.

### Zu Artikel 18 – Mitführen von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen

Artikel 18 regelt als vorrangig anzuwendende Spezialvorschrift gegenüber der allgemeinen Bestimmung des Artikels 28 das Mitführen von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen durch die Flugsicherheitsbegleiter.

Nach Absatz 1 erteilt jede Vertragspartei auf Antrag den Flugsicherheitsbegleitern der anderen Vertragsparteien eine allgemeine Genehmigung zum Mitführen von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen, die sowohl an Bord des Luftfahrzeugs als auch in den nicht allgemein zugänglichen Sicherheitsbereichen der Verkehrsflughäfen der betreffenden Vertragspartei gilt.

Absatz 2 bestimmt weitere Auflagen für das Mitführen von Dienstwaffen und Munition.

Belgien hat zudem bei der Unterzeichnung des Vertrags folgende Erklärung zu Artikel 18 abgegeben:

#### „II. Das Königreich Belgien erklärt

...

2. unter Bezugnahme auf Artikel 18,

- a) dass immer eine ausdrückliche Genehmigung des Vertreters der belgischen Luftfahrtbehörde vorliegen muss, bevor ein Flugsicherheitsbegleiter ein Luftfahrzeug nach Artikel 18 Absatz 2 Nummer 1 mit Waffen oder Munition verlässt,
- b) dass beim Verlassen des Luftfahrzeugs diese Waffen und diese Munition einem Vertreter der belgischen Luftfahrtbehörde auszuhändigen

sind, der diese in einem geschlossenen Behälter zu dem Ort der Aufbewahrung begleitet,

- c) dass außerhalb des Luftfahrzeugs das Tragen von Waffen oder Munition durch Flugsicherheitsbegleiter untersagt ist;

...“

Durch diesen Vorbehalt spezifiziert Belgien die Möglichkeiten zum Mitführen von Dienstwaffen und Munition durch Flugsicherheitsbegleiter auf seinem Hoheitsgebiet.

#### **Zu Artikel 19 – Nationale Kontakt- und Koordinierungsstelle**

Artikel 19 bestimmt, dass jede Vertragspartei zur Durchführung der Aufgaben aus den Artikeln 17 und 18 eine nationale Kontakt- und Koordinierungsstelle benennt. Die Benennung hat zugleich mit der Übersendung der Ratifikationsurkunde zu erfolgen (Artikel 42 Abs. 1).

#### **Kapitel 4 – Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration**

Kapitel 4 sieht als Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration den Einsatz von Dokumentenberatern und die Unterstützung bei Rückführungen vor.

#### **Zu Artikel 20 – Dokumentenberater**

Artikel 20 gibt den Rahmen für den Einsatz von Dokumentenberatern vor.

Nach Absatz 1 treffen die Vertragsparteien Vereinbarungen zur Entsendung von Dokumentenberatern in Staaten, die als Ausgangs- oder Transitstaaten illegaler Migration eingestuft werden. Es wird Bezug genommen auf die Verordnung (EG) Nr. 377/2004 des Rates der Europäischen Union vom 19. Februar 2004. Mit dieser Verordnung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, im Bereich der Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen zusammenzuarbeiten.

Absatz 2 sieht die gegenseitige Information über entsprechende Erkenntnisse auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts vor.

Absatz 3 sieht die Möglichkeit der Koordinierung konkreter Maßnahmen durch eine Vertragspartei vor.

#### **Zu Artikel 21 – Aufgaben der Dokumentenberater**

Satz 1 umschreibt – nicht abschließend – die Aufgaben der Dokumentenberater wie Beratung und Schulung der Angehörigen

- der Auslandsvertretungen aller Vertragsparteien in Pass- und Visaangelegenheiten,
- von Beförderungsunternehmen sowie
- der für die grenzpolizeilichen Kontrollen zuständigen Behörden und Einrichtungen des Gastlandes.

In Satz 2 wird klargestellt, dass die Zuständigkeiten der Auslandsvertretungen und der mit grenzpolizeilichen Aufgaben betrauten Behörden unberührt bleiben. Hoheitliche Befugnisse stehen den Dokumentenberatern nach diesem Vertrag nicht zu.

#### **Zu Artikel 22 – Nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen**

Artikel 22 sieht vor, dass die Vertragsparteien nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen benennen. Die Benennung hat zugleich mit der Übersendung der Ratifikationsurkunde zu erfolgen (Artikel 42 Abs. 1).

#### **Zu Artikel 23 – Unterstützung bei Rückführungen**

Artikel 23 sieht drei Fälle der Unterstützung bei Rückführungen vor.

Absatz 1 erfasst

1. die Organisation von Sammelflügen zur Rückführung von Drittstaatenangehörigen und
2. die Unterstützung bei der Durchbeförderung im Rahmen von Rückführungsmaßnahmen auf dem Luftweg.

In diesen beiden Fällen bestehen Rechtsinstrumente der Europäischen Union, in denen die Mitgliedstaaten ausdrücklich aufgefordert werden, in diesen Bereichen zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen. Unter Berücksichtigung dieser Rechtsinstrumente unterstützen sich die Vertragsparteien.

Absatz 2 betrifft den (dritten) Fall der Rückführung von Personen auf dem Landweg durch das Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei (Gebietsstaat). Dieser Fall ist durch Rechtsvorschriften der EU nicht geregelt. Der Vertrag trifft keine Aussage darüber, ob in jedem Fall Beamte des Gebietsstaates bei der Rückführung zu beteiligen sind. Deutschland wird die Begleitung durch deutsche Beamte zur Bedingung für die Zulässigkeit der Rückführung über das deutsche Hoheitsgebiet auf dem Landweg machen.

Die bereits bestehenden Rückübernahmeabkommen mit der Republik Österreich (Abkommen vom 16. Dezember 1997 über die Rückübernahme von Personen an der Grenze, BGBl. 1998 II S. 80), mit der Französischen Republik (Abkommen vom 10. Februar 2003 über die Übernahme und Rückbeförderung von Personen an der Grenze, förmliche Bekanntmachung steht noch aus) und mit den Benelux-Staaten (Abkommen vom 17. Mai 1966 über die Übernahme von Personen an der Grenze (BAnz. Nr. 131 vom 19. Juli 1966) bleiben unberührt.

Absatz 3 betrifft die Einrichtung nationaler Kontaktstellen sowie Evaluierungstreffen von Sachverständigen. Die Benennung der nationalen Kontaktstellen hat zugleich mit der Übersendung der Ratifikationsurkunde zu erfolgen (Artikel 42 Abs. 1).

#### **Kapitel 5 – Weitere Formen der Zusammenarbeit**

Kapitel 5 enthält weitere Bestimmungen zu bestimmten Formen der Zusammenarbeit überwiegend zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und zur Verhinderung von Straftaten, teilweise jedoch auch im Rahmen der Strafverfolgung.

Die Bestimmungen des Kapitels orientieren sich an den Artikeln 19, 21, 22 und 7 des Vertrags vom 10. November und 19. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten

(D-Ö-ZV; BGBl. 2005 II S. 858) sowie des Vertrags vom 2. März 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten (D-NL-ZV; BT-Drucksache 16/57). Die Regelungen dieser bilateralen Verträge bleiben von dem vorliegenden Übereinkommen gemäß Artikel 47 Abs. 2 unberührt.

Die in den Artikeln 39 bis 47 SDÜ festgelegte polizeiliche Zusammenarbeit wird durch die Bestimmungen des Kapitels 5 nicht berührt.

Nach Artikel 42 Abs. 1 benennt jede Vertragspartei zugleich mit der Übermittlung der Ratifikationsurkunde die für Maßnahmen nach den Artikeln 24 bis 27 zuständigen Behörden und Beamten.

#### **Zu Artikel 24 – Gemeinsame Einsatzformen**

Artikel 24 lehnt sich an Artikel 19 des D-Ö-ZV und des D-NL-ZV an.

Absatz 1 ermöglicht den Einsatz operativer polizeilicher Handlungsformen, die dem Zweck dienen, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren und Straftaten zu verhindern. Neben den in Absatz 1 genannten gemeinsamen Streifen können insbesondere gemeinsam besetzte Kontroll-, Auswertungs- und Observationsgruppen zu diesen Formen polizeilichen Handelns gezählt werden, bei denen Vertreter von einer Vertragspartei oder mehreren Vertragsparteien unterstützend auf dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei mitwirken können. Dabei gelten für die Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse zusätzliche Voraussetzungen, die insbesondere in Absatz 2 geregelt sind.

Absatz 2 ermöglicht die Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse wie beispielsweise Identitätsfeststellungen. Nach Satz 1 kann dabei die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt (Gebietsstaat), entsprechend ihrer Rechtslage die Beamten der anderen Vertragsparteien entweder mit der Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse des Gebietsstaates betrauen (1. Alternative) oder diesen Beamten das Recht einräumen, die ihnen nach ihrem eigenen Recht zustehenden hoheitlichen Befugnisse auf dem Hoheitsgebiet des Gebietsstaates auszuüben (2. Alternative). Von welcher Möglichkeit eine Vertragspartei Gebrauch machen kann, richtet sich danach, was nach ihrem nationalen Recht vorgesehen und zulässig ist. In der Bundesrepublik Deutschland kommt daher nur in Betracht, den Beamten anderer Vertragsparteien die Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse nach deutschem Recht zu übertragen.

In beiden Fällen muss der Entsendestaat, also der Staat, aus dem der fremde Beamte kommt, seine Zustimmung zu dieser Übertragung bzw. Einräumung von Hoheitsrechten erteilen.

Die Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse im jeweiligen Gebietsstaat ist nach Satz 2 an die Leitung und die – zur Sicherstellung einer effektiven Sachleitung – in der Regel erforderliche Anwesenheit von Beamten des Gebietsstaates gebunden. Eine Ausnahme von dem Grundsatz, dass die Anwesenheit von Beamten des Gebietsstaates erforderlich ist, ist nur zulässig, wenn dadurch die effektive Sachleitung nicht in Frage gestellt

wird. Satz 3 macht deutlich, dass die entsandten Beamten dem Recht des Gebietsstaates unterliegen; ihr Handeln wird dem den Einsatz führenden Gebietsstaat zugerechnet.

Absatz 3 stellt die Weisungsgebundenheit der entsandten Beamten bei sämtlichen gemeinsamen Einsätzen klar.

Absatz 4 verweist hinsichtlich der praktischen Aspekte der Zusammenarbeit auf eine noch zu schließende Durchführungsvereinbarung.

#### **Zu Artikel 25 – Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr**

Artikel 25 lehnt sich an Artikel 21 des D-Ö-ZV und des D-NL-ZV an.

Artikel 25 sieht in Notsituationen zum Schutz von Leib oder Leben ein grenzüberschreitendes Tätigwerden von Beamten der Polizeibehörden ohne vorherige Zustimmung des Gebietsstaates vor.

Absatz 1 ermöglicht für den Ausnahmefall der Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben bei dringendem Bedarf die Grenzüberschreitung durch Polizeibeamte ohne vorherige Zustimmung des Gebietsstaates, um im grenznahen Bereich auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates (Gebietsstaat) die erforderlichen vorläufigen Gefahrenabwehrmaßnahmen zu treffen. Die Hilfe leistenden Beamten sind hinsichtlich der vorläufigen Maßnahmen zur Abwehr der gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben an das nationale Recht des Gebietsstaates gebunden.

Der Ausnahmecharakter grenzüberschreitender Gefahrenabwehrmaßnahmen im grenznahen Bereich wird durch die in Absatz 2 definierten engen Voraussetzungen des dringenden Bedarfs deutlich. Ein dringender Bedarf liegt nur dann vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von Beamten des Gebietsstaates oder auf die Herstellung eines Unterstellungsverhältnisses im Sinne des Artikels 24 Abs. 2 eine Verwirklichung der Gefahr droht.

Absatz 3 stellt sicher, dass die Gefahrenabwehrmaßnahmen auf dem fremden Hoheitsgebiet des Gebietsstaates nur so lange andauern dürfen, bis dieser die eigenen notwendigen Maßnahmen ergriffen hat. Der Gebietsstaat ist insoweit verpflichtet, unverzüglich tätig zu werden, sobald er durch die grenzüberschreitend eingreifenden Beamten des anderen Vertragsstaates unterrichtet worden ist. Auch die Unterrichtung des Gebietsstaates durch die grenzüberschreitend Hilfe leistenden Beamten hat unverzüglich zu erfolgen. Die grenzüberschreitend tätigen Beamten sind an die Weisungen des Gebietsstaates gebunden.

Die Absätze 4 und 5 legen die Anwendung des nationalen Rechts des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet gehandelt wird, und die den Gebietsstaat treffende Zurechnung der Maßnahmen der grenzüberschreitend tätigen Beamten fest. Die Stellen des jeweils anderen Vertragsstaates, die durch die grenzüberschreitend tätigen Beamten unverzüglich zu unterrichten sind, sind in einer gesonderten Vereinbarung festzulegen.



### Zu Artikel 26 – Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen

Artikel 26 lehnt sich an Artikel 22 des D-Ö-ZV und des D-NL-ZV an.

Satz 1 gestattet es den zuständigen Behörden der Vertragsparteien, sich bei Massenveranstaltungen und ähnlichen Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen nach Maßgabe des nationalen Rechts zu unterstützen.

Dies kann durch eine frühzeitige gegenseitige Unterstützung über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen (Nummer 1) oder eine Koordinierung von polizeilichen Maßnahmen bei grenzüberschreitenden Lagen (Nummer 2) geschehen.

Von besonderer Bedeutung ist die Nummer 3. Auf Ersuchen der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet der Unterstützungsfall eintritt, können dieser Spezialisten, Berater und Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung gestellt werden. Ob ein Unterstützungsfall vorliegt, ist von der Vertragspartei, die das entsprechende Ersuchen stellt, zu beurteilen.

Internationale Übereinkünfte der Vertragsparteien über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophenfällen einschließlich schwerer Unglücksfälle, auf die in Satz 2 am Ende verwiesen wird, bleiben unberührt. Für Deutschland bestehen bilaterale Hilfeleistungsabkommen mit den Anrainerstaaten Belgien (Abkommen vom 6. November 1980 über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, BGBl. 1982 II S. 1006), Frankreich (Abkommen vom 3. Februar 1977 über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, BGBl. 1980 II S. 33), Luxemburg (Abkommen vom 2. März 1978 über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, BGBl. 1981 II S. 445), den Niederlanden (Abkommen vom 7. Juni 1988 über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen, BGBl. 1992 II S. 198) und Österreich (Abkommen vom 23. Dezember 1988 über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, BGBl. 1992 II S. 206). In der Regel hat nach diesen Abkommen der Entsendestaat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Die Möglichkeit anderwertiger Vereinbarungen ist nach dem Abkommen mit den Niederlanden jedoch zulässig.

### Zu Artikel 27 – Zusammenarbeit auf Ersuchen

Artikel 27 lehnt sich an Artikel 7 des D-Ö-ZV und des D-NL-ZV an.

Artikel 27 regelt die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten auf Ersuchen. Für den Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit ist er der gegenseitigen Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe in Artikel 39 Abs. 1 SDÜ nachgebildet. Zu beachten ist, dass die Regelungen von Artikel 39 SDÜ, insbesondere in dessen Absatz 2, auf Informationsübermittlungen nach Artikel 27 weiter anwendbar sind.

Im Bereich der Verfolgung von Straftaten unterliegen die deutschen Polizeibehörden innerstaatlich auch bei Maßnahmen nach Artikel 27 der Sachleitung durch die

Staatsanwaltschaften. Die Bestimmung lässt die Vereinbarung über die Zuständigkeit im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (derzeitige Fassung vom 28. April 2004, BAAnz. S. 1: 494) unberührt.

In Absatz 2, der sich wegen des Verweises auf Artikel 39 SDÜ an die Polizeibehörden richtet, werden beispielhaft Sachverhalte für mögliche Hilfeleistungen aufgeführt; die Regelung ist nicht abschließend. Bei den unter Nummer 2 erwähnten Berechtigungen, die Führerschein und Schifferpatenten vergleichbar sind, handelt es sich um Berechtigungen zum Betrieb bzw. Führen von Straßen-, Luft- oder kleinen Wasserverkehrsmitteln. Unter Nummer 8 ist der Umfang der Hilfe durch Mitteilung polizeilicher Erkenntnisse sowie durch Auskünfte aus öffentlich zugänglichen behördlichen Datensammlungen geregelt. Darüber hinaus können nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts auch Auskünfte aus nicht öffentlich zugänglichen behördlichen Datensammlungen (Register, Dateien und sonstige Sammlungen) übermittelt werden (vgl. Nummer 124 Abs. 2 der Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten – RIVAST).

Absatz 3 trifft genauere Bestimmungen zum Verfahren im Fall der Unzuständigkeit einer ersuchten Behörde.

Anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags hat Belgien unter Bezugnahme auf Artikel 27 Abs. 3 erklärt, dass die Anwendung dieser Bestimmung die Zuständigkeit der Justizbehörden nicht beeinträchtigt. Diese Erklärung hat rein deklaratorische Wirkung. Eine entsprechende Erklärung Deutschlands war im Hinblick auf die ohnehin fortbestehende Sachleitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft nicht erforderlich.

## Kapitel 6 –

### Allgemeine Bestimmungen

Kapitel 6 enthält mit den allgemeinen Regelungen begleitende Bestimmungen für den Einsatz von Beamten.

### Zu Artikel 28 – Einsatz von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen

Absatz 1 gestattet den Beamten, die sich im Rahmen eines gemeinsamen Einsatzes im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei aufhalten, das Tragen der nationalen Dienstkleidung und das Mitführen der jeweils zugelassenen Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände. Nach Satz 3 kann jede Vertragspartei das Mitführen von bestimmten Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen untersagen.

Nach Absatz 2 Satz 1 dürfen die in Anlage 2 aufgeführten Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände nur im Fall von Notwehr und Nothilfe gebraucht werden. Einem darüber hinausgehenden Gebrauch kann der sachleitende Beamte des Gebietsstaates im Einzelfall nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zustimmen (Satz 2). Satz 3 stellt klar, dass die eigenen Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände im Übrigen nach Maßgabe des Rechts des Gebietsstaates eingesetzt werden dürfen.

Absatz 3 sieht vor, dass durch gesonderte Vereinbarung eine Änderung der Anlage 2 möglich ist.

Absatz 4 stellt die entsandten Beamten der Vertragsparteien hinsichtlich des Einsatzes von Kraftfahrzeugen bei Maßnahmen aufgrund dieses Vertrags nationalen Beamten gleich.

Absatz 5 bestimmt, dass die praktischen Aspekte des Einsatzes von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen in einer Durchführungsvereinbarung nach Artikel 44 geregelt werden.

Absatz 6 stellt klar, dass für den Einsatz von Flugsicherheitsbegleitern ausschließlich die Bestimmungen des Artikels 18 und nicht die Bestimmungen des Artikels 28 anzuwenden sind.

#### **Zu Artikel 29 – Schutz und Beistand**

Artikel 29 trägt der Tatsache Rechnung, dass die Möglichkeiten des entsendenden Staates eingeschränkt sind, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates den entsandten Beamten Schutz und Beistand zu gewähren. Daher wird der andere Vertragsstaat zu gleichem Schutz und Beistand gegenüber den entsandten Beamten wie gegenüber den eigenen Beamten verpflichtet.

#### **Zu Artikel 30 – Allgemeine Haftungsregelung**

Satz 1 verweist wegen der Haftung auf die Regelung des Artikels 43 SDÜ.

Nach Satz 2 gilt für die Haftung im Rahmen des Einsatzes von Flugsicherheitsbegleitern nicht der Verweis auf Artikel 43 SDÜ; die Haftung bestimmt sich in diesem Fall nach den allgemeinen Regelungen.

#### **Zu Artikel 31 – Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts**

Nach Artikel 31 sind die Beamten des anderen Vertragsstaates den Beamten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie tätig werden, in strafrechtlicher Hinsicht gleichgestellt, soweit in einem anderen Vertrag nicht etwas anderes vereinbart worden ist. Deutschland hat solche abweichenden Regelungen nicht getroffen.

#### **Zu Artikel 32 – Dienstverhältnisse**

Artikel 32 stellt klar, dass das Tätigwerden auf dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei nicht zu einer Änderung der sich aus dem Dienstverhältnis der Beamten ergebenden Rechte und Pflichten führt.

### **Kapitel 7 – Allgemeine Bestimmungen zum Datenschutz**

Die allgemeinen Bestimmungen zum Datenschutz in Kapitel 7 stellen zentrale Regelungen des Vertrags dar. Das Kapitel 7 ist dadurch gekennzeichnet, dass neben allgemein üblichen Vorschriften zum Datenschutz, die in weiten Teilen Parallelen zu Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Bundeskriminalamtgesetzes (BKAG) aufweisen, neue Regelungen geschaffen wurden, die der Besonderheit dieses Vertrags, nämlich dem Online-Zugriff auf Datenbanken, gerecht werden. Aufgrund des Online-Zugriffs („automatisierter Abruf“) auf die Datenbanken, sei es im Hit-

No-Hit-Verfahren auf Indexdatenbanken (DNA-Daten und daktyloskopische Daten), sei es vollständig (Fahrzeugregister), wurde ein spezielles Datenschutzregime entwickelt. Da das Verfahren des Online-Zugriffs keine vorherige Prüfung durch den Datei führenden Staat erlaubt, sind umfassende Maßnahmen für eine nachträgliche Kontrollmöglichkeit vorgesehen worden.

#### **Zu Artikel 33 – Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich**

Absatz 1 stellt – vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sprachgebräuche in den nationalen Rechtsordnungen der Vertragsstaaten – das einheitliche Verständnis zentraler datenschutzrechtlicher Begriffe sicher.

Nummer 1 lehnt sich an die Definitionen in Artikel 2 Buchstabe b der EG-Datenschutzrichtlinie 95/46/EG an. Anders als im deutschen Recht (§ 3 Abs. 4 Satz 1 BDSG) umfasst der Begriff der „Verarbeitung“ im Sinne des Vertrags mithin auch die Erhebung und die Nutzung.

Nummer 2 definiert den „automatisierten Abruf“ als den Direktzugriff auf eine automatisierte Datenbank einer anderen Stelle, der in der Weise erfolgt, dass ein Ersuchen um Übermittlung personenbezogener Daten („Anfrage“) vollständig automatisiert, also ohne menschliches Zutun, beantwortet wird. Die anfragende Stelle recherchiert also selbst unmittelbar in der Datenbank der anderen Stelle, indem sie einen Anfragedatensatz (der z. B. aus einem Fingerabdruck oder einem Kfz-Kennzeichen bestehen kann) elektronisch an die andere Stelle übermittelt und daraufhin einen automatisch generierten Antwortdatensatz (der je nach abgefragter Datenkategorie ein Fundstellendatensatz oder ein vollständiger Datensatz der in der Datenbank gespeicherten Daten sein kann) zurückerhält. Der Begriff „automatisierter Abruf“ wird mithin in demselben Sinne verstanden wie der in Artikel 92 Abs. 1 Satz 2 SDÜ verwendete Begriff „Abruf im automatisierten Verfahren“ und der im deutschen Recht verwendete Begriff „automatisiertes Abrufverfahren“ (siehe z. B. § 10 BDSG).

Nummer 3 definiert die Kennzeichnung personenbezogener Daten, insbesondere in Abgrenzung zur Sperrung: Die Kennzeichnung hat nicht das Ziel, die weitere Verarbeitung der markierten Daten durch technisch-organisatorische Maßnahmen einzuschränken, sondern ist lediglich ein Hinweis für denjenigen, der das gekennzeichnete Datum verarbeitet. Der Vertrag sieht eine Kennzeichnung von Daten vor, wenn der Betroffene die Richtigkeit der Daten bestreitet und sich die Richtigkeit oder Unrichtigkeit nicht feststellen lässt (Artikel 37 Abs. 2).

Nummer 4 definiert die Sperrung als besondere Art der Kennzeichnung personenbezogener Daten, nämlich als eine Markierung mit dem Ziel, die künftige Verarbeitung der Daten einzuschränken. Der Begriff wird mithin in demselben Sinne verwendet wie im deutschen Datenschutzrecht (siehe z. B. § 3 Abs. 4 Satz 2 Nr. 4 BDSG).

Absatz 2 stellt klar, dass die in den Kapiteln 2 bis 6 enthaltenen besonderen Datenschutzbestimmungen (z. B. Artikel 2 Abs. 2 Satz 2, Artikel 8 Satz 2, Artikel 12 Abs. 1 Satz 2 und 3, Artikel 14) für bestimmte Datenver-

arbeiten den für alle Datenverarbeitungen geltenden Artikeln 34 bis 41 vorgehen.

#### Zu Artikel 34 – Datenschutzniveau

Absatz 1 gewährleistet einen einheitlichen Mindeststandard an Datenschutz, den auch das SDÜ in seinen Artikeln 126, 127 und 129 als angemessen anerkennt, nämlich den durch das Übereinkommen des Europarats vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. 1985 II S. 538, 1134) garantierten Standard, aktualisiert diesen mit der Bezugnahme auf das Zusatzprotokoll aus dem Jahre 2001 zum Übereinkommen des Europarats vom 28. Januar 1981 und erstreckt ihn auf den Bereich der nicht automatisierten Datenverarbeitung.

Absatz 2 sichert mit dem Erfordernis der Umsetzung sämtlicher in Kapitel 7 enthaltener Bestimmungen in innerstaatliches Recht vor Beginn der Datenübermittlungen die Einhaltung des Datenschutzstandards. Besonders betont wird die Wichtigkeit des Datenschutzes bei der Anwendung des Vertrags durch die Tatsache, dass das Ministerkomitee nach Artikel 43 des Vertrags zunächst durch Beschluss festzustellen hat, ob die Vertragspartei, der Daten nach diesem Vertrag übermittelt werden sollen, die Datenschutzbestimmungen des Vertrags erfüllt. Besondere Bedeutung kommt der Entscheidung des Ministerkomitees in Bezug auf die in Artikel 39 Abs. 2 vorgesehenen spezifischen Protokollierungspflichten für den automatisierten Abruf aus Datenbanken zu: Während sich die Vertragsparteien in Bezug auf die konventionelle Datenübermittlung bereits in der bei der Unterzeichnung des Vertrags am 27. Mai 2005 abgegebenen Gemeinsamen Erklärung gegenseitig bestätigt haben, dass sie die Anforderungen nach Kapitel 7 im Wesentlichen erfüllen, kann der Beschluss des Ministerkomitees nach Artikel 34 Abs. 2 Satz 2 hinsichtlich automatisierter Abrufe erst herbeigeführt werden, wenn die erforderliche Protokollierungs-Software installiert ist.

#### Zu Artikel 35 – Zweckbindung

Artikel 35 regelt die Zweckbindung der nach dem Vertrag übermittelten Daten.

Absatz 1 bestimmt, dass die empfangende Vertragspartei die personenbezogenen Daten grundsätzlich nur zu den Zwecken verarbeiten darf, zu denen die Daten nach diesem Vertrag übermittelt worden sind. Der zulässige Übermittlungszweck ergibt sich aus der jeweiligen Einzelbestimmung im Vertrag, die die Übermittlung von Daten für die jeweilige Datenkategorie (DNA, daktyloskopische Daten, Fahrzeugregister) regelt.

So ist der zulässige Übermittlungszweck für DNA-Identifizierungsmuster im Wege des automatisierten Abrufs in Artikel 3 Abs. 1 Satz 1 des Vertrags festgelegt. Danach dürfen DNA-Identifizierungsmuster nur zum Zweck der Verfolgung von Straftaten automatisiert abgerufen, d. h. übermittelt werden. Dieselbe Zweckbindung gilt für den automatisierten Abgleich von DNA-Identifizierungsmustern nach Artikel 4 Abs. 1 Satz 1. Die zulässigen Zwecke des automatisierten Abrufs von daktyloskopischen Daten sind weiter als bei den DNA-Identifizierungsmustern: Nach Artikel 9 Abs. 1 Satz 1 werden als zulässige

Zwecke sowohl die Verfolgung als auch die Verhinderung von Straftaten anerkannt. Noch weiter gehend sind schließlich die Zwecke, zu denen die Vertragsparteien sich einander den Zugriff auf bestimmte Daten aus den nationalen Fahrzeugregistern nach Artikel 12 Abs. 1 Satz 1 des Vertrags gestatten. Diese Daten dürfen sowohl zum Zwecke der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten als auch zur Verfolgung solcher Verstöße, die bei der abrufenden Vertragspartei in die Zuständigkeit der Gerichte oder Staatsanwaltschaften fallen (Ordnungswidrigkeiten), sowie zum Zwecke der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit abgerufen werden.

Dieses Stufenverhältnis spiegelt die Einschätzung der Vertragsparteien wider, die diese den jeweils betroffenen Rechtsgütern bzw. der unterschiedlichen Intensität des jeweiligen Grundrechtseingriffs für den Betroffenen beigemessen haben. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Datenschutz durch Beschränkung der Verwendungsmöglichkeiten umso intensiver ausgestaltet wurde, je sensibler die betroffenen Daten nach Auffassung der Vertragsparteien sind.

Die Zulässigkeit einer zweckändernden Verwendung der übermittelten Daten macht Absatz 1 materiell davon abhängig, dass die Zweckänderung sowohl nach dem nationalen Recht der übermittelnden als auch nach dem nationalen Recht der empfangenden Vertragspartei zulässig ist. In formeller Hinsicht ist die Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei zu der zweckändernden Verwendung der Daten erforderlich.

Absatz 2 Satz 1 enthält als Spezialregelung zu Absatz 1 eine abschließende Aufzählung der Zwecke, für die die im Fall eines Abrufs oder Abgleichs von DNA-Identifizierungsmustern oder Abrufs daktyloskopischer Daten nach den Artikeln 3, 4 und 9 übermittelten Daten durch die abrufende bzw. abgleichende Partei verwendet werden dürfen. Eine Verwendung dieser Daten zu anderen Zwecken ist – auch mit Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei – nicht zulässig.

Entsprechend enthält Absatz 2 Satz 2 eine strikte Zweckbindungsregelung für die der Datei führenden Vertragspartei nach den Artikeln 3, 4 und 9 übermittelten Daten.

Für beide Vertragsparteien besteht danach u. a. die Möglichkeit – und nach Artikel 39 des Vertrags auch das Erfordernis – eine Protokollierung vorzunehmen.

Absatz 2 Satz 3 bezieht sich sowohl auf die Datei führende wie auf die anfragende Vertragspartei. Diese Vorschrift regelt, dass die übermittelten Daten nach Beendigung des Abgleichs oder nach der automatisierten Beantwortung der Anfrage unverzüglich zu löschen sind, soweit nicht die Weiterverarbeitung „zu den in Satz 1 Nummern 2 und 3“ genannten Zwecken erforderlich ist. Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 betrifft die nach Artikel 39 erforderliche Protokollierung. Diese ist durch beide Vertragsparteien vorzunehmen. Satz 1 Nr. 2 betrifft demgegenüber die Vorbereitung eines Amts- und Rechts-hilfeersuchens. Ein solches kann nach dem vom Vertrag vorgesehenen System der Information nur von der abrufenden bzw. abgleichenden Vertragspartei gestellt werden. Damit ist das Wort „und“ in der Textpassage „Satz 1 Nummern 2 und 3“ nicht kumulativ zu verstehen. Auf die abrufende/abgleichende Vertragspartei können die Ver-

arbeitungsweisen des Artikels 35 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 gleichzeitig zutreffen. Dies muss – insbesondere in dem Fall, dass kein Treffer vorliegt und dann kein Rechtshilfeersuchen gestellt wird – aber nicht sein. Für die Datei führende Vertragspartei kommt nur die Verarbeitung durch Protokollierung in Betracht.

Absatz 3 enthält – ebenfalls als Spezialregelung zu Absatz 1 und abweichend von § 43 Abs. 2 Satz 2 StVG – für Abrufe aus Fahrzeugregistern strikte Zweckbindungsvorschriften für die der Datei führenden und der anfragenden Vertragspartei übermittelten Daten. Eine Besonderheit gegenüber den übermittelten DNA-Identifizierungsmustern und daktyloskopischen Daten ergibt sich hierbei daraus, dass auf Fahrzeugregisterdaten von anderen Vertragsparteien im Wege eines Lesezugriffs in vollem Umfang zugegriffen werden kann. Damit entfällt zum einen das Erfordernis eines Rechtshilfeersuchens. Zum anderen sind damit für die anfragende Vertragspartei unmittelbar verwertbare Daten vorhanden. Es ist festgelegt, dass sie diese nur für das konkrete Verfahren verwenden darf, aufgrund dessen die Anfrage erfolgt ist.

Eine weitere Spezialregelung zu Absatz 1 enthält Artikel 14 Abs. 2.

#### Zu Artikel 36 – Zuständige Behörden

Artikel 36 knüpft durch die Verweisung auf Artikel 35 des Vertrags in gleicher Weise wie Artikel 35 Abs. 1 an die jeweiligen Zwecke der Datenübermittlung für die einzelnen Datenkategorien (DNA, daktyloskopische Daten, Daten aus Fahrzeugregistern) an. Die übermittelten personenbezogenen Daten dürfen nur durch die jeweils zuständigen Behörden verwendet werden. Damit wird auch in organisatorischer Hinsicht sichergestellt, dass die Grenzen, die Artikel 35 Abs. 1 zieht, gewahrt bleiben.

#### Zu Artikel 37 – Richtigkeit, Aktualität und Speicherdauer von Daten

Artikel 37 betrifft den Umgang mit Daten, die

- unrichtig übermittelt wurden,
- nicht hätten übermittelt oder empfangen werden dürfen,
- sich im Nachhinein als unrichtig herausstellen,
- aufgrund einer begründeten Annahme der empfangenden Stelle unrichtig oder zu löschen sein könnten,
- in ihrer Richtigkeit vom Betroffenen bestritten werden und deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit sich nicht feststellen lässt,
- rechtmäßig übermittelt wurden, aber für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht oder nicht mehr erforderlich sind oder
- rechtmäßig übermittelt wurden, hinsichtlich derer aber Höchstfristen für die Aufbewahrung abgelaufen sind.

An diese Tatbestände knüpft der Vertrag Rechtsfolgen, deren Grundgedanken sich sowohl an die §§ 32 und 33 BKAG als auch an § 20 BDSG anlehnen. Bei diesen Rechtsfolgen handelt es sich um Berichtigung, Löschung, Kennzeichnung und Sperrung.

Für bestimmte Fälle wird ausdrücklich Bezug auf das innerstaatliche Recht genommen. Dies sind die Kenn-

zeichnung, die Löschung nach Ablauf einer Höchstfrist sowie die Sperrung an Stelle einer Löschung.

Absatz 1 Satz 1 enthält zunächst die bereits in Artikel 5 Buchstabe d der Datenschutzkonvention des Europarats und Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe d der EG-Datenschutzrichtlinie betonte Verpflichtung, auf die Richtigkeit und Aktualität personenbezogener Daten zu achten.

Da es für die empfangende Vertragspartei vielfach schwierig sein wird, die Unrichtigkeit oder mangelnde Aktualität übermittelter Daten zu erkennen, verpflichtet

- Absatz 1 Satz 2 die übermittelnde Vertragspartei, die empfangende Vertragspartei unverzüglich zu informieren, sobald festgestellt wird, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind,
- Absatz 1 Satz 3 die empfangende Vertragspartei, die betreffenden Daten unverzüglich zu berichtigen bzw. – sofern die Daten nicht hätten übermittelt werden dürfen – zu löschen.

Absatz 1 Satz 4 enthält eine – von einer vorherigen Information durch die übermittelnde Stelle unabhängige – Berichtigungspflicht für den Fall, dass die empfangende Stelle von Amts wegen oder aufgrund eines Hinweises des Betroffenen feststellt, dass unrichtige Daten übermittelt oder übermittelte Daten nachträglich unrichtig geworden sind.

Absatz 1 Satz 5 verpflichtet die empfangende Stelle, die übermittelnde Stelle unverzüglich zu informieren, sobald sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die übermittelten Daten unrichtig oder zu löschen sind.

Absatz 2 betrifft das Erfordernis der Kennzeichnung von Daten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts in Fällen, in denen der Betroffene die Richtigkeit der Daten bestritt und in denen sich die Richtigkeit oder Unrichtigkeit nicht feststellen lässt. Diese Regelung entspricht der Regelung in § 33 Abs. 1 Satz 2 BKAG.

Nach Absatz 3 Satz 1 sind unrechtmäßig übermittelte oder unrechtmäßig empfangene Daten zu löschen.

Absatz 3 Satz 2 Nr. 1 bestimmt, dass rechtmäßig übermittelte und empfangene Daten zu löschen sind, wenn sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht oder nicht mehr erforderlich sind. Bei ohne Ersuchen übermittelten Daten besteht eine Prüfpflicht der empfangenden Stelle, ob die Daten für den der Übermittlung zu Grunde liegenden Zweck erforderlich sind.

Nach Absatz 3 Satz 2 Nr. 2 sind rechtmäßig übermittelte und empfangene Daten zudem nach Ablauf einer im nationalen Recht der übermittelnden Vertragspartei vorgesehenen Höchstfrist für die Aufbewahrung von Daten zu löschen, wenn die empfangende Stelle bei der Übermittlung auf eine solche Höchstfrist, wie sie beispielsweise in § 32 Abs. 4 Satz 5 BKAG geregelt ist, hingewiesen hat.

Absatz 3 Satz 3 regelt, dass nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts an Stelle einer Löschung eine Sperrung von Daten erfolgt, wenn es Grund zu der Annahme gibt, dass durch eine Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Diese Regelung entspricht § 20 Abs. 3 Nr. 2 BDSG und § 32 Abs. 2 Nr. 1 BKAG. Gesperrte Daten dürfen nur noch für

den Zweck, für den die Löschung unterblieben ist, übermittelt oder genutzt werden (Absatz 3 Satz 4), was der Bestimmung des § 32 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 1 BKAG entspricht; im Verhältnis zu § 20 Abs. 7 BDSG stellt Absatz 3 Satz 4 die speziellere Regelung dar.

#### **Zu Artikel 38 – Technische und organisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit**

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, wirksame technische und organisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit zu treffen (vgl. Artikel 7 der Datenschutzkonvention des Europarats, § 9 BDSG).

Absatz 2 bestimmt, dass die Einzelheiten der technischen Ausgestaltung des automatisierten Abrufverfahrens in einer noch abzuschließenden Durchführungsvereinbarung zu regeln sind, und enthält einige wesentliche Vorgaben für diese Durchführungsvereinbarung (insbesondere Anwendung von Verschlüsselungs- und Authentifizierungsverfahren im Falle der Nutzung allgemein zugänglicher Netze, Kontrolle der Zulässigkeit der Abrufe).

#### **Zu Artikel 39 – Dokumentation und Protokollierung, besondere Vorschriften zur automatisierten und nicht automatisierten Übermittlung**

Artikel 39 soll eine wirksame Kontrolle der im Rahmen des Vertrags erfolgenden Datenübermittlungen gewährleisten.

Die Absätze 1 und 2 betreffen die Art und Weise sowie den Umfang der Dokumentation nicht automatisierter Datenübermittlungen und -erhebungen (Absatz 1) sowie die Protokollierung automatisierter Datenabrufe und -abgleiche (Absatz 2), die durch die Vertragsstaaten sicherzustellen sind. Aussagefähige Dokumentationen bzw. Protokolle der stattgefundenen Datenverarbeitungen dienen der effektiven Datenschutzkontrolle.

Der im Vergleich zu anderen Bestimmungen des Vertrags hohe Detaillierungsgrad der Protokollierungsregelungen trägt insbesondere den Besonderheiten des Online-Zugriffs Rechnung.

Die Dokumentation und die Protokollierung haben jeweils sowohl bei der abrufenden Vertragspartei als auch bei der Datei führenden Vertragspartei zu erfolgen. Die einzelnen Datenverarbeitungsvorgänge sind nicht lediglich stichprobenartig, sondern vollständig zu dokumentieren bzw. zu protokollieren („Vollprotokollierung“). Auch der Umfang der im Einzelfall zu dokumentierenden bzw. zu protokollierenden Daten ist für die beiden an einer Übermittlung beteiligten Vertragsparteien nahezu identisch. Hierdurch wird ein besonders hohes Maß an Nachverfolgbarkeit und Kontrollmöglichkeiten geschaffen („doppelte Dokumentation“/„doppelte Protokollierung“).

Nach Absatz 2 Satz 3 sind bei automatisierten Abrufen auch der Anlass der Anfrage oder Übermittlung sowie die Kennungen des den Abruf oder den Abgleich durchführenden und des den Abruf oder den Abgleich veranlassenden Beamten zu protokollieren, um der Datenschutzkontrolle die Rückverfolgung des Abrufs

bis hin zu dem Beamten, der die übermittelten Informationen letztlich benötigt hat, zu ermöglichen. Nur auf diese Weise kann zuverlässig nachvollzogen werden, ob keine zweckwidrige Verwendung der Daten stattgefunden hat. Die Protokollierung hat durch die anfragende Stelle zu erfolgen. Insoweit liegt im Fall des automatisierten Abrufs von Daten aus den Fahrzeugregistern eine Abweichung von § 37a Abs. 3 Satz 2 StVG in Verbindung mit § 36 Abs. 7 Satz 1 StVG vor, wonach die Aufzeichnung des Anlasses eines Abrufs und der für den Abruf verantwortlichen Person durch das Kraftfahrt-Bundesamt vorgesehen ist.

Die Absätze 3 bis 5 regeln die Durchführung der Kontrolle. Sie beziehen sich ihrem Wortlaut nach ausschließlich auf „Protokolldaten“ und damit nur auf solche Daten, die automatisiert abgerufen oder abgegriffen worden sind.

In Absatz 3 wird eine strikte Zweckbindung für die protokollierten Daten festgelegt (Satz 2), die als spezielle Regelung den Bestimmungen in § 37a Abs. 3 Satz 2 StVG in Verbindung mit § 36 Abs. 6 Satz 2 und 3 StVG für den automatisierten Abruf von Daten aus den Fahrzeugregistern vorgeht. Darüber hinaus wird eine Höchstfrist für die Mitteilung der Daten nach einem entsprechenden Ersuchen der für die Datenschutzkontrolle zuständigen Stelle bestimmt, die auch bei einem Ersuchen einer Kontrollstelle eines anderen Vertragsstaates eingehalten werden muss (Satz 1).

Absatz 4 regelt den Schutz der protokollierten Daten und die Aufbewahrungsfrist, die – abweichend von § 37a Abs. 3 Satz 2 StVG in Verbindung mit § 36 Abs. 6 Satz 4 StVG – zwei Jahre beträgt.

Die Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Übermittlung oder der Erhebung personenbezogener Daten obliegt nach Absatz 5 Satz 1 den nach nationalem Recht für die Datenschutzkontrolle zuständigen unabhängigen Stellen, an die sich jeder Betroffene nach näherer Maßgabe des nationalen Rechts wenden kann (Absatz 5 Satz 2). Nach Absatz 5 Satz 3 sind die Kontrollstellen und die Daten verarbeitenden Stellen verpflichtet, die Rechtmäßigkeit der Datenübermittlungen und -erhebungen nicht nur auf Antrag eines Betroffenen, sondern – stichprobenartig – auch von Amts wegen zu überprüfen. Absatz 5 Satz 4 und 5 regelt die Aufbewahrung der Ergebnisse der Kontrolltätigkeit. Absatz 5 Satz 6 und 7 regelt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der für die Datenschutzkontrolle zuständigen Stellen der Vertragsparteien und verpflichtet diese Stellen zu gegenseitiger Unterstützung.

#### **Zu Artikel 40 – Rechte der Betroffenen auf Auskunft und Schadensersatz**

Absatz 1 bestimmt in Anlehnung an Artikel 8 der Datenschutzkonvention des Europarats, Artikel 1 des Zusatzprotokolls vom 8. November 2001 zu dieser Konvention sowie die Artikel 12 und 28 Abs. 4 der EG-Datenschutzrichtlinie, dass ein Betroffener in Bezug auf die zu seiner Person verarbeiteten Daten Anspruch auf Auskunft, Berichtigung unrichtiger Daten und Löschung unzulässigerweise gespeicherter Daten hat (Satz 1 und 2). Die Berichtigung und die Löschung richten sich nach dem Recht, das für die Stelle gilt, die die Daten

jeweils speichert. Weiter ist bestimmt, dass der Betroffene die Möglichkeit haben muss, sich im Falle einer Verletzung seiner Datenschutzrechte sowohl an ein Gericht als auch an eine unabhängige Kontrollstelle im Sinne von Artikel 28 der EG-Datenschutzrichtlinie zu wenden sowie Schadensersatz oder Abhilfe anderer Art gerichtlich durchzusetzen (Satz 3). Hervorzuheben ist, dass der Auskunftsanspruch nach Artikel 40 Abs. 1 Satz 1 des Vertrags – insoweit über die Auskunftsansprüche nach der Datenschutzkonvention des Europarats hinausgehend – auch das Recht umfasst, Auskunft über die Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung zu erhalten, und dass die Vertragsparteien den Auskunftsanspruch in ihrem nationalen Recht zwar näher ausgestalten und von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen, aber nicht generell ausschließen können. Die Ausschlussgründe nach § 12 Abs. 5 BKAG in Verbindung mit § 19 Abs. 4 BDSG bleiben folglich unberührt.

Absatz 2 Satz 1 ermöglicht einem Betroffenen, der durch die Verarbeitung von nach dem Vertrag übermittelten Daten geschädigt worden ist, die Geltendmachung des Schadens, der ihm durch die Verarbeitung unrichtiger Daten entstanden ist: Der Betroffene kann seinen Schadensersatzanspruch gegenüber der Stelle geltend machen, die die Daten empfangen hat, ohne dass diese sich ihm gegenüber darauf berufen könnte, dass nicht sie, sondern die übermittelnde Stelle für die Unrichtigkeit der Daten verantwortlich ist. Satz 2 legt insoweit einen Regressanspruch der empfangenden Stelle gegen die übermittelnde Stelle fest.

#### **Zu Artikel 41 – Auskunft auf Ersuchen der Vertragsparteien**

Nach Artikel 41 hat die empfangende Vertragspartei die übermittelnde Vertragspartei auf Anfrage über die Verarbeitung der Daten und das dadurch erzielte Ergebnis zu informieren. Der Anspruch besteht zwar in erster Linie im Interesse der übermittelnden Stelle selbst, kann von dieser aber auch im Interesse eines Betroffenen geltend gemacht werden, damit dieser sich nicht selbst an die empfangende ausländische Stelle wenden muss.

#### **Zu Kapitel 8 – Durchführungs- und Schlussbestimmungen**

In Kapitel 8 sind die Bestimmungen zusammengefasst, die das Inkrafttreten, die Umsetzung, die Anwendung und die Kündigung des Vertrags regeln.

#### **Zu Artikel 42 – Erklärungen**

Absatz 1 bestimmt, dass zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde jede Vertragspartei die für die Anwendung dieses Vertrags zuständigen Behörden benennt. Die Anwendungsfälle sind enumerativ aufgeführt.

Nach Absatz 2 können solche Erklärungen jederzeit durch Erklärung gegenüber dem Verwahrer geändert werden. Die Änderungserklärung wird mit dem Tag des Eingangs beim Verwahrer wirksam.

#### **Zu Artikel 43 – Ministerkomitee**

Nach Artikel 43 werden die erforderlichen Entscheidungen über die Umsetzung und Anwendung des Vertrags durch einstimmigen Beschluss aller Vertragsparteien durch ein Ministerkomitee getroffen. Deutschland wird durch den Bundesminister oder die Bundesministerin des Innern und den Bundesminister oder die Bundesministerin der Justiz im Ministerkomitee vertreten werden.

Wesentliche Bedeutung kommt dem Ministerkomitee bei Feststellung der Erfüllung der Voraussetzungen zur Übermittlung personenbezogener Daten gemäß Artikel 34 Abs. 2 Satz 2 des Vertrags zu.

#### **Zu Artikel 44 – Durchführungsvereinbarungen**

Nach Artikel 44 können die zuständigen Stellen der Vertragsparteien Vereinbarungen zur Durchführung dieses Vertrags treffen. Vorrangig wird es sich um organisatorische und technische Spezifikationen handeln.

#### **Zu Artikel 45 – Räumlicher Geltungsbereich**

Gemäß Artikel 45 gilt dieser Vertrag für die Niederlande und Frankreich ausschließlich für die in Europa gelegenen Teile ihres Territoriums. Für die übrigen Vertragsparteien gilt der Vertrag für das gesamte Hoheitsgebiet.

Dem Vertrag neu beitretende EU-Mitgliedstaaten können Einschränkungen des räumlichen Geltungsbereichs durch die Abgabe einer Erklärung gemäß Artikel 51 Abs. 2 Satz 2 vornehmen.

Bei der Unterzeichnung des Vertrags hat Spanien folgende einseitige Erklärung abgegeben:

*„III. Das Königreich Spanien erklärt unter Bezugnahme auf Artikel 45 Satz 1, dass es die Ansicht vertritt, dass auf den Vertrag die „Regelung betreffend die Behörden Gibraltars im Rahmen der Instrumente der EU und EG sowie verbundener Verträge“ vom 19. April 2000 nach Maßgabe der Bestimmung ihrer Nummer 5 anwendbar ist.“*

Die Erklärung enthält keine besondere Bestimmung für diesen Vertrag, sondern eine Anpassung an die entsprechende Erklärung, die Spanien auch im Bereich der Europäischen Union abgegeben hat.

#### **Zu Artikel 46 – Kosten**

Artikel 46 bestimmt, dass jede Vertragspartei die ihren Stellen aus der Anwendung des Vertrags entstehenden Kosten trägt (Satz 1), abweichende Regelungen in besonderen Fällen aber möglich sind (Satz 2).

Österreich und Deutschland haben – wie bereits im Rahmen der Ausführungen zu Artikel 7 erläutert – von der Möglichkeit des Satzes 2 Gebrauch gemacht und für Kosten, die im Rahmen der Leistung von Rechtshilfe nach Artikel 7 anfallen, eine abweichende Regelung getroffen.

#### **Zu Artikel 47 – Verhältnis zu anderen zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften**

Mit Absatz 1 wird ausdrücklich klargestellt, dass das Recht der Europäischen Union auch im Hinblick auf seine zukünftigen Weiterentwicklungen Vorrang genießt. Über-

dies ist die Möglichkeit vorgesehen, auf Änderungen im rechtlichen Rahmen der Europäischen Union zu reagieren und den Vertrag gegebenenfalls diesen Änderungen anzupassen.

Absatz 2 beinhaltet eine Kollisionsregel in Bezug auf bestehende zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien. Nach den Sätzen 1 und 2 bleiben diese Verträge unberührt, so dass die Regelungen daraus weiterhin anwendbar sind. Im Fall der Unvereinbarkeit dieses Vertrags mit Rechten oder Verpflichtungen aus bestehenden Übereinkünften gelten nach Satz 3 die Regelungen dieses Vertrags.

#### **Zu Artikel 48 – Ratifikation, Annahme, Genehmigung**

Nach Satz 1 bedarf der Vertrag der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die entsprechenden Urkunden sind beim Verwahrer zu hinterlegen (Satz 2). Weiter ist geregelt, dass anlässlich der Hinterlegung der genannten Urkunden eine Erklärung zum räumlichen Geltungsbereich abgegeben werden kann (Satz 3; siehe auch die Ausführungen zu Artikel 45).

#### **Zu Artikel 49 – Verwahrer**

Nach Artikel 49 hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer die Pflicht, unverzüglich Ratifikationen, Annahmen, Genehmigungen, Beitritte, Vorbehalte und Kündigungen sowie alle sonstigen Erklärungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag den anderen Vertragsparteien zu notifizieren und den Vertrag beim Sekretariat der Vereinten Nationen gemäß Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen registrieren zu lassen.

Weiter hinterlegt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Urschrift des Vertrags im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und übermittelt jedem Unterzeichnerstaat und beitretenden Staat eine beglaubigte Abschrift.

#### **Zu Artikel 50 – Inkrafttreten**

Nach Absatz 1 tritt der Vertrag 90 Tage nach Hinterlegung der zweiten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde zwischen den Vertragsparteien in Kraft, die ihn ratifiziert haben. Für die anderen Vertragsparteien ist bestimmt, dass der Vertrag jeweils 90 Tage nach Hinterlegung ihrer entsprechenden Urkunden in Kraft tritt.

#### **Zu Artikel 51 – Beitritt**

Artikel 51 trifft Regelungen zum Beitritt anderer EU-Mitgliedstaaten.

Absatz 1 drückt dabei – wie auch der zweite Erwägungsgrund der Präambel sowie Artikel 1 Abs. 2 – als wesentliches Prinzip dieses Vertrags aus, dass er allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum Beitritt offen steht (Satz 1). Weiter ist in Satz 2 geregelt, dass der Vertrag, die Gemeinsame Erklärung der Vertragsparteien bei der Unterzeichnung, die Durchführungsvereinbarungen gemäß Artikel 44 und die sonstigen Vereinbarungen zu diesem Vertrag mit ihrem Beitritt für die neu beitretenden Staaten verbindlich werden.

Auf neu beitretende Staaten findet die Feststellung zum Datenschutz in der Gemeinsamen Erklärung zu Artikel 34 Abs. 2 Satz 2, die Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und Österreich aus Anlass der Unterzeichnung des Vertrags am 27. Mai 2005 abgegeben haben, jedoch keine Anwendung.

Absatz 2 bestimmt, dass die Beitrittsurkunden der beitretenden Staaten beim Verwahrer hinterlegt werden und anlässlich der Hinterlegung dieser Urkunde eine Erklärung zum räumlichen Geltungsbereich abgegeben werden kann.

Nach Absatz 3 tritt der Vertrag für beitretende EU-Mitgliedstaaten 90 Tage nach Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde in Kraft, jedoch frühestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags nach Artikel 50.

#### **Zu Artikel 52 – Kündigung**

Nach Artikel 52 kann der auf unbestimmte Zeit geschlossene Vertrag durch eine auf diplomatischem Weg an den Verwahrer gerichtete Notifikation gekündigt werden, wobei die Kündigung binnen sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam wird.

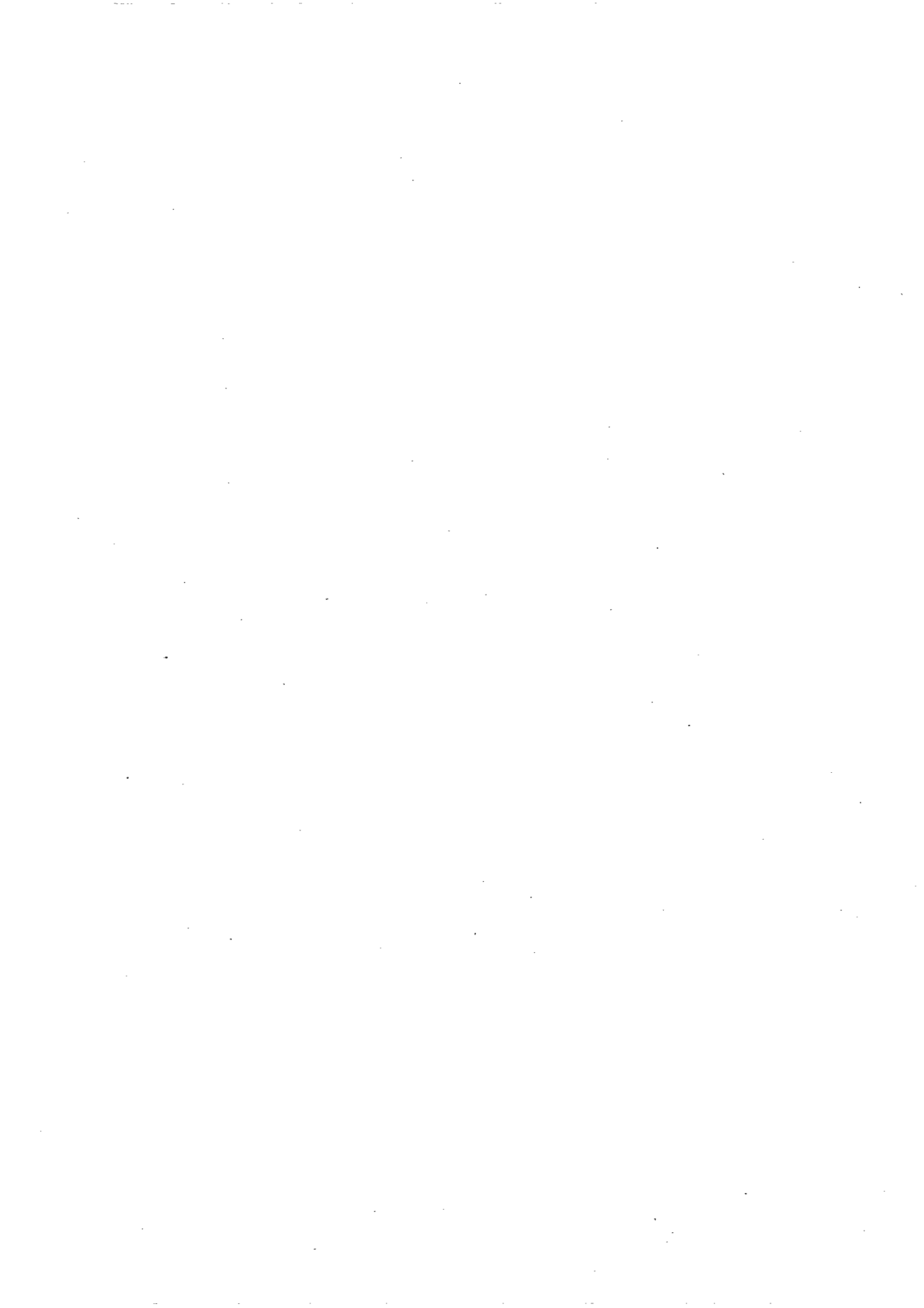
#### **Zu den Anlagen**

##### **Zu Anlage 1**

Anlage 1 enthält die nach Artikel 17 Abs. 5 des Vertrags notwendigen Angaben zur schriftlichen Anmeldung des Einsatzes der Flugsicherheitsbegleiter. Durch eine gesonderte Vereinbarung können die Vertragsparteien eine Änderung der Anlage 1 vereinbaren.

##### **Zu Anlage 2**

Anlage 2 benennt Dienstwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände im Sinne des Artikels 28 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Vertrags.





Vertrag  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Königreich der Niederlande  
über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit  
und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

Verdrag  
tussen de Bondsrepubliek Duitsland  
en het Koninkrijk der Nederlanden  
inzake de grensoverschrijdende politie samenwerking  
en de samenwerking in strafrechtelijke aangelegenheden

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
das Königreich der Niederlande

– im Folgenden als „Vertragsstaaten“ bezeichnet –

im Bestreben, durch partnerschaftliche Zusammenarbeit der internationalen Kriminalität sowie grenzüberschreitenden Gefahren wirksamer zu begegnen,

im Bestreben, die Zusammenarbeit zwischen den vertragsschließenden Parteien zu fördern, und fest entschlossen, die Möglichkeiten grenzüberschreitenden Handelns zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung und der strafrechtlichen Zusammenarbeit zu erweitern,

in der Überlegung, dass es wünschenswert ist, den Informationsaustausch zwischen den vertragsschließenden Parteien zu intensivieren sowie die Zusammenarbeit beim Einsatz von Mitteln zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie im Rahmen der Verhinderung und der Verfolgung von Straftaten zu verstärken,

In Ergänzung

- des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (im Folgenden als „SDÜ“ bezeichnet) sowie des darauf aufbauenden, in die Europäische Union einbezogenen Schengener Besitzstandes,
- des Europäischen Übereinkommens von Straßburg vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen,
- des Vertrages von Wittem vom 30. August 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung,
- des Zusatzprotokolls von Straßburg vom 17. März 1978 zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen,
- des 2. Zusatzprotokolls von Straßburg vom 8. November 2001 zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen,
- des Übereinkommens von Brüssel vom 29. Mai 2000 – gemäß Artikel 34 des Vertrages über die Europäische Union vom Rat

De Bondsrepubliek Duitsland  
en

het Koninkrijk der Nederlanden

– hierna te noemen: “de Verdragsluitende Staten” –

in het streven de internationale criminaliteit alsmede grensoverschrijdende gevaren door samenwerking als partners effectiever het hoofd te bieden,

in het streven de samenwerking tussen de Verdragsluitende Staten te bevorderen en vastbesloten de mogelijkheden van een grensoverschrijdend optreden ter handhaving van de openbare orde en veiligheid en de mogelijkheden tot strafrechtelijke samenwerking te vernemen,

overwegende dat het wenselijk is de uitwisseling van informatie tussen de Verdragsluitende Staten te intensiveren alsmede de samenwerking bij de inzet van middelen ter handhaving van de openbare orde en veiligheid alsmede in het kader van de voorkoming en opsporing van strafbare feiten te versterken,

ter aanvulling op:

- de op 19 juni 1990 te Schengen tot stand gekomen Overeenkomst ter uitvoering van het op 14 juni 1985 te Schengen gesloten Akkoord betreffende de geleidelijke afschaffing van de controles aan de gemeenschappelijke grenzen (hierna te noemen: SUO) alsmede ter aanvulling op de hierop gebaseerde, in de Europese Unie ingevoerde verworvenheden van Schengen;
- het op 20 april 1959 te Straatsburg tot stand gekomen Europees Verdrag aangaande de wederzijdse rechtshulp in strafzaken;
- de op 30 augustus 1979 te Wittem tot stand gekomen Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden betreffende de aanvulling en het gemakkelijken van de toepassing van het Europees Verdrag aangaande de wederzijdse rechtshulp in strafzaken van 20 april 1959;
- het op 17 maart 1978 te Straatsburg tot stand gekomen Aanvullende Protocol bij het Europees Verdrag aangaande de wederzijdse rechtshulp in strafzaken;
- het op 8 november 2001 te Straatsburg tot stand gekomen Tweede Aanvullende Protocol bij het Europees Verdrag aangaande de wederzijdse rechtshulp in strafzaken;
- de op 29 mei 2000 te Brussel tot stand gekomen Overeenkomst, door de Raad vastgesteld overeenkomstig artikel 34

- erstellt – über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU-Rechtshilfe-Übereinkommen),
- des Protokolls von Luxemburg vom 16. Oktober 2001 – gemäß Artikel 34 des Vertrages über die Europäische Union vom Rat erstellt – zu dem Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
  - des Übereinkommens von Brüssel vom 18. Dezember 1997 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrages über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen (Neapel-II-Übereinkommen),
  - des Übereinkommens des Europarates vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten von Straßburg,
  - der Empfehlung R (87) 15 des Ministerkomitees des Europarates vom 17. September 1987 an die Mitgliedstaaten über die Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich,
  - des Abkommens von Bonn vom 7. Juni 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen –
- sind wie folgt übereingekommen:

## Teil I

Verhältnis zu sonstigen Regelungen, Vertragsgegenstand, Behörden

## Artikel 1

Das Verhältnis zu sonstigen Verträgen und nationalen Regelungen

(1) Soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, erfolgt die Zusammenarbeit im Rahmen des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten sowie der internationalen Verpflichtungen der Vertragsstaaten. Dabei sind die einschreitenden Beamten an das Recht des jeweiligen Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie tätig werden, gebunden.

(2) Die innerstaatlichen Unterrichtspflichten gegenüber der jeweiligen nationalen polizeilichen Zentralstelle sowie das Verfahren der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch nationale polizeiliche Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol), bleiben von diesem Vertrag unberührt.

## Artikel 2

Vertragsgegenstand

Die Vertragsstaaten fördern die Zusammenarbeit auf den Feldern der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, bei der Verhinderung und bei der Verfolgung von Straftaten einschließlich der Strafvollstreckung.

## Artikel 3

Behörden, Grenzgebiete

- (1) Behörden im Sinne dieses Vertrages sind auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
- die Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder (Polizeibehörden) sowie

## Titel I

Verhouding tot andere regelingen, doel van het Verdrag, autoriteiten

## Artikel 1

Verhouding tot andere verdragen en nationale regelingen

(1) Tenzij in dit Verdrag uitdrukkelijk anders is bepaald, geschiedt de samenwerking binnen de grenzen van het onderscheidenlijke nationale recht van de Verdragsluitende Staten alsmede van de internationale verplichtingen van de Verdragsluitende Staten. Hierbij zijn de optredende ambtenaren gebonden aan het recht van de onderscheidenlijke Verdragsluitende Staat op het grondgebied waarvan zij optreden.

(2) Dit Verdrag laat onverlet de binnenlandse informatieverplichtingen jegens de desbetreffende nationale centrale politieinstantie alsmede de procedure betreffende de internationale samenwerking op het gebied van de criminaliteitsbestrijding door nationale centrale politieinstanties, in het bijzonder in het kader van de Internationale Criminele Politieorganisatie (ICPO/Interpol).

## Artikel 2

Doel van het Verdrag

De Verdragsluitende Staten bevorderen de samenwerking op het gebied van de handhaving van de openbare orde en veiligheid alsmede op het gebied van de voorkoming en opsporing van strafbare feiten met inbegrip van de tenuitvoerlegging van strafvonnissen.

## Artikel 3

Autoriteiten, grensstreken

- (1) Autoriteiten in de zin van dit Verdrag zijn:
- voor de Bondsrepubliek Duitsland:
  - de federale politieautoriteiten en de politieautoriteiten van de deelstaten (politieautoriteiten); en

- die Staatsanwaltschaften und Gerichte (Justizbehörden),

auf Seiten des Königreichs der Niederlande

- die Behörden, die mit der Durchführung verschiedener polizeilicher Aufgaben betraut sind,
- die Staatsanwaltschaften und
- die mit der Durchführung des Vertrages befassten Ministerien, soweit nicht Anlage I dieses Vertrages hinsichtlich des Königreichs der Niederlande besondere Zuständigkeitsregelungen enthält.

(2) Grenzgebiete im Sinne dieses Abkommens sind in der Bundesrepublik Deutschland

- in Niedersachsen der Bezirk der Polizeidirektion Osnabrück,
- in Nordrhein-Westfalen die Kreise und kreisfreien Städte in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Münster,

in dem Königreich der Niederlande

- die Polizeiregionen Groningen, Drenthe, Twente, IJsselland, Noord- en Oost Gelderland, Gelderland Midden, Gelderland Zuid, Limburg Noord, Limburg Zuid,
- die Gebiete, für die die Einheiten Waddensee und Nordsee des Korps Landelijke Politiedienste zuständig sind.

Als Grenzgebiet gilt auch ein Eisenbahnzug auf dem Streckenabschnitt von der Staatsgrenze bis zum ersten fahrplanmäßigen Anhaltebahnhof des anderen Vertragsstaates. Entsprechendes gilt für Fahrgastschiffe bis zur nächsten Anlegestelle des anderen Vertragsstaates.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander schriftlich über die jeweilige innerstaatliche Zuständigkeitsverteilung hinsichtlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und über Änderungen in der Bezeichnung der Behörden. Die Vertragsstaaten können durch gesonderte Vereinbarung Änderungen der Anlage I und der Grenzgebiete vereinbaren.

(4) Der Vertrag von Den Haag vom 8. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollard-Vertrag) bleibt unberührt.

## Teil II

### Allgemeine Formen der Zusammenarbeit

#### Artikel 4

##### Allgemeine Kooperationsmaßnahmen

Die Behörden der Vertragsstaaten ergreifen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten alle zur Verstärkung ihrer Zusammenarbeit geeigneten Maßnahmen. Insbesondere sorgen die Behörden für

1. eine Intensivierung des Informationsaustausches und der Kommunikationsstrukturen, indem sie
  - a) einander Informationen über Sachverhalte, Täterverbindungen und typisches Täterverhalten ohne Angaben personenbezogener Daten mitteilen,
  - b) zum Zwecke der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder der Verhinderung von Straftaten einander direkt auch über bevorstehende, polizeilich relevante Ereignisse und Aktionen ohne Angaben personenbezogener Daten, möglichst so rechtzeitig unterrichten, dass die erforderlichen Maßnahmen zeitgerecht getroffen werden können,

- het Openbaar Ministerie (Staatsanwaltschaften) en de gerechten (gerechtelijke autoriteiten);

voor het Koninkrijk der Nederlanden:

- de met de uitoefening van verschillende politietaken belaste autoriteiten;
- het Openbaar Ministerie; en
- de met de uitvoering van het Verdrag belaste ministeries.

De autoriteiten voor het Koninkrijk der Nederlanden zijn gespecificeerd in bijlage I.

(2) In dit Verdrag worden onder grensstreek verstaan:

voor de Bondsrepubliek Duitsland:

- in de deelstaat Nedersaksen het district van de politiedirectie Osnabrück; en
- in de deelstaat Noordrijn-Westfalen de gemeentedistricten (Kreise) en stadsgemeenten (kreisfreie Städte) in de bestuursdistricten Düsseldorf, Keulen en Münster,

voor het Koninkrijk der Nederlanden:

- de politieregio's Groningen, Drenthe, Twente, IJsselland, Noord- en Oost-Gelderland, Gelderland Midden, Gelderland Zuid, Limburg Noord en Limburg Zuid; en
- de gebieden waarvoor de eenheden Waddensee en Noordzee van het Korps landelijke politiediensten bevoegd zijn.

Als grensstreek wordt daarnaast aangemerkt een trein op het traject van de grens tot aan de eerstvolgende halteplaats op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat die volgens de dienstregeling als eerste wordt aangedaan. Een en ander is van overeenkomstige toepassing op passagiersschepen tot aan de eerstvolgende aanlegplaats in de andere Verdragsluitende Staat.

(3) De autoriteiten van de Verdragsluitende Staten informeren elkaar schriftelijk over de bevoegde autoriteiten op het terrein van de grensoverschrijdende samenwerking en over eventuele wijzigingen van benamingen van deze autoriteiten. De Verdragsluitende Staten kunnen een wijziging van bijlage 1 en de grensstreek afzonderlijk overeenkomen.

(4) Het op 8 april 1960 te 's-Gravenhage tot stand gekomen Verdrag tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden tot regeling van de samenwerking in de Eemsmonding (Eems-Dollardverdrag) blijft onverlet.

## Titel II

### Algemene vormen van samenwerking

#### Artikel 4

##### Algemene maatregelen tot samenwerking

De autoriteiten van de Verdragsluitende Staten nemen in het kader van hun onderscheidenlijke bevoegdheden alle maatregelen die noodzakelijk zijn ter intensivering van hun samenwerking. Zij dragen in het bijzonder zorg voor:

1. een intensivering van de uitwisseling van informatie en een verbetering van de communicatiestructuren door
  - a) elkaar over feiten, daadgerelateerde verbanden en typisch dadergedrag te informeren zonder verstrekking van persoonsgegevens;
  - b) elkaar ten behoeve van de handhaving van de openbare orde en veiligheid of ter voorkoming van strafbare feiten rechtstreeks op de hoogte te stellen van voor de autoriteiten relevante ophanden zijnde gebeurtenissen en acties, met dien verstande dat de informatie geen persoonsgegevens bevat en zo spoedig mogelijk wordt verstrekt opdat tijdig de vereiste maatregelen kunnen worden getroffen,

- c) sich gegenseitig bedeutsame Informationen für die Einsatzplanung im täglichen Dienst und für besondere Anlässe mit Ausnahme personenbezogener Daten zur Verfügung stellen und dazu vorsorglich auch Erkenntnisse über Ereignisse übermitteln, deren Auswirkungen auf das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaates übergreifen können,
- d) gemeinsame Verzeichnisse mit Angaben über Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten erstellen und diese jeweils aktualisieren,
- e) Informationen über Ausrüstung und Kommunikationsmittel austauschen,
- f) Informationen über Entscheidungen zur Anschaffung von Ausrüstungssystemen mit dem Ziel der Sicherstellung verbesserter Kompatibilität austauschen,
- g) bis zur Umstellung auf europäisch einheitliche Ausstattungen und Frequenzen Funkverbindungen auch durch Austausch von Geräten halten und zur Verbesserung der Telekommunikationsmöglichkeiten, insbesondere des Funkverkehrs entlang der Grenze, gemeinsam Vorschläge für eine kostengünstige Realisierung erarbeiten;
2. eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei Einsätzen und Ermittlungen zur Verhinderung und zur Verfolgung von Straftaten sowie zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, indem sie
- a) die Kräfte in den gegenüberliegenden Grenzgebieten möglichst nach abgestimmter Planung einsetzen,
- b) bei Bedarf gemeinsame Einsatzleitungen und Befehlsstellen bilden,
- c) bei Bedarf gemeinsame Einsatzgruppen nach Maßgabe des Artikels 19 bilden,
- d) bei Bedarf gemeinsame Ermittlungsgruppen nach Maßgabe des Artikels 13 des EU-Rechtshilfe-Übereinkommens und des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen bilden,
- e) bei Bedarf gemeinsame Programme zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten planen und durchführen,
- f) regelmäßig und bei Bedarf Besprechungen durchführen, um die Qualität der Zusammenarbeit zu überprüfen, neue Strategien zu erörtern, Einsatz-, Fahndungs- und Streifenpläne abzustimmen, statistische Daten auszutauschen und Arbeitsprogramme zu koordinieren,
- g) sich nach Absprache der zuständigen Stellen gegenseitig Hospitationen ermöglichen,
- h) Vertreter des anderen Vertragsstaates zur Teilnahme an besonderen Einsätzen als Beobachter einladen.
- c) elkaar over en weer ten behoeve van de planning van operaties in het dagelijks werk en bij bijzondere gebeurtenissen belangrijke informatie te verstrekken, waarvan uitgezonderd persoonsgegevens, en elkaar uit voorzorg tevens informatie over gebeurtenissen te verstrekken die kunnen overslaan naar het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat,
- d) gemeenschappelijke registers met gegevens over bevoegdheden en bereikbaarheid aan te leggen en deze voortdurend te actualiseren,
- e) informatie over uitrusting en communicatiemiddelen uit te wisselen,
- f) informatie over beslissingen tot aanschaf van uitrusting uit te wisselen met het doel een betere uitwisselbaarheid te waarborgen,
- g) mede door het uitwisselen van apparatuur, radioverbindingen in stand te houden, in het bijzonder de radioverbindingen langs de grens, totdat de overgang naar geharmoniseerde uitrusting en frequenties in Europa is voltooid; en gemeenschappelijk voorstellen voor de realisatie hiervan, tegen zo gering mogelijke kosten uit te werken;
2. een intensivering van de samenwerking in het kader van onderzoek ten behoeve van de voorkoming en opsporing van strafbare feiten en ter handhaving van de openbare orde en veiligheid
- a) de ambtenaren in de aangrenzende grensstreek zo mogelijk volgens een gezamenlijk gecoördineerd plan in te zetten,
- b) indien nodig gemeenschappelijke centrales en commandoposten in te richten,
- c) indien nodig met inachtneming van artikel 19 gemeenschappelijke operationele teams te vormen,
- d) indien nodig gemeenschappelijke teams in te stellen met inachtneming van artikel 13 van het EU-Rechtshulpverdrag en het Kaderbesluit van de Raad van de Europese Unie van 13 juni 2002 inzake gemeenschappelijke onderzoeksteams,
- e) indien nodig gemeenschappelijke programma's ter voorkoming en bestrijding van strafbare feiten op te zetten en uit te voeren,
- f) regelmatig en indien nodig overleg te voeren teneinde de kwaliteit van de samenwerking te toetsen, nieuwe strategieën te bespreken, geplande operaties, opsporingsmaatregelen en patrouilles op elkaar af te stemmen, statistische gegevens uit te wisselen en werkprogramma's te coördineren,
- g) elkaar over en weer na overleg tussen de bevoegde instanties in staat te stellen aan stages deel te nemen,
- h) vertegenwoordigers van de andere Verdragsluitende Staat als waarnemers uit te nodigen voor deelname aan bijzondere operaties.

#### Artikel 5

##### Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung

Zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Fortbildung stellen die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten einander Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung, schaffen die Möglichkeiten zur Teilnahme von Bediensteten des jeweils anderen Vertragsstaates an Maßnahmen der Aus- und Fortbildung und erarbeiten gemeinsame Programme für die Aus- und Fortbildung. Dabei soll die vertiefende Behandlung grenzüberschreitender Probleme gewährleistet werden. Die zuständigen Stellen können gemeinsame Aus- und

#### Artikel 5

##### Samenwerking op het gebied van opleiding en bijscholing

Ter versterking van de samenwerking op het gebied van opleiding en bijscholing stellen de bevoegde instanties van de Verdragsluitende Staten leerplannen ten behoeve van opleiding en bijscholing aan elkaar ter beschikking, bieden zij aan ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat de mogelijkheid tot deelname aan opleidings- en bijscholingsmaatregelen en ontwikkelen zij gemeenschappelijke opleidings- en bijscholingsprogramma's. Hierbij wordt gewaarborgd dat ook specifiek voor de grensstreek geldende problemen uitgebreid aan de orie

Fortbildungsmaßnahmen einschließlich Seminare und Übungen durchführen. Der gegenseitigen Vermittlung der insoweit maßgeblichen Rechtsvorschriften kommt bei allen Formen besondere Bedeutung zu.

#### Artikel 6

##### Unterstellung von Beamten der Polizeibehörden

(1) Bei dringendem Bedarf können zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, zur Verhinderung und zur Verfolgung von Straftaten Beamte der Polizeibehörden des einen Vertragsstaates den zuständigen Stellen des anderen Vertragsstaates ausnahmsweise zur Wahrnehmung polizeilicher Völlzugsaufgaben einschließlich hoheitlicher Befugnisse unterstellt werden.

(2) Die Unterstellung setzt voraus, dass zwischen den zuständigen Stellen der Vertragsstaaten Einvernehmen hergestellt wird.

(3) Ein dringender Bedarf zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten im Sinne von Absatz 1 liegt in der Regel vor, wenn der Erfolg einer erforderlichen polizeilichen Maßnahme ohne einen Einsatz von Beamten gemäß Absatz 1 vereitelt oder ernsthaft gefährdet würde, bei der Verfolgung von Straftaten, wenn ohne den Einsatz von Beamten gemäß Absatz 1 die Ermittlungen aussichtslos oder wesentlich erschwert wären.

(4) Die nach Absatz 1 unterstellten Beamten dürfen nur unter der Leitung und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des anderen Vertragsstaates hoheitlich tätig werden. Sie sind dabei an das Recht des anderen Vertragsstaates gebunden. Das Handeln der unterstellten Beamten ist dem Vertragsstaat zuzurechnen, dem sie unterstellt worden sind.

#### Artikel 7

##### Zusammenarbeit auf Ersuchen

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten leisten einander nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und ihrer jeweiligen Zuständigkeiten auf Ersuchen Hilfe.

(2) Die Polizeibehörden leisten einander nach Maßgabe des Artikels 39 Absatz 1 Satz 1 SDÜ Hilfe insbesondere durch:

1. Eigentümer- und Halterfeststellungen sowie Fahrer- und Führerermittlungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,
2. Auskünfte zu Führerscheinen, Schifferpatenten und vergleichbaren Berechtigungen,
3. Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,
4. Feststellungen zu Aufenthaltstiteln,
5. Feststellung von Telefonanschlusshabern und Inhabern sonstiger Telekommunikationseinrichtungen,
6. Identitätsfeststellungen,
7. Ermittlungen zur Herkunft von Sachen, beispielsweise bei Waffen, Kraftfahrzeugen und Wasserfahrzeugen (Verkaufswegeanfragen),
8. polizeiliche Erkenntnisse aus Datensammlungen und polizeilichen Unterlagen sowie Auskünfte aus öffentlich zugänglichen behördlichen Datensammlungen,
9. Waffen- und Sprengstoffmeldungen sowie Meldungen von Geld- und Wertzeichenfälschungen,

komen. De bevoegde instanties kunnen gemeenschappelijke opleidings- en bijscholingsmaatregelen met inbegrip van seminars en oefeningen organiseren. Het wederzijds informeren over de in dit opzicht relevante rechtsregels krijgt hierbij bijzondere aandacht.

#### Artikel 6

##### Gezag over ambtenaren belast met de uitvoering van politietaken

(1) Bij een dringende noodzaak tot handhaving van de openbare orde en veiligheid of ter voorkoming van opsporing van strafbare feiten, kunnen ambtenaren belast met de uitvoering van politietaken van de ene Verdragsluitende Staat bij wijze van uitzondering onder het gezag van de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat worden geplaatst met het oog op de uitvoering van politietaken met inbegrip van de uitoefening van soevereine bevoegdheden.

(2) Voorwaarde voor de plaatsing onder gezag is dat hierover overeenstemming tussen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten wordt bereikt.

(3) Van een dringende noodzaak tot handhaving van de openbare orde en veiligheid of voorkoming van strafbare feiten als bedoeld in het eerste lid is doorgaans sprake indien het slagen van een noodzakelijke politieke maatregel zonder inzet van ambtenaren als bedoeld in het eerste lid zou uitblijven of ernstig in gevaar zou komen; bij de opsporing van strafbare feiten is zulks het geval indien het onderzoek zonder de inzet van ambtenaren als bedoeld in het eerste lid geen kans van slagen zou hebben of wezenlijk zou worden bemoeilijkt.

(4) De overeenkomstig het eerste lid onder gezag geplaatste ambtenaren mogen slechts onder bevel van ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat en doorgaans slechts in hun aanwezigheid optreden. Hierbij zijn zij aan het recht van de andere Verdragsluitende Staat gebonden. Het optreden van de onder gezag geplaatste ambtenaren valt onder de verantwoordelijkheid van de Verdragsluitende Staat onder het gezag waarvan zij zijn geplaatst.

#### Artikel 7

##### Samenwerking op verzoek

(1) De autoriteiten van de Verdragsluitende Staten verlenen elkaar met inachtneming van het nationale recht en hun onderscheidenlijke bevoegdheden op verzoek bijstand.

(2) De autoriteiten verlenen elkaar met inachtneming van artikel 39, eerste lid, eerste volzin, van de SUO bijstand, in het bijzonder door:

1. vaststelling van eigenaren en bezitters alsmede opsporing van bestuurders en gezagvoerders van voer-, vaar- en luchtvaartuigen,
2. verstrekking van informatie over rijbewijzen, vaarbewijzen en vergelijkbare vergunningen,
3. vaststelling van de woon- en verblijfplaats van personen,
4. vaststelling van verblijfstitels,
5. vaststelling van telefoonabonneehouders en van abonneehouders van overige telecommunicatievoorzieningen,
6. vaststelling van de identiteit van personen,
7. onderzoek in te stellen naar de herkomst van zaken zoals wapens, motorvoertuigen en schepen (onderzoek naar de verkoopkanalen);
8. verstrekking van politiegegevens uit gegevensbestanden en politiedossiers alsmede verstrekking van informatie uit publiek toegankelijke registers van de overheid,
9. meldingen inzake wapens en explosieven alsmede meldingen inzake vals munterij en fraude met waardepapieren,

10. Informationen zur praktischen Durchführung bei grenzüberschreitenden Observationsmaßnahmen, grenzüberschreitender Nacheile und kontrollierten Lieferungen,
11. Feststellung der Aussagebereitschaft einer Auskunftsperson,
12. polizeiliche Befragungen und Vernehmungen,
13. Spurenablekürungen und
14. Abstimmung und Einleitung erster Fahndungsmaßnahmen.

(3) Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens unzuständig, leitet sie das Ersuchen an die zuständige Behörde weiter. Dies gilt auch dann, wenn die zuständige Behörde eine Justizbehörde ist. Die ersuchte Behörde unterrichtet die ersuchende Behörde über die Weiterleitung und die für die Erledigung des Ersuchens zuständige Behörde. Die zuständige Behörde erledigt das Ersuchen und übermittelt das Ergebnis an die ersuchende Behörde zurück.

(4) Ersuchen der Polizeibehörden nach den Absätzen 1 und 2 werden über die nationalen polizeilichen Zentralstellen der Vertragsstaaten übermittelt und erledigt. Unbeschadet des Satzes 1 können Ersuchen über den in Artikel 39 Absatz 3 Satz 2 SDÜ geregelten Fall hinaus unmittelbar zwischen den zuständigen Polizeibehörden übermittelt und erledigt werden, soweit

1. sich der grenzüberschreitende Dienstverkehr auf Straftaten bezieht, bei denen der Schwerpunkt der Tat und Ihrer Verfolgung in den Grenzgebieten im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 liegt, oder
2. eine direkte Zusammenarbeit aufgrund von tat- oder täterbezogenen Zusammenhängen im Rahmen abgrenzbarer Fallgestaltungen zweckmäßig ist und das Einvernehmen der jeweiligen nationalen polizeilichen Zentralstelle vorliegt.

Artikel 39 Absatz 3 Satz 3 SDÜ findet keine Anwendung. Die nationale polizeiliche Zentralstelle ist zu unterrichten, soweit eine Benachrichtigung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vorgesehen ist.

### Teil III

#### Besondere Formen der Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

##### Artikel 8

###### Ersuchen um Beweissicherung bei Gefahr im Verzug

(1) Bei Gefahr im Verzug können nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Ersuchen um Spurensicherung und Beweissicherung einschließlich der Durchführung von körperlichen Untersuchungen sowie um Durchsuchung und Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft und die nach innerstaatlichem Recht insoweit anordnungszuständigen Vollzugsbeamten gestellt werden. Die Ersuchen sind unmittelbar an die zuständige Justiz- oder Polizeibehörde zu richten. Soweit Anträge in diesem Rahmen mündlich gestellt worden sind, werden diese unverzüglich schriftlich bestätigt.

(2) Die Erledigung des Ersuchens einschließlich der Prüfung, ob die Voraussetzungen der Gefahr im Verzug gegeben sind, richtet sich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates.

(3) Ist das Ersuchen nach Absatz 1 nicht von einer Justizbehörde gestellt worden, ist die zuständige Justizbehörde unverzüglich über die Stellung des Ersuchens einschließlich der

10. verstrekking van informatie over de praktische uitvoering van grensoverschrijdende observatiemaatregelen, grensoverschrijdende achtervolgingen en gecontroleerde afleveringen,
11. vaststelling van de bereidheid van een persoon tot het afleggen van een verklaring,
12. ondervragingen en verhoren door de politie,
13. technisch sporenonderzoek, en
14. coördinatie en tenuitvoerlegging van eerste opsporingsmaatregelen.

(3) Indien de aangezochte autoriteit niet bevoegd is het verzoek af te handelen, stuurt deze het verzoek door aan de bevoegde autoriteit. Een en ander geldt tevens indien de bevoegde autoriteit een justitiële autoriteit is. De aangezochte autoriteit informeert de verzoekende autoriteit over de doorzending en over de voor de afhandeling van het verzoek bevoegde autoriteit. De bevoegde autoriteit handelt het verzoek af en stuurt de uitkomst terug naar de verzoekende autoriteit.

(4) Verzoeken van de politieautoriteiten als bedoeld in het eerste en tweede lid worden via de nationale centrale politieinstanties van de Verdragsluitende Staten verzonden en afgehandeld. De eerste volzin laat onverlet dat verzoeken die niet vallen onder het bepaalde in artikel 39, derde lid, tweede volzin, van de SUO geregelde gevallen direct tussen de bevoegde politieautoriteiten worden verzonden en afgehandeld, voor zover:

1. het grensoverschrijdende dienstverkeer op strafbare feiten betrekking heeft waarbij het zwaartepunt van het feit en van de opsporing ervan in de grensstreken ligt als bedoeld in artikel 3, tweede lid, of
2. directe samenwerking op basis van daad- of dadergerelateerde verbanden in het kader van een duidelijk afgebakende zaak doelmatig is en de toestemming hiervoor door de onderscheidenlijke nationale centrale politieinstantie is verleend.

Artikel 39, derde lid, derde volzin, van de SUO is niet van toepassing. De nationale centrale politieinstantie dient geïnformeerd te worden voor zover het nationale recht dit vereist.

### Titel III

#### Bijzondere vormen van samenwerking in strafrechtelijke aangelegenheden

##### Artikel 8

###### Verzoeken om veiligstelling van bewijsmateriaal in spoedeisende gevallen

(1) In spoedeisende gevallen kunnen met inachtneming van het nationale recht verzoeken tot het veiligstellen van sporen en van bewijsmateriaal, inclusief het verrichten van onderzoek aan en in het lichaam, evenals tot doorzoeking en inbeslagneming worden ingediend door het Openbaar Ministerie en door de uitvoerende ambtenaren die in dergelijke gevallen naar nationaal recht bevoegd zijn tot het geven van onderzoeksbevelen. De verzoeken dienen rechtstreeks te worden gericht aan de bevoegde justitiële autoriteiten of politieautoriteiten. Voorzover verzoeken in dit kader mondeling zijn gedaan, worden deze zo spoedig mogelijk schriftelijk bevestigd.

(2) De afhandeling van het verzoek inclusief de toetsing of de voorwaarden voor spoedeisende gevallen zijn vervuld, geschiedt volgens het recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat.

(3) Wanneer het verzoek, bedoeld in het eerste lid, niet is ingediend door een justitiële autoriteit, wordt de bevoegde justitiële autoriteit van de verzoekende Verdragsluitende Staat

besonderen Umstände des Falles, die auf Gefahr im Verzug schließen lassen, zu unterrichten.

(4) Soweit das Recht des ersuchten Vertragsstaates für die Anordnung oder Aufrechterhaltung der Maßnahme im ersuchten Vertragsstaat eine richterliche Anordnung erfordert, wird eine Anordnung oder Erklärung des nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates zuständigen Gerichts unverzüglich durch den ersuchenden Vertragsstaat nachgereicht. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die maßgeblichen Vorschriften ihres innerstaatlichen Rechts.

(5) Die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen an den ersuchenden Vertragsstaat bedarf eines förmlichen Rechtshilfeersuchens der zuständigen Justizbehörde. Ist die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen erforderlich, kann die ersuchte Behörde die Ergebnisse unmittelbar an die ersuchende Behörde übermitteln, soweit dies nach innerstaatlichem Recht zulässig ist. Ist die ersuchte Behörde keine Justizbehörde, bedarf die Übermittlung der Ergebnisse der vorherigen Zustimmung der nach innerstaatlichem Recht zuständigen Justizbehörde.

#### Artikel 9

##### Ersuchen um körperliche Untersuchung

(1) Auf Ersuchen leisten die Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit dem jeweiligen innerstaatlichen Recht einander Rechtshilfe durch körperliche Untersuchung des Beschuldigten.

(2) Ersuchen nach Absatz 1 werden nur bewilligt, wenn

1. die Untersuchung zur Feststellung verfahrenserheblicher Tatsachen erforderlich ist und im angemessenen Verhältnis zur Schwere der Tat steht,
2. eine Untersuchungsanordnung einer nach innerstaatlichem Recht zuständigen Stelle des ersuchenden Vertragsstaates vorgelegt wird oder aus einer Erklärung einer solchen Stelle hervorgeht, dass die Voraussetzungen der körperlichen Untersuchung vorliegen, wenn sich der Beschuldigte im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates befindet, und
3. der ersuchende Vertragsstaat im Ersuchen angibt, ob an dem gewonnenen Material im ersuchenden Vertragsstaat molekulargenetische Untersuchungen vorgenommen werden sollen.

#### Artikel 10

##### Übermittlung und Abgleich von DNA-Profilen und -Identifizierungsmustern sowie anderem erkennungsdienstlichem Material

(1) Im Zuge eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens leisten die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit ihrem jeweiligen innerstaatlichen Recht einander Rechtshilfe durch Abgleich von DNA-Profilen oder -Identifizierungsmustern. Die Erkenntnisse aus dem Abgleich werden den zuständigen Stellen des ersuchenden Vertragsstaates so schnell wie möglich mitgeteilt. Die Mitteilung erfolgt in einer zwischen den Vertragsstaaten noch festzulegenden Weise, die internationalem Standard entspricht. Sollten Auftypisierungen des biologischen Materials zur Erhöhung der biostatistischen Aussagekraft als erforderlich erachtet werden, wird der ersuchte Vertragsstaat, soweit möglich und verhältnismäßig, diese Auftypisierung des biologischen Materials veranlassen. Die dadurch anfallenden Kosten werden dem ersuchten Vertragsstaat erstattet.

unverwijld van de indiening op de hoogte gesteld evenals van de bijzondere omstandigheden die tot de conclusie leiden dat het hierbij gaat om een spoedeisend geval.

(4) Voorzover het recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat voor het gelasten of het handhaven van de maatregel op het grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat een gerechtelijk bevel vereist, wordt dit bevel of een dergelijke verklaring van de bevoegde gerechtelijke instantie overeenkomstig het recht van de verzoekende Verdragsluitende Staat zo spoedig mogelijk daarna ingediend. De Verdragsluitende Staten informeren elkaar over de relevante voorschriften in hun nationale wet- en regelgeving.

(5) Voor de toezending van de resultaten van de uitgevoerde maatregelen aan de verzoekende Verdragsluitende Staat is een verzoek om rechtshulp vereist dat afkomstig is van de bevoegde justitiële autoriteit. Wanneer de toezending van de resultaten van de uitgevoerde maatregelen met spoed dient te geschieden, kan de aangezochte autoriteit de resultaten rechtstreeks aan de verzoekende autoriteit toezenden, voorzover zulks volgens het nationale recht toelaatbaar is. Indien de aangezochte autoriteit geen justitiële autoriteit is, is voor de overdracht van de resultaten de voorafgaande toestemming van de naar nationaal recht bevoegde justitiële autoriteiten vereist.

#### Artikel 9

##### Verzoeken om onderzoek aan en in het lichaam

(1) In overeenstemming met hun nationale recht verlenen de Verdragsluitende Staten elkaar op verzoek wederzijdse rechtshulp door het verrichten van onderzoek aan en in het lichaam van de verdachte.

(2) Verzoeken bedoeld in het eerste lid worden slechts ingewilligd indien

1. het onderzoek noodzakelijk is voor de vaststelling van relevante feiten in de zaak en proportioneel is ten opzichte van de ernst van het feit;
2. er een onderzoeksbevel van een overeenkomstig het nationale recht bevoegde autoriteit van de verzoekende Verdragsluitende Staat wordt overgelegd of uit een verklaring van een dergelijke autoriteit blijkt dat de voorwaarden voor het onderzoek aan en in het lichaam zouden zijn vervuld indien de verdachte zich op het grondgebied van de verzoekende Verdragsluitende Staat zou bevinden; en
3. de verzoekende Verdragsluitende Staat in het verzoek aangeeft of het verkregen materiaal in de verzoekende Verdragsluitende Staat aan moleculair-genetisch onderzoek onderworpen zal moeten worden.

#### Artikel 10

##### Doorzending en vergelijking van DNA-profielen evenals van ander voor de identificatie geschikt materiaal

(1) In het kader van een opsporingsonderzoek of strafrechtelijke procedure verlenen de bevoegde instanties van de Verdragsluitende Staten elkaar in overeenstemming met hun onderscheidenlijke nationale recht wederzijdse rechtshulp door DNA-profielen te vergelijken. De resultaten van de vergelijking worden zo spoedig mogelijk medegedeeld aan de bevoegde instanties van de verzoekende Verdragsluitende Staat. De mededeling geschiedt op een tussen de beide Verdragsluitende Staten nog vast te leggen wijze, die voldoet aan internationale normen. Wanneer verdergaande typering van het biologisch materiaal noodzakelijk geacht wordt om de biostatistische bewijskracht te verhogen, zal de aangezochte Verdragsluitende Staat - voorzover mogelijk en proportioneel - bewerkstelligen dat deze verdergaande typering van het biologisch materiaal wordt uitgevoerd. De hiermee gemoelde kosten worden aan de aangezochte Verdragsluitende Staat vergoed.

(2) Liegt kein DNA-Profil oder -Identifizierungsmuster einer im ersuchten Vertragsstaat aufhältigen bestimmten Person vor, so leistet der ersuchte Vertragsstaat Rechtshilfe durch die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials von dieser Person sowie die Übermittlung des gewonnenen DNA-Profils oder -Identifizierungsmusters, wenn

1. der ersuchende Vertragsstaat mitteilt, zu welchem Zweck dies erforderlich ist,
2. der ersuchende Vertragsstaat eine nach seinem Recht erforderliche Untersuchungsanordnung oder -erklärung der zuständigen Stelle vorlegt, aus der hervorgeht, dass die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials vorliegen, wenn sich die bestimmte Person im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates befände, und
3. die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates vorliegen.

Die dadurch anfallenden Kosten werden dem ersuchten Vertragsstaat erstattet.

(3) Ersuchen können auch durch die zuständigen Polizeibehörden der Vertragsstaaten übermittelt und auf demselben Weg beantwortet werden.

#### Artikel 11

##### Grenzüberschreitende Observation

Für grenzüberschreitende Observationen gilt Artikel 40 SDÜ mit folgenden Ergänzungen:

(1) Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens können die zuständigen Beamten auch eine Person observieren, bei der ernsthaft anzunehmen ist, dass sie zur Identifizierung oder Auffindung der Person führen kann, die im Verdacht steht, an einer auslieferungsfähigen Straftat beteiligt zu sein. Satz 1 ist auch in den Fällen anwendbar, in denen wegen der besonderen Eilbedürftigkeit der Angelegenheit die vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates nicht eingeholt werden kann. Unbeschadet der Regelung in Absatz 9 richtet sich das weitere Verfahren nach Artikel 40 Absatz 2 SDÜ.

(2) Eine grenzüberschreitende Observation ist auch zum Zwecke der Vollstreckung einer rechtskräftig verhängten freiheitsentziehenden Sanktion zulässig, wenn zu erwarten ist, dass die noch zu vollstreckende freiheitsentziehende Sanktion oder die Summe der noch zu vollstreckenden freiheitsentziehenden Sanktionen mindestens vier Monate beträgt.

(3) In der Bundesrepublik Deutschland sind Ersuchen an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht zu richten und direkt zu übermitteln, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll. Sofern bekannt ist, dass eine andere als die in Satz 1 bezeichnete Staatsanwaltschaft in derselben Sache bereits ein Verfahren führt, ist das Ersuchen an diese Staatsanwaltschaft zu richten. Ist eine Staatsanwaltschaft zur zentralen Genehmigungsbehörde für ein an das Königreich der Niederlande angrenzendes Bundesland oder sonst eine abweichende Zuständigkeit besonders bestimmt, ist die danach zuständige Staatsanwaltschaft um Bewilligung zu ersuchen.

(4) In dem Königreich der Niederlande sind Ersuchen an die in Anlage I genannten zuständigen Behörden zu richten.

(5) Die Übermittlung kann auch über die nationalen polizeilichen Zentralstellen oder über die einsatzführenden Polizeibehörden erfolgen.

(2) Als van een bepaalde persoon die zich in de aangezochte Verdragsluitende Staat bevindt geen DNA-profiel beschikbaar is, verleent de aangezochte Verdragsluitende Staat rechtshulp door het afnemen van en het verrichten van moleculair-genetisch onderzoek aan celmateriaal van deze persoon evenals door toezending van het verkregen DNA-profiel, wanneer

1. de verzoekende Verdragsluitende Staat mededeelt voor welk doel dit vereist is,
2. de verzoekende Verdragsluitende Staat een volgens haar eigen recht vereist onderzoeksbevel of een verklaring van de bevoegde instantie overlegt waaruit blijkt dat de voorwaarden voor het afnemen van en het verrichten van moleculair-genetisch onderzoek aan celmateriaal zouden zijn vervuld indien de desbetreffende persoon zich op het grondgebied van de verzoekende Verdragsluitende Staat zou bevinden, en
3. de voorwaarden voor het afnemen van en het verrichten van moleculair-genetisch onderzoek aan celmateriaal volgens het recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat vervuld zijn.

De hiermee gemoede kosten worden aan de aangezochte Verdragsluitende Staat vergoed.

(3) Verzoeken kunnen ook door de bevoegde politieautoriteiten van beide Verdragsluitende Staten worden doorgezonden en langs dezelfde weg worden beantwoord.

#### Artikel 11

##### Grensoverschrijdende observatie

Voor grensoverschrijdende observaties geldt artikel 40 van de SUO met de volgende aanvullingen:

(1) In het kader van een opsporingsonderzoek kunnen de bevoegde ambtenaren ook een persoon observeren ten aanzien van wie gerede vermoedens bestaan dat deze kan leiden tot de identificatie of het vinden van de persoon die ervan wordt verdacht betrokken te zijn bij een strafbaar feit dat aanleiding kan geven tot uitlevering. De eerste volzin is ook van toepassing in de gevallen waarin vanwege het bijzonder spoedeisende karakter van de aangelegenheid de voorafgaande toestemming van de andere Verdragsluitende Staat niet verkregen kan worden. Onverminderd de regeling in het negende lid, verloopt de verdere procedure volgens artikel 40, tweede lid, van de SUO.

(2) Grensoverschrijdende observatie is ook toegestaan voor de tenuitvoerlegging van een onherroepelijk opgelegde vrijheidsstraf, indien verwacht wordt dat de vrijheidsstraf die nog ten uitvoer moet worden gelegd of het totaal van de nog ten uitvoer te leggen vrijheidsstraf ten minste vier maanden bedraagt.

(3) In de Bondsrepubliek Duitsland worden de verzoeken gericht en direct gezonden aan het Openbaar Ministerie bij het Landgericht, in het rechtsgebied waarvan de grens vermoedelijk zal worden overschreden. Indien bekend is dat bij een ander dan het in de eerste volzin genoemde Openbaar Ministerie in dezelfde zaak reeds een procedure aanhangig is, dient het verzoek te worden gericht aan dat Openbaar Ministerie. Wanneer een Openbaar Ministerie bij een tot het geven van toestemming bevoegde centrale autoriteit voor een aan het Koninkrijk der Nederlanden grenzend deelstaat of anderszins een afwijkende competentie in het bijzonder aangewezen is, moet het in dat geval bevoegde Openbaar Ministerie om toestemming worden verzocht.

(4) In het Koninkrijk der Nederlanden dienen verzoeken te worden gericht aan de in bijlage I genoemde bevoegde autoriteiten.

(5) Doorzending kan ook via de nationale centrale politieinstanties of de optredende politieautoriteiten geschieden.



(6) Eine Kopie des Ersuchens ist außer den nationalen polizeilichen Zentralstellen gleichzeitig zuzuleiten

in der Bundesrepublik Deutschland

- der Landesjustizverwaltung Niedersachsen und der Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen, soweit diese nicht allgemein oder im Einzelfall auf eine Übersendung der Kopie verzichten,
  - dem Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover und dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf,
  - dem Zollkriminalamt in Köln,
- soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle des Zollkriminalamtes auch dessen sachliche Zuständigkeit betroffen ist,

in dem Königreich der Niederlande

- den in Anlage I genannten Behörden.

(7) Der Grenzübertritt ist in Fällen einer Observation nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 SDÜ zunächst unverzüglich mitzuteilen

in der Bundesrepublik Deutschland

- dem Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover und dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf,
- den Grenzschutzpräsidien Nord und West und
- den Bundesgrenzschutzämtern Hamburg, Kleeve und Köln,

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden betroffen ist,

in dem Königreich der Niederlande

- den in Anlage I genannten Behörden.

Die Unterrichtung nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 Buchstabe a in Verbindung mit Absatz 5 SDÜ erfolgt unverzüglich durch die in Satz 1 genannten Stellen. Das nachträgliche Ersuchen nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 Buchstabe b SDÜ wird entsprechend den Absätzen 4 bis 6 übermittelt.

(8) Die Bewilligung der grenzüberschreitenden Observation erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des bewilligenden Vertragsstaates.

(9) Eine grenzüberschreitende Observation nach Artikel 40 Absatz 2 SDÜ zur Strafverfolgung ist auch bei Verdacht einer nicht in Artikel 40 Absatz 7 SDÜ angeführten Straftat zulässig, sofern es sich nach dem Recht des ersuchten Staates um eine auslieferungsfähige Straftat handelt.

(10) Änderungen der Zuständigkeiten nach den Absätzen 3 bis 7 werden dem anderen Vertragsstaat mitgeteilt.

(11) Erforderliche technische Mittel dürfen von den Beamten des einen Vertragsstaates auch auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingesetzt werden, soweit dies nach dessen innerstaatlichem Recht zulässig ist und die zuständige Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die technischen Mittel eingesetzt werden sollen, ihrem Einsatz im Einzelfall zugestimmt hat. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die im Einzelfall mitgeführten technischen Mittel.

(12) Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten werden.

(6) Een afschrift van het verzoek dient behalve aan de nationale centrale politie instanties tegelijkertijd te worden toegezonden aan

voor de Bondsrepubliek Duitsland:

- De Landesjustizverwaltung Niedersachsen en Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen voor zover deze niet algemeen of in afzonderlijke gevallen afzien van de toezending van een afschrift,
- het Landeskriminalamt Niedersachsen te Hannover en het Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen te Düsseldorf,
- het Zollkriminalamt te Keulen,

telkens voorzover het onder de territoriale bevoegdheid van de voornoemde autoriteiten valt en in het geval van het Zollkriminalamt voorzover dit ook onder diens zaakshoudelijke competentie valt,

voor het Koninkrijk der Nederlanden:

- de in bijlage I genoemde autoriteiten.

(7) Grensoverschrijding dient in geval van een observatie overeenkomstig artikel 40, tweede lid, eerste volzin van de SUO allereerst onverwijld te worden medegedeeld aan

voor de Bondsrepubliek Duitsland:

- het Landeskriminalamt Niedersachsen te Hannover en het Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen te Düsseldorf;
- het Grenzschutzpräsidium Nord en Grenzschutzpräsidium West; alsmede
- de Bundesgrenzschutzämter te Hamburg, Kleeve en Keulen;

telkens voorzover het binnen de territoriale bevoegdheid van de voornoemde autoriteiten valt,

voor het Koninkrijk der Nederlanden:

- de in bijlage I genoemde autoriteiten.

De kennisgeving overeenkomstig artikel 40, tweede lid, eerste volzin, onderdeel a, juncto vijfde lid, van de SUO geschiedt onverwijld door de in de eerste volzin genoemde autoriteiten. Een verzoek achteraf conform artikel 40, tweede lid, eerste volzin, onderdeel b, van de SUO wordt overeenkomstig het vierde tot en met zesde lid gedaan.

(8) De toestemming voor de grensoverschrijdende observatie geldt voor het gehele grondgebied van de Verdragsluitende Staat die de toestemming geeft.

(9) Een grensoverschrijdende observatie overeenkomstig artikel 40, tweede lid, van de SUO in het kader van een opsporingsonderzoek is ook toegestaan bij de verdenking van een strafbaar feit dat niet in artikel 40, zevende lid, van de SUO wordt genoemd voorzover het gaat om een strafbaar feit waarvoor volgens het recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat uitlevering mogelijk is.

(10) Wijzigingen van de bevoegdheden overeenkomstig het derde tot en met zevende lid worden medegedeeld aan de andere Verdragsluitende Staten.

(11) Vereiste technische middelen mogen door de ambtenaren van de ene Verdragsluitende Staat ook op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat worden ingezet, voorzover dit volgens de nationale regelgeving van de andere Verdragsluitende Staat is toegestaan en de bevoegde autoriteit van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de technische middelen moeten worden ingezet voor dat geval toestemming voor het gebruik heeft verleend. De Verdragsluitende Staten informeren elkaar over de in het desbetreffende geval meegevoerde technische middelen.

(12) Het binnentreden van woningen en het betreden van niet voor het publiek toegankelijke terreinen is niet toegestaan. Publiek toegankelijke werk-, bedrijfs- en kantoorruimtes mogen tijdens de werk-, bedrijfs- en kantooruren worden betreden.

**Artikel 12****Nacheile**

(1) Für die grenzüberschreitende Nacheile gilt Artikel 41 SDÜ mit folgenden Ergänzungen:

1. Außer zu den in Artikel 41 Absatz 1 SDÜ genannten Zwecken ist eine grenzüberschreitende Nacheile im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten auch bei der Verfolgung von Personen zuässig, die sich innerhalb einer Entfernung von höchstens 150 Kilometern bis zur Grenze einer Kontrolle zum Zweck der Fahndung nach Personen entziehen, die der Begehung einer auslieferungsfähigen Straftat verdächtig sind oder zu einer freiheitsentziehenden Sanktion verurteilt worden sind, derentwegen eine Auslieferung zulässig erscheint.
2. Die Nacheile kann auch über die Luft- und Wassergrenzen stattfinden.
3. Die nacheilenden Beamten üben das Recht der Nacheile zu den in Nummer 1 und in Artikel 41 Absatz 1 SDÜ genannten Zwecken auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung für alle auslieferungsfähigen Straftaten unter Einräumung des Festhalterrechts nach Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b SDÜ aus.
4. Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten werden.

(2) Im Falle einer grenzüberschreitenden Nacheile sind zu benachrichtigen

in der Bundesrepublik Deutschland

- in Niedersachsen die regionale Verbindungsstelle in Lingen, die Grenzschutzpräsidien Nord und West sowie die Bundesgrenzschutzämter Hamburg, Klee und Köln,
- in Nordrhein-Westfalen die Polizeibehörden, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt erfolgt oder voraussichtlich erfolgen wird, die Grenzschutzpräsidien Nord und West sowie die Bundesgrenzschutzämter Hamburg, Klee und Köln,
- sowie für die Zollverwaltung der Lage- und Informationsdienst Klee und die Sprechfunkzentrale in Emden,

sowohl jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle der vorgenannten Zollbehörden auch deren sachlicher Zuständigkeitsbereich betroffen ist;

in dem Königreich der Niederlande

- die in Anlage I genannten Behörden.

Änderungen dieser Zuständigkeiten werden dem anderen Vertragsstaat schriftlich mitgeteilt.

**Artikel 13****Kontrollierte Lieferung**

(1) Auf Ersuchen kann der ersuchte Vertragsstaat die kontrollierte Einfuhr in sein Hoheitsgebiet, die kontrollierte Durchfuhr oder die kontrollierte Ausfuhr, insbesondere bei unerlaubtem Handel mit Betäubungsmitteln, Waffen, Sprengstoffen, Falschgeld, Diebesgut und Hehlerware sowie bei Geldwäsche, bewilligen, wenn der ersuchende Vertragsstaat darlegt, dass ohne diese Maßnahme die Ermittlung von Hinterleuten und anderen Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen aussichtslos oder wesentlich erschwert würde. Die Vertrags-

**Artikel 12****Achtervolging**

(1) Voor grensoverschrijdende achtervolging geldt artikel 41 van de SUO met de volgende aanvullingen

1. Afgezien van de in artikel 41, eerste lid, van de SUO genoemde doeleinden is grensoverschrijdende achtervolging in het kader van de nationale wet- en regelgeving van de Verdragsluitende Staten ook bij de achtervolging van personen toegestaan die binnen een afstand van ten hoogste 150 kilometer van de grens zich onttrekken aan een controle in het kader van de opsporing van personen die verdacht worden van een uitleveringsdelict of die zijn veroordeeld tot een vrijheidsstraf op grond waarvan uitlevering toelaatbaar lijkt.
2. De achtervolging kan ook plaatsvinden over de grenzen in het water en het luchtruim.
3. De achtervolgende ambtenaren oefenen het achtervolgingsrecht voor de in het eerste lid, onder 1, en in artikel 41, eerste lid, van de SUO genoemde doeleinden uit op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat zonder geografische beperkingen of beperkingen in tijd voor alle strafbare feiten op grond waarvan uitlevering kan plaatsvinden, met inbegrip van de bevoegdheid personen aan te houden overeenkomstig artikel 41, tweede lid, onderdeel b, van de SUO.
4. Het binnentreden van woningen en het betreden van niet voor het publiek toegankelijke terreinen is niet toegestaan. Publiek toegankelijke werk-, bedrijfs- en kantoorruimtes mogen tijdens werk-, bedrijfs- en kantoor tijden worden betreden.

(2) In geval van een grensoverschrijdende achtervolging dient melding plaats te vinden aan

voor de Bondsrepubliek Duitsland:

- in de deelstaat Nedersaksen het regionale verbindingsorgaan te Lingen, het Grenzschutzpräsidium Nord en Grenzschutzpräsidium West en de Bundesgrenzschutzämter te Hamburg, Klee en Keulen,
- in Noordrijn-Westfalen de politieautoriteiten in wiens district de grensoverschrijding plaatsvindt of vermoedelijk zal plaatsvinden, het Grenzschutzpräsidium Nord en Grenzschutzpräsidium West en de Bundesgrenzschutzämter te Hamburg, Klee en Keulen, alsmede
- voor de douaneorganisatie de Lage- en Informationsdienst Klee en de centrale meldkamer in Emden,

telkens voor zover het onder de territoriale bevoegdheid van de voornoemde autoriteiten valt en in het geval van de voornoemde douaneautoriteiten voor zover dit ook onder hun zaaksinhoudelijke competentie valt;

voor het Koninkrijk der Nederlanden

- de in bijlage I genoemde autoriteiten.

Wijzigingen van deze bevoegdheden worden schriftelijk medegedeeld aan de andere Verdragsluitende Staat.

**Artikel 13****Gecontroleerde levering**

(1) Op verzoek kan de aangezochte Verdragsluitende Staat toestemming verlenen voor de gecontroleerde invoer naar haar grondgebied, de gecontroleerde doorvoer of de gecontroleerde uitvoer in het bijzonder bij illegale handel in verdovende middelen, wapens, springstoffen, vals geld, gestolen goederen en geheilde goederen evenals bij het witwassen van geld wanneer de verzoekende Verdragsluitende Staat verklaart dat de opsporing van de verdachten achter de schermen en andere betrokkenen bij het strafbare feit of aan het licht brengen van distribu-

staaten versichern einander, nach Beendigung der kontrollierten Lieferung die Lieferung sicherzustellen, gegen die Kuriere, Hintermänner und Abnehmer zu ermitteln und die Verurteilung der Täter sowie die Strafvollstreckung anzustreben.

(2) Die Bewilligung erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates. Die Durchführung der kontrollierten Lieferung richtet sich nach den Bestimmungen dieses Vertrages und, soweit in dem Vertrag keine Regelungen getroffen werden, nach dem Innerstaatlichen Recht des ersuchten Vertragsstaates.

(3) Die kontrollierte Lieferung kann nach Absprache zwischen den Vertragsstaaten abgefangen und derart zur Weiterbeförderung freigegeben werden, dass sie unangetastet bleibt, entfernt oder ganz oder teilweise ersetzt wird. Wenn von der Ware ein besonderes Risiko für die an der Lieferung beteiligten Personen oder für die Allgemeinheit ausgeht, so kann der ersuchte Vertragsstaat das Ersuchen unter weiteren Bedingungen bewilligen oder es ablehnen.

(4) Der ersuchte Vertragsstaat übernimmt die Kontrolle der Lieferung beim Grenzübertritt oder an einem vereinbarten Übergabepunkt, um eine Kontrollunterbrechung zu vermeiden. Er stellt im weiteren Verlauf der Lieferung deren ständige Überwachung in der Form sicher, dass er zu jeder Zeit die Möglichkeit des Zugriffs auf die Täter oder die Waren hat. Beamte des ersuchenden Vertragsstaates können in Absprache mit dem ersuchten Vertragsstaat die kontrollierte Lieferung nach der Übernahme zusammen mit den übernehmenden Beamten des ersuchten Vertragsstaates weiter begleiten.

(5) Abweichend von Absatz 4 Satz 3 können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im Einzelfall vereinbaren, dass Beamte des ersuchenden Vertragsstaates mit dem ersuchten Vertragsstaat die Maßnahme unter der Sachleitung eines anwesenden Beamten des ersuchten Vertragsstaates auf dessen Hoheitsgebiet durchführen, soweit im Zeitpunkt der Stellung des Ersuchens nach Absatz 1 aufgrund bestimmter Tatsachen Anlass zu der Annahme besteht, dass die kontrollierte Lieferung spätestens 48 Stunden nach Verbringung in das Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates aus diesem in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates verbracht werden wird, oder soweit der ersuchte Vertragsstaat erklärt, dass er die Maßnahme aus zwingenden Gründen nicht durchführen kann. Die in Satz 1 genannten Tatsachen und Gründe sind in dem Ersuchen nach Absatz 1 anzugeben. Die Beamten des ersuchenden Vertragsstaates sind in jedem Falle an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des ersuchten Vertragsstaates gebunden; sie haben die Anordnungen der Beamten des ersuchten Vertragsstaates zu befolgen. Die Vereinbarung nach Satz 1 bedarf der Beteiligung der zuständigen Staatsanwaltschaft, soweit dies nach Innerstaatlichem Recht erforderlich ist.

(6) Ersuchen um kontrollierte Lieferungen, die in einem Drittstaat beginnen oder fortgesetzt werden, werden nur bewilligt, wenn die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 2 auch vom Drittstaat gewährleistet ist.

(7) Artikel 11 Absätze 8, 11 und 12 dieses Vertrages und Artikel 40 Absatz 3 Buchstaben a bis c, g und h SDÜ gelten entsprechend.

tiekanalen zonder deze maatregel geen kans van slagen zou hebben of aanzienlijk bemoeilijkt zou worden. De Verdragsluitende Staten zeggen elkaar toe de levering na het beëindigen van de gecontroleerde aflevering in beslag te nemen, tegen de koeriers, achter de schermen en de afnemers onderzoek in te stellen en te streven naar de veroordeling van de daders en tenuitvoerlegging van de opgelegde straf.

(2) De toestemming heeft betrekking op het gehele grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat. De uitvoering van de gecontroleerde aflevering verloopt volgens de bepalingen van dit Verdrag en – voorzover in dit Verdrag geen regeling is opgenomen – volgens het nationale recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat.

(3) De gecontroleerde aflevering kan volgens afspraak tussen de Verdragsluitende Staten worden onderschept en zodanig voor verder vervoer worden vrijgegeven dat deze aflevering intact blijft, of verwijderd wordt of geheel of gedeeltelijk vervangen wordt. Indien de goederen een bijzonder risico met zich mee brengen voor de personen die betrokken zijn bij deze aflevering of algemeen gevaar voor personen of goederen opleveren, kan de aangezochte Verdragsluitende Staat onder nadere voorwaarden instemmen met het verzoek of het verzoek afwijzen.

(4) De aangezochte Verdragsluitende Staat neemt de controle over de levering over bij het overgaan van de grens of op een vooraf afgesproken punt van overdracht, teneinde een onderbreking van de controle te voorkomen. De aangezochte Verdragsluitende Staat waarborgt gedurende het verdere verloop het permanente toezicht op de aflevering, en wel zodanig dat hij ten alle tijde de mogelijkheid heeft de verdachten aan te houden of de goederen in beslag te nemen. Ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat kunnen na een daartoe strekkende afspraak met de aangezochte Verdragsluitende Staat de gecontroleerde aflevering na de overdracht van de verantwoordelijkheid samen met de ambtenaren van de aangezochte Verdragsluitende Staat die de aflevering overnemen verder begeleiden.

(5) In afwijking van het vierde lid, derde volzin, kunnen de verantwoordelijke autoriteiten van de Verdragsluitende Staten per geval afspreken dat ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat samen met de aangezochte Verdragsluitende Staat de maatregel onder het gezag van een aanwezige ambtenaar van de aangezochte Verdragsluitende Staat op haar grondgebied zullen uitvoeren, voorzover op het tijdstip van de indiening van het verzoek overeenkomstig het eerste lid op grond van bepaalde feiten aanleiding bestaat om aan te nemen dat de gecontroleerde aflevering uiterlijk 48 uur na de overbrenging naar het grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat daar vandaan naar het grondgebied van de verzoekende Verdragsluitende Staat zal worden gebracht, of voor zover de aangezochte Verdragsluitende Staat verklaart dat hij deze maatregel om zwaarwegende redenen niet kan uitvoeren. De in de eerste volzin genoemde feiten en redenen dienen in het verzoek bedoeld in het eerste lid te worden vermeld. De ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat zijn in ieder geval gebonden aan de bepalingen van dit artikel en het recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat; zij dienen de aanwijzingen van de ambtenaren van de aangezochte Verdragsluitende Staat op te volgen. Voor de afspraken bedoeld in de eerste volzin is de medewerking van de bevoegde officier van justitie nodig, voor zover dat naar nationaal recht vereist is.

(6) Op verzoeken om gecontroleerde afleveringen die in een derde staat beginnen of worden voortgezet, wordt alleen toestemming verleend als het vervullen van de op grond van het eerste en tweede lid gestelde voorwaarden ook door de derde staat gegarandeerd wordt.

(7) Artikel 11, het achtste, het elfde en het twaalfde lid, van dit Verdrag en artikel 40, derde lid, onderdelen a tot c, g, en h, van de SUO zijn overeenkomstig van toepassing.

(8) Ersuchen um kontrollierte Einfuhr und Durchfuhr sind an die in Artikel 11 Absätze 3 und 4 genannten Behörden zu richten. Ersuchen um kontrollierte Ausfuhr sind zu richten

- in der Bundesrepublik Deutschland an die Staatsanwaltschaft, in deren Bezirk der Transport beginnt,
- in dem Königreich Niederlande an die in Anlage I genannten Behörden.

#### Artikel 14

##### Verdeckte Ermittlungen zum Zwecke der Strafverfolgung

(1) Auf Ersuchen kann der ersuchte Vertragsstaat die Durchführung verdeckter Ermittlungen auf seinem Hoheitsgebiet durch Beamte des ersuchenden Vertragsstaates, die nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates die Stellung eines verdeckten Ermittlers haben, bewilligen, wenn der ersuchende Vertragsstaat darlegt, dass ohne diese Maßnahme die Aufklärung des Sachverhalts aussichtslos oder wesentlich erschwert würde. Die Bewilligung eines Ersuchens, mit der der Durchführung einer verdeckten Ermittlung zugestimmt wird, erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates.

(2) Die weiteren Voraussetzungen für verdeckte Ermittlungen, insbesondere die Bedingungen, unter denen verdeckte Ermittler eingesetzt werden, richten sich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates. Der ersuchte Vertragsstaat kann ferner Maßgaben für die Verwendung der im Wege einer verdeckten Ermittlung gewonnenen Erkenntnisse festlegen. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweiligen Voraussetzungen für die Durchführung verdeckter Ermittlungen nach ihrem innerstaatlichen Recht.

(3) Verdeckte Ermittlungen im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Einsätze, die in dem Ersuchen nach Absatz 1 anzugeben sind. Ist bei Stellung des Ersuchens erkennbar, dass sich die verdeckten Ermittlungen über einen bestimmten Zeitraum erstrecken werden, können die verdeckten Ermittlungen zunächst für die Dauer von bis zu drei Monaten bewilligt werden. Eine Verlängerung der Bewilligung, die mit einer Abänderung der ursprünglich erteilten Bewilligung verbunden sein kann, ist zulässig. Die voraussichtliche Dauer der verdeckten Ermittlungen ist in dem Ersuchen nach Absatz 1 ebenfalls anzugeben. Die Behörden des ersuchenden Vertragsstaates stimmen sich bei der Vorbereitung des Einsatzes mit den zuständigen Behörden des ersuchten Vertragsstaates ab.

(4) Die Leitung des Einsatzes obliegt einem Beamten des ersuchten Vertragsstaates; das Handeln der Beamten des ersuchenden Vertragsstaates ist dem ersuchten Vertragsstaat zuzurechnen. Der ersuchte Vertragsstaat kann jederzeit die Beendigung der verdeckten Ermittlungen verlangen.

(5) Der ersuchte Vertragsstaat ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um den ersuchenden Vertragsstaat bei der Durchführung personell, logistisch und technisch zu unterstützen und um die Beamten des ersuchenden Vertragsstaates während ihres Einsatzes auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates zu schützen.

(6) Die zuständigen Behörden treffen nähere Vereinbarungen hinsichtlich der erforderlichen Zustimmung in dringenden Fällen. Dringende Fälle im Sinne des Satzes 1 liegen vor, wenn zu befürchten ist, dass ohne grenzüberschreitende verdeckte Ermittlungen die Identität der eingesetzten Beamten aufgedeckt und die Ermittlungen gefährdet würden.

(7) Artikel 8 Absätze 1 und 4 finden entsprechende Anwendung.

(8) Verzoeken om gecontroleerde invoer en doorvoer dienen te worden gericht aan de in artikel 11, derde en vierde lid, genoemde autoriteiten. Verzoeken om gecontroleerde uitvoer dienen te worden gericht aan

- voor de Bondsrepubliek Duitsland aan het Openbaar Ministerie in wiens rechtsgebied het vervoer begint,
- voor het Koninkrijk der Nederlanden de in bijlage I genoemde autoriteiten.

#### Artikel 14

##### Infiltratie ten behoeve van strafrechtelijke opsporing

(1) Op verzoek kan de aangezochte Verdragsluitende Staat toestemming verlenen voor de uitvoering van infiltratie op haar grondgebied door ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat die volgens de wet- en regelgeving van de verzoekende Verdragsluitende Staat de status van infiltrant hebben, wanneer de verzoekende Verdragsluitende Staat aannemelijk maakt dat zonder deze maatregel de opheldering van de zaak geen kans van slagen zou hebben of aanzienlijk bemoeilijkt zou worden. De inwilliging van een verzoek waarmee toestemming wordt verleend voor infiltratie, geldt voor het gehele grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat.

(2) De andere voorwaarden voor infiltratie, in het bijzonder de voorwaarden die van toepassing zijn voor het inzetten van infiltranten, worden bepaald door het recht van de aangezochte Verdragsluitende Staat. De aangezochte Verdragsluitende Staat kan bovendien richtlijnen vaststellen voor het gebruik van de door middel van een infiltratie verworven inzichten. De Verdragsluitende Staten informeren elkaar over de voorwaarden die gelden voor de uitvoering van infiltratie volgens hun nationale wet- en regelgeving.

(3) Infiltratie op het grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat is beperkt tot afzonderlijke, qua tijd beperkte politieoptredens die in het verzoek overeenkomstig het eerste lid moeten worden aangegeven. Indien op het tijdstip van de indiening van het verzoek reeds aannemelijk is dat de infiltratie zich over een bepaalde periode zal uitstrekken, kan de infiltratie in eerste instantie voor de duur van ten hoogste drie maanden worden toegestaan. Verlenging van de toestemming die gepaard kan gaan met wijziging van de oorspronkelijk gegeven toestemming, is toegestaan. De vermoedelijke duur van de infiltratie dient eveneens te worden aangegeven in het verzoek overeenkomstig het eerste lid. De autoriteiten van de verzoekende Verdragsluitende Staat maken tijdens de voorbereiding van het politieoptreden afspraken met de bevoegde autoriteiten van de aangezochte Verdragsluitende Staat.

(4) De leiding van het politieoptreden berust bij een ambtenaar van de aangezochte Verdragsluitende Staat; het optreden van de ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat valt onder de verantwoordelijkheid van de aangezochte Verdragsluitende Staat. De aangezochte Verdragsluitende Staat kan te allen tijde beëindiging van de infiltratie eisen.

(5) De aangezochte Verdragsluitende Staat neemt de vereiste maatregelen om de verzoekende Verdragsluitende Staat bij de uitvoering personeel, logistiek en technisch te ondersteunen en om de ambtenaren van de verzoekende Verdragsluitende Staat te beschermen tijdens hun optreden op het grondgebied van de aangezochte Verdragsluitende Staat.

(6) De bevoegde autoriteiten maken nadere afspraken met betrekking tot de noodzakelijke toestemming in dringende gevallen. Dringende gevallen in de zin van de eerste volzin doen zich voor, indien te vrezen valt dat zonder grensoverschrijdende infiltratie de identiteit van de ingezette ambtenaren bekend zou worden en het onderzoek gevaar zou lopen.

(7) Artikel 8, eerste en vierde lid, vinden overeenkomstige toepassing.

(8) Zur Absicherung des Einsatzes erforderliche technische Mittel dürfen mitgeführt werden, es sei denn, der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die verdeckte Ermittlung durchgeführt wird, widerspricht ausdrücklich. In dem Ersuchen sollen in der Regel die technischen Mittel aufgeführt werden. Im Übrigen gilt Artikel 11 Absatz 11 entsprechend.

(9) Das Ersuchen ist an die nationale polizeiliche Zentralstelle oder unter gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen polizeilichen Zentralstelle an die Staatsanwaltschaft des ersuchten Vertragsstaates zu richten, die für die Anordnung oder Zustimmung zu einer verdeckten Ermittlung zuständig wäre, wenn die verdeckte Ermittlung von den Behörden des ersuchten Staates durchgeführt würde. In den Fällen, in denen sich die verdeckten Ermittlungen in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf die Grenzgebiete nach Artikel 3 Absatz 2 beschränken werden, ist das Ersuchen in Kopie zusätzlich an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bei gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen polizeilichen Zentralstelle zu richten.

(10) Über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittler werden die zuständigen Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgte, unverzüglich schriftlich unterrichtet.

(11) Die Vertragsstaaten können einander verdeckte Ermittler zur Verfügung stellen, die im Auftrag und unter Leitung der zuständigen Behörde des jeweils anderen Vertragsstaates tätig werden.

#### Artikel 15

##### Informationsübermittlung zur Strafverfolgung ohne Ersuchen

Die Behörden der Vertragsstaaten können einander im Einzelfall ohne Ersuchen nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts Informationen einschließlich personenbezogener Daten übermitteln, soweit Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Kenntnis der Informationen für die Verfolgung von Straftaten durch den Empfänger erforderlich ist. Der Empfänger ist verpflichtet, die Erforderlichkeit der übermittelten Daten zu überprüfen und nicht erforderliche Daten zu löschen, zu vernichten oder an die übermittelnde Stelle zurückzubemitteln sowie der übermittelnden Behörde Mitteilung zu machen, wenn sich die Unrichtigkeit der Informationen ergibt.

#### Teil IV

##### Weitere Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

#### Artikel 16

##### Observation zur Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat

(1) Im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten ist die grenzüberschreitende Observation zum Zwecke der Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat ausnahmsweise zulässig

1. mit vorheriger Zustimmung, wenn die zuständige Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sich die Observation erstrecken soll, erklärt, die Maßnahme nicht durchführen zu können,
2. ohne vorherige Zustimmung bei besonderer Eilbedürftigkeit.

Die Observation ist nur zulässig, soweit ein Ersuchen nicht im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gestellt und der Zweck der Observation nicht durch die Übernahme der Amtshandlung

(8) Technische middelen die voor de beveiliging van het optreden vereist zijn, mogen worden meegevoerd, tenzij de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de infiltratie wordt uitgevoerd, uitdrukkelijk bezwaar maakt. In het verzoek moeten als regel de technische middelen worden vermeld. Voor het overige geldt artikel 11, elfde lid, overeenkomstig.

(9) Het verzoek dient te worden gericht aan de nationale centrale politie-instantie of, met gelijktijdige informering van de nationale centrale politie-instantie, aan het Openbaar Ministerie van de aangezochte Verdragsluitende Staat dat voor het bevel tot of de toestemming voor infiltratie verantwoordelijk zou zijn indien de infiltratie door de autoriteiten van de aangezochte Verdragsluitende Staat zou worden uitgevoerd. In de gevallen waarin de infiltratie in de Bondsrepubliek Duitsland zich naar verwachting zal beperken tot de grensstreek bedoeld in artikel 3, tweede lid, dient het verzoek bovendien in afschrift te worden gericht aan het in het gegeven geval bevoegde Landeskriminalamt van de deelstaten Nedersaksen en Noordrijn-Westfalen onder gelijktijdig informeren van de nationale centrale politie-instantie.

(10) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied het optreden heeft plaatsgevonden, worden onverwijld schriftelijk geïnformeerd over de uitvoering en de resultaten van de infiltratie.

(11) De Verdragsluitende Staten kunnen elkaar infiltranten ter beschikking stellen die in opdracht en onder het gezag van de bevoegde autoriteit van de andere Verdragsluitende Staat zullen optreden.

#### Artikel 15

##### Informatieverstrekking bij strafrechtelijke opsporing zonder verzoek

De autoriteiten van de Verdragsluitende Staten kunnen elkaar in uitzonderlijke gevallen met inachtneming van het nationale recht zonder verzoek informatie met inbegrip van persoonsgegevens doen toekomen indien er aanwijzingen zijn dat de ontvanger deze informatie voor de opsporing van strafbare feiten nodig heeft. De ontvanger is verplicht het belang van de medegedeelde gegevens te toetsen en niet-noodzakelijke gegevens te verwijderen, te vernietigen of terug te zenden naar de instantie die deze gegevens heeft verstrekt en, indien gebleken is dat de informatie onjuist is, dit te melden aan de instantie die de informatie heeft verstrekt.

#### Titel IV

##### Overige vormen van grensoverschrijdende samenwerking

#### Artikel 16

##### Observatie ter voorkoming van een strafbaar feit dat aanleiding kan geven tot uitlevering

(1) Met inachtneming van het respectievelijk geldende nationale recht van de Verdragsluitende Staten is grensoverschrijdende observatie ter voorkoming van een strafbaar feit dat aanleiding kan geven tot uitlevering bij wijze van uitzondering toegestaan

1. met voorafgaande toestemming, wanneer de bevoegde autoriteit van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied de observatie moet worden uitgevoerd, verklaart de maatregel niet zelf te kunnen uitvoeren,
2. zonder voorafgaande toestemming bij bijzondere spoedeisendheid.

De observatie is slechts toegestaan indien een verzoek niet binnen het kader van een opsporingsonderzoek kan worden ingediend en het doel van de observatie niet kan worden bereikt

durch Organe des anderen Vertragsstaates oder durch Bildung gemeinsamer Observationsgruppen erreicht werden kann. Die observierenden Beamten unterliegen der Leitung des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet sich die Observation erstrecken soll.

(2) Auf Observationen nach Absatz 1 finden folgende Vorschriften entsprechend Anwendung:

- Artikel 40 Absatz 2 SDÜ mit Ausnahme der einschränkenden Verweisung auf Artikel 40 Absatz 7 SDÜ,
- Artikel 40 Absatz 3 Buchstaben a bis c und g SDÜ,
- Artikel 40 Absatz 4 SDÜ,
- Artikel 11 Absätze 8, 11 und 12.

(3) Ersuchen nach Absatz 1 und Mitteilungen nach Absatz 2 sind zu richten:

- in der Bundesrepublik Deutschland an das jeweilige Landeskriminalamt in Niedersachsen oder in Nordrhein-Westfalen oder an die örtlich zuständige Behörde nach Artikel 3 Absatz 1 oder an die Bundesgrenzschutzämter Hamburg, Kleve oder Köln,
- in dem Königreich der Niederlande an die in Anlage I genannten Behörden.

Artikel 7 Absatz 3 Sätze 1, 3 und 4 gelten entsprechend.

#### Artikel 17

##### Nachteile bei besonderen polizeilichen Kontrollen

(1) Im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten ist die grenzüberschreitende Nachteile zur Verfolgung von Personen, die sich einer Grenzkontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ entziehen, zulässig.

(2) Eine Nachteile ist ferner zulässig, soweit sich eine Person einer polizeilichen Kontrolle innerhalb einer Entfernung von höchstens 150 Kilometern bis zu der Grenze entzieht, sofern dabei eindeutige Anhaltezeichen missachtet werden und in der Folge eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit herbeigeführt wird.

(3) Die nachteilenden Beamten haben mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates (im Folgenden: als „Gebietsstaat“ bezeichnet) unverzüglich, nach Möglichkeit noch vor Grenzübertritt, in Verbindung zu treten. Die Nachteile ist abzubrechen, sofern dies die zuständige Behörde des Gebietsstaates anordnet oder die Fortsetzung der Maßnahme zu einer konkreten Gefährdung von Leib oder Leben der verfolgten Person oder Dritter führt und diese Gefährdung in einem offenkundigen Missverhältnis zu der abzuwehrenden Gefahr steht.

(4) Für solche Nachteile gelten folgende Vorschriften entsprechend:

- Artikel 41 Absatz 1 SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 3 Buchstabe b SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 5 Buchstaben a und c - g SDÜ,
- Artikel 12 Absatz 1 Nummer 2,
- Artikel 12 Absatz 2.

door het overnemen van de ambtsverrichtingen door organen van de andere Verdragsluitende Staat of door vorming van gemeenschappelijke observatieteams. De observerende ambtenaren zijn onderworpen aan het gezag van de Verdragsluitende Staat op wiens gebied de observatie dient plaats te vinden.

(2) Op observaties bedoeld in het eerste lid zijn de volgende voorschriften van overeenkomstige toepassing:

- artikel 40, tweede lid, van de SUO met uitzondering van de beperkende verwijzing naar artikel 40, zevende lid, van de SUO,
- artikel 40, derde lid, onderdelen a tot en met c en g, van de SUO,
- artikel 40, vierde lid, van de SUO,
- artikel 11, onder 8, 11 en 12.

(3) Verzoeken bedoeld in het eerste lid en mededelingen bedoeld in het tweede lid dienen te worden gericht aan onderstaande instanties

- voor de Bondsrepubliek Duitsland aan het Landeskriminalamt van Nedersaksen of Noordrijn-Westfalen of de plaatselijke bevoegde autoriteiten overeenkomstig artikel 3, eerste lid, of aan de Bundesgrenzschutzämter te Hamburg, Kleef of Keulen,
- voor het Koninkrijk der Nederlanden aan de in bijlage I genoemde autoriteiten.

Artikel 7, derde lid, eerste, derde en vierde volzin, zijn van overeenkomstige toepassing.

#### Artikel 17

##### Achtervolging bij bijzondere politiecontroles

(1) Binnen het kader van het respectievelijk geldende nationale recht van de Verdragsluitende Staten is de grensoverschrijdende achtervolging toegestaan van personen die zich onttrekken aan een grenscontrole als bedoeld in artikel 2, tweede lid, van de SUO.

(2) Grensoverschrijdende achtervolging is voorts toegestaan indien een persoon zich binnen een afstand van ten hoogste 150 kilometer voor de grens onttrekt aan een controle door politie voorzover daarbij duidelijke stoptekens worden genegeerd en diens gevolg gevaar voor de openbare veiligheid veroorzaakt wordt.

(3) De achtervolgende ambtenaren dienen onverwijld en zo mogelijk nog voorafgaand aan de grensoverschrijding contact op te nemen met de bevoegde autoriteiten van de andere Verdragsluitende Staat. De grensoverschrijdende achtervolging dient te worden gestaakt indien de bevoegde autoriteit van de gaststaat dit gelast of de voortzetting van de maatregel leidt tot een concrete gevaarstelling voor de gezondheid of het leven van de achtervolgde persoon of van derden en deze gevaarstelling kennelijk disproportioneel is ten opzichte van het te verhinderen gevaar.

(4) Voor dergelijke grensoverschrijdende achtervolgingen gelden de volgende voorschriften overeenkomstig:

- artikel 41, eerste lid, van de SUO,
- artikel 41, tweede lid, onderdeel b, van de SUO,
- artikel 41, derde lid, onderdeel b, van de SUO,
- artikel 41, vijfde lid, onderdelen a en c tot en met g, van de SUO,
- artikel 12, eerste lid, onder 2,
- artikel 12, tweede lid.

## Artikel 18

**Verdeckte Ermittlungen  
zur Verhinderung auslieferungsfähiger  
Straftaten von erheblicher Bedeutung**

(1) Soweit es das jeweilige innerstaatliche Recht zulässt, können verdeckte Ermittlungen zum Zwecke der Verhinderung von vorsätzlichen und nicht nur auf Antrag zu verfolgenden auslieferungsfähigen Straftaten von erheblicher Bedeutung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates fortgesetzt werden, wenn dieser der grenzüberschreitenden verdeckten Ermittlung auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat.

(2) Artikel 14 Absätze 1 bis 6, 8, 10 und 11 und Artikel 16 Absatz 3 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass die nationale polizeiliche Zentralstelle gleichzeitig zu unterrichten ist.

## Artikel 19

**Gemeinsame Einsatzformen zur Abwehr  
von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder  
Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten**

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemeinsame Streifen, gemeinsam besetzte Kontroll-, Auswertungs- und Observationsgruppen sowie weitere gemeinsame Einsatzformen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Verhinderung von Straftaten bilden, in denen Beamte des einen Vertragsstaates bei Einsätzen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates mitwirken. Hoheliche Befugnisse dürfen dabei nur unter der Leitung und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des Gebietsstaates wahrgenommen werden. Artikel 6 Absatz 4 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

## Artikel 20

**Informationsaustausch zur Abwehr  
von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder  
Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten**

Die zuständigen Polizeibehörden der Vertragsstaaten können einander im Einzelfall auch ohne Ersuchen nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts Informationen einschließlich personenbezogener Daten mitteilen, soweit Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Kenntnis der Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten durch den Empfänger erforderlich ist. Artikel 15 Satz 2 gilt entsprechend.

## Artikel 21

**Vorläufige grenzüberschreitende  
Maßnahmen zur Abwehr einer  
gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben**

(1) Beamte der Polizeibehörden eines Vertragsstaates (im Folgenden als die „einschreitenden Beamten“ bezeichnet) dürfen im Falle eines dringenden Bedarfs ohne vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates die gemeinsame Grenze überschreiten, um im grenznahen Bereich auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Gebietsstaates vorläufige Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich sind. Zu den vorläufigen Maßnahmen kann auch das Festhalten einer Person gehören.

(2) Ein dringender Bedarf im Sinne von Absatz 1 liegt nur dann vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von Beamten des Gebietsstaates oder der Herstellung eines Einvernehmens im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 eine Verwirklichung der Gefahr droht.

## Artikel 18

**Infiltratie ter voorkoming  
van ernstige strafbare feiten die aanleiding  
kunnen geven tot uitlevering**

(1) Voorzover het onderscheidenlijke nationale recht dat toelaat kan infiltratie ter voorkoming van ernstige strafbare feiten die aanleiding kunnen geven tot uitlevering die opzettelijk gepleegd zijn en niet uitsluitend op verzoek kunnen worden vervolgd, worden voortgezet op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat wanneer deze voor de grensoverschrijdende infiltratie toestemming heeft verleend op basis van een vooraf ingediend verzoek.

(2) Artikel 14, eerste tot en met zesde lid, achtste, tiende en elfde lid, en artikel 16, derde lid, zijn overeenkomstig van toepassing, met dien verstande dat de nationale centrale politieinstantie tegelijkertijd dient te worden geïnformeerd.

## Artikel 19

**Vormen van gezamenlijk  
optreden ter handhaving van de openbare orde  
en veiligheid of ter voorkoming van strafbare feiten**

Ter intensivering van de samenwerking kunnen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten gezamenlijke patrouilles, gemeenschappelijk bemande controle- en observatieteams of andere samenwerkingsvormen instellen ter handhaving van de openbare orde en veiligheid of ter voorkoming van strafbare feiten, waarbij ambtenaren van de zendstaat in het kader van een optreden in de gaststaat hun medewerking verlenen. Soevereine bevoegdheden mogen hierbij uitsluitend onder leiding en doorgaans in aanwezigheid van ambtenaren van de gaststaat worden uitgeoefend. Artikel 6, vierde lid, tweede en derde volzin, is van overeenkomstige toepassing.

## Artikel 20

**Uitwisseling van informatie  
voor de handhaving van de openbare orde  
en veiligheid of ter voorkoming van strafbare feiten**

Met inachtneming van het onderscheidenlijke nationale recht kunnen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten elkaar in afzonderlijke gevallen ook zonder verzoek informatie inclusief persoonsgegevens verstrekken, voorzover er aanwijzingen zijn dat het voor de ontvanger nodig is deze informatie te kennen voor de handhaving van de openbare orde en veiligheid of ter voorkoming van strafbare feiten. Artikel 15, tweede volzin, is van overeenkomstige toepassing.

## Artikel 21

**Voorlopige grensoverschrijdende  
maatregelen ter afwending van een  
aanwezig gevaar voor gezondheid of leven**

(1) Ambtenaren belast met de uitvoering van politietaken van een Verdragsluitende Staat (hierna te noemen: „optredende ambtenaren“) mogen in geval van een spoedeisende situatie zonder voorafgaande toestemming van de andere Verdragsluitende Staat de gemeenschappelijke grens overschrijden teneinde in het nabij de grens gelegen gebied op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat met inachtneming van het nationale recht van de gaststaat voorlopige maatregelen te nemen die noodzakelijk zijn om een aanwezig gevaar voor gezondheid of leven af te wenden. Tot deze voorlopige maatregelen kan tevens de aanhouding van een persoon behoren.

(2) Van een spoedeisende situatie als bedoeld in het eerste lid is sprake indien een optreden van de ambtenaren van de gaststaat of van een toestemming als bedoeld in artikel 6, tweede lid, niet kan worden afgewacht omdat hierdoor het risico bestaat dat het gevaar zich daadwerkelijk manifesteert.

(3) Die einschreitenden Beamten haben den Gebietsstaat unverzüglich zu unterrichten. Der Gebietsstaat hat unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr der Gefahr und zur Übernahme der Lage erforderlich sind. Die einschreitenden Beamten dürfen im Gebietsstaat nur so lange tätig sein, bis der Gebietsstaat die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr ergriffen hat. Die einschreitenden Beamten sind an die Weisungen des Gebietsstaates gebunden.

(4) Die Vertragsstaaten treffen eine gesonderte Vereinbarung darüber, welche Stellen nach Absatz 3 unverzüglich zu unterrichten sind. Die einschreitenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und an das Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie tätig werden, gebunden.

(5) Die Maßnahmen der einschreitenden Beamten werden dem Gebietsstaat zugerechnet.

#### Artikel 22

##### Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen

Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten unterstützen sich nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts gegenseitig bei Massenveranstaltungen und ähnlichen Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen, indem sie

1. sich gegenseitig so zeitig wie möglich über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen und relevante Erkenntnisse unterrichten,
2. bei Lagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen die auf ihrem Hoheitsgebiet erforderlichen polizeilichen Maßnahmen vornehmen und koordinieren,
3. auf Ersuchen des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Lage eintritt, soweit möglich, durch Entsendung von Beamten, Spezialisten und Beratern sowie Gestellung von Ausrüstungsgegenständen Hilfe leisten.

Im Übrigen bleibt das Abkommen von Bonn vom 7. Juni 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen unberührt.

#### Artikel 23

##### Einrichtung von Bedarfskontrollstellen

(1) Eine Bedarfskontrollstelle kann auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingerichtet werden, soweit

1. keine geeignete Örtlichkeit auf dem eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung steht,
2. dies zur Durchführung einer Grenzkontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ erforderlich ist und
3. die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates der Maßnahme im Einzelfall zugestimmt hat.

(2) Die Bedarfskontrollstelle soll möglichst grenznah und darf nicht weiter als fünf Kilometer von der Grenzlinie entfernt liegen.

(3) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann mit Auflagen versehen werden. Die Maßnahme ist auf Verlangen der zuständigen Stelle des Gebietsstaates einzustellen.

(4) Die Grenzkontrolle wird ausschließlich nach dem Recht und von den Bediensteten des Vertragsstaates durchgeführt, der die Kontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ angeordnet hat. An Bedarfskontrollstellen sollen jedoch Bedienstete beider Vertragsstaaten anwesend sein.

(3) De optredende ambtenaren dienen de gaststaat onverwijd te informeren. De gaststaat dient onverwijd de noodzakelijke maatregelen te nemen om het gevaar af te wenden en de situatie meester te worden. De grensoverschrijdende ambtenaren mogen in de gaststaat slechts optreden totdat de gaststaat de noodzakelijke maatregelen ter afwending van het gevaar heeft genomen. De optredende ambtenaren zijn aan de aanwijzingen van de gaststaat gebonden.

(4) De Verdragsluitende Staten maken een afzonderlijke afspraak welke instanties overeenkomstig derde lid onverwijd geïnformeerd dienen te worden. De optredende ambtenaren zijn gebonden aan de bepalingen van dit artikel en aan het recht van de Verdragsluitende Staat op het grondgebied waarvan zij optreden.

(5) De maatregelen van de optredende ambtenaren vallen onder de verantwoordelijkheid van de gaststaat.

#### Artikel 22

##### Bijstandsverlening bij grootschalige evenementen, rampen en zware ongevallen

De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten verlenen elkaar met inachtneming van het desbetreffende nationale recht over en weer bijstand bij grootschalige evenementen en soortgelijke grote gebeurtenissen, rampen alsmede zware ongevallen door

1. elkaar in een zo vroeg mogelijk stadium over dergelijke gebeurtenissen met grensoverschrijdende gevolgen te informeren en relevante informatie mee te delen,
2. in situaties met grensoverschrijdende gevolgen de op hun grondgebied noodzakelijke politiemaatregelen te nemen en te coördineren,
3. op verzoek van de Verdragsluitende Staat op het grondgebied waarvan zich de situatie voordoet, voor zover mogelijk door detachering van ambtenaren, specialisten en adviseurs alsmede door het beschikbaar stellen van uitrusting, bijstand te verlenen.

Voor het overige laat dit Verdrag onverlet de op 7 juni 1988 te Bonn tot stand gekomen Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen.

#### Artikel 23

##### Inrichting van tijdelijke controleposten

(1) Op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat kan een tijdelijke controlelocatie worden ingericht voor zover:

1. op het eigen grondgebied geen geschikte locatie voorhanden is,
2. zulks voor de uitvoering van een grenscontrole als bedoeld in artikel 2, tweede lid, van de SUO noodzakelijk is, en
3. de bevoegde autoriteit van de andere Verdragsluitende Staat in afzonderlijke gevallen toestemming voor de maatregel heeft verleend.

(2) De tijdelijke controlelocatie dient zo dicht mogelijk bij de grens te liggen en mag niet verder dan vijf kilometer van de grenslijn verwijderd zijn.

(3) Aan de toestemming, bedoeld in het eerste lid, kunnen voorwaarden worden verbonden. De maatregel dient op verzoek van de bevoegde autoriteit van de gaststaat gestaakt te worden.

(4) De grenscontrole wordt uitsluitend uitgevoerd overeenkomstig het recht en door de ambtenaren van de Verdragsluitende Staat die de controle als bedoeld in artikel 2, tweede lid, van de SUO heeft gelast. Op tijdelijke controlelocaties dienen evenwel ambtenaren van beide Verdragsluitende Staten aanwezig te zijn.



(5) Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten erstellen Verzeichnisse über die auf ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und zur Einrichtung von Bedarfskontrollstellen geeigneten Örtlichkeiten, tauschen die Verzeichnisse aus und unterrichten sich unverzüglich über Änderungen.

(6) Für den Fall, dass Grenzkontrollen nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ durchgeführt werden, finden Artikel 4 bis 9 des Abkommens vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze Anwendung; im Übrigen gilt das Abkommen vom 30. Mai 1958 entsprechend.

#### Teil V

### Allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit

#### Artikel 24

##### Gemischt besetzte Dienststellen

(1) Die Vertragsstaaten können gemischt besetzte Dienststellen für den Informationsaustausch und die Unterstützung ihrer Behörden einrichten.

(2) In den gemischt besetzten Dienststellen arbeiten Beamte der Behörden beider Vertragsstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen, um in Angelegenheiten, die den Zuständigkeitsbereich der Behörden der in Artikel 3 Absatz 2 genannten Grenzgebiete betreffen, Informationen auszutauschen, zu analysieren und weiterzuleiten sowie bei der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach diesem Vertrag unterstützend mitzuwirken. Für die Übermittlung personenbezogener Daten gelten die Artikel 7, 15 und 20.

(3) Die Unterstützungsfunktion kann auch die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Rückführung von Ausländern auf der Grundlage der zwischen den Vertragsstaaten geltenden Übereinkünfte umfassen.

(4) Den gemischt besetzten Dienststellen obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Einsätze. Die Beamten in den gemischt besetzten Dienststellen unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden.

(5) Anzahl und Sitz der gemischt besetzten Dienststellen sowie die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die gleichmäßige Verteilung der Kosten werden durch gesonderte Vereinbarungen geregelt.

(6) Behörden eines Vertragsstaates können sich an gemischt besetzten Dienststellen, die der andere Vertragsstaat mit einem gemeinsamen Nachbarstaat betreibt, beteiligen, wenn und soweit der andere Vertragsstaat und der Nachbarstaat einer solchen Beteiligung zustimmen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die Verteilung der Kosten werden zwischen allen beteiligten Staaten geregelt.

#### Artikel 25

##### Einsatz von Luft- und Wasserfahrzeugen

(1) Bei grenzüberschreitenden Einsätzen nach diesem Vertrag dürfen auch Luft- und Wasserfahrzeuge eingesetzt werden.

(2) Beim grenzüberschreitenden Einsatz nach Absatz 1 entfällt bei Flügen nach Sichtflugregeln bei Tag die Flugplanpflicht. Flüge nach Instrumentenflugregeln dürfen nur im kontrollierten Luftraum (mit Klasse A, B, C, D oder E) durchgeführt werden.

(5) De bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staten leggen registers van de op hun grondgebied gelegen en voor de inrichting van tijdelijke controleposten geschikte locaties aan, wisselen deze registers uit en informeren elkaar onverwijld over wijzigingen.

(6) Voor het geval dat grenscontroles als bedoeld in artikel 2, tweede lid, van de SUO worden uitgevoerd, zijn de artikelen 4 tot en met 9 van de op 30 mei 1958 te 's-Gravenhage tot stand gekomen Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden nopens de samenvoeging van de grenscontrole en de instelling van gemeenschappelijke spoorwegstations of van grensaflosstations aan de Duits-Nederlandse grens van toepassing; voor het overige is de Overeenkomst van 30 mei 1958 van overeenkomstige toepassing.

#### Titel V

### Algemene bepalingen betreffende de samenwerking

#### Artikel 24

##### Gemeenschappelijk bemande centra

(1) De Verdragsluitende Staten kunnen gemeenschappelijk bemande centra voor de uitwisseling van informatie en de ondersteuning van hun autoriteiten instellen.

(2) In de gemeenschappelijk bemande centra werken ambtenaren van de autoriteiten van beide Verdragsluitende Staten in het kader van hun onderscheidenlijke bevoegdheden binnen één gebied rechtstreeks samen teneinde in aangelegenheden behorende tot de bevoegdheden van de autoriteiten in de in artikel 3, tweede lid genoemde grensstreken informatie uit te wisselen, te analyseren en door te zenden alsmede ondersteunend aan de coördinatie van de grensoverschrijdende samenwerking uit hoofde van dit Verdrag mee te werken. Op de verstrekking van persoonsgegevens zijn de artikelen 7, 15 en 20 van toepassing.

(3) De ondersteunende functie kan tevens de voorbereiding van en medewerking aan de repatriëring van vreemdelingen op grond van de tussen de Verdragsluitende Staten geldende overeenkomsten omvatten.

(4) De zelfstandige uitvoering van operaties is geen taak van de gemeenschappelijk bemande centra. De ambtenaren in de gemeenschappelijk bemande centra zijn onderworpen aan het gezag en het tuchtrecht van hun onderscheidenlijke nationale autoriteiten.

(5) Aantal en zetel van de gemeenschappelijk bemande centra alsmede de bijzonderheden van de samenwerking en de evenredige verdeling van de kosten worden bij afzonderlijke afspraken geregeld.

(6) Autoriteiten van een Verdragsluitende Staat kunnen participeren in gemeenschappelijk bemande centra die de andere Verdragsluitende Staat met een gemeenschappelijk buurland onderhoudt, indien en voor zover de andere Verdragsluitende Staat en het buurland toestemming voor een dergelijke participatie verlenen. De bijzonderheden van de samenwerking en de verdeling van de kosten worden tussen alle betrokken staten geregeld.

#### Artikel 25

##### Inzet van luchtvaartuigen en vaartuigen

(1) Bij grensoverschrijdende optreden op grond van dit Verdrag mogen ook luchtvaartuigen en vaartuigen worden ingezet.

(2) Bij de grensoverschrijdende optreden als bedoeld in het eerste lid vervalt bij vluchten volgens de regels voor zichtvliegvoorschriften tijdens de daglichtperiode de verplichting om een vliegplan in te dienen. Vluchten die worden uitgevoerd onder de

Sie werden von der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle überwacht. Dazu sind vor Beginn des Flugabschnitts nach Instrumentenflugregeln der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle die erforderlichen Flugplandaten zu übermitteln. Für Flüge nach Sichtflugregeln bei Nacht wird eine gesonderte Vereinbarung durch die jeweiligen obersten Luftverkehrsbehörden der Vertragsparteien getroffen.

(3) Für die Einsatzflüge nach Absatz 1 gilt die Ermächtigung nach Artikel 3 Buchstabe c des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (Chicago Convention) als erteilt. Sie unterliegen, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist, den in den jeweiligen Vertragsstaaten geltenden luftverkehrsrechtlichen Vorschriften. Im Rahmen der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag dürfen Luftfahrzeuge auch außerhalb von Flugplätzen starten und landen, soweit dies zur Erfüllung der Einsätze unter Berücksichtigung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit erforderlich ist.

(4) Die Luftfahrzeuge müssen im Herkunftsstaat für die jeweilige Einsatzart zugelassen sein.

(5) Beim Einsatz von Wasserfahrzeugen sind die Beamten von den Verkehrsregelungen für die Binnen- und die Seeschifffahrt im selben Umfang wie die Beamten der Polizeibehörden des Vertragsstaates befreit, auf dessen Hoheitsgebiet sie im Einsatz sind. Die eingesetzten Wasserfahrzeuge sind zur Führung der Bezeichnung für Fahrzeuge der Überwachungsbehörden befugt. Die Beamten sind auch befugt, Weisungen, ausgenommen nautische Weisungen, zu geben, soweit dies zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben dringend geboten ist und die Sicherheit der Schifffahrt und von Personen nicht beeinträchtigt wird.

#### Artikel 26 Datenschutz

(1) Datenschutz wird nach Maßgabe der Artikel 126 bis 130 SDÜ und, soweit dort keine Regelungen enthalten sind, nach Maßgabe des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in seinem Anwendungsbereich gewährleistet. Dies gilt auch für personenbezogene Daten, die durch grenzüberschreitende Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates erhoben worden sind. Dabei sind die besonderen Bedingungen, die von dem ersuchten Vertragsstaat im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Maßnahme gestellt werden, zu beachten.

(2) Beamten, die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, darf der Zugriff auf behördliche Sammlungen personenbezogener Daten des Gebietsstaates nur unter Leitung eines Beamten des Gebietsstaates gewährt werden.

#### Artikel 27 Grenzübertritte

(1) Soweit es verkehrsbedingt notwendig ist, dürfen die Beamten des einen Vertragsstaates zu den in Artikel 2 dieses Vertrages geregelten Zwecken das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates befahren, um das eigene Hoheitsgebiet auf möglichst kurzem Wege wieder zu erreichen. Soweit nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts erforderlich, dürfen hierbei auch Sonder- und Wegerechte in Anspruch genommen werden. In den Fällen des Satzes 2 sind die zuständigen Behörden des Vertragsstaates, auf dem die Sonder- und Wegerechte in Anspruch genommen werden, unverzüglich zu unterrichten.

(2) Beamte des einen Vertragsstaates dürfen für Maßnahmen, die sie nach innerstaatlichem Recht auf den auf eigenem

instrumentvliegvoorschriften mogen uitsluitend plaatsvinden in gecontroleerd luchtruim (met klasse A, B, C, D of E). Aan deze vluchten wordt luchtverkeersleiding gegeven. Voor het verkrijgen van de benodigde klaring wordt voorafgaand aan de instrumentvliegvoorschriftenvlucht een vliegplan ingediend. Voor zichtvliegvoorschriftenvluchten buiten de daglichtperiode worden door de betrokkenen afzonderlijk afspraken gemaakt.

(3) Voor de vluchten bedoeld in het eerste lid geldt de verleende toestemming zoals bedoeld in artikel 3, onderdeel c, van het op 7 december 1944 te Chicago tot stand gekomen Verdrag inzake de internationale burgerluchtvaart. Voor deze vluchten – tenzij in het tweede lid anders wordt bepaald – gelden de bepalingen voor het luchtverkeer die in de Verdragsluitende Staten van toepassing zijn. In het kader van de invulling van taken uit hoofde van dit Verdrag mogen luchtvaartuigen tevens buiten vliegvelden opstijgen en landen, voorzover dit vereist is voor de uitvoering van het politietoedren met inachtneming van de openbare rust, orde en veiligheid.

(4) De luchtvaartuigen dienen in het land van herkomst toegelaten te zijn voor de aard van het optreden.

(5) Bij de inzet van vaartuigen zijn de ambtenaren in dezelfde mate ontheven van de verkeersregelingen voor de binnenscheepvaart en zeevaart als de ambtenaren van de politie van de Verdragsluitende Staat op het grondgebied waarvan zij optreden. Voor de gebruikte vaartuigen mag de aanduiding worden gebruikt voor voertuigen van betreffende controleautoriteiten. De ambtenaren zijn ook bevoegd instructies te geven – met uitzondering van nautische instructies – voorzover dit dringend noodzakelijk is voor de vervulling van de taken die in het eerste lid worden genoemd en de veiligheid van de scheepvaart en van personen hierdoor niet in het geding komt.

#### Artikel 26 Bescherming van persoonsgegevens

(1) De bescherming van persoonsgegevens wordt overeenkomstig de artikelen 126 tot en met 130 van de SUO en, voorzover daarin geen regelingen zijn getroffen, overeenkomstig de Overeenkomst betreffende de wederzijdse rechtshulp in strafzaken tussen de lidstaten van de Europese Unie in het toepassingsgebied van bedoelde overeenkomst gewaarborgd. Een en ander geldt tevens voor persoonsgegevens die in het kader van grensoverschrijdend optreden op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat zijn verzameld. Hierbij dienen de door de aangezochte Verdragsluitende Staat aan de grensoverschrijdende maatregel gestelde bijzondere voorwaarden in acht genomen te worden.

(2) Aan ambtenaren die op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat optreden, mag slechts onder leiding van een ambtenaar van de gaststaat toegang tot officiële persoonsgegevensbestanden van de gaststaat worden verleend.

#### Artikel 27 Overpad

(1) Voor zover zulks gelet op de verkeerssituatie noodzakelijk is, mogen de ambtenaren van een Verdragsluitende Staat voor de in artikel 2 van dit Verdrag geregelde doeleinden het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat betreden teneinde het eigen grondgebied via een zo kort mogelijke weg weer te bereiken. Voor zover zulks met inachtneming van het nationale recht noodzakelijk is, mag hierbij van voorrangrechten en speciale voorrechten gebruik worden gemaakt. In de gevallen als genoemd in de tweede volzin dienen de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Staat op het grondgebied waarvan van de voorrangrechten en speciale voorrechten gebruik wordt gemaakt, onverwijld geïnformeerd te worden.

(2) Ambtenaren van een Verdragsluitende Staat mogen ten behoeve van maatregelen die zij naar nationaal recht op de op

Hoheitsgebiet gelegenen Streckenabschnitten von grenzüberschreitenden Reisezügen oder Fahrgastschiffen durchführen, bereits auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zusteigen oder nach Beendigung der Maßnahmen dort aussteigen. Kann eine auf dem eigenen Hoheitsgebiet nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts begonnene Kontrollmaßnahme, insbesondere die Überprüfung einer Person oder einer Sache, nicht im Grenzgebiet im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 abgeschlossen werden, und steht zu erwarten, dass andernfalls der Zweck der Maßnahme nicht erreicht werden kann, darf diese auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates so lange fortgesetzt werden, wie dies unabdingbar erforderlich ist, um die Maßnahme abzuschließen. Soweit weitere Maßnahmen erforderlich werden, bleiben die hierfür geltenden Regelungen unberührt.

#### Artikel 28

##### Haftungsbestimmungen

(1) Wenn Beamte eines Vertragsstaates im Rahmen einer Maßnahme nach den Artikeln 13 und 14 dieses Vertrages oder einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe nach dem Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, haftet der Vertragsstaat, dessen Beamte auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einen Schaden verursacht haben, nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet der Schaden verursacht wird, für den durch seine Beamten verursachten Schaden.

(2) Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der in Absatz 1 genannte Schaden verursacht wird, ersetzt diesen Schaden, wie er ihn ersetzen müsste, wenn seine eigenen Beamten ihn verursacht hätten.

(3) Der Vertragsstaat, dessen Beamte einen Schaden im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verursacht haben, erstattet dem anderen Vertragsstaat den Gesamtbetrag des Schadensersatzes, den dieser an die Geschädigten oder ihre Rechtsnachfolger geleistet hat.

(4) Unbeschadet der Ausübung seiner Rechte gegenüber Dritten und mit Ausnahme des Absatzes 3 verzichtet jeder Vertragsstaat in dem Fall des Absatzes 1 darauf, den Betrag des erlittenen Schadens dem anderen Vertragsstaat gegenüber geltend zu machen.

(5) Für die Haftung und den Ersatz von Schäden, die bei der Durchführung einer Maßnahme aufgrund dieses Vertrages von Beamten des einen Vertragsstaates auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verursacht werden, gilt im Übrigen Artikel 43 SDÜ.

#### Teil VI

##### Regelungen in Bezug auf die grenzüberschreitend handelnden Beamten

#### Artikel 29

##### Festhaltenrecht

Wird eine Person, auf die sich eine Maßnahme nach den Artikeln 11, 13, 16 und 17 bezieht, auf frischer Tat bei der Begehung einer nach dem Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Maßnahme durchgeführt wird, auslieferungsfähigen Straftat gegen Leib oder Leben betroffen, dürfen die Beamten, die die Maßnahme durchführen und unter der Leitung des ersuchten Vertragsstaates tätig sind, die Person festhalten. Die festgehaltene Person darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaates lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden. Ihr dürfen während der Beförderung Handfesseln angelegt werden.

het eigen grondgebied gelegen trajecten van grensoverschrijdende personentreinen of passagiersschepen uitvoeren, reeds op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat aan boord gaan of na beëindiging van de maatregelen ter plaatse van boord gaan. Indien een op het eigen grondgebied met inachtneming van het nationale recht begonnen controlemaatregel, in het bijzonder de controle van een persoon of een goed, niet in het grensstreek als bedoeld in artikel 3, tweede lid, tweede volzin kan worden voltooid en indien te verwachten is dat anders het doel van de maatregel niet kan worden bereikt, mag deze op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat zo lang worden voortgezet als volstrekt noodzakelijk is om de maatregel te voltooien. Voor zover overige maatregelen noodzakelijk zijn, blijven de hiervoor geldende regelingen onverlet.

#### Artikel 28

##### Burgerrechtelijke aansprakelijkheid

(1) Indien een ambtenaar in het kader van een maatregel bedoeld in de artikelen 13 en 14 van dit Verdrag of een gemeenschappelijk opsporingsteam, bedoeld in het kaderbesluit van de Raad van de Europese Unie van 13 juni 2002 inzake de gemeenschappelijke opsporingsteams, grensoverschrijdend optreedt en daarbij schade toebrengt is de zendstaat, met inachtneming van het nationale recht van de gaststaat, aansprakelijk voor de door haar ambtenaar toegebrachte schade.

(2) De Verdragsluitende Staat op het grondgebied waarvan de in het eerste lid genoemde schade wordt veroorzaakt, vergoedt deze schade zoals deze de schade zou dienen te vergoeden indien zijn eigen ambtenaren deze zouden hebben veroorzaakt.

(3) De Verdragsluitende Staat wiens ambtenaren op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat schade hebben veroorzaakt, vergoedt aan de andere Verdragsluitende Staat het volledige bedrag van de schadevergoeding die deze aan de gedupeerden of hun rechtsopvolgers heeft betaald.

(4) Onverminderd de uitoefening van zijn rechten jegens derden en met uitzondering van derde lid ziet elke Verdragsluitende Staat in het geval als bedoeld in het eerste lid ervan af het bedrag van de geleden schade op de andere Verdragsluitende Staat te verhalen.

(5) Voor het overige is artikel 43 van de SDÜ van toepassing op de aansprakelijkheid en de vergoeding van schade die bij de uitvoering van een maatregel uit hoofde van dit Verdrag door ambtenaren van de ene Verdragsluitende Staat op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat wordt veroorzaakt.

#### Titel VI

##### Regelingen betreffende de grensoverschrijdend optredende ambtenaren

#### Artikel 29

##### Aanhouden

Indien een persoon op wie een maatregel als bedoeld in de artikelen 11, 13, 16 en 17 betrekking heeft, op heterdaad wordt betrapt bij het plegen van een strafbaar feit tegen de gezondheid of het leven, dat naar het recht van de Verdragsluitende Staat op het grondgebied waarvan de maatregel wordt uitgevoerd aanleiding kan geven tot uitlevering, mogen de ambtenaren die de maatregel uitvoeren en onder leiding van de aangezochte Verdragsluitende Staat optreden, die persoon aanhouden. De aangehouden persoon mag met het oog op zijn voorgeleiding aan de bevoegde autoriteit van de aangezochte Verdragsluitende Staat slechts aan een veiligheidsfouillering worden onder-

Die von der verfolgten Person mitgeführten Gegenstände dürfen bis zum Eintreffen von Beamten der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates vorläufig sichergestellt werden. Straftat im Sinne des Satzes 1 ist auch die strafbare Teilnahme an einer Straftat.

#### Artikel 30

##### Befugnisse und Rechtsstellung von Beamten des anderen Vertragsstaates

(1) Beamten des einen Vertragsstaates, die sich im Rahmen der Zusammenarbeit aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, stehen dort keine hoheitlichen Befugnisse zu, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt. Sie sind bei allen Maßnahmen an das innerstaatliche Recht des anderen Vertragsstaates gebunden. Die besonderen Regelungen des Artikels 23 bleiben unberührt.

(2) Beamte des einen Vertragsstaates, die aufgrund dieses Vertrages zu einer Dienststelle des anderen Vertragsstaates entsandt werden, sind Verbindungsbeamte im Sinne des Artikels 47 oder des Artikels 125 SDÜ. Ihre Stellung ergibt sich aus Artikel 47 Absatz 3 SDÜ oder Artikel 125 Absatz 3 SDÜ, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt.

(3) Setzen Beamte des einen Vertragsstaates bei Maßnahmen aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Kraftfahrzeuge, Wasserfahrzeuge oder Luftfahrzeuge ein, so unterliegen sie hierbei denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten des anderen Vertragsstaates. Unbeschadet der Regelung in Artikel 27 Absatz 1 Satz 2 gilt dies insbesondere im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.

#### Artikel 31

##### Tragen von Uniform und Mitführen von Bewaffnung und Ausstattung

(1) Beamte des einen Vertragsstaates, die sich im Rahmen der Zusammenarbeit aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, können dort ihre nationale Dienstkleidung tragen. Hierbei dürfen sie in der Regel die nach dem jeweiligen nationalen Recht des Heimatstaates zugelassene Bewaffnung und dienstliche Ausstattung einschließlich Munition, Reizstoffsprüngeräte, Schlagstöcke und Dienstwunde mitführen.

(2) Die zuständigen Stellen unterrichten einander über die jeweils zulässigen Dienstwaffen und Ausstattung.

#### Artikel 32

##### Einsatz von Dienstwaffen und weiteren Mitteln

(1) Die eigene dienstliche Bewaffnung und Ausstattung darf bei Einsätzen im Rahmen dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates nach Maßgabe des Rechts des Gebietsstaates eingesetzt werden; Artikel 29 bleibt insoweit unberührt.

(2) Die Dienstwaffen und weiteren Mittel, die in der Anlage II aufgeführt sind, dürfen nur im Falle der Notwehr einschließlich der Nothilfe eingesetzt werden.

(3) Der sachleitende Beamte des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet ein Einsatz erfolgt, kann im Einzelfall nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts einer über Absatz 2

worpen. Tijdens de overbrenging mogen hem handboeien worden omgelegd. De door de verdachte meegevoerde voorwerpen mogen voorlopig in beslag worden genomen totdat ambtenaren van de bevoegde autoriteit van de aangezochte Verdragsluitende Staat arriveren. Als strafbaar feit als bedoeld in de eerste volzin geldt tevens deelneming aan een strafbaar feit.

#### Artikel 30

##### Bevoegdheden en rechtspositie van grensoverschrijdende ambtenaren

(1) Ambtenaren van een Verdragsluitende Staat die zich in het kader van de samenwerking uit hoofde van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat ophouden, beschikken ter plaatse niet over soevereine bevoegdheden, tenzij in dit Verdrag iets anders is bepaald. Zij zijn in het kader van alle maatregelen aan het nationale recht van de andere Verdragsluitende Staat gebonden. De bijzondere bepalingen in artikel 23 blijven onverlet.

(2) Ambtenaren van een Verdragsluitende Staat die uit hoofde van dit Verdrag bij een instantie van de andere Verdragsluitende Staat worden gedetacheerd, zijn contactambtenaren als bedoeld in artikel 47 of artikel 125 van de SUO. Bepalend voor hun rechtspositie is artikel 47, derde lid, van de SUO of artikel 125, derde lid, van de SUO, tenzij in dit Verdrag iets anders is bepaald.

(3) Indien ambtenaren van een Verdragsluitende Staat in het kader van maatregelen uit hoofde van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat motorvoertuigen, vaartuigen of luchtvaartuigen inzetten, zijn zij hierbij aan dezelfde verkeersvoorschriften onderworpen als de ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat. Onverminderd de bepaling in artikel 27, eerste lid, tweede zin geldt zulks in het bijzonder ten aanzien van de gebruikmaking van voorrangrechten en speciale voorrechten. De Verdragsluitende Staten informeren elkaar over de onderscheidenlijk geldende voorschriften.

#### Artikel 31

##### Het dragen van uniformen en het meevoeren van bewapening en uitrusting

(1) Ambtenaren van een Verdragsluitende Staat die zich in het kader van de samenwerking uit hoofde van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat ophouden, kunnen ter plaatse hun nationale dienstkleidung dragen. Hierbij mogen zij doorgaans de naar het onderscheidenlijke nationale recht van hun eigen staat toegestane bewapening en uitrusting met inbegrip van munitie, traangasapparatuur, spuitbussen met prikkelende stoffen, wapenstokken en dienstonden meevoeren.

(2) De bevoegde autoriteiten informeren elkaar over de onderscheidenlijk toegestane dienstwapens en uitrusting.

#### Artikel 32

##### Gebruik van dienstwapens en overige middelen

(1) De eigen dienstwapens en de eigen uitrusting mogen bij grensoverschrijdend optreden uit hoofde van dit Verdrag op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat met inachtneming van het recht van de gaststaat worden gebruikt; artikel 29 blijft in zoverre onverlet.

(2) De dienstwapens en overige middelen als vermeld in bijlage II mogen slechts in geval van noodweer, waaronder begrepen noodhulp, worden gebruikt.

(3) De met de feitelijke leiding belaste ambtenaar van de Verdragsluitende Staat op het grondgebied waarvan een grensoverschrijdend optreden plaatsvindt, kan in afzonderlijke geval-

hinausgehenden Anwendung zustimmen. In den Fällen der Artikel 11, 12, 16 und 17 darf keine Zustimmung erteilt werden.

(4) Polizeibeamte, die im Rahmen ihres grenzüberschreitenden Einsatzes nach Artikel 21 körperliche Gewalt, die nach dem Recht des Gebietsstaates zulässig ist, angewandt haben, melden die diesbezüglichen Tatsachen und Umstände sowie die Folgen, die sich daraus ergeben haben, unverzüglich der zuständigen Behörde. Im Übrigen erfolgen Meldungen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Gebietsstaates.

(5) Die Vertragsstaaten können durch gesonderte Vereinbarung eine Änderung der Anlage II vereinbaren.

#### Artikel 33

##### Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts

Die Beamten, die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, sind in Bezug auf Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten des anderen Vertragsstaates gleichgestellt, soweit nicht in einem anderen Vertrag, der für die Vertragsstaaten gilt, anderes vereinbart worden ist.

#### Artikel 34

##### Beistandsklausel, Dienstverhältnisse

(1) Die Vertragsstaaten sind gegenüber den entsandten Beamten des anderen Vertragsstaates bei der Ausübung des Dienstes zu gleichem Schutz und Beistand verpflichtet wie gegenüber den eigenen Beamten.

(2) Die Beamten des anderen Vertragsstaates bleiben in dienstrechtlicher, insbesondere in disziplinarrechtlicher sowie in haftungsrechtlicher Hinsicht den in ihrem Staat geltenden Vorschriften unterworfen.

#### Artikel 35

##### Ausnahmeklausel

Ist ein Vertragsstaat der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung oder Duldung einer Maßnahme aufgrund dieses Vertrages geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen das innerstaatliche Recht zu verstoßen, kann er die Zusammenarbeit unter Beachtung sonstiger internationaler Kooperationsverpflichtungen insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

#### Teil VII

##### Durchführungs- und Schlussbestimmungen

#### Artikel 36

##### Durchführungsvereinbarungen

Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Vertrages Vereinbarungen treffen, welche die verwaltungsmäßige Durchführung zum Ziel haben.

#### Artikel 37

##### Überprüfung der Umsetzung und Fortentwicklung des Vertrages

Auf Antrag eines Vertragsstaates überprüft eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsstaaten die Umsetzung dieses Vertrages und stellt fest, ob Ergänzungs- oder Fortschreibungsbedarf besteht.

len mit inachtneming van het nationale recht toestemming verlenen voor een meer omvattend gebruik dan bedoeld in het tweede lid. In de gevallen als bedoeld in de artikelen 11, 12, 16 en 17 mag geen toestemming worden verleend.

(4) Ambtenaren die in het kader van hun grensoverschrijdende inzet overeenkomstig artikel 21 lichamelijk geweld hebben aangewend dat naar het recht van de gaststaat is toegestaan, melden de desbetreffende feiten en omstandigheden alsmede de hieruit voortvloeiende gevolgen onverwijld aan de bevoegde autoriteit. Voor het overige geschieden meldingen met inachtneming van het nationale recht van de gaststaat.

(5) De Verdragsluitende Staten kunnen in een afzonderlijke afspraak een wijziging van bijlage II overeenkomen.

#### Artikel 33

##### Strafrechtelijke aansprakelijkheid

De grensoverschrijdende ambtenaren die uit hoofde van dit Verdrag optreden, zijn voor wat betreft strafbare feiten die tegen hen of door hen worden begaan, gelijkgesteld met de ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat, tenzij in een ander Verdrag dat voor de Verdragsluitende Staten geldt, anders is overeengekomen.

#### Artikel 34

##### Hulpverleningsclausule, arbeidsrecht

(1) De Verdragsluitende Staten zijn jegens de grensoverschrijdende ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat tijdens de uitoefening van hun dienst tot dezelfde bescherming en bijstand verplicht als jegens de eigen ambtenaren.

(2) De ambtenaren van de andere Verdragsluitende Staat blijven arbeidsrechtelijk, in het bijzonder tuchtrechtelijk, alsmede aansprakelijkheidsrechtelijk onderworpen aan de in hun staat geldende voorschriften.

#### Artikel 35

##### Uitzonderingsclausule

Indien een Verdragsluitende Staat van mening is dat inwilliging van een verzoek of het uitvoeren of toelaten van een maatregel uit hoofde van dit Verdrag ertoe kan leiden dat de eigen soevereine rechten worden aangetast, de eigen veiligheid of andere wezenlijke belangen gevaar lopen of inbreuk op het nationale recht wordt gemaakt, kan deze de samenwerking met inachtneming van overige internationale samenwerkingsverplichtingen geheel of gedeeltelijk weigeren of hieraan bepaalde voorwaarden stellen.

#### Titel VII

##### Uitvoerings- en slotbepalingen

#### Artikel 36

##### Afspraken betreffende de uitvoering

De bevoegde instanties van de Verdragsluitende Staten kunnen op grond en in het kader van dit Verdrag afspraken maken die de beheersmatige uitvoering ten doel hebben.

#### Artikel 37

##### Controle

Op verzoek van een Verdragsluitende Staat controleert een gemeenschappelijke werkgroep bestaande uit vertegenwoordigers van de Verdragsluitende Staten de uitvoering van dit Verdrag en bepaalt deze of er behoefte aan aanvullingen of actualiseringen bestaat.

**Artikel 38****Kosten**

Jeder Vertragsstaat trägt die seinen Behörden aus der Anwendung dieses Vertrages entstehenden Kosten selbst, soweit die zuständigen Behörden im Einzelfall keine abweichende Regelung treffen. Artikel 9 des Abkommens von Bonn vom 7. Juni 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schwerer Unglücksfällen bleibt unberührt.

**Artikel 39****Einbeziehung der Zollverwaltung**

(1) Soweit Behörden der Zollverwaltungen der Vertragsstaaten im Sinne des Artikels 4 Nummer 7 des Neapel-II-Übereinkommens

1. Aufgaben gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens oder
2. grenzpolizeiliche Aufgaben an der Außengrenze der Europäischen Gemeinschaft wahrnehmen,

stehen sie im Rahmen dieses Vertrages auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland den Polizeibehörden, auf Seiten des Königreichs der Niederlande den Behörden, die mit der Durchführung verschiedener polizeilicher Aufgaben betraut sind, im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 gleich.

(2) Zuständige Behörden der Zollverwaltung sind auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland

- der Zollfahndungsdienst,
- die Hauptzollämter, soweit sie Aufgaben gemäß Absatz 1 Nummern 1 und 2 wahrnehmen,

auf Seiten des Königreichs der Niederlande

- die Behörden, soweit sie Aufgaben gemäß Absatz 1 wahrnehmen,

sofern nicht Anlage I dieses Vertrages hinsichtlich des Königreichs der Niederlande besondere Zuständigkeitsregelungen enthält.

(3) Für die Behörden der Zollverwaltungen der Vertragsstaaten gelten bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach Absatz 1 Nummer 1 folgende Vorschriften dieses Vertrages entsprechend:

1. Artikel 1 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 und Satz 2, soweit er Anlage I betrifft, und Absatz 4, Artikel 5, Artikel 14 Absätze 6 und 11, Artikel 25, Artikel 28, Artikel 30 Absatz 1 Sätze 1 und 2, Absätze 2 und 3, Artikel 31, Artikel 33 bis 38,
2. Artikel 4 mit der Maßgabe, dass in Nummer 1 Buchstabe b die Worte „bevorstehende, polizeilich relevante Ereignisse und Aktionen“ durch die Worte „bevorstehende Ereignisse und Aktionen, die für die Anwendung der Zollvorschriften im Sinne des Neapel-II-Übereinkommens relevant sind,“ ersetzt werden,
3. Artikel 6 mit den Maßgaben, dass
  - a) die Unterstellung von Bediensteten zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsstaaten im Sinne des Artikels 4 Nummer 7 des Neapel-II-Übereinkommens zulässig ist,
  - b) in Absatz 1 die Worte „Wahrnehmung polizeilicher Vollzugsaufgaben“ durch die Worte „Durchführung von Aufgaben gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens“ ersetzt werden,
  - c) in Absatz 3 die Worte „erforderlichen polizeilichen Maßnahme“ durch die Worte „zur Durchführung von Aufga-

**Artikel 38****Kosten**

Iedere Verdragsluitende Staat draagt de kosten ontstaan op grond van de toepassing van dit Verdrag, tenzij de bevoegde autoriteiten in afzonderlijke gevallen anders overeenkomen. Artikel 9 van de op 7 juni 1988 te Bonn tot stand gekomen Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen, blijft onverlet.

**Artikel 39****Medegelding voor de douaneadministratie**

(1) Voor zover autoriteiten van de in artikel 4, onder 7, van de Napels II-overeenkomst bedoelde douaneadministraties van de Verdragsluitende Staten zijn belast met de uitoefening van

1. taken als bedoeld in artikel 1, eerste lid, van de Napels II-overeenkomst, of
2. grenspolitietaken aan de buitengrens van de Europese Gemeenschap,

staan deze in het kader van dit Verdrag voor de Bondsrepubliek Duitsland gelijk aan de politieautoriteiten en voor het Koninkrijk der Nederlanden gelijk aan de met de uitoefening van verschillende politietaken belaste autoriteiten, een en ander als bedoeld in artikel 3, eerste lid.

(2) Bevoegde autoriteiten van de douaneadministratie zijn voor de Bondsrepubliek Duitsland:

- de douanerecherche (Zollfahndungsdienst),
- de douanehoofdkantoren (Hauptzollämter), voor zover deze zijn belast met taken als bedoeld in het eerste lid, onder 1 en 2,

voor het Koninkrijk der Nederlanden

- de autoriteiten, voor zover deze zijn belast met taken als bedoeld in het eerste lid,

behoudens voor zover bijlage I bij dit Verdrag met betrekking tot het Koninkrijk der Nederlanden bijzondere bevoegdheidsregelingen bevat.

(3) Ten aanzien van de autoriteiten van de douaneadministraties van de Verdragsluitende Staten zijn bij de uitoefening van taken als bedoeld in het eerste lid, onder 1 de volgende bepalingen van dit Verdrag van overeenkomstige toepassing

1. artikel 1, eerste lid, artikel 3, derde lid, eerste volzin, tweede volzin, wat betreft de verwijzing daarin naar bijlage 1, en vierde lid, artikel 5, artikel 14, zesde en elfde lid, artikel 25, artikel 28, artikel 30, eerste lid, eerste en tweede volzin, tweede en derde lid, artikel 31, artikelen 33 tot en met 38,
2. artikel 4, met dien verstande dat in onder 1, onderdeel b, de woorden „voor de autoriteiten relevante ophanden zijnde gebeurtenissen en acties“ worden vervangen door de woorden „ophanden zijnde gebeurtenissen en acties die voor de toepassing van de douanevoorschriften, bedoeld in de Napels II-overeenkomst, van belang zijn,“,
3. artikel 6, met dien verstande dat
  - a) het onder gezag plaatsen van ambtenaren tussen de in artikel 4, onder 7, van de Napels II-overeenkomst bedoelde douaneadministraties van de Verdragsluitende Staten is toegestaan,
  - b) in het eerste lid de woorden „uitvoering van politietaken“ telkens worden vervangen door de woorden „uitoefening van taken als bedoeld in artikel 1, eerste lid, van de Napels II-overeenkomst“,
  - c) in het derde lid de woorden „hoofdzakelijke politieke maatregel“ worden vervangen door de woorden „voor

- ben gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens erforderlichen Maßnahme" ersetzt werden,
4. Artikel 12 Absatz 1 Nummern 1 und 3 und Absatz 2 mit der Maßgabe, dass in Absatz 1 an die Stelle des Artikels 41 SDÜ Artikel 20 des Neapel-II-Übereinkommens tritt,
  5. Artikel 17 Absätze 2 bis 4 mit den Maßgaben, dass
    - a) in Absatz 2 die Worte „polizeilichen Kontrolle“ durch die Worte „Kontrolle im Rahmen der Durchführung von Aufgaben gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens“ ersetzt werden und
    - b) in Absatz 4
      - die Worte „Artikel 41 Absatz 1 SDÜ“ durch die Worte „Artikel 20 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens“,
      - die Worte „Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b SDÜ“ durch die Worte „Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe b des Neapel-II-Übereinkommens“,
      - die Worte „Artikel 41 Absatz 3 Buchstabe b SDÜ“ durch die Worte „Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe b des Neapel-II-Übereinkommens“,
      - die Worte „Artikel 41 Absatz 5 Buchstaben a und c bis g SDÜ“ durch die Worte „Artikel 20 Absatz 4 Buchstaben a, c, d, f und g sowie Buchstabe e Sätze 1 ii) und 2 des Neapel-II-Übereinkommens“ und
      - die Worte „Artikel 12 Absatz 1 Nummer 2“ durch die Worte „Artikel 20 Absatz 4 Buchstabe b des Neapel-II-Übereinkommens“
 ersetzt werden,
  6. Artikel 18 mit den Maßgaben, dass
    - a) das Ersuchen nach Absatz 1 an die zentrale Koordinierungsstelle nach Artikel 5 des Neapel-II-Übereinkommens zu richten ist und
    - b) in Absatz 2 nur die Verweise auf Artikel 14 Absätze 1 bis 6, 8, 10 und 11 entsprechend gelten,
  7. Artikel 19 mit der Maßgabe, dass die gemeinsamen Einsatzformen zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsstaaten im Sinne des Artikels 4 Nummer 7 des Neapel-II-Übereinkommens zulässig sind,
  8. Artikel 24 mit der Maßgabe, dass sich der Informationsaustausch der Zollverwaltungen der Vertragsstaaten nach den Grundsätzen der Artikel 8, 15 und 19 des Neapel-II-Übereinkommens richtet und für die Übermittlung personenbezogener Daten Artikel 25 des Neapel-II-Übereinkommens gilt,
  9. Artikel 26 mit der Maßgabe, dass für den Datenaustausch nach dessen Absatz 1 zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsstaaten Artikel 25 des Neapel-II-Übereinkommens gilt,
  10. Artikel 27 Absatz 1 mit der Maßgabe, dass der Verweis auf Artikel 2 als Verweis auf die Aufgaben gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens gilt,
  11. Artikel 32 Absatz 1, 1. Halbsatz, Absatz 2, Absatz 4 Satz 2 und Absatz 5. Artikel 32 Absatz 3 gilt mit der Maßgabe, dass die Verweise auf Artikel 11 und 16 keine Anwendung finden.
- de uitoefening van taken als bedoeld in artikel 1, eerste lid, van de Napels II-overeenkomst noodzakelijke maatregel”,
  4. artikel 12, eerste lid, onder 1 en 3 en tweede lid, met dien verstande dat in het eerste lid in de plaats van artikel 41 van de SUO, artikel 20 van de Napels II-overeenkomst komt,
  5. artikel 17, tweede tot en met vierde lid, met dien verstande dat
    - a) in het tweede lid de woorden “controle door politie” worden vervangen door de woorden “controle in het kader van de uitoefening van taken als bedoeld in artikel 1, eerste lid van de Napels II-overeenkomst”, en
    - b) in het vierde lid
      - de woorden “artikel 41, eerste lid SUO” worden vervangen door de woorden “artikel 20, eerste lid van de Napels II-overeenkomst”,
      - de woorden “artikel 41, tweede lid, onderdeel b SUO” worden vervangen door de woorden “artikel 20, tweede lid, onderdeel b van de Napels II-overeenkomst”,
      - de woorden “artikel 41, derde lid, onderdeel b SUO” worden vervangen door de woorden “artikel 20, derde lid, onderdeel b van de Napels II-overeenkomst”,
      - de woorden “artikel 41, vijfde lid, onderdelen a en c tot en met g SUO” worden vervangen door de woorden “artikel 20, vierde lid, onderdelen a, c, d, f en g alsmede onderdeel e, eerste zin, onder ii) en tweede zin van de Napels II-overeenkomst”, en
      - de woorden “artikel 12, eerste lid, onder 2” worden vervangen door de woorden “artikel 20, vierde lid, onderdeel b van de Napels II-overeenkomst”.
  6. artikel 18, met dien verstande dat
    - a) het verzoek, bedoeld in het eerste lid, wordt gericht tot de centrale coördinatiedienst, bedoeld in artikel 5 van de Napels II-overeenkomst, en
    - b) in het tweede lid slechts de verwijzingen naar artikel 14, eerste tot en met zesde lid, achtste, tiende en elfde lid van overeenkomstige toepassing zijn,
  7. artikel 19, met dien verstande dat de vormen van gezamenlijk optreden tussen de in artikel 4, onder 7 van de Napels II-overeenkomst bedoelde douaneadministraties van de Verdragsluitende Staten zijn toegestaan,
  8. artikel 24, met dien verstande dat voor de uitwisseling van informatie tussen de douaneadministraties van de Verdragsluitende Staten de beginselen in de artikelen 8, 15 en 19 van de Napels II-overeenkomst bepalend zijn en voor de verstrekking van persoonsgegevens artikel 25 van de Napels II-overeenkomst geldt,
  9. artikel 26, met dien verstande dat voor de uitwisseling van gegevens als bedoeld in het eerste lid van voornoemd artikel tussen de douaneadministraties van de Verdragsluitende Staten artikel 25 van de Napels II-overeenkomst geldt,
  10. artikel 27, eerste lid, met dien verstande dat de verwijzing naar artikel 2 als verwijzing naar de taken, bedoeld in artikel 1, eerste lid van de Napels II-overeenkomst, wordt aangemerkt,
  11. artikel 32, eerste lid, eerste zinsnede, tweede lid, vierde lid, tweede zin en vijfde lid. Artikel 32, derde lid is van toepassing, met dien verstande dat de verwijzingen naar de artikelen 11 en 16 niet van toepassing zijn.

(4) Sowelt Bedienstete der Zollverwaltungen der Vertragsstaaten Maßnahmen in Anwendung des Zollkodexes (VO (EWG) Nr. 2913/92) durchführen, gelten Artikel 27 Absatz 1 und Artikel 28 Absatz 5 entsprechend.

#### Artikel 40

##### Inkrafttreten, Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht. Der Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Mit Inkrafttreten des Vertrages tritt die Vereinbarung vom 17. April 1996 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Innenminister sowie dem Justizminister der Niederlande über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzgebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden außer Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat jederzeit auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden und tritt sechs Monate nach Erhalt der Kündigung außer Kraft.

(3) Für das Königreich der Niederlande gilt dieser Vertrag ausschließlich für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

(4) Die Registrierung des Vertrages beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird von deutscher Seite wahrgenommen.

Geschehen zu Enschede am 2. März 2005 in zwei Urschriften in deutscher und niederländischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Voor zover ambtenaren van de douaneadministraties van de Verdragsluitende Staten maatregelen ter uitvoering van het communautair douanewetboek (Verordening (EEG) Nr. 2913/92) toepassen, zijn artikel 27, eerste lid en artikel 28, vijfde lid van overeenkomstige toepassing.

#### Artikel 40

##### Inwerkingtreding, opzegging

(1) Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd. De akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk uitgewisseld. Het Verdrag treedt op de eerste dag van de tweede maand na uitwisseling van de akten van bekrachtiging in werking. Met de inwerkingtreding van het Verdrag treedt de overeenkomst van 17 april 1996 tussen het Ministerie van Binnenlandse Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland en de minister van Binnenlandse Zaken alsmede de minister van Justitie van Nederland inzake de politieke samenwerking in het grensgebied tussen de Bondsrepubliek Duitsland en Nederland buiten werking.

(2) Dit Verdrag wordt voor onbepaalde tijd gesloten. Het kan door beide Verdragsluitende Staten te allen tijde langs diplomatieke weg schriftelijk worden opgezegd en treedt zes maanden na ontvangst van de opzegging buiten werking.

(3) Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt dit Verdrag uitsluitend voor het deel van het Koninkrijk gelegen in Europa.

(4) Van Duitse zijde wordt zorg gedragen voor de registratie van het Verdrag bij het Secretariaat-Generaal van de Verenigde Naties overeenkomstig artikel 102 van het Handvest der Verenigde Naties.

Gedaan te Enschede, de 2<sup>de</sup> Maart 2005, in tweevoud, in de Duitse en Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Duckwitz  
Schily  
Zypries

Für das Königreich der Niederlande  
Voor het Koninkrijk der Nederlanden

Remkes  
J. P. H. Donner



Anlage I  
zum Vertrag  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande  
über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit  
und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

Bijlage I  
bij het Verdrag  
tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden  
inzake de grensoverschrijdende politieële samenwerking  
en de samenwerking in strafrechtelijke aangelegenheden

1. Zuständige Behörden auf Seiten des Königreichs der Niederlande nach Artikel 3 Absatz 1 sind:
  - a) für die Zusammenarbeit auf Ersuchen nach Artikel 7 Absatz 2 alle Behörden, die mit der Durchführung verschiedener polizeilicher Aufgaben betraut sind;
  - b) für die Zusammenarbeit auf Ersuchen nach Artikel 7 Absatz 3 die Behörden, die mit der Durchführung verschiedener polizeilicher Aufgaben betraut sind sowie die Staatsanwaltschaften und die mit der Durchführung des Vertrages befassten Ministerien;
  - c) für die Zusammenarbeit auf Ersuchen nach Artikel 7 Absatz 4 Satz 1 die Nationale Zentralstelle der Niederländischen Polizei (KLPD), Dienst internationale Zusammenarbeit;
  - d) für die Zusammenarbeit auf Ersuchen nach Artikel 7 Absatz 4 Satz 2 die Behörden, die mit der Durchführung verschiedener polizeilicher Aufgaben in den Grenzgebieten betraut sind;
  - e) für die Entgegennahme von Ersuchen um Beweissicherung bei Gefahr im Verzug nach Artikel 8 Absatz 1 und die Unterrichtung über die Stellung eines Ersuchens nach Absatz 3 als zuständige Justizbehörde die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das örtlich zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (IRC);
  - f) für das Stellen und die Entgegennahme von Ersuchen um Beweissicherung bei Gefahr im Verzug nach Artikel 8 Absatz 1 als zuständige Polizeibehörde alle Behörden, die mit der Durchführung verschiedener polizeilicher Aufgaben betraut sind;
  - g) für das Stellen eines förmlichen Rechtshilfeersuchens um Übermittlung der Ergebnisse von Ersuchen um Beweissicherung bei Gefahr im Verzug sowie für die Zustimmung zu einer derartigen Übermittlung nach Artikel 8 Absatz 5 die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das örtlich zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (IRC);
  - h) für die Übermittlung eines Ersuchens und der Antwort darauf nach Artikel 10 Absatz 3 alle Beamte, die mit der Durchführung verschiedener polizeilicher Aufgaben betraut sind; die Übermittlung erfolgt über das örtlich zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (IRC);
  - i) für Ersuchen um grenzüberschreitende Observationen nach Artikel 11 Absatz 4 die nationale Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das landesweit zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (IRC);
1. Bevoegde autoriteiten voor het Koninkrijk der Nederlanden als bedoeld in artikel 3, eerste lid, zijn:
  - a) voor de samenwerking op verzoek als bedoeld in artikel 7, tweede lid, alle autoriteiten die met de uitoefening van diverse politietaken zijn belast;
  - b) voor de samenwerking op verzoek als bedoeld in artikel 7, derde lid, de autoriteiten die met de uitoefening van diverse politietaken zijn belast alsmede het Openbaar Ministerie en de met de uitvoering van het Verdrag belaste ministeries;
  - c) voor de samenwerking op verzoek als bedoeld in artikel 7, vierde lid, eerste zin, het Korps landelijke politiediensten (Klpd), dienst Internationale netwerken;
  - d) voor de samenwerking op verzoek als bedoeld in artikel 7, vierde lid, tweede zin, de autoriteiten die met de uitoefening van diverse politietaken in de grensstreken zijn belast;
  - e) voor de inontvangstneming van verzoeken tot bewijsgaring in spoedeisende gevallen als bedoeld in artikel 8, eerste lid, en voor de verstrekking van informatie over de indiening van een verzoek als bedoeld in het derde lid als bevoegde justitiële autoriteit het relatief bevoegde Openbaar Ministerie; toezending geschiedt via het relatief bevoegde Internationaal Rechtshulpcentrum (IRC);
  - f) voor de indiening en inontvangstneming van verzoeken tot bewijsgaring in spoedeisende gevallen als bedoeld in artikel 8, eerste lid, als bevoegde politieautoriteit alle autoriteiten die met de uitoefening van diverse politietaken zijn belast;
  - g) voor de indiening van een formeel rechtshulpverzoek houdende toezending van de resultaten van verzoeken tot bewijsgaring in spoedeisende gevallen alsmede voor de verlening van toestemming voor een dergelijke toezending als bedoeld in artikel 8, vijfde lid, het relatief bevoegde Openbaar Ministerie; toezending geschiedt via het relatief bevoegde Internationaal Rechtshulpcentrum (IRC);
  - h) voor de toezending van een verzoek en het antwoord hierop als bedoeld in artikel 10, derde lid, alle ambtenaren die met de uitoefening van diverse politietaken zijn belast; toezending geschiedt via het relatief bevoegde Internationaal Rechtshulpcentrum (IRC);
  - i) voor verzoeken houdende grensoverschrijdende observaties als bedoeld in artikel 11, vierde lid, het Landelijk Parket; toezending geschiedt via het Landelijk Internationaal Rechtshulpcentrum (LIRC);

- j) für die Übermittlung von Ersuchen um grenzüberschreitende Observationen nach Artikel 11 Absatz 5 als nationale polizeiliche Zentralstelle die Nationale Zentralstelle der Niederländischen Polizei (KLPD), Meldestelle grenzüberschreitende Observationen;
- k) für die Übermittlung von Ersuchen um grenzüberschreitende Observationen nach Artikel 11 Absatz 5 als einsatzführende Polizeibehörden alle Behörden, die mit der Durchführung verschiedener polizeilicher Aufgaben betraut sind; die Übermittlung erfolgt über das örtlich zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (IRC);
- l) als zu unterrichtende Stelle bei Ersuchen um grenzüberschreitende Observationen nach Artikel 11 Absatz 6 die Nationale Zentralstelle der Niederländischen Polizei (KLPD), Meldestelle grenzüberschreitende Observationen;
- m) als zu unterrichtende Stelle bei grenzüberschreitenden Observationen nach Artikel 11 Absatz 7 die Meldezentren der Grenzregionen;
- n) für die Zustimmung zu einem Einsatz von technischen Mitteln nach Artikel 11 Absatz 11 der landesweit zuständige Staatsanwalt für grenzüberschreitende Observationen;
- o) als zu unterrichtende Stelle bei grenzüberschreitender Nacheile nach Artikel 12 Absatz 2 die Nationale Zentralstelle der Niederländischen Polizei (KLPD), Meldestelle grenzüberschreitende Nacheile;
- p) für Ersuchen um die Bewilligung kontrollierter Ausfahrten nach Artikel 13 Absatz 8 die nationale Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das landesweit zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (LIRC);
- q) für die Abstimmung bei der Durchführung verdeckter Ermittlungen nach Artikel 14 Absatz 3 die nationale Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das landesweit zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (LIRC);
- r) für Ersuchen um Durchführung verdeckter Ermittlungen nach Artikel 14 Absatz 9 die Nationale Zentralstelle der Niederländischen Polizei (KLPD), Abteilung Dienst besondere Ermittlungsangelegenheiten;
- s) für die Unterrichtung nach Durchführung verdeckter Ermittlungen nach Artikel 14 Absatz 10 die nationale Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das landesweit zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (LIRC);
- t) für Observationen zur Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat nach Artikel 16 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 3 die nationale Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das landesweit zuständige Internationale Rechtshilfezentrum (LIRC);
- u) für Nachellen bei besonderen polizeilichen Kontrollen nach Artikel 17 Absatz 3 die Einsatzzeitstellen in den Grenzregionen;
- v) für verdeckte Ermittlungen zur Verhinderung von auslieferungsfähigen Straftaten von erheblicher Bedeutung nach Artikel 18 Absatz 2 die Nationale Zentralstelle der Niederländischen Polizei (KLPD), Dienst besondere Ermittlungsangelegenheiten;
- w) für gemeinsame Einsatzformen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten nach Artikel 19 die Leiter der regionalen Polizeibehörden und Hauptstaatsanwälte sowie der Leiter des niederländischen Grenzschutzes (KMAR);
- j) voor de toezending van verzoeken houdende grensoverschrijdende observaties als bedoeld in artikel 11, vijfde lid, als centrale landelijke politiedienst het Korps landelijke politiediensten (Klpd), meldpunt voor grensoverschrijdende observaties;
- k) voor de toezending van verzoeken houdende grensoverschrijdende observaties als bedoeld in artikel 11, vijfde lid, als politieautoriteiten belast met de leiding van de operatie alle autoriteiten die met de uitoefening van diverse politietaken zijn belast; toezending geschiedt via het relatief bevoegde Internationaal Rechtshulpcentrum (IRC);
- l) als te informeren instantie bij verzoeken houdende grensoverschrijdende observaties als bedoeld in artikel 11, zesde lid, het Korps landelijke politiediensten (Klpd), meldpunt voor grensoverschrijdende observaties;
- m) als te informeren instantie bij grensoverschrijdende observaties als bedoeld in artikel 11, zevende lid, de meldpunten in de grensregio's;
- n) voor de verlening van toestemming voor het gebruik van technische middelen als bedoeld in artikel 11, elfde lid, de Landelijk Officier van Justitie voor grensoverschrijdende observatie;
- o) als te informeren instantie bij grensoverschrijdende achtervolging als bedoeld in artikel 12, tweede lid, het Korps landelijke politiediensten (Klpd), meldpunt voor grensoverschrijdende achtervolging;
- p) voor verzoeken tot verlening van toestemming voor gecontroleerde uitvoeren als bedoeld in artikel 13, achtste lid, het Landelijk Parket; toezending geschiedt via het Landelijk Internationaal Rechtshulpcentrum (LIRC);
- q) voor het overleg over de uitvoering van infiltratie als bedoeld in artikel 14, derde lid, het Landelijk Parket; toezending geschiedt via het Landelijk Internationaal Rechtshulpcentrum (LIRC);
- r) voor verzoeken tot uitvoering van infiltratie als bedoeld in artikel 14, negende lid, het Korps landelijke politiediensten (Klpd), dienst Specialistische Recherche Toepassingen;
- s) voor de verstrekking van informatie na uitvoering van infiltratie als bedoeld in artikel 14, tiende lid, het Landelijk Parket; toezending geschiedt via het Landelijk Internationaal Rechtshulpcentrum (LIRC);
- t) voor observaties ter preventie van een strafbaar feit waarvoor de mogelijkheid tot uitlevering bestaat als bedoeld in artikel 16, eerste lid, nummer 1, en derde lid het Landelijk Parket; toezending geschiedt via het Landelijk Internationaal Rechtshulpcentrum (LIRC);
- u) voor achtervolgingen bij bijzondere politiecontroles als bedoeld in artikel 17, derde lid, de centrales in de grensregio's;
- v) voor infiltratie ter preventie van strafbare feiten van aanzienlijk belang waarvoor de mogelijkheid tot uitlevering bestaat als bedoeld in artikel 18, tweede lid, het Korps landelijke politiediensten (Klpd), dienst Specialistische Recherche Toepassingen;
- w) voor vormen van gemeenschappelijke operaties met het oog op de handhaving van de openbare orde en veiligheid of ter preventie van strafbare feiten als bedoeld in artikel 19, de korpschefs van de regionale politieautoriteiten en de Hoofdofficieren van Justitie alsmede de bevelhebber van de Koninklijke Marechaussee (Kmar);

- x) für den Informationsaustausch zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten nach Artikel 20 alle Behörden, die mit Polizeiaufgaben betraut sind;
- y) für vorläufige grenzüberschreitende Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben nach Artikel 21 alle Behörden, die mit Polizeiaufgaben betraut sind;
- z) für die Unterrichtung nach Artikel 27 Absatz 1 die Einsatzleitstellen in den Grenzregionen.
2. Zuständige Behörden auf Seiten des Königreichs der Niederlande nach Artikel 39 Absatz 2 sind:
- a) als zu unterrichtende Stelle bei grenzüberschreitender Nachhilfe nach Artikel 39 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 12 Absatz 2 das Zollinformationszentrum;
- b) für Nachteile bei Kontrollen im Rahmen der Durchführung von Aufgaben gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens nach Artikel 39 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 17 Absatz 3 das Zollinformationszentrum;
- c) für die Abstimmung bei der Durchführung verdeckter Ermittlungen nach Artikel 39 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 18 Absatz 2 und Artikel 14 Absatz 3 die nationale Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das Zollinformationszentrum;
- d) für die Unterrichtung nach Durchführung verdeckter Ermittlungen nach Artikel 39 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 18 Absatz 2 und Artikel 14 Absatz 10 die nationale Staatsanwaltschaft; die Übermittlung erfolgt über das Zollinformationszentrum;
- e) für gemeinsame Einsatzformen nach Artikel 39 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 19 die Leiter der zuständigen Behörden der Zollverwaltung im Sinne des Artikels 4 Nummer 7 des Neapel-II-Übereinkommens;
- f) für die Unterrichtung nach Artikel 39 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 27 Absatz 1 das Zollinformationszentrum.
- x) voor de uitwisseling van informatie met het oog op de handhaving van de openbare orde en veiligheid of ter preventie van strafbare feiten als bedoeld in artikel 20, alle autoriteiten die met politietaken zijn belast;
- y) voor voorlopige grensoverschrijdende maatregelen ter afweiding van een acuut gevaar voor gezondheid of leven als bedoeld in artikel 21, alle autoriteiten die met politietaken zijn belast;
- z) voor de verstrekking van informatie als bedoeld in artikel 27, eerste lid, de centrales in de grensregio's.
2. Bevoegde autoriteiten in het Koninkrijk der Nederlanden als bedoeld in artikel 39, tweede lid, zijn
- a) als te informeren instantie bij grensoverschrijdende achtervolging als bedoeld in artikel 39, derde lid jo. artikel 12, tweede lid, het Douane Informatie Centrum;
- b) voor achtervolgingen bij controles in het kader van de uitoefening van taken overeenkomstig artikel 1, eerste lid, van de Napels II-overeenkomst als bedoeld in artikel 39, derde lid jo. artikel 17, derde lid, het Douane Informatie Centrum;
- c) voor het overleg over de uitvoering van infiltratie als bedoeld in artikel 39, derde lid jo. artikel 18, tweede lid en artikel 14, derde lid, het Landelijk Parket; toezending geschiedt via het Douane Informatie Centrum;
- d) voor de verstrekking van informatie na uitvoering van infiltratie als bedoeld in artikel 39, derde lid jo. artikel 18, tweede lid, en artikel 14, tiende lid, het Landelijk Parket; toezending geschiedt via het Douane Informatie Centrum;
- e) voor vormen van gemeenschappelijke operaties als bedoeld in artikel 39, derde lid jo. artikel 19, de diensthoofden van de bevoegde autoriteiten van de douaneadministratie, bedoeld in artikel 4, onder 7, van de Napels II-overeenkomst;
- f) voor de verstrekking van informatie als bedoeld in artikel 39, derde lid jo. artikel 27, eerste lid, het Douane Informatie Centrum.

**Anlage II**  
**zum Vertrag**  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande  
über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit  
und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

**Bijlage II**  
**bij het Verdrag**  
tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden  
inzake de grensoverschrijdende politie samenwerking  
en de samenwerking in strafrechtelijke aangelegenheden

Dienstwaffen und weitere Mittel im Sinne des Artikels 32 Absatz 2 sind:

1. für die Bundesrepublik Deutschland
  - zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition
2. für das Königreich der Niederlande
  - zugelassene Schusswaffen und die zugelassene Munition,
  - zugelassene Pfeffersprays und die zugelassenen Einsatzmittel,
  - zugelassenes Tränengas und die zugelassenen Einsatzmittel.

Dienstwapens en overige middelen als bedoeld in artikel 32, tweede lid zijn:

1. voor de Bondsrepubliek Duitsland:
  - toegelaten vuurwapens en de toegelaten munitie,
2. voor het Koninkrijk der Nederlanden:
  - toegelaten vuurwapens en de toegelaten munitie,
  - toegelaten pepperspray en de toegelaten hulpmiddelen,
  - toegelaten traangas en de toegelaten hulpmiddelen.

## Denkschrift

### I. Allgemeines

Deutschland hat mit einer Reihe von Nachbarstaaten bilaterale Abkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten geschlossen, die fortlaufend weiterentwickelt werden. Zweck der Verträge ist die ständige Verbesserung der Zusammenarbeit und eine Anpassung an aktuelle Sicherheitserfordernisse.

Dementsprechend wird dieser Vertrag nunmehr die am 17. April 1996 in Den Haag unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Innenminister sowie dem Justizminister der Niederlande über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzgebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden ersetzen (BGBl. 1997 II S. 702).

Der Vertrag berücksichtigt zugleich die bestehenden bi- und multilateralen Übereinkünfte mit dem Königreich der Niederlande und fügt sich ebenfalls in den durch das nationale Recht gesetzten Rahmen ein.

Die strafrechtliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Niederlanden findet nach dem Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386; 1976 II S. 1799) sowie dem Vertrag vom 30. August 1979 über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung (BGBl. 1981 II S. 1158; 1983 II S. 32), dem Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen (BGBl. 1990 II S. 124; 1991 II S. 909), dem Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) vom 19. Juni 1990 (BGBl. 1993 II S. 1010), dem Übereinkommen von Brüssel vom 18. Dezember 1997 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrages über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen (Neapel-II-Übereinkommen; BGBl. 2002 II S. 1387) sowie in dem durch sonstige Rechtsakte der Europäischen Union gesetzten Rahmen statt; das gleichfalls zu berücksichtigende Übereinkommen vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (BGBl. 2005 II S. 650) und das Protokoll vom 16. Oktober 2001 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 2005 II S. 661) befinden sich derzeit im Schlussstadium des Ratifikationsverfahrens.

Der am 2. März 2005 von Deutschland und den Niederlanden unterzeichnete Vertrag über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen der Innen- und Justizminister, an denen auch die dem Königreich der Niederlande benachbarten Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erheblich mitgewirkt haben.

Der vorstehende Text des Vertrages in der deutschen und niederländischen Sprachfassung ist wegen offensichtlicher Unrichtigkeiten bei Verweisungen in den Artikeln 11, 13, 14 und 16 sowie in der Anlage I durch Notenwechsel vom 5./11. August 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande mit Wirkung ab initio berichtigt worden (siehe Anlage).

### II. Besonderes

Der Vertrag besteht aus 40 Artikeln, ist in sieben Teile untergliedert und hat zwei Anlagen.

Teil I regelt das Verhältnis zu sonstigen Regelungen sowie den Vertragsgegenstand und definiert die Behörden und Grenzgebiete. Teil II enthält Bestimmungen zu allgemeinen Formen der Zusammenarbeit, Teil III zu besonderen Formen der Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten und Teil IV zu weiteren Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In Teil V finden sich allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit, Teil VI enthält Regelungen in Bezug auf die grenzüberschreitend handelnden Beamten, Teil VII schließlich umfasst die Durchführungs- und Schlussbestimmungen.

Zu den Bestimmungen des Vertrages im Einzelnen:

#### Teil I

#### Verhältnis zu sonstigen Regelungen, Vertragsgegenstand, Behörden

##### Zu Artikel 1 – Das Verhältnis zu sonstigen Verträgen und nationalen Regelungen

Absatz 1 Satz 1 stellt klar, dass die Zusammenarbeit nach Maßgabe des jeweiligen nationalen Rechts und im Rahmen der jeweiligen völkerrechtlichen Verpflichtungen erfolgt, soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt. Satz 2 normiert dabei die Bindung an das Recht des jeweiligen Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die einschreitenden Beamten tätig sind. Diese Grundsätze werden im vertraglichen Regelwerk an mehreren Stellen zum Zwecke der Verdeutlichung wiederholt.

In Absatz 2 wird festgelegt, dass bestehende Pflichten und Verfahrensweisen bei der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch die jeweiligen nationalen Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Zusammenarbeit mit Interpol, von diesem Vertrag unberührt bleiben.

##### Zu Artikel 2 – Vertragsgegenstand

Artikel 2 bestimmt den Vertragsgegenstand. Dieser umfasst die Förderung der bilateralen Zusammenarbeit bei der Gefahrenabwehr, bei der Verhinderung und bei der Verfolgung von Straftaten, die Strafvollstreckung eingeschlossen.

##### Zu Artikel 3 – Behörden, Grenzgebiete

Absatz 1 führt die für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit jeweils zuständigen innerstaatlichen Behörden auf. In der Folge wird zwischen Polizei- und Justizbehörden unterschieden. Polizeibehörden auf deutscher Seite sind die Polizeivollzugsbehörden von Bund und Ländern, Justizbehörden die Staatsanwaltschaften und die Gerichte. Die Behörden der Zollverwaltung sind den Polizeibehörden nach Maßgabe des Artikels 39 gleichgestellt. Anlage I zum Vertrag bestimmt die zuständigen Behörden der Niederlande näher.

Absatz 2 definiert die Grenzgebiete der Vertragsstaaten. Die Streckenabschnitte von Zügen und Fahrgastschiffen zwischen der Grenze und dem ersten planmäßigen Halt auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gelten ebenfalls als Grenzgebiet, um auch dort erforderliche Maßnahmen ergreifen zu können.

Absatz 3 Satz 1 normiert die gegenseitige Unterichtungspflicht der Polizei- und Justizbehörden hinsichtlich der jeweiligen innerstaatlichen Zuständigkeitsverteilung und Änderungen der Behördenbezeichnungen, um fortwährend eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zu ermöglichen. Satz 2 eröffnet die Möglichkeit für die Vertragsstaaten, durch gesonderte Vereinbarung Änderungen der Anlage I und der Grenzgebiete vorzunehmen.

Absatz 4 stellt klar, dass der Vertrag von Den Haag vom 8. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag; BGBl. 1963 II S. 458, 602; 1963 II S. 1078) unberührt bleibt.

## Teil II

### Allgemeine Formen der Zusammenarbeit

#### Zu Artikel 4 – Allgemeine Kooperationsmaßnahmen

Artikel 4 führt allgemeine Formen der Zusammenarbeit der Behörden in unmittelbarem Dienstverkehr auf. Diese beziehen sich sowohl auf den Informations- und Erkenntnisaustausch (mit Ausnahme personenbezogener Daten) als auch auf die grenzüberschreitende präventive und repressive Kooperation. Diese Regelung richtet sich an Polizei- und Justizbehörden.

Die Bildung gemeinsamer Einsatzleitungen, gemeinsamer Einsatzgruppen (nach Maßgabe des Artikels 19) und gemeinsamer Ermittlungsgruppen sowie die gemeinsame Erarbeitung und Durchführung von Programmen zur Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung sind ebenfalls vorgesehen.

Bei der Bildung gemeinsamer Einsatzgruppen ist es möglich, dass Beamte in dem jeweils anderen Gebietsstaat unterstützend hoheitlich tätig werden können.

#### Zu Artikel 5 – Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung

Artikel 5 regelt Art und Umfang der Zusammenarbeit der zuständigen Stellen der Vertragsstaaten bei der Aus- und Fortbildung. Dabei soll die Behandlung grenzüberschreitender Probleme gewährleistet werden sowie der gegenseitigen Vermittlung der Rechtslage eine besondere Bedeutung zukommen.

#### Zu Artikel 6 – Unterstellung von Beamten der Polizei-behörden

Artikel 6 hat in den bisherigen vertraglichen Beziehungen der Vertragsstaaten zueinander keine Entsprechung.

Absatz 1 erlaubt bei dringendem Bedarf die Unterstellung von Polizeibeamten des einen Vertragsstaates unter die zuständigen Stellen des anderen Vertragsstaates einschließlich der Ausübung hoheitlicher Befugnisse zur Gefahrenabwehr, zur Verhinderung und zur Verfol-

gung von Straftaten auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates. Nähere Einzelheiten eines bestehenden Unterstellungsverhältnisses regelt Absatz 4.

Nach Absatz 2 wird vor einer Unterstellung die Herstellung des gegenseitigen Einvernehmens der Vertragsstaaten vorausgesetzt.

Die Voraussetzung des dringenden Bedarfs nach Absatz 1 wird in Absatz 3 umschrieben und bringt den Ausnahmecharakter der Vorschrift zum Ausdruck.

Die Ausübung hoheitlicher Befugnisse auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates darf nach Absatz 4 nur nach Maßgabe des dort geltenden nationalen Rechts und unter Leitung von Beamten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet solche Befugnisse ausgeübt werden sollen, erfolgen. Zur Sicherstellung einer effektiven Sachleitung der Beamten des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet das hoheitliche Tätigwerden erfolgt, ist in der Regel deren Anwesenheit erforderlich. Dem Einsatz führenden Staat wird das Handeln der unterstellten Beamten zugerechnet.

#### Zu Artikel 7 – Zusammenarbeit auf Ersuchen

Artikel 7 regelt die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten auf Ersuchen (Absatz 1) und führt hinsichtlich des erlaubten Direktverkehrs zu wesentlichen Erleichterungen. Er basiert auf Artikel 39 SDÜ, der eine gegenseitige Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe bei entsprechendem Ersuchen enthält. Zu beachten ist, dass die Regelungen von Artikel 39 SDÜ, insbesondere in dessen Absatz 2, auf Informationsübermittlungen nach Artikel 7 weiter anwendbar sind, soweit ihre Anwendbarkeit nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist.

Im Bereich der Verfolgung von Straftaten unterliegen die deutschen Polizei-behörden innerstaatlich nicht nur bei Maßnahmen nach Artikel 7, sondern auch bei den anderen in diesem Vertrag aufgeführten Maßnahmen, z. B. nach den Artikeln 8 ff., der Sachleitung durch die Staatsanwaltschaften. Die Bestimmung lässt die Vereinbarung über die Zuständigkeit im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (derzeitige Fassung vom 28. April 2004, BAz. S. 11 494) unberührt.

In Absatz 2, der sich an die Polizei-behörden richtet, werden beispielhaft Sachverhalte für mögliche Hilfeleistungen aufgeführt; die Regelung ist nicht abschließend. Bei den in Nummer 2 erwähnten Berechtigungen, die Führerscheinen und Schifferpatenten vergleichbar sind, handelt es sich um Berechtigungen zum Betrieb bzw. Führen von Straßen-, Luft- oder kleinen Wasserfahrzeugen. In Nummer 8 ist der Umfang der Hilfe durch polizeiliche Erkenntnisse sowie Auskünfte aus bestimmten Datensammlungen geregelt. Nach Maßgabe des nationalen Rechts können darüber hinaus auch Auskünfte aus nicht öffentlich zugänglichen behördlichen Datensammlungen (Register, Dateien und sonstige Sammlungen) übermittelt werden (vgl. Nummer 124 Abs. 2 der Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten – RiVAST).

Absatz 3 regelt das Verfahren, das bei der Eridigung eines Ersuchens an eine unzuständige Stelle anzuwenden ist. Hervorzuheben ist hierbei die Unterrichtungspflicht nach Satz 3.

In Absatz 4 wird unterstrichen, dass polizeiliche Ersuchen grundsätzlich von den nationalen Zentralstellen übermittelt und erledigt werden. Satz 2 ermöglicht unter engen Voraussetzungen einen Direktverkehr zwischen den zuständigen Polizeibehörden der Vertragsstaaten über den in Artikel 39 Abs. 3 Satz 2 SDÜ geregelten Eilfall hinaus; Artikel 39 Abs. 3 Satz 3 SDÜ findet insoweit keine Anwendung. In diesen Fällen ist eine Unterrichtung der nationalen polizeilichen Zentralstelle nur erforderlich, soweit eine Benachrichtigung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vorgesehen ist. Soweit die deutschen Polizeibehörden strafverfolgend tätig sind, haben sie hierbei die nach innerstaatlichem Recht bestehende Sachleitung der Staatsanwaltschaften zu beachten.

Für die Justizbehörden findet der Direktverkehr im Rahmen von Artikel IX des Ergänzungsvertrages vom 30. August 1979 zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen vom 20. April 1959 (BGBl. 1981 II S. 1158; 1983 II S. 32) sowie gemäß Artikel 53 SDÜ statt.

### Teil III

#### Besondere Formen der Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

Der vorliegende Vertrag enthält Ergänzungen der Vorschriften über die Rechtshilfe in Strafsachen, indem er die vertragliche Zusammenarbeit zur Verfolgung grenzüberschreitender Straftaten erheblich ausweitet. So sind in dem Vertrag Regelungen aufgenommen worden zu den sog. „neuen Ermittlungsmethoden“, wie etwa kontrollierte Lieferungen oder die vereinfachte Übermittlung von DNA-Identifizierungsmustern, und zu Formen der Rechtshilfe, bei denen der Gebietsstaat die Fortsetzung von im anderen Staat begonnenen Strafverfolgungsmaßnahmen auf seinem Gebiet durch Kräfte des anderen Staates duldet, wie etwa grenzüberschreitende Observationen oder verdeckte Ermittlungen.

#### Zu Artikel 8 – Ersuchen um Beweissicherung bei Gefahr im Verzug

Artikel 8 regelt die Zuständigkeiten und Übermittlungswege für Ersuchen um Beweissicherung bei besonderer Eilbedürftigkeit wegen andernfalls drohenden Beweismittelverlustes. Die Regelung lässt § 74 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) in Verbindung mit Nummer 8 der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen über die Zuständigkeit im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten unberührt. In Fällen, denen besondere Bedeutung in politischer, tatsächlicher oder rechtlicher Beziehung zukommt, muss sich die Landesregierung grundsätzlich auch in Eilfällen vor der Bewilligung eines ein- oder ausgehenden Rechtshilfeersuchens mit der Bundesregierung ins Benehmen setzen und Bedenken der Bundesregierung Rechnung tragen. In derartigen Fällen muss daher die (Landes-)Behörde, die ein Ersuchen stellen oder erledigen will, grundsätzlich auch in Eilfällen vor der Stellung oder Erledigung des Ersuchens auf dem dafür vorgesehenen Dienstweg ihre Landesregierung unterrichten und die Entscheidung der Bundesregierung abwarten.

Absatz 1 lässt Ersuchen hinsichtlich aller Ermittlungshandlungen zu, die zur Spuren- und Beweissicherung einschließlich der Durchführung von körperlichen Untersuchungen sowie zur Durchsuchung und Beschlagnahme erforderlich sind. Hiervon nicht erfasst werden Ersuchen zur vorläufigen Festnahme zwecks Auslieferung. Diese richten sich nach den bestehenden multi- und bilateralen Auslieferungsvereinbarungen mit den Niederlanden, ggf. in Verbindung mit § 19 IRG insbesondere bei Gefahr im Verzug. Bei Ersuchen um Vornahme körperlicher Untersuchungen ist außerdem Artikel 9 zu beachten. Die Regelung stellt ferner klar, dass die deutschen Behörden Ersuchen um Spuren- und Beweissicherung nur insoweit stellen können, als ihnen auch auf der Grundlage der StPO derartige Befugnisse in einem innerstaatlichen Ermittlungsverfahren zukommen. Nach dem Vertrag können Ersuchen um Durchsuchung von Personen und Sachen gestellt werden.

Nach Absatz 2 richtet sich die Erledigung des Ersuchens einschließlich der Prüfung, ob die Voraussetzungen für die Annahme einer Gefahr im Verzug gegeben sind, ausschließlich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates, da die Maßnahmen, die häufig für die Betroffenen Eingriffscharakter haben werden, auf dem Gebiet des ersuchten Staates durch dessen Beamte vorgenommen werden.

Absatz 3 stellt die justitielle Sachleitung sicher. Sofern ein Ersuchen zulässigerweise nicht von der zuständigen Staatsanwaltschaft oder dem zuständigen Gericht, sondern von Polizei- oder Zollbeamten in deren Funktion als Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft gestellt wird – wofür die Voraussetzungen nach den einschlägigen Vorschriften vorliegen müssen –, ist die zuständige Justizbehörde unverzüglich von der Tatsache der Stellung des Ersuchens sowie den Umständen, aus denen sich das Vorliegen der Gefahr im Verzug ergibt, zu informieren.

Absatz 4 legt fest, dass der ersuchende Staat eine richterliche Anordnung über die vorzunehmende Maßnahme oder eine richterliche Erklärung, nach der die Voraussetzungen für die Anordnung der Maßnahme vorlägen, wenn die Anordnung im ersuchenden Staat zu treffen wäre, unverzüglich nachreicht, sofern die Maßnahme im ersuchten Staat nur aufgrund einer solchen Anordnung getroffen oder aufrechterhalten werden kann. Vorbild auf deutscher Seite für die Vorschrift war insoweit § 66 Abs. 2 Nr. 2 IRG. Absatz 5 dient ebenfalls der Sicherstellung der justitiellen Sachleitung im Strafverfahren, indem er die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen von einem entsprechenden Ersuchen der zuständigen Justizbehörde des ersuchenden Staates abhängig macht. Ist auch die Übermittlung des Ergebnisses – etwa weil bestimmte Fristen laufen – eilbedürftig (mit Blick auf den Ausnahmecharakter des Satzes 2 sind dabei an die Beurteilung der Eilbedürftigkeit hohe Anforderungen zu stellen), kann die ersuchte Behörde, soweit es sich nicht um die nach dem Recht des ersuchten Staates zuständige Justizbehörde handelt, mit Zustimmung der zuständigen Justizbehörde des ersuchten Vertragsstaates die Ergebnisse an die ersuchende Behörde übermitteln. Handelt es sich bei der ersuchenden Behörde nicht um die für die Stellung des in Satz 1 bezeichneten Ersuchens zuständige Justizbehörde, hat

die ersuchende Behörde etwa innerstaatlich bestehende Pflichten zur Beachtung der Sachleitungsbefugnis von sich aus zu beachten.

#### Zu Artikel 9 – Ersuchen um körperliche Untersuchung

Artikel 9 regelt die Voraussetzungen für Ersuchen um körperliche Untersuchungen.

Absatz 1 bestimmt, dass sich die Erledigung eines Ersuchens um körperliche Untersuchung nach dem Recht des ersuchten Staates richtet. Eine sich etwa anschließende molekulargenetische Untersuchung entnommenen Materials fällt nicht hierunter (vgl. insoweit Artikel 10). Hinsichtlich der Vornahme molekulargenetischer Untersuchungen durch den ersuchten Staat ist Artikel 10 Abs. 2 zu beachten.

Absatz 2 enthält die rechtshilferechtlichen Voraussetzungen, die neben den strafprozessualen zusätzlich vorliegen müssen, um ein Ersuchen zu bewilligen. Nummer 1 betont dabei angesichts der Tragweite des Eingriffs in die Rechte des Betroffenen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Nummer 2 bestimmt die Voraussetzungen für die vom ersuchenden Staat vorzulegende Untersuchungsanordnung oder die sie ersetzende Erklärung, während Nummer 3 den ersuchenden Staat verpflichtet anzugeben, ob er beabsichtigt, an dem Material nach dessen Übermittlung molekulargenetische Untersuchungen vorzunehmen. Durch diese Information soll dem ersuchten Staat die Möglichkeit gegeben werden, mit Blick auf den Eingriffscharakter der geplanten Untersuchungen etwaige Bedingungen an die Übermittlung zu knüpfen.

#### Zu Artikel 10 – Übermittlung und Abgleich von DNA-Profilen und -Identifizierungsmustern sowie anderem erkennungsdienstlichem Material

Artikel 10 befasst sich mit der Übermittlung und dem Abgleich von DNA-Identifizierungsmustern sowie anderem erkennungsdienstlichem Material. Die Zusammenarbeit findet im Rahmen des bestehenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten statt. Diese Regelung umfasst nicht den periodischen Abgleich der DNA-Identifizierungsmuster unbekannter Verursacher im Zusammenhang mit der Verfolgung von Straftaten.

Absatz 1 Satz 1 sieht vor, dass die Vertragsstaaten im Rahmen eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens DNA-Identifizierungsmuster (der Begriff „DNA-Profile“ ist hiermit identisch und entspricht der niederländischen Terminologie) im Wege der Rechtshilfe abgleichen. Die Sätze 2 bis 5 regeln Einzelheiten der Erledigung entsprechender Ersuchen. In den Sätzen 4 und 5 sind Einzelheiten bei einer erforderlich werdenden Auftypisierung des biologischen Materials geregelt.

Nach Absatz 2 unterstützen sich die Vertragsstaaten im Rahmen der Rechtshilfe bei der Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials, sofern dem ersuchten Staat von einer sich in seinem Gebiet aufhaltenden Person kein DNA-Identifizierungsmuster vorliegt.

Nach Satz 1 Nr. 1 muss der ersuchende Staat angeben, zu welchem Zweck er die Maßnahme durchführen lassen möchte. Nummer 2 enthält die Regelungen zu der

vom ersuchenden Staat vorzulegenden Untersuchungsanordnung oder der sie ersetzenden Erklärung. Außerdem müssen gemäß Nummer 3 die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials (auch) nach dem Recht des ersuchten Staates vorliegen. Dass der ersuchende Staat ein Rechtshilfeersuchen nur dann stellen kann, wenn nach seinem Recht die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung des Materials vorliegen, ergibt sich schon aus den allgemeinen Regeln des Rechtshilferechts.

Satz 2 bestimmt, dass die Kosten für die Gewinnung und Untersuchung des molekulargenetischen Materials dem ersuchten Staat durch den ersuchenden Staat zu erstatten sind. Absatz 3 enthält eine Geschäftswegregelung. Die innerstaatlichen Regelungen über die Zuständigkeit zur Stellung von Ersuchen nach den Absätzen 1 und 2 werden hierdurch nicht berührt.

#### Zu Artikel 11 – Grenzüberschreitende Observation

Artikel 11 erweitert die nach Artikel 40 SDÜ eingeräumte Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Observation im Bereich der Strafverfolgung. Die Regelung bezieht sich auch auf Justizbehörden. Die grenzüberschreitende Observation zur Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat ist in Artikel 16 geregelt.

Nach Absatz 1 Satz 1 können die zuständigen Beamten ebenfalls eine Person observieren, bei der ernsthaft anzunehmen ist, dass sie zur Identifizierung oder Auffindung des Beteiligten einer auslieferungsfähigen Straftat führen kann. Satz 2 erstreckt die Eilfallregelung des Artikels 40 Abs. 2 SDÜ auf sog. „Kontaktpersonen“, die auch nach der Änderung des Artikel 40 SDÜ (ABl. EU 2003 Nr. L 260 S. 37) nicht erfasst werden.

Über Artikel 40 SDÜ hinausgehend ist nach Absatz 2 die Fortsetzung einer in Deutschland begonnenen Observation über die Grenze hinweg durch deutsche Beamte auch zum Zwecke der Strafvollstreckung zulässig, sofern noch freiheitsentziehende Sanktionen von mindestens vier Monaten zu vollstrecken sind.

Die Absätze 3 bis 7 in Verbindung mit Anlage I enthalten Regelungen zu den Adressaten der Ersuchen nach Artikel 40 Abs. 1 SDÜ sowie den Übermittlungswegen und sonst zu unterrichtenden Stellen. Absatz 8 erstreckt die Bewilligung des ersuchten Vertragsstaates auf sein gesamtes Hoheitsgebiet. Änderungen der Zuständigkeiten nach den Absätzen 4 bis 8 werden nach Absatz 10 dem anderen Vertragsstaat mitgeteilt.

Der abschließende Katalog der Straftaten in Artikel 40 Abs. 7 SDÜ, bei denen eine „Eilobservation“ nach Artikel 40 Abs. 2 SDÜ möglich ist, wird in Absatz 9 zu Gunsten der flexibleren Schwelle der Auslieferungsfähigkeit der in Rede stehenden Straftat nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates aufgegeben.

Nach Absatz 11 dürfen auf dem Gebiet des ersuchten Staates zulässige technische Mittel mit dessen Zustimmung von den observierenden Beamten eingesetzt werden. Der Gebrauch der Dienstwaffe ist in Artikel 31 geregelt.

Gemäß Absatz 12 dürfen öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten wer-



den; das in Artikel 40 Abs. 3 Buchstabe e SDÜ enthaltene Verbot, Wohnungen und öffentlich nicht zugängliche Grundstücke zu betreten, wird insoweit präzisiert und zugleich – deklaratorisch – wiederholt.

Den observierenden Beamten wird nach Maßgabe von Artikel 29 ein Festhalterrecht eingeräumt. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen zu Artikel 29 Bezug genommen. Artikel 40 Abs. 3 Buchstabe f SDÜ sah bislang eine entsprechende Möglichkeit nicht vor. Die Vertragsstaaten können aber nach Artikel 40 Abs. 6 mittels bilateraler Vereinbarungen weitergehende Regelungen treffen.

#### **Zu Artikel 12 – Nacheile**

Artikel 12 erweitert die nach Artikel 41 SDÜ eröffnete Möglichkeit der Nacheile zu Zwecken der Strafverfolgung für die Polizei- und Justizbehörden.

Nach Absatz 1 Nr. 1 kann eine Nacheile über die Grenze – über die in Artikel 41 Abs. 1 SDÜ bezeichneten Zwecke hinaus – auch erfolgen, wenn sich der Betroffene einer einzelfallbezogenen Kontrolle entzieht, deren Zweck die Fahndung nach einer Person ist, die der Begehung einer auslieferungsfähigen Straftat verdächtig oder zu einer freiheitsentziehenden Sanktion verurteilt worden ist, derentwegen eine Auslieferung zulässig erscheint. Nummer 2 hebt die Beschränkung des Artikels 41 Abs. 5 Buchstabe b SDÜ (Nacheile nur über die Landgrenze) auf, während Nummer 3 für die nacheilenden Beamten das Recht der Nacheile ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung für alle auslieferungsfähigen Straftaten unter Einräumung der Festhaltebefugnis nach Artikel 41 Abs. 2 Buchstabe b SDÜ vorsieht. Zu Nummer 4 wird auf die Ausführungen zu Artikel 11 Abs. 12 Bezug genommen.

Absatz 2 in Verbindung mit Anlage I legt die im Falle der Nacheile zu unterrichtenden Behörden fest.

#### **Zu Artikel 13 – Kontrollierte Lieferung**

Die Vorschrift orientiert sich an Artikel 73 SDÜ, geht jedoch über den unerlaubten Handel mit Betäubungsmitteln hinaus.

Erfasst werden nach Absatz 1 Satz 1 alle Kriminalitätsbereiche, insbesondere also auch der unerlaubte Handel mit Waffen, Sprengstoffen, Falschgeld, Diebesgut und Hehlerware sowie Gegenständen im Zusammenhang mit Geldwäsche. Das Ersuchen muss darlegen, dass ohne die kontrollierte Lieferung die Ermittlung von Hinterleuten und anderen Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen zumindest wesentlich erschwert würde. Satz 2 enthält eine Absichtserklärung der Vertragsstaaten, nach Beendigung der Maßnahme die Lieferung sicherzustellen und eine umfassende strafrechtliche Verfolgung möglicher Täter anzustreben.

Die Bewilligung erstreckt sich auf das gesamte Gebiet des ersuchten Staates, wobei die Durchführung der Maßnahme, soweit der Vertrag keine Regelungen trifft, dem Recht des Gebietsstaates unterworfen ist (Absatz 2).

Aus Absatz 3 Satz 2 ergibt sich, dass in dem Ersuchen nach Absatz 1 auch Anhaltspunkte für besondere Risiken für die an der Lieferung beteiligten Personen oder

für die Allgemeinheit aufgeführt werden müssen. Diese Risiken können zu besonderen Bedingungen Anlass geben oder auch zur Ablehnung des Ersuchens führen.

Absatz 4 Satz 1 und 2 regelt die besonderen Kontroll- und Überwachungspflichten durch den ersuchten Vertragsstaat. Nach Satz 3 kann Beamten des ersuchenden Vertragsstaates die Begleitung der kontrollierten Lieferung gestattet werden.

Gemäß Absatz 5 Satz 1 können auf besondere Absprache im Einzelfall bei Vorliegen der dort genannten Voraussetzungen die Beamten des ersuchenden Staates die kontrollierte Lieferung unter der Sachleitung eines anwesenden Beamten des Gebietsstaates (weiter) durchführen. Die Vorschrift hat Ausnahmecharakter; Regelfall ist die Durchführung der kontrollierten Lieferung durch die Beamten des Gebietsstaates. Die besonderen Umstände, die ein Abweichen von der Regel begründen, sind in dem Ersuchen nach Absatz 1 anzugeben, wobei die handelnden Beamten (auch) dem Recht des Staates unterworfen sind, auf dessen Gebiet sie tätig werden (Sätze 2 und 3).

Bei kontrollierten Lieferungen, die auch das Territorium eines Drittstaates betreffen, verlangt Absatz 6, dass die Erfüllung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben nach den Absätzen 1 und 2 durch diesen Staat gewährleistet ist. Der ersuchende Staat hat dies sicherzustellen und in seinem Ersuchen ausdrücklich darzulegen.

Hinsichtlich Absatz 7 wird auf die Erläuterungen zu Artikel 11 Abs. 8, 11 und 12 verwiesen.

Absatz 8 betrifft die Adressaten der Ersuchen nach Absatz 1 sowie die Geschäftswege.

Den Beamten wird nach Maßgabe von Artikel 29 ein Festhalterrecht eingeräumt. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen zu Artikel 29 Bezug genommen.

#### **Zu Artikel 14 – Verdeckte Ermittlungen zum Zwecke der Strafverfolgung**

Artikel 14 regelt den Einsatz von Beamten, die nach dem Recht des ersuchenden Staates die Stellung eines verdeckten Ermittlers haben. In Deutschland fallen darunter neben den Verdeckten Ermittlern im Sinne von Artikel 110a Abs. 2 StPO auch die nicht offen ermittelnden Polizeibeamten. Mit dieser Bestimmung wird eine vor allem im Bereich der organisierten Kriminalität immer weiter an Bedeutung gewinnende Maßnahme geregelt. Es sind verschiedene Zulässigkeitsvoraussetzungen und Schranken zu beachten:

Nach Absatz 1 Satz 1 steht die Bewilligung eines von der für die Stellung des Rechtshilfeersuchens zuständigen Behörde ausgehenden Ersuchens im Ermessen des ersuchten Staates. Es müssen hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte gegeben sein, dass die Aufklärung des Sachverhalts ohne den Einsatz verdeckter Ermittler aussichtslos oder wesentlich erschwert würde. Als verdeckte Ermittler dürfen nur Beamte des ersuchenden Vertragsstaates eingesetzt werden. Nach Satz 2 erstreckt sich eine erteilte Bewilligung zur Durchführung einer verdeckten Ermittlung auf das gesamte Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates.

Die Voraussetzungen und Bedingungen der Einsätze sowie die Verwendung der Ermittlungsergebnisse werden nach Absatz 2 vom ersuchten Staat nach seinem innerstaatlichen Recht festgelegt.

Absatz 3 Satz 1 legt fest, dass sich die Ermittlungen auf einzelne, zeitlich begrenzte Einsätze beschränken, wobei eine erstmalige Bewilligung für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten sowie eine Verlängerung des Zeitraumes möglich ist (Sätze 2 und 3). Nach Satz 4 sind auch die entsprechenden Angaben bezüglich der voraussichtlichen Dauer bereits in dem Ersuchen nach Absatz 1 zu machen.

Nach Absatz 4 obliegt die Leitung des Einsatzes dem ersuchten Staat, der auch jederzeit die Maßnahme beenden kann.

Absatz 5 verpflichtet den ersuchten Staat zur Leistung notwendiger personeller, logistischer und technischer Unterstützung sowie zum Schutz der eingesetzten Beamten.

Artikel 14 enthält keine Regelung zur Zulässigkeit eines Einsatzes verdeckter Ermittler im Falle besonderer Dringlichkeit. Absatz 6 Satz 1 erfordert vielmehr nähere Vereinbarungen der zuständigen Behörden zur Zustimmung in dringenden Fällen. Unter welchen Voraussetzungen ein dringender Fall im Sinne des Satzes 1 vorliegt, bestimmt Satz 2. Vereinbarungen im Sinne von Satz 1 können sowohl solche Vereinbarungen sein, die besondere Regelungen für die vorherige Stellung bzw. Bewilligung eines Ersuchens enthalten, als auch solche Vereinbarungen, die für die genannten dringenden Fälle von dem Erfordernis eines vorherigen Ersuchens (einschließlich dessen Bewilligung) absehen. In beiden Fällen muss jedenfalls gewährleistet sein, dass der Einsatz der verdeckten Ermittler auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates im Übrigen nach Artikel 14 zulässig ist. Dies bedeutet insbesondere auch eine entsprechende Anwendung des Absatzes 4. Soll im Rahmen einer solchen Vereinbarung auf das Erfordernis eines vorherigen Ersuchens sowie dessen Bewilligung verzichtet werden, muss zumindest vorgesehen werden, dass der Einsatz unverzüglich der in Absatz 9 bezeichneten Behörde des anderen Vertragsstaates anzuzeigen ist, dass ein Ersuchen unverzüglich nachzureichen ist, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Einsatz ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, und dass in einem solchen Fall das Tätigwerden des verdeckten Ermittlers auf das zur Aufrechterhaltung der Legende unumgänglich notwendige Maß zu beschränken ist. Die innerstaatliche Zuständigkeitsverteilung zum Abschluss solcher Vereinbarungen ist zu beachten. Der Abschluss von Vereinbarungen im Sinne des Satzes 1 mit generell-abstrakten Regelungen zu den Anforderungen an eine Zustimmung in dringenden Fällen obliegt der Bundesregierung.

Zu Absatz 7 wird auf die Erläuterungen zu Artikel 8 Abs. 1 und 4 Bezug genommen.

Absatz 8 schafft eine Rechtsgrundlage für die Verwendung technischer Mittel zur Absicherung des Einsatzes. Ergänzend wird auf die Darlegungen zu Artikel 11 Abs. 11 Bezug genommen. Die Bestimmungen zum Gebrauch der Dienstwaffe finden sich in Artikel 32 in Verbindung mit der Anlage II.

Die Übermittlungswege für das Ersuchen nach Absatz 1 sind in Absatz 9 geregelt; hinzuweisen ist auf die Sonderregelung für Einsätze, die sich auf die Grenzgebiete nach Artikel 3 beschränken (Satz 2). Absatz 10 enthält die Pflicht, die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates unverzüglich schriftlich über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes zu unterrichten; Absatz 11 sieht die Möglichkeit vor, sich einander verdeckte Ermittler zur Verfügung zu stellen, die im Auftrag und unter Leitung des anderen Vertragsstaates tätig werden.

#### **Zu Artikel 15 – Informationsübermittlung zur Strafverfolgung ohne Ersuchen**

Die Vorschrift ermöglicht sog. „Spontanübermittlungen“ zwischen Deutschland und den Niederlanden zu Zwecken der Strafverfolgung, soweit dies nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zulässig ist, d.h. die übermittelnde Stelle übersendet ihre Informationen ohne vorgängiges Ersuchen des empfangenden Staates. Innerstaatliche Regelungen für den Informationsaustausch, insbesondere Übermittlungsbeschränkungen, sind hierbei zu beachten. Eine derartige Informationsweitergabe setzt zudem voraus, dass die übermittelnde Stelle Anhaltspunkte dafür hat, dass die Kenntnis der Informationen für den Empfänger zur Verfolgung von Straftaten erforderlich ist. Die Vorschrift erlegt der empfangenden Stelle eine Prüfungspflicht hinsichtlich der Erforderlichkeit der übermittelten Daten auf. Nicht erforderliche Daten sind zu löschen, zu vernichten oder an die übersendende Stelle zurückzuübermitteln. Ferner muss die übermittelnde Stelle unterrichtet werden, wenn sich herausstellt, dass die Informationen unrichtig sind.

#### **Teil IV**

#### **Weitere Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

#### **Zu Artikel 16 – Observation zur Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat**

Artikel 16 enthält Regelungen zur grenzüberschreitenden Observation im Rahmen der Gefahrenabwehr. In Ergänzung des Artikels 40 SDÜ sieht Artikel 16 die Observation unter engen Voraussetzungen bereits zur Verhinderung auslieferungsfähiger Straftaten vor.

Nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bedarf es hierzu in der Regel der vorherigen Zustimmung des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet die Observation stattfinden soll, wenn dieser die Observation nicht durchführen kann. Satz 1 Nr. 2 sieht die Entbehrlichkeit dieser Zustimmung nur in Fällen besonderer Eilbedürftigkeit vor. Satz 2 enthält weitere einschränkende Merkmale, wobei insbesondere ein Ersuchen nach Artikel 16 nicht zulässig ist, soweit ein Ersuchen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens (siehe Artikel 11) gestellt werden kann. Satz 3 stellt klar, dass die observierenden Beamten der Leitung des Vertragsstaates unterliegen, auf dessen Gebiet sich die Observation erstrecken soll.

Die Bewilligung (und damit die Maßnahme selbst) erstreckt sich infolge der Verweisung in Absatz 2 vierter Spiegelstrich auf Artikel 11 Abs. 8 auf das gesamte Hoheitsgebiet des bewilligenden Vertragsstaates. Ferner

gelten die Regeln des Artikels 11 Abs. 11 (Einsatz technischer Mittel) und Abs. 12 (hinsichtlich des Betretens von Wohnungen sowie von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen) entsprechend.

In Absatz 3 werden die Zuständigkeiten für Ersuchen nach Absatz 1 und Mitteilungen nach Absatz 2 in den Vertragsstaaten festgelegt. Durch den Verweis auf Artikel 7 Abs. 3 des Vertrages – die hier in Satz 2 aufgenommenen Justizbehörden sind jedoch ausgeschlossen – wird für den Fall der Unzuständigkeit der angerufenen Behörde die Weiterleitung an die zuständige Behörde gewährleistet.

Den observierenden Beamten wird nach Maßgabe von Artikel 29 ein Festhalterrecht eingeräumt. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen zu Artikel 29 Bezug genommen.

#### **Zu Artikel 17 – Nachteile bei besonderen polizeilichen Kontrollen**

Artikel 17 eröffnet die Möglichkeit einer Nacheile bei besonderen polizeilichen Kontrollen.

Absatz 1 ermöglicht im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten die grenzüberschreitende Nacheile zur Verfolgung von Personen, die sich einer nach Artikel 2 Abs. 2 SDÜ errichteten Grenzkontrolle entziehen.

Absatz 2 erweitert die Möglichkeit der (grenzüberschreitenden) Nacheile zur polizeilichen Gefahrenabwehr auf Personen, die sich einer polizeilichen Kontrolle in einem Gebiet von bis zu 150 Kilometern vor der Grenze entziehen, wenn hierbei eindeutig erkennbare Anhaltzeichen missachtet werden und es in der Folge zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit kommt.

In Absatz 3 wird für den Regelfall einer grenzüberschreitenden Nacheile zu präventiven Zwecken die Pflicht zur Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden des Gebietsstaates vor dem Überschreiten der Grenze normiert. Der Staat, auf dessen Gebiet die Verfolgung stattfindet, kann jederzeit die Einstellung der Nacheile verlangen. Dies entspricht der Regelung in Artikel 41 Abs. 1 Satz 4 SDÜ. Ein Abbruch ist ebenfalls dann zwingend vorzunehmen, wenn die Nacheile zu einer konkreten Gefährdung von Leib oder Leben der verfolgten Person oder von Dritten führt, die in einem offenkundigen Missverhältnis zu der abzuwehrenden Gefahr steht.

Absatz 4 verweist auf eine entsprechende Anwendung von zahlreichen Regelungen des Artikels 41 SDÜ und entsprechend anwendbare Artikel dieses Vertrages. So darf die Nacheile ohne vorherige Zustimmung nur im Eilfall erfolgen (Artikel 41 Abs. 1 SDÜ). Die Nacheile kann ohne räumliche oder zeitliche Begrenzungen sowie über Luft- und Wassergrenzen hinweg ausgeübt werden (Artikel 41 Abs. 3 Buchstabe b SDÜ, Artikel 12 Abs. 1 Nr. 2). Entsprechende Benachrichtigungspflichten ergeben sich aus Artikel 12 Abs. 2, Artikel 41 Abs. 2 Buchstabe b SDÜ räumt den verfolgenden Beamten eine Festhalterbefugnis ein, bis die Beamten des anderen Vertragsstaates die Identitätsfeststellung oder die Festnahme vornehmen können.

Den einschreitenden Beamten wird nach Maßgabe von Artikel 29 ein Festhalterrecht eingeräumt. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen zu Artikel 29 Bezug genommen.

#### **Zu Artikel 18 – Verdeckte Ermittlungen zur Verhinderung auslieferungsfähiger Straftaten von erheblicher Bedeutung**

Das Schengener Durchführungsübereinkommen erlaubt keinen Einsatz verdeckter Ermittler zur polizeilichen Gefahrenabwehr. Artikel 18 ermöglicht nunmehr, soweit es das jeweilige innerstaatliche Recht vorsieht, die grenzüberschreitende Fortsetzung verdeckter Ermittlungen zur Verhinderung von vorsätzlichen und nicht nur auf Antrag zu verfolgenden auslieferungsfähigen Straftaten von erheblicher Bedeutung.

Absatz 1 enthält das Erfordernis der vorherigen Zustimmung des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die verdeckte Ermittlung von Beamten des anderen Vertragsstaates fortgesetzt werden soll.

Absatz 2 erklärt bestimmte Absätze des Artikels 14 (verdeckte Ermittlungen zum Zwecke der Strafverfolgung) für entsprechend anwendbar. Artikel 16 Abs. 3, der ebenfalls entsprechend anwendbar ist, normiert die jeweiligen Zuständigkeiten innerhalb der Vertragsstaaten für das vor der Maßnahme zu stellende Ersuchen. Gleichzeitig ist die nationale polizeiliche Zentralstelle zu unterrichten.

#### **Zu Artikel 19 – Gemeinsame Einsatzformen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten**

Artikel 19 ist die Grundlage zur Bildung gemeinsamer Einsatzformen der Behörden der Vertragsstaaten zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Verhinderung von Straftaten (z. B. gemeinsame Streifen, gemeinsam besetzte Kontroll-, Auswertungs- und Observationsgruppen), bei denen Beamte des einen Vertragsstaates unterstützend auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates mitwirken können (Satz 1). Die zur Aufgabenerfüllung erforderliche Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse – wie beispielsweise Identitätsfeststellungen – im jeweiligen Gebietsstaat ist an die Leitung und die – zur Sicherstellung einer effektiven Sachleitung – in der Regel erforderliche Anwesenheit von Beamten des Gebietsstaates gebunden (Satz 2). Der Verweis auf Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 und 3 in Satz 3 macht deutlich, dass die unterstellten Beamten dem Recht des Vertragsstaates unterliegen, auf dessen Hoheitsgebiet sie tätig werden; dem einsatzführenden Staat wird das Handeln der unterstellten Beamten zugerechnet.

#### **Zu Artikel 20 – Informationsaustausch zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten**

Artikel 20 regelt die einzelfallbezogene Übermittlung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten durch die zuständigen Polizeibehörden auch ohne vorheriges Ersuchen zu Zwecken der Gefahrenabwehr nach Maßgabe des jeweiligen nationalen Rechts. Dies betrifft nur solche Informationen, deren Kenntnis für den Empfänger nach Einschätzung der übermittelnden Polizeibehörde zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Verhinderung von Straftaten erforderlich ist (Satz 1).

Satz 2 sieht die entsprechende Anwendung von Artikel 15 Satz 2 vor. Dementsprechend hat der Empfänger die Erforderlichkeit der übermittelten Daten zu überprüfen, nicht erforderliche Daten zu vernichten oder an die übermittelnde Stelle zurückzusenden und die übermittelnde Stelle über eine festgestellte Unrichtigkeit der Daten zu unterrichten.

#### **Zu Artikel 21 – Vorläufige grenzüberschreitende Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben**

Artikel 21 sieht in Notsituationen zum Schutz von Leib oder Leben ein grenzüberschreitendes Tätigwerden von Beamten der Polizeibehörden ohne vorherige Zustimmung des Gebietsstaates vor.

Absatz 1 ermöglicht für den Ausnahmefall der Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben bei dringendem Bedarf die Grenzüberschreitung durch Polizeibeamte ohne vorherige Zustimmung des Gebietsstaates, um im grenznahen Bereich auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates (Gebietsstaat) die erforderlichen vorläufigen Gefahrenabwehrmaßnahmen zu treffen. Hierzu kann nach Satz 3 auch das Festhalten einer Person zählen. Die Beamten sind hinsichtlich der vorläufigen Maßnahmen zur Abwehr der gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben an das nationale Recht des Gebietsstaates gebunden.

Der Ausnahmecharakter grenzüberschreitender Gefahrenabwehrmaßnahmen im grenznahen Bereich wird durch die in Absatz 2 definierten engen Voraussetzungen des dringenden Bedarfs deutlich. Ein dringender Bedarf liegt nur dann vor, wenn bei einem Abwarten hinsichtlich des Einschreitens von Beamten des Gebietsstaates oder der Herstellung eines Einvernehmens im Sinne von Artikel 6 Abs. 2 eine Verwirklichung der Gefahr droht.

Absatz 3 stellt sicher, dass die Gefahrenabwehrmaßnahmen auf dem fremden Hoheitsgebiet des Gebietsstaates nur so lange andauern dürfen, bis dieser die eigenen notwendigen Maßnahmen ergriffen hat. Der Gebietsstaat ist insoweit verpflichtet, unverzüglich tätig zu werden, sobald er durch die grenzüberschreitend eingreifenden Beamten des anderen Vertragsstaates unterrichtet worden ist. Auch die Unterrichtung des Gebietsstaates durch die grenzüberschreitend einschreitenden Beamten hat unverzüglich zu erfolgen. Die grenzüberschreitend tätigen Beamten sind an die Weisungen des Gebietsstaates gebunden.

Die Absätze 4 und 5 legen die Anwendung des nationalen Rechts des Gebietsstaates und die den Gebietsstaat treffende Zurechnung der Maßnahmen der grenzüberschreitend einschreitenden Beamten fest. In einer gesonderten Durchführungsvereinbarung (siehe Artikel 36) sind die Stellen des Gebietsstaates festzulegen, die durch die grenzüberschreitend tätigen Beamten unverzüglich zu unterrichten sind.

#### **Zu Artikel 22 – Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen**

Satz 1 gestattet es den zuständigen Stellen der Vertragsstaaten, sich bei Massenveranstaltungen und ähn-

lichen Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen nach Maßgabe des nationalen Rechts zu unterstützen.

Dies kann durch eine frühzeitige gegenseitige Unterrichtung über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen (Nummer 1) oder eine Koordinierung von polizeilichen Maßnahmen bei grenzüberschreitenden Lagen (Nummer 2) geschehen.

Von besonderer Bedeutung ist die Nummer 3. Auf Ersuchen des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Unterstützungsfall eintritt, können diesem Spezialisten, Berater und Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung gestellt werden. Ob ein Unterstützungsfall vorliegt, ist von dem Vertragsstaat, der das entsprechende Ersuchen stellt, zu beurteilen.

Die Kostentragungspflichten für die Unterstützungsleistung richten sich nach dem Abkommen vom 7. Juni 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen (BGBl. 1992 II S. 198; 1997 II S. 753), auf das in Satz 2 verwiesen wird. Nach Artikel 9 dieses Abkommens werden die Kosten der Hilfeleistung von der ersuchenden Partei vorbehaltlich einer Sonderregelung nicht erstattet. Dies schließt anderweitige Vereinbarungen jedoch nicht aus, soweit sie nach diesem Abkommen zulässig sind.

#### **Zu Artikel 23 – Einrichtung von Bedarfskontrollstellen**

Artikel 23 ermöglicht die Einrichtung von Bedarfskontrollstellen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates.

Absatz 1 normiert die Voraussetzungen für die Einrichtung: das Fehlen einer geeigneten Örtlichkeit auf eigenem Hoheitsgebiet (Nummer 1), die Erforderlichkeit zur Durchführung von Grenzkontrollen nach Artikel 2 Abs. 2 SDÜ (Nummer 2) und die Zustimmung des anderen Vertragsstaates im Einzelfall (Nummer 3).

Absatz 2 begrenzt die Lage von Bedarfskontrollstellen, die möglichst grenznah liegen sollen, auf eine maximale Entfernung von fünf Kilometern zur gemeinsamen Grenzlinie der Vertragsstaaten.

Nach Absatz 3 kann der Gebietsstaat zu der Zustimmung nach Absatz 1 Auflagen erteilen und die Einstellung der Maßnahme verlangen.

Absatz 4 legt für die Grenzkontrolle die ausschließliche Geltung des nationalen Rechts des Vertragsstaates fest, der die Kontrolle nach Artikel 2 Abs. 2 SDÜ angeordnet hat. Die Durchführung der Grenzkontrolle obliegt den Bediensteten des anordnenden Vertragsstaates. Es sollen jedoch Bedienstete beider Vertragsstaaten anwesend sein.

Absatz 5 stellt die Kenntnis von geeigneten Örtlichkeiten im anderen Vertragsstaat sicher.

Absatz 6 erklärt bestimmte Regelungen bestehender bilateraler Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung für anwendbar, insbesondere die Privilegierung der Staatsangehörigen des Gebietsstaates im Festnahmefall (Artikel 4 bis 9 des Abkommens vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich

der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 2181, 2316).

#### Teil V

### Allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit

#### Zu Artikel 24 – Gemischt besetzte Dienststellen

Absatz 1 ermöglicht bei Bedarf die Einrichtung gemischt besetzter Dienststellen zwischen den Vertragsstaaten zum Zwecke des Informationsaustausches und der gegenseitigen Unterstützung ihrer Behörden (Polizei- und Justizbehörden, Behörden der Zollverwaltung). Er richtet sich gleichermaßen an Justiz- wie Polizeibehörden. Der Informationsaustausch erfolgt auf der Grundlage des jeweiligen nationalen Rechts und umfasst auch den Austausch personenbezogener Daten (Absatz 2 Satz 2).

Die Absätze 2 und 3 beschreiben den äußeren Rahmen und den Inhalt der Zusammenarbeit in den gemischt besetzten Dienststellen, in denen Bedienstete beider Vertragsstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammenarbeiten. Die gemischt besetzten Dienststellen haben keine originären Aufgaben. Sie sollen vielmehr die nach dem Vertrag zuständigen Behörden bei der Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben unterstützen, indem sie Informationen austauschen, analysieren und weiterleiten.

Absatz 4 verdeutlicht, dass die gemeinsam besetzten Dienststellen keine selbständigen operativen Aufgaben wahrnehmen, sondern lediglich eine unterstützende Funktion im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den national zuständigen Behörden ausüben können. Demgemäß bleiben die in den gemischt besetzten Dienststellen tätigen Beamten in ihre nationalen Hierarchien eingebunden und unterstehen weiterhin der Weisungs- und Disziplinargewalt der jeweiligen nationalen Behörden der Vertragsstaaten.

Einer besonderen Vereinbarung der in den Vertragsstaaten zuständigen Stellen ist es vorbehalten, wo und wie viele gemischt besetzte Dienststellen von den Vertragsstaaten eingerichtet werden. In dieser Vereinbarung sind auch die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die Kostenverteilung festzulegen (Absatz 5).

Absatz 6 regelt den Fall einer Beteiligung an gemischt besetzten Dienststellen, die der andere Vertragsstaat mit einem gemeinsamen Nachbarstaat betreibt.

#### Zu Artikel 25 – Einsatz von Luft- und Wasserfahrzeugen

Absatz 1 gestattet den Einsatz von Luft- und Wasserfahrzeugen bei grenzüberschreitenden Einsätzen nach diesem Vertrag und erweitert die Einsatzmöglichkeiten damit über die Landwege hinaus. In den Absätzen 2 bis 4 werden die Anforderungen und Befugnisse beim grenzüberschreitenden Flugeinsatz im Einzelnen geregelt. Absatz 5 enthält detaillierte Regelungen für den Einsatz von Wasserfahrzeugen.

#### Zu Artikel 26 – Datenschutz

Absatz 1 regelt den Datenschutz unter Bezugnahme auf den Datenschutzstandard der Artikel 126 bis 130 SDÜ sowie das Übereinkommen vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (BGBl. 2005 II S. 650), das sich im Schlussstadium des Ratifikationsverfahrens befindet.

Nach Absatz 2 darf ein Vertragsstaat Beamten des anderen Vertragsstaates, die auf seinem Territorium tätig werden, den Zugriff auf behördliche Sammlungen personenbezogener Daten nur unter Leitung eigener Beamten gestatten.

#### Zu Artikel 27 – Grenzübertritte

Absatz 1 Satz 1 gestattet zu den im Vertrag geregelten Zwecken das verkehrsbedingt notwendige Befahren des Hoheitsgebiets des anderen Vertragsstaates, um auf kurzem Weg das eigene Hoheitsgebiet wieder zu erreichen. Diese Regelung entspricht der bestehenden Regelung in Artikel 9 der Vereinbarung vom 17. April 1996 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Innenminister sowie dem Justizminister der Niederlande über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzgebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden (BGBl. 1997 II S. 702). Hierbei dürfen Sonder- und Wegerechte auf dem fremden Hoheitsgebiet in Anspruch genommen werden. Es bedarf einer unverzüglichen Unterrichtung der zuständigen Behörde des Gebietsstaates (Sätze 2 und 3).

Absatz 2 Satz 1 regelt die Benutzung grenzüberschreitender Reisezüge oder Fahrgastschiffe durch Beamte der Vertragsstaaten, um nach innerstaatlichem Recht Maßnahmen auf dem eigenen Hoheitsgebiet durchzuführen. Satz 2 gestattet die Fortsetzung auf dem eigenen Hoheitsgebiet nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts begonnener Kontrollmaßnahmen, die nicht im Grenzgebiet beendet werden können; diese dürfen, sofern der Zweck der Maßnahme nicht anders erreicht werden kann, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates so lange fortgesetzt werden, wie dies zwingend erforderlich ist, um die Maßnahme abzuschließen. Für weitergehende Maßnahmen gelten die hierfür bestehenden Regelungen (Satz 3).

#### Zu Artikel 28 – Haftungsbestimmungen

Artikel 28 regelt Haftungs- und Entschädigungsfragen.

Nach Absatz 1 haftet für Schäden bei Maßnahmen nach den Artikeln 13 und 14 oder im Rahmen einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe nach dem Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen der Vertragsstaat, dessen Beamte auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, nach Maßgabe des dortigen nationalen Rechts.

Absatz 2 stellt sicher, dass der Schaden durch den Gebietsstaat so ersetzt wird, als wäre er durch Beamte des Gebietsstaates verursacht worden.

Absatz 3 verpflichtet den Vertragsstaat, dessen Beamte einen Schaden verursacht haben, zur Erstattung des Gesamtbetrags des Schadensersatzes an den Gebietsstaat.

Nach Absatz 4 verzichten die Vertragsstaaten im Übrigen bei Maßnahmen nach Absatz 1 auf die Geltendmachung erlittener Schäden gegenüber dem jeweils anderen Vertragsstaat.

Für andere Maßnahmen nach diesem Vertrag wird nach Absatz 5 – in Form eines Rechtsfolgenverweises – auf die Regelungen des Artikels 43 SDÜ verwiesen.

## Teil VI

### Regelungen in Bezug auf die grenzüberschreitend handelnden Beamten

#### Zu Artikel 29 – Festhalterecht

Artikel 29 räumt Beamten, die eine Maßnahme nach den Artikeln 11, 13, 16 und 17 durchführen (grenzüberschreitende Observation, kontrollierte Lieferung, Observation zur Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat, Nacheile bei besonderen polizeilichen Kontrollen), gegenüber der Zielperson, die auf frischer Tat bei der Begehung einer nach dem Recht des Gebietsstaates auslieferungsfähigen Straftat betroffen wird, ein Festhalterecht ein. Dabei dürfen auch eine Sicherheitsdurchsuchung durchgeführt und mitgeführte Gegenstände vorläufig sichergestellt werden. Ferner ist das Anlegen von Handfesseln während einer Beförderung zulässig.

#### Zu Artikel 30 – Befugnisse und Rechtsstellung von Beamten des anderen Vertragsstaates

Artikel 30 enthält umfassende Regelungen zu den Befugnissen und der Rechtsstellung der Beamten, die zum Zwecke der vertraglichen Zusammenarbeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden.

Absatz 1 Satz 1 normiert ausdrücklich, dass den Beamten nur in den vertraglich geregelten Fällen hoheitliche Befugnisse im anderen Vertragsstaat zukommen. In Satz 2 wird nochmals festgelegt, dass die einschreitenden Beamten bei allen Maßnahmen an das nationale Recht des Vertragsstaates gebunden sind, auf dessen Hoheitsgebiet diese Maßnahme durchgeführt wird. Satz 3 sieht vor, dass die besonderen Regelungen des Artikels 23 (Bedarfskontrollstellen) insoweit unberührt bleiben.

Nach Absatz 2 gelten die nach diesem Vertrag zu einer Dienststelle des anderen Vertragsstaates entsandten Beamten als Verbindungsbeamte im Sinne von Artikel 47 oder 125 SDÜ.

Absatz 3 stellt klar, dass die verkehrsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Vertragsstaates auch im Falle des Tätigwerdens von Beamten des anderen Vertragsstaates gelten und enthält insoweit die Pflicht für einen gegenseitigen Informationsaustausch über die jeweils geltende Rechtslage. Dies gilt auch im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten.

#### Zu Artikel 31 – Tragen von Uniform und Mitführen von Bewaffnung und Ausstattung

Absatz 1 gestattet das Tragen der nationalen Dienstkleidung und das Mitführen der jeweils zugelassenen Bewaffnung und der dienstlichen Ausstattung einschließlich Munition, Reizstoffsprüngeräte, Schlagstöcke und Diensthunde. Absatz 2 beinhaltet eine Unterrichtungspflicht hinsichtlich der zulässigen Dienstwaffen und Ausstattung.

#### Zu Artikel 32 – Einsatz von Dienstwaffen und weiteren Mitteln

Absatz 1 stellt klar, dass die eigene dienstliche Bewaffnung und Ausstattung nach Maßgabe des Rechts des Gebietsstaates eingesetzt werden darf.

Nach Absatz 2 ist der Einsatz der in der Anlage II aufgeführten Dienstwaffen und weiteren Mitteln auf die Fälle der Notwehr/Nothilfe beschränkt, soweit nicht der sachleitende Beamte des Gebietsstaates im Einzelfall einer über Absatz 2 hinausgehenden Anwendung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zustimmt (Absatz 3 Satz 1). In den Fällen der Artikel 11, 12, 16 und 17 darf eine solche Zustimmung nicht erteilt werden (Absatz 3 Satz 2).

Absatz 4 normiert eine Meldeverpflichtung für Polizeibeamte, die im Rahmen einer Maßnahme nach Artikel 21 (vorläufig grenzüberschreitende Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben) körperliche Gewalt angewandt haben. Absatz 5 eröffnet die Möglichkeit, durch gesonderte Vereinbarung Änderungen der Anlage II vorzunehmen.

#### Zu Artikel 33 – Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts

Nach Artikel 33 sind die Beamten des anderen Vertragsstaates den Beamten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie tätig werden, in strafrechtlicher Hinsicht gleichgestellt, soweit in einem anderen Vertrag nicht etwas anderes vereinbart worden ist.

#### Zu Artikel 34 – Beistandsklausel, Dienstverhältnisse

Artikel 34 stellt klar, dass das Tätigwerden auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates nicht zu einer Änderung der sich aus dem Dienstverhältnis der Beamten ergebenden Rechte und Pflichten führt.

Dabei trägt Absatz 1 der Tatsache Rechnung, dass die Möglichkeiten des entsendenden Staates eingeschränkt sind, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Schutz und Beistand zu gewähren. Daher wird der andere Vertragsstaat zu gleichem Schutz und Beistand gegenüber den entsandten Beamten wie gegenüber den eigenen Beamten verpflichtet.

Absatz 2 regelt, dass für die Beamten bei einem Tätigwerden auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen dienstrechtlichen (auch disziplinar- und haftungsrechtlichen) Regelungen gelten wie bei einem Tätigwerden auf dem Hoheitsgebiet ihres Dienstherrn.

**Zu Artikel 35 – Ausnahmeklausel**

Den Vertragsstaaten ist es gestattet, die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag ganz oder teilweise zu verweigern oder unter Bedingungen zu stellen, soweit es nach ihrer jeweiligen Ansicht durch die Zusammenarbeit zu einer Beeinträchtigung eigener Hoheitsrechte, der Gefährdung der nationalen Sicherheit oder anderer wesentlicher Interessen oder einem Verstoß gegen innerstaatliches Recht kommen kann.

**Teil VII****Durchführungs- und  
Schlussbestimmungen****Zu Artikel 36 – Durchführungsvereinbarungen**

Artikel 36 ermöglicht die Festlegung untergeordneter Bestimmungen, wie z. B. technischer Details, die die verwaltungsmäßige Durchführung des Vertrages bezwecken, in direkter Absprache zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten auf der Grundlage und im Rahmen des Vertrages.

**Zu Artikel 37 – Überprüfung der Umsetzung und Fortentwicklung des Vertrages**

Nach Artikel 37 wird auf Antrag eines Vertragsstaates eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Umsetzung, Ergänzung und Fortentwicklung dieses Vertrages prüft.

**Zu Artikel 38 – Kosten**

Artikel 38 regelt die Verteilung der Kosten. Danach trägt jeder Vertragsstaat die seinen Behörden aus der Vertragsanwendung entstehenden Kosten, soweit diese im Einzelfall nichts anderes vereinbaren. Artikel 10 Abs. 1 Satz 5 und Abs. 2 Satz 2 enthalten im Zusammenhang mit DNA-Untersuchungen abweichende Sonderregelungen. Artikel 9 des Abkommens von Bonn vom 7. Juni 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und

dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen (BGBl. 1992 II S. 198; 1997 II S. 753) bleibt unberührt.

**Zu Artikel 39 – Einbeziehung der Zollverwaltung**

Nach Absatz 1 stehen die Behörden der Zollverwaltungen (Absatz 2) den Polizeibehörden der Vertragsstaaten im Rahmen dieses Vertrages gleich, soweit sie Aufgaben gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Neapel-II-Übereinkommens oder grenzpolizeiliche Aufgaben an der Außengrenze der Europäischen Gemeinschaft wahrnehmen. Die Absätze 3 und 4 verweisen auf entsprechend anwendbare Artikel dieses Vertrages.

**Zu Artikel 40 – Inkrafttreten, Kündigung**

Absatz 1 enthält Regelungen zum Inkrafttreten des Vertrages und dem gleichzeitigen Außerkrafttreten der bislang gültigen Vereinbarung vom 17. April 1996 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Innenminister sowie dem Justizminister der Niederlande über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzgebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden (BGBl. 1997 II S. 702). In Absatz 2 wird die unbefristete Vertragsdauer normiert und beiden Vertragsparteien ein ordentliches Kündigungsrecht eingeräumt. Absatz 3 stellt klar, dass der Vertrag für das Königreich der Niederlande nur auf den in Europa gelegenen Teil des Königreichs Anwendung findet. Nach Absatz 4 obliegt der deutschen Seite die Registrierung dieses Vertrages.

**Zu Anlage I**

Anlage I führt die zuständigen Behörden seitens der Niederlande nach Artikel 3 Abs. 1 und nach Artikel 39 Abs. 2 des Vertrages auf.

**Zu Anlage II**

Anlage II benennt Dienstwaffen und weitere Mittel im Sinne des Artikels 32 Abs. 2 des Vertrages.

## Anlage zur Denkschrift

Auswärtiges Amt

Berlin, den 5. August 2005

## Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft des Königreichs der Niederlande unter Bezugnahme auf den in Enschede am 2. März 2005 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten zwecks Herstellung der Kongruenz der Sprachfassungen den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Berichtigung des oben genannten Vertrags vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Die deutsche Urschrift des in Enschede am 2. März 2005 unterzeichneten Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten wird wie folgt berichtigt:
  - 1.1 In der deutschen Sprachfassung wird ersetzt:
    - 1.1.1 in Artikel 11 Abs. 1 Satz 3 „Nummer 9“ durch „Absatz 9“,
    - 1.1.2 in Artikel 11 Abs. 7 Satz 3 „Nummern 4 bis 6“ durch „Absätze 4 bis 6“,
    - 1.1.3 in Artikel 11 Abs. 10 „Nummern 4 bis 8“ durch „Absätze 3 bis 7“,
    - 1.1.4 in Artikel 13 Abs. 7 „Artikel 11 Nummern 8, 11 und 12“ durch „Artikel 11 Absätze 8, 11 und 12“,
    - 1.1.5 in Artikel 14 Abs. 8 Satz 3 „Artikel 11 Nummer 11“ durch „Artikel 11 Absatz 11“,
    - 1.1.6 in Artikel 16 Abs. 2 „Artikel 11 Nummern 8, 11 und 12“ durch „Artikel 11 Absätze 8, 11 und 12“,
    - 1.1.7 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe I) „Artikel 11 Nummer 4“ durch „Artikel 11 Absatz 4“,
    - 1.1.8 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe J) „Artikel 11 Nummer 5“ durch „Artikel 11 Absatz 5“,
    - 1.1.9 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe K) „Artikel 11 Nummer 5“ durch „Artikel 11 Absatz 5“,
    - 1.1.10 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe I) „Artikel 11 Nummer 6“ durch „Artikel 11 Absatz 6“,
    - 1.1.11 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe M) „Artikel 11 Nummer 7“ durch „Artikel 11 Absatz 7“,
    - 1.1.12 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe N) „Artikel 11 Nummer 11“ durch „Artikel 11 Absatz 11“.
  - 1.2 In der niederländischen Sprachfassung wird ersetzt:
    - 1.2.1 in Artikel 11 Abs. 10 „het vierde tot en met achtste lid“ durch „het derde tot en met zevende lid“,
    - 1.2.2 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe I) „artikel 11, nummer 4“ durch „artikel 11, vierde lid“,
    - 1.2.3 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe J) „artikel 11, nummer 5“ durch „artikel 11, vijfde lid“,
    - 1.2.4 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe K) „artikel 11, nummer 5“ durch „artikel 11, vijfde lid“,
    - 1.2.5 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe I) „artikel 11, nummer 6“ durch „artikel 11, zesde lid“,
    - 1.2.6 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe M) „artikel 11, nummer 7“ durch „artikel 11, zevende lid“,
    - 1.2.7 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe N) „artikel 11, nummer 11“ durch „artikel 11, elfde lid“.
2. Die niederländische Urschrift des in Enschede am 2. März 2005 unterzeichneten Vertrags zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten wird wie folgt berichtigt:
  - 2.1 In der niederländischen Sprachfassung wird ersetzt:
    - 2.1.1 in Artikel 11 Abs. 10 „het vierde tot en met achtste lid“ durch „het derde tot en met zevende lid“,



- 2.1.2 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe j) „artikel 11, nummer 4“ durch „artikel 11, vierde lid“,
- 2.1.3 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe j) „artikel 11, nummer 5“ durch „artikel 11, vijfde lid“,
- 2.1.4 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe k) „artikel 11, nummer 5“ durch „artikel 11, vijfde lid“,
- 2.1.5 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe l) „artikel 11, nummer 6“ durch „artikel 11, zesde lid“,
- 2.1.6 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe m) „artikel 11, nummer 7“ durch „artikel 11, zevende lid“,
- 2.1.7 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe n) „artikel 11, nummer 11“ durch „artikel 11, elfde lid“.
- 2.2 In der deutschen Sprachfassung wird ersetzt:
- 2.2.1 in Artikel 11 Abs. 1 Satz 3 „Nummer 9“ durch „Absatz 9“,
- 2.2.2 in Artikel 11 Abs. 7 Satz 3 „Nummern 4 bis 6“ durch „Absätze 4 bis 6“,
- 2.2.3 in Artikel 11 Abs. 10 „Nummern 4 bis 8“ durch „Absätze 3 bis 7“,
- 2.2.4 in Artikel 13 Abs. 7 „Artikel 11 Nummern 8, 11 und 12“ durch „Artikel 11 Absätze 8, 11 und 12“,
- 2.2.5 in Artikel 14 Abs. 8 Satz 3 „Artikel 11 Nummer 11“ durch „Artikel 11 Absatz 11“,
- 2.2.6 in Artikel 16 Abs. 2 „Artikel 11 Nummern 8, 11 und 12“ durch „Artikel 11 Absätze 8, 11 und 12“,
- 2.2.7 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe j) „Artikel 11 Nummer 4“ durch „Artikel 11 Absatz 4“,
- 2.2.8 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe j) „Artikel 11 Nummer 5“ durch „Artikel 11 Absatz 5“,
- 2.2.9 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe k) „Artikel 11 Nummer 5“ durch „Artikel 11 Absatz 5“,
- 2.2.10 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe l) „Artikel 11 Nummer 6“ durch „Artikel 11 Absatz 6“,
- 2.2.11 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe m) „Artikel 11 Nummer 7“ durch „Artikel 11 Absatz 7“,
- 2.2.12 in Anlage I Nr. 1 Buchstabe n) „Artikel 11 Nummer 11“ durch „Artikel 11 Absatz 11“.
3. Die vorstehenden Berichtigungen gelten *ab initio*.
4. Diese Vereinbarung wird in deutscher und niederländischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

Falls sich die Botschaft des Königreichs der Niederlande mit den unter Nummern 1 bis 4 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung des Königreichs der Niederlande zum Ausdruck bringende Antwortnote der Botschaft des Königreichs der Niederlande eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande bilden, die mit dem Datum der Antwortnote in Kraft tritt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft des Königreichs der Niederlande erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die  
Botschaft des  
Königreichs der Niederlande  
Klosterstraße 50  
10179 Berlin